

ChinAmerika – und die EU?

Konturen und Gestaltung einer neuen Weltordnung

Ingo Schmidt

Too Big To Fail, Too Weak To Lead – US-Kapitalismus von Reagan bis Trump

Jenny Simon

Chinas Neue Seidenstraßen: Ausdruck einer veränderten Globalisierungsstrategie

Alessa Hartmann

Ziele europäischer Handelspolitik – zwischen Geopolitik und Nachhaltigkeitsversprechen

Sebastian Dullien

Herausforderungen für das Wachstumsmodell der EU in einer tripolaren Welt



Kai Burmeister Kurzum	4
--------------------------------	---

MEINUNG

Nelly Grotefendt ChinAmerika – Welche Rolle spielt die EU in der globalen Ökonomie	5
Andreas Wulf Impfstoff-Nationalismus oder globale Solidarität	9
Joachim Rock Sozialpolitik in der Krise: Eine Bestandsaufnahme	15
Dierk Hirschel Mit uns zieht die neue Zeit!.....	21
Ute Finckh-Krämer Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in Kraft – aber leider ohne Deutschland	24
Ernst Dieter Rossmann Wissenschaft für alle	27

SCHWERPUNKT: CHINAMERIKA – UND DIE EU? KONTUREN UND GESTALTUNG EINER NEUEN WELTORDNUNG

Kai Burmeister, Joachim Schuster und Stefan Stache Einleitung zum Heftschwerpunkt	31
Ingo Schmidt Too Big To Fail, Too Weak To Lead – US-Kapitalismus von Reagan bis Trump.....	37
Jenny Simon Chinas Neue Seidenstraßen: Ausdruck einer veränderten Globalisierungsstrategie.....	47
Alessa Hartmann Ziele europäischer Handelspolitik – zwischen Geopolitik und Nachhaltigkeitsversprechen	55
Sebastian Dullien Herausforderungen für das Wachstumsmodell der EU in einer tripolaren Welt	62

ANALYSE & STRATEGIE

Franziska Drohsel Was heißt sozialistische Politik und Wirtschaft?	67
Sarah Ryglewski Was heißt sozialistische Politik und Wirtschaft?	68
Arne Heise Stichwort Wirtschaftspolitik: Braucht Deutschland einen Transformationsfonds?.....	70
Michael Reschke Die aktuelle Zahl: 52 Prozent der "systemrelevant Beschäftigten" arbeiten in personenbezogenen Dienstleistungen und beziehen niedrigste Durchschnittsgehälter.....	72

Digitaler Kapitalismus

Interview mit Hartmut Hirsch-Kreinsen

Pfadabhängigkeit digitalisierter Industriearbeit:

In vielen Betrieben ereignen sich keine disruptiven Veränderungen 73

Gespräch mit Björn Böhning, Klaus Dörre und Sarah Nies

Selbstbestimmung und Solidarität im Mobilen Arbeiten 79

Helmut Martens

Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne 88

Wolfgang Arns

Rezension: Chile vor Pinochet – Aufzeichnungen eines Arbeiters 97

Thilo Scholle

Rezension: Texte von Luise Kautsky 98

PERSONEN & POSITIONEN

Hilde Mattheis

DL 21 Aktuell: Der Weg aus dem Lockdown: Heimtests zulassen, Studien ausbauen, Gesundheitsämter vernetzen 99

Helmut Martens

Tagungsbericht: Transformation und Demokratie 101

spw-Neuerscheinung – Michael R. Krätke/Max Reinhardt/Thilo Scholle/Stefan Stache (Hrsg.):

SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus.

Linker Aufbruch in Geschichte und Biografien.

Einladung zur Subskription 103

spw-Newsletter aktuell und kompakt – jetzt eintragen unter www.spw.de

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgeber*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Droschl (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Redaktion:

Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meßmer, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle

Chefredaktion
Stefan Stache

Titelfoto: © Mango - stock.adobe.com

Kurzum | von Kai Burmeister

Nach einem Jahr Corona treten gesellschaftliche Spannungen deutlicher hervor. Zwar ist Deutschland nicht wie die USA in zwei feindliche Lager zerfallen, aber auch bei uns stehen sich zunehmend zwei konkurrierende Sichtweisen auf die Pandemie entlang von Lockerungen, Freiheit, Schutz und Zusammenhalt gegenüber. Etwas weniger offensichtlich nehmen aller Orten auch die verteilungspolitischen Konflikte an Fahrt auf.

Zwar haben die Marktradikalen mit der Niederlage Friedrich Merz' beim CDU-Vorsitz einen Rückschlag erlitten, aber dies dürfte bei diesem Teil der selbsternannten „wirtschaftlichen Eliten“ nur zu mehr Druck im Kessel führen. Zu Beginn des Wahljahres ist eine Radikalisierung und eine strategische Aufstellung der Kapitalseite entlang der Primär- wie der Sekundärverteilung zu beobachten.

Im aktuellen Metall-Tarifkonflikt wollen die Arbeitgeber die Gunst der Stunde für eine verteilungspolitische Wende in Richtung „Lohnstopp“ und die dauerhafte Absenkung tariflicher Standards nutzen. Die BDA verlangt, die Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge im Grundgesetz zu verankern. Munter ertönt von dort der Ruf nach einem erhöhten Renteneintrittsalter. Damit soll eine neue Phase des Sozialabbaus nach der Bundestagswahl eingeläutet werden.

Aktuell wirkt die politische Linke demgegenüber noch zu passiv. Dennoch ergeben sich Ansatzpunkte für progressive Kräfte entlang sich auftuender Bruchlinien in der offiziellen Regierungspolitik. Kanzleramtsminister Braun hat es auf den Punkt gebracht: „Die Schuldenbremse ist in den kommenden Jahren auch bei ansonsten strenger Ausgabendisziplin nicht einzuhalten“ (Handelsblatt 26. Januar 2021). Soll nach Corona die notwendige Aufwertung von Gesundheit, Pflege, Betreuung, Bildung und Wissenschaft erreicht werden, geht dies nur durch die Überwindung der finanzpolitischen Doktrin der schwäbischen Hausfrau.

Auch wenn grundgesetzändernde Mehrheiten nicht vorhanden scheinen, zeigt sich hier die entscheidende Stellschraube. Das progressive Lager muss gesellschaftliche Bedarfsfelder nach vorne stellen und verdeutlichen, wofür ein



⇒ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär.

Foto: © Frank Rumpenhorst

handlungsfähiger Staat Geld benötigt. **Kurzum:** Zunächst das Wofür darstellen und zudem die Finanzierungsfrage mitbeantworten.

Steuerpolitische Instrumentendiskussionen ergreifen – jenseits von verteilungspolitischen Diskussionszirkeln – nicht die Herzen der Menschen. Aber ohne den Hinweis auf verteilungspolitische Schieflagen werden die Kosten der Krise bei den Beschäftigten, den Frauen und finanziell schwächeren Bevölkerungsgruppen abgeladen.

Missstände gibt es zuhauf. Laut DIW entfällt „fast die Hälfte des Erbschafts- und Schenkungsvolumens an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten. Die anderen 90 Prozent teilen sich die verbleibende Hälfte.“ Es ist Zeit für eine angemessene Besteuerung des leistungslosen Reichtums der Erbengeneration einschließlich der damit verbundenen Privilegien.

Der Bremer Bürgermeister und spw-Herausgeber Andreas Bovenschulte hat sich jüngst für eine Lastenabgabe für die Corona-Folgen ausgesprochen. **Kurzum:** Ein kluger Vorschlag.

Zu den Corona-Gewinnern gehört der Online-Handel, während der stationäre Handel am Boden liegt. Um die Extra-Profite von Amazon und Co. abzuschöpfen wären erhöhte Mehrwertsteuern fürs Online-Geschäft sinnvoll. Die Besteuerung der Online-Giganten und deren weitere Regulierung werden zur Gretchenfrage im Corona-Kapitalismus.

Kurzum: verteilungspolitische Fragestellungen gehören auf den Tisch. Weicht die politische Linke in Parteien und Bewegungen dieser Frage aus, beantworten die Vermögenden sie in ihrem Sinne. ■

ChinAmerika – Welche Rolle spielt die EU in der globalen Ökonomie

von Nelly Grotfendt



⇒ **Nelly Grotfendt** ist Referentin für Politik, internationale Handelspolitik und Weltwirtschaft beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Foto: © Stephanie von Becker

Welthandel in der Pandemie – Bereit für einen Kurswechsel?

Seit gut einem Jahr hält uns die Covid-19-Pandemie auf Trab und hat dabei ermöglicht, was selbst in vorherigen Krisen – von der Finanz- bis hin zur Klimakrise – nicht geschah: Sie hat der breiten Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträger*innen die wechselseitigen Abhängigkeiten und Schwachstellen einer global-vernetzten Wirtschaft vor Augen geführt. Plötzlich wurde auf großer öffentlicher Bühne sichtbar, wie fragil selbst die Versorgung mit elementaren Bestandteilen medizinischer Schutzausrüstung wie Handschuhen ist, wenn Lieferengpässe auftreten oder Preise steigen.¹ Wie ein Brennglas befeuerte die Pandemie zugleich sozioökonomische Ungleichheiten²: die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zwischen und innerhalb von Ländern und den ungleichen Zugang zu Ressourcen, sowie lebenswichtigen Strukturen wie Gesundheitssystem oder Nahrungsmittelversorgung.³

In der Konsequenz sollte nicht Handel an sich, sondern vielmehr Handelspolitik genauer ins Auge gefasst werden. Hier wurden bewusste

Entscheidungen getroffen, die mehr als nur den Austausch von Gütern und Dienstleistungen beförderten. Die in der Handelspolitik verankerte, tiefgreifende Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie etwa der Gesundheitssysteme oder die konsequente Rationalisierung internationaler Lieferketten haben der beschriebenen Fragilität der Welthandelssysteme Tür und Tor geöffnet. In der aktuell herrschenden Krise zeigen sie deutlich ihre Schwachstellen. Und inwiefern spiegeln sie hingegen die mantraartigen Bekenntnisse der Politik in Sachen Nachhaltigkeit wider?

Alles andere als nachhaltig

Die Ausbeutung von Mensch und Natur, das Fundament einer globalen arbeitsteiligen Wirtschaft, erhält im Kampf gegen den Klimawandel zumindest verbal schmückendes Beiwerk. Nun geht es scheinbar nicht nur mehr darum, Waren möglichst billig herzustellen, sondern möglichst CO2-neutral, glaubt man dem Mainstream politisch geführter Debatten. In der EU-Handelspolitik gehören Umweltschutz und andere Fragen im sozial- und arbeitsrechtlichen Bereich mittlerweile zum guten Ton.⁴ Doch sind sie unverbindlich in ihrer Sprache und verfügen über keinerlei Durchsetzungsmechanismen.⁵ Gleches gilt für den globalen Rahmen, den sich die Regierungen mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den dazugehörigen Nachhaltigkeitszielen, den SDGs, geben haben.

Einerseits betonen sowohl EU-Kommission als auch deutsche Bundesregierung, sich

1 aerzteblatt.de, „Coronakrise sorgt für Preisanstieg bei Einmalhandschuhen“, <<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/116878/Coronakrise-sorgt-fuer-Preisanstieg-bei-Einmalhandschuhen>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

2 Anna Cavazzini, „Moderne Sklaverei in der Corona-Krise. Arbeiter fürchten um ihr Leben“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24.5.2020.

3 Mariano Aguirre, „The impact of COVID-19 is all down to inequality“, <<https://www.opendemocracy.net/en/impact-covid-19/all-down-inequality/>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

4 Caspar Dohmen, „Globaler Handel in Zeiten von Corona. Die Veränderung der Weltwirtschaftsordnung beschleunigt sich“, <https://www.deutschlandfunk.de/globaler-handel-in-zeiten-von-corona-die-veraenderung-der-724-de.html?dramatice_id=490011>, letzter Zugriff 08.02.2021.

5 Fabian Flues, „Vorschläge für die Verankerung von Umwelt- und Klimaschutz in EU-Handelsverträgen“, <https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2020/11/Factsheet_Vorschlaege-fuer-die-Verankerung-von-Umwelt-und-Klimaschutz-in-EU-Handelsvertraegen-web01.pdf>, letzter Zugriff 09.02.2021.

von den SDGs leiten zu lassen. Andererseits zeigt ein Blick in aktuelle EU-Handelsabkommen mit Mexiko oder dem Mercosur-Raum, dass die Ausrichtung dieser Abkommen den zentralen Nachhaltigkeitszielen fundamental widerspricht: Klimaschutz, Biodiversitätsförderung, Geschlechtergleichstellung, einer Beendigung der Armut, sowie der Reduzierung von Ungleichheiten in und zwischen den Ländern. Ähnliches gilt für eine Reihe von Reaktionen auf die Pandemie.⁶

Besonders da, wo es unangenehm scheint – denn da ruht die größte Not der Veränderung: Verkehrspolitik, Agrarpolitik, Wirtschaft. Insbesondere diese Felder müssen zeitnah nachhaltig gestaltet werden, sie machen einen massiven Unterschied bei der Erfüllung der Ziele. Sind wir durch die Zusitzung unserer Situation aufgrund der Pandemie jetzt am Scheidepunkt?

Was können wir aus der aktuellen Impfstoffdebatte lernen?

Ein zentrales Ziel und einer der wichtigsten Hebel zur deren Verwirklichung in der Agenda 2030 ist es, gerechte Zugänge und Ergebnisse zu schaffen. In Zeiten einer globalen Gesundheitskrise heißt das: Zugänge zu Medikamenten, Impfstoffen und finanziellen Mitteln zur Abfederung sozialer Folgen. Hier klaffen global gewaltige Gerechtigkeitslücken. So hat zum Ende des letzten Jahres mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung nicht von öffentlichen Mitteln zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie profitiert.⁷ Auch erhalten ärmere Länder derzeit nur wenig bis keinen Impfstoff. Zudem erschweren Patentregeln die Schaffung von zusätzlichen Produktionskapazitäten. Derzeit tobt aufs Neue und mit neuer Dringlichkeit der Streit um eine Aufhebung der Impfstoff-Patente durch die WTO. Fortschritte scheitern am Widerstand einkommensstarker

Länder wie der EU und der USA. Dabei erhielten die Pharmafirmen bedeutende staatliche Unterstützung für ihre Forschung. Doch noch nicht einmal während einer globalen Pandemie waren damit Konditionen verknüpft, wie Verpflichtungen zu voller Transparenz und preiswerter, gerechter Abgabe der entwickelten Produkte.⁸ Dabei sollte, wenn schon nicht motiviert durch die vielzähligen Appelle der globalen Solidarität, doch zumindest das Eigeninteresse für die Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung der eigenen Länder unsere Politik zum Handeln animieren.

Globale Gerechtigkeit muss mehr sein als ein Lippenbekenntnis

Das Virus trifft uns alle – doch nicht alle gleichermaßen. Insbesondere nicht, wenn es um Geld geht. Der Oxfam-Bericht zur globalen Ungleichheit, dieses Jahr unter dem Titel „Das Ungleichheitsvirus“ und wie immer pünktlich zum privaten Weltwirtschaftsforum erschienen, ist eine gute Quelle, wenn es um die Bewertung und Einordnung globaler Ungleichheit geht. Für 2020 gilt: Während alle über die Krise reden, haben die Milliardäre dieser Welt wirtschaftliche Verluste bereits wettgemacht. Die zehn reichsten von ihnen haben trotz der Krise profitiert, satte Gewinne eingestrichen und ihr Vermögen auf 1,12 Billionen US-Dollar erhöht. Ein Anstieg um fast eine halbe Billion bzw. mehr als 40 Prozent seit 2019. Das wäre mehr als genug, um die gesamte Weltbevölkerung gegen Covid-19 zu impfen.⁹ Rund 87 Prozent der für den Bericht Befragten erwarten darüber hinaus, dass die Einkommensungleichheit in ihrem Land in Folge der Pandemie zunehmen oder stark zunehmen wird. Mehr als die Hälfte aller Befragten ist der Ansicht, dass sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, sowie zwischen Weißen und BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) verstärken

⁶ Bodo Ellmers, Jens Martens, „Corona und die SDGs. Folgen der COVID-19 Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsagenda“, <https://www.2030agenda.de/sites/default/files/Briefing_0520_Corona3.pdf>, letzter Zugriff 08.02.2021.

⁷ Oxfam International, „Shelter from the storm. www.oxfam.org Shelter from the storm! The global need for universal social protection in times of COVID-19“, <<https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621132/bp-social-protection-covid-19-151220-en.pdf>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

⁸ Ärzte ohne Grenzen, „Schützen sie Menschen, nicht Profite!“, <<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/schuetzt-menschen-nicht-profits>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

⁹ Oxfam International, „The Inequality Virus. Bringing together a world torn apart by coronavirus through a fair, just and sustainable economy“, <https://www.oxfam.de/system/files/documents/the_inequality_virus_-_english_full_report_-_embargoed_00_01_gmt_25_january_2021.pdf>, letzter Zugriff 08.02.2021.

werde. Zwei Drittel kommen darüber hinaus zu dem Schluss, dass ihre Regierung keine Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheit vorzuweisen habe.

Auch politische Systeme geraten mehr und mehr unter Druck. Demokratische Teilhabe wird eingeschränkt, die Möglichkeiten für Menschen, den Rahmen der Gesellschaft auszuhandeln, schrumpft. Laut Democracy Index des Economist verschlechterte sich im vergangenen Jahr der globale Wert leicht von 5,44 auf 5,37 Punkte. Laut den Analyst*innen lebt nur etwa die Hälfte der Menschen weltweit in einer Demokratie.¹⁰

Miteinander globale Gerechtigkeit gestalten

Um ein gutes Leben für alle zu erreichen, greift der Ungleichheitsbericht drei Forderungsbereiche der Zivilgesellschaft auf, in denen akute Missstände beseitigt werden

müssen, um globale Ungleichheit wieder zu verringern. Am Ökonomischen führt kein Weg vorbei: Langfristig müssen erwirtschaftete Gewinne von Anfang an gerecht verteilt werden. Übermäßige Macht und Einfluss auf politische Entscheidungen müssen verhindert werden, sodass extreme Ungleichheit erst gar nicht entsteht. Dafür muss bspw. die öffentliche Daseinsvorsorge der Marktlogik entrissen werden. Das bedeutet in erster Linie, dass Menschen in den Mittelpunkt des Wirkens gerückt werden – nicht der Profit, und dass öffentliche Daseinsvorsorge öffentlich bleibt und keinen Privatisierungsversuchen unterliegt. Des Weiteren müssen Wirtschaften und Gewinne einem gemeinwohlorientierten Handeln unterworfen und die de facto monopolistische Konzentration von Konzernen muss angegangen und rückabgewickelt werden.

Handelspolitik kann neben anderen Politikfeldern dafür ein Instrument sein, wenn ihre Zielsetzung angepasst wird. Das derzeitige Zielduetts – Handelsvolumen erhöhen und Kosten für Unternehmen reduzieren – ist nicht

10 The economist, „Democracy Index 2020. In sickness and in health?“, <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/#mkto-Form_anchor>, letzter Zugriff 08.02.2021.



PROKLA. Seit 1971
ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktthemen

- Nr. 198: Globale Stoffströme und internationale Arbeitsteilung (1/2020)
- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute (3/2020)
- Nr. 201: Die politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- **Nr. 202: Green New Deal!?**
Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)

Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de
 Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de



BERTZ + FISCHER

geeignet, um auf die Herausforderungen wie globale Pandemien, Klimawandel oder Hunger und Armut zu antworten.

Wir müssen Handelspolitik primär als Steuerungsinstrument begreifen, das nicht unqualifiziert Handelsströme fördert, sondern diese vorrangig gestaltet. So sollten bspw. die Möglichkeiten eines qualitativen Marktzuganges verstärkt genutzt werden, der an Mehrwert für die Gesellschaft bemessen wird. Vertieft werden sollten auch Überlegungen zu einer solidarischen Regionalisierung, die den Mehrwert von Regionen im solidarischen Austausch mit Ländern des Südens stärken will. Das könnte unter anderem Exportbeschränkungen beinhalten, um den Aufbau Weiterverarbeitungs- und Wertschöpfungskapazitäten und somit letztlich Arbeitsplätze im globalen Süden zu fördern. Die Betonung dabei liegt auf dem Begriff „solidarisch“, es sollte also auch dabei darum gehen, globale Verantwortung wahrzunehmen, wie sie bspw. in der Agenda 2030 beschrieben wird.¹¹

Wird nichts so sein wie zuvor?

Die Pandemie verdeutlicht aktuelle Schwachstellen und zeigt drängende Handlungsnotwendigkeiten auf. Automatisch wird das die Grundfehler unserer Wirtschaftssysteme aber kaum beheben. Trotz allen Infragestellens einstiger Gewissheiten wäre es ein folgenschwerer Trugschluss zu glauben, dass nun der lang ersehnte Wandel von ganz alleine ins Rollen käme. Corona primär als „Chance“ zu verstehen, daran sind Zweifel anzumelden: An vielen strukturellen Konstruktionsfehlern unserer sozialen und ökonomischen Systeme und der fortschreitenden Zerstörung des Planeten Erde wird sich nichts von alleine verbessern. Die nötigen Weichenstellungen sind recht klar. Nun ist nur die Frage, ob wir konsequent handeln. Wollen wir jetzt umlenken? Ein dafür nötiger gesellschaftlicher Grundkonsens scheint vorhanden. Doch ob sich auch der nötige politische Wille manifestiert, bleibt abzuwarten. ■

Ist der politische Wille dafür da?

Dazu braucht es Austausch und politischen Willen – und das ist so eine Sache. Zwar scheint die immer und allerorten beklagte „Unfähigkeit der Politik“ kurzzeitig gebannt, angesichts offensichtlicher Tatsachen die nötigen Entscheidungen zu treffen. Doch an Rettungspaketen eine veränderte politische Entscheidungsfreudigkeit abzulesen, wäre voreilig. Entscheidungen werden auch in Zukunft nur dann gefällt werden, wenn relevante Interessen betroffen sind. Eltern, Studierende und marginalisierte Gruppen müssen länger auf Unterstützung warten. Angesichts der ähnlich akuten Krisen in Sachen Klima, Biodiversität, Umweltverschmutzung, Hunger, Armut, steigender Konzernmacht und sozialer Ungleichheiten darf das nicht so bleiben.

¹¹ Nelly Grotendt, Alessa Hartmann, „Global - Regional - alles egal?“, <<https://www.formue.de/wp-content/uploads/2021/01/Die-Wertschoepfungskette-von-Milch-und-Ueberlegungen-zu-einer-solidarischen-Regionalisierung-web-15122020-1.pdf>>, letzter Zugriff 10.02.2021.

Impfstoff-Nationalismus oder globale Solidarität

Zu den Auseinandersetzungen über den Zugang zu COVID-19-Vakzinen

von Andreas Wulf



⇒ Dr. Andreas Wulf ist Arzt und arbeitet seit 22 Jahren bei medico international, als langjähriger Referent für Globale Gesundheit und seit 2019 als Berlin-Präsident. Er ist seit 2007 im Vorstand des Vereins Demokratischer Ärzttinnen und Ärzte aktiv.

Foto: medico international

„Niemand ist sicher vor COVID-19, bevor nicht alle davor sicher sind. Selbst wer das Virus in seinen eigenen nationalen Grenzen besiegt, bleibt Gefangener dieser Grenzen, so lange es nicht überall besiegt ist.“ So dramatisch beschrieb Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Herausforderung der Pandemie zum Auftakt des World Health Summit in Berlin Ende Oktober 2020¹: Die Befreiung vom Virus bedarf eines globalen solidarischen Handelns.

Der Praxistest zeigt: Solche Anrufungen funktionieren nur, solange sie Konzept bleiben; gibt es tatsächlich etwas zu verteilen, schlägt die Stunde des Eigennutzes. Und der strategischen Bündnisse.

Die russische Regierung spielte im August 2020 auf volles Risiko. Der erste national zugelassene Impfstoff gegen das Coronavirus, Sputnik V, erntete sofort heftige internationale Kritik, da keinerlei transparente Daten öffentlich gemacht wurden und die relevante Phase 3 der Entwicklung gerade erst angefangen hatte. Zugleich standen schon Länder Schlange, die den Impfstoff testen und einsetzen wollten, der philippinische Präsident Duterte wollte ihn gleich als Erster persönlich ausprobieren. Wenn er bei ihm wirke, dann sei er gut fürs ganze Land. Auch er setzte auf eine nationale

Lösung. Ebenso unterzeichneten Indien, Brasilien und Ägypten mit Russland Verträge für die Lieferung.² Der Sputnik Moment hätte sich auch in ein „Challenger Desaster“ verwandeln können.³ Inzwischen sieht es aber ganz so aus, dass sich Sputnik V auch in den klinischen Studien, die Anfang Februar 2021 vorliegen, bewährt hat⁴, und selbst der deutsche Gesundheitsminister fordert die Hersteller auf, eine Zulassung in der EU zu beantragen.

Zeitgleich fanden schon die Verhandlungen der wohlhabenden Staaten mit den großen transnationalen Pharmaunternehmen statt, die ihre Impfstoffe ebenfalls meistbietend anboten.

Dieser Impfstoff-Nationalismus war ein Kontrapunkt zum kurzen „Frühling der Solidarität“, als am 4. Mai mit großer Fanfare die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Europäische Kommission zum gemeinsamen globalen Fundraising für den Kampf gegen das Coronavirus aufriefen. Beeindruckende 15,9 Milliarden Euro sind 2020 eingesammelt worden, fast die Hälfte hatte das „Team Europa“ beigesteuert – die Europäische Kommission, die EU-Mitgliedsländer und die Europäische Investitionsbank.⁵ Erinnerungswürdig war das Event auch deshalb, weil Emmanuel Macron und Angela Merkel einen Coronavirus-Impfstoff als „globales öffentliches Gut“ beschworen, das allen Menschen zugutekommen sollte. Und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, dass „Regierungen und globale Gesundheitsorganisationen im Kampf gegen das Coronavirus an einem Strang ziehen“.

² Mary Ilyushina / Frederik Pleitgen: Reality bites for Putin's much-hyped Covid-19 vaccine, as concerns over efficacy and safety linger. In: CNN Health News, 27.10.2020 (online).

³ Vijay Shankar Balakrishnan: The arrival of Sputnik V. In: The Lancet, 1.10.2020 (online).

⁴ [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(21\)00191-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(21)00191-4/fulltext).

⁵ Coronavirus Global Response, https://global-response.europa.eu/index_en.

Internationale Solidarität?

Es klang, als würde Solidarität großgeschrieben. So hatte auch die WHO wenige Tage zuvor mit ihrem *Access to COVID-19 Tools (ACT) Accelerator* eine ambitionierte Struktur mit den wichtigsten globalen öffentlich-privaten Gesundheitspartnerschaften vorgestellt, in deren Rahmen die Impfstoff-, Medikamenten- und Diagnostikentwicklung ebenso wie ihre Beschaffung und Verteilung beschleunigt und koordiniert werden sollten. Damit sollte auch verhindert werden, dass sich die Erfahrungen aus dem Jahr 2009 bei der H1N1-Grippe-Pandemie wiederholen: Nicht noch einmal sollte es zu einem Wettrennen beim Zugang zu dem Impfstoff kommen, bei dem sich die zahlungskräftigen Länder durchsetzen, während die ärmeren Länder von der WHO mit den „humanitären Resten“ versorgt werden.

Und zeitgleich hob die WHO auch auf Initiative des costa-ricanischen Präsidenten den *Covid19 Technology Access Pool (CTAP)* aus der Taufe. Sein Vorbild ist der 2010 für AIDS-Medikamente geschaffene *Medicines Patent Pool (MPP)*⁶, der mit den Patentaltern freie Lizenzen für Generika-Produzenten verhandelt. Mit solchen generischen Alternativen zu den teuren Originalpräparaten gelingt – nach großem öffentlichem Druck und intensiven Verhandlungen – die noch vor zehn Jahren kaum vorstellbare Versorgung von heute über 25 Millionen HIV-infizierten oder an AIDS erkrankten Menschen in den Ländern des globalen Südens, dreimal so viele wie 2010.⁷

Mit diesem CTAP sollen nicht nur Lizenzen, sondern auch das notwendige Wissen für einen schnellen Technologietransfer verfügbar sein, Studienergebnisse, Zulassungsdaten, die notwendig sind, um der globalen Herausforderung einer Pandemie zu begegnen. Beide Initiativen haben allerdings eine sehr unterschiedliche Aufnahme und Unterstützung gefunden, was sehr gut den Unterschied zwischen dem herr-

schenden Modus der machtvollen Allianzen aus staatlichen und privaten Akteuren in der globalen Gesundheitspolitik und den Konzepten einer tatsächlich solidarischen Bewältigung der Krise aufzeigt.

Überschattet wurden diese Debatten allerdings zusätzlich von den medial enorm aufgeladenen Aktionen des alten Hegemons der Weltpolitik:

Nicht nur in seinem weitgehend einsamen Kampf gegen die „Gefahr aus dem Osten“ China schlug der (inzwischen Geschichte gewordene) US-Präsident Trump über die Stränge, in seinem isolationistischen Kurs im Kampf gegen das Virus scherte er auch aus der im Frühjahr noch scheinbar bestehenden globalen Allianz aus.

Die US-Regierung warf öffentlichkeitswirksam ein nationales Impfstoffprogramm für die einheimischen Pharmaunternehmen an. Die 10 Milliarden US-Dollar schwere *Operation Warp Speed* sollte spätestens bis zum Januar 2021 Hunderte Millionen Impfdosen entwickeln und produzieren, primär für den eigenen Bedarf, dann gerne auch für den Rest der Welt. Neben den USA beschritt auch Russland seinen Sonderweg, wie schon beschrieben.

Wer sich selbst am nächsten ist

Die vollmundig beschworene globale Solidarität im Frühjahr 2020 währte also nur kurz. Und mit jeder weiteren Ankündigung eines erfolgversprechenden Impfstoff-Kandidaten bröckelte die Fassade weiter. Denn immer klarer wurde, dass auch die globalen Produktionskapazitäten begrenzt sind und sich in einem „jeder kämpft für sich“ Modell nicht so schnell aufstocken lassen wie bei einem koordinierteren Vorgehen. So passierte genau das, was die WHO-Initiativen verhindern wollten.

Nicht nur die US- Regierung, auch zunächst die „Inklusive Impfstoff Allianz aus Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden“, dann die EU für ihre Mitgliedsländer schlossen ihre eigenen Deals mit Pharmaunternehmen um Abnahmegarantien und Liefermengen bei erfolgreichen Impfstoffkandidaten ab. Ebenso

⁶ <https://medicinespatentpool.org>; Ellen 't Hoen: The Medicines Patent Pool, <https://haiweb.org>, 2020.

⁷ Global Aids Update 2019: Communities at the Centre. Defending Rights, Breaking Barriers, Reaching People with HIV Services, www.unaids.org, 2019.

machten und machen Großbritannien, Japan, Australien und Kanada, aber auch Länder mittleren Einkommens aus Asien, Lateinamerika oder Afrika eigene nationale Vereinbarungen mit den Herstellern und verlassen sich nicht auf die ACT-A COVAX Initiative zur Impfstoffbeschaffung. Denn wenn es darum geht, möglichst rasch aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise herauszukommen, stehen den Regierungen die eigenen Bürger*innen – und Wähler*innen – dann doch etwas näher als die Weltgemeinschaft. Drastisch deutlich wurde das beim erfolgversprechenden „deutschen“ Impfstoff von Biontech, dessen Produktionsanlagen in Mainz stehen. Der Kampf um die Aufteilung von Millionen Impfdosen zwischen den USA, Großbritannien und der EU ist noch längst nicht entschieden, wie die aktuelle Eskalation um Exportgenehmigungen zeigt, aber vom Rest der Welt ist schon gar keine Rede mehr.

Währenddessen kam die *COVAX Facility*, der Impfstoffbereich innerhalb des ACT-Accelerators, der von der WHO zusammen mit der *Global Alliance for Vaccines and Immunisation* (GAVI) und der *Coalition for Epidemic Prepar-*

edness Innovations (CEPI) organisiert wird, nur langsam voran. Der globalen „Einkaufs- und Verteilungsgemeinschaft“ für COVID-19-Impfstoffe sind zwar die meisten Länder beigetreten, und auch die USA wollen unter dem neuen Präsidenten Biden ihre Abwesenheit beenden, aber die reichen Länder sehen es eher als einen humanitären Ablachshandel, in dem sie Mittel zur Beschaffung von Impfstoffen für die armen Länder bereitstellen, während sie selbst ihre eigene Versorgung bilateral gesichert haben. Weiterhin sind auch Anfang Februar 2021 noch keine Impfdosen über die Covax Facilität ausgeliefert, und vom selbst gesetzten Ziel, bis Ende 2021 zwei Milliarden Impfdosen für die ärmsten 92 Länder verfügbar zu machen, fehlt weiterhin Finanzierungssicherheit, auch wenn die EU Länder sich ihre Globale „Solidarität“ 800 Millionen Euro kosten lassen, was beeindruckend klingt, aber angesichts einer kalkulierten Finanzierungslücke für 6 Milliarden Dollar sich immer noch bescheiden ausnimmt⁸. Echte Zusage von den potenziellen Herstellern waren

⁸ <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-who-covax-idUSKBN29R1Q3>.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Neuerscheinung

Thomas Sablowski / Judith Dellheim /
Alex Demirović / Katharina Pühl /
Ingar Solty (Hrsg.)

Auf den Schultern von Karl Marx

2021 – 552 Seiten – 40,00 € – ISBN 978-3-89691-259-6

Der Band will die fruchtbaren Impulse der Marx'schen Theorie im Lichte späterer gesellschaftlicher Entwicklungen diskutieren. Mit Beiträgen von Michel Brie, Helmut Dahmer, Alex Demirović, Susanne Heeg, Nicole Mayer-Ahuja, Stefan Schmalz, Frieder Otto Wolf u.v.a.



auch im November 2020 noch rar, und die Verhandlungen laufen wenig transparent ab. Vom erklärten Ziel, durch COVAX bis Ende 2021 tatsächlich 2 Milliarden Impfstoffdosen verfügbar zu machen, ist man noch weit entfernt. Die am 22. Januar 2021 mit großem Medienecho vorgestellte Vereinbarung von Pfizer/Biontech mit COVAX über den Kauf von 40 Millionen Impfdosen sichert dieser globalen Initiative gerade einmal 2 Prozent der angekündigten Jahresproduktion von 2 Milliarden Impfdosen – 98 Prozent sind also weiterhin für Bilaterale Abkommen verplant.⁹

Vorrangige Belieferung

Dabei wären auch in der COVAX Facility nicht alle Länder gleich. Zwar sieht der von der WHO entwickelte Plan zur globalen Verteilung dieser Impfstoffe in einem ersten Schritt eine zeitgleiche Versorgung von drei Prozent der Bevölkerungen vor, die vor allem „unentbehrliche Schlüsselpersonen“ umfassen soll, also Gesundheits-, Pflege- und andere Fachkräfte. Anschließend sollen in weiteren Tranchen 20 Prozent der jeweiligen Bevölkerungen, hier vor allem Risikogruppen wie ältere und chronisch Kranke, versorgt werden. „Selbstzahlenden Ländern“ wird allerdings bereits eine vorrangige Belieferung zugebilligt, während die auf Hilfsgelder angewiesenen 92 Länder warten müssen, bis entsprechende Mengen produziert und bezahlt werden können. So taucht im ersten Verteilungsplan der COVAX initiative auch Kanada als (selbstzahlender) Empfänger auf, obwohl sich dieses Land genug Impfdosen in bilateralen Verträgen gesichert hat, um jede*n Bewohner*in fünf Mal impfen zu können.¹⁰ Auf dem Weg zu einer globalen Versorgung mit Impfstoffen vergrößern sich die Unterschiede in den Verfügbarkeiten so immer weiter.

Unklar ist auch, ob GAVI tatsächlich die Kompetenzen hat, erfolgreich und unabhängig mit den Pharmaunternehmen zu verhandeln.

Große Kritik gab und gibt es daran, dass im Vorstand der Impfallianz auch die Hersteller mit Sitz und Stimme vertreten sind. Erfahrungen aus den Preis- und Lieferverhandlungen zu den Pneumokokken-Impfstoffen – dem Flaggschiff-Projekt von GAVI – wecken Zweifel: Auch nach Jahren hat sich keine echte Preiskonkurrenz zwischen den wenigen Herstellern eingestellt, die Profite sind enorm.

Die erste erfolgreiche Vereinbarung von COVAX mit AstraZeneca wurde entsprechend im Juni 2020 medial gefeiert. Immerhin 500 Millionen Dosen ihres potenziellen Impfstoffes für einen „Discount-Preis“ von 3 US-Dollar pro Dosis will die Firma der Initiative zur Verfügung stellen; wie der Preis zustande kommt, bleibt ein Geschäftsgeheimnis, es ist aber genau derjenige, den auch die EU in ihrer Vorkaufsvereinbarung mit der Firma zugesagt hat, für 300 Millionen Dosen.

Wie genau der Zeitplan solcher Vereinbarungen ist, wann welche Mengen an wen geliefert werden können, bleibt genauso intransparent wie die Kalkulationen für die Kosten der Produktion.

Im Grunde handelt es sich bei COVAX um eine der vielen faktischen Wohltätigkeitsinitiativen, zu denen sich die globale Gesundheitspolitik vor allem in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Globale Gesundheitsinitiativen wie GAVI und auch CEPI mit ihrem Public-Private-Partnerschaftsmodell sind letztlich Finanzierungsmodelle für private Unternehmen durch öffentliche Mittel, die das „Marktversagen“ eines vorrangig profit- und produktorientierten „Gesundheitsmarktes“ notdürftig – und im aktuellen Fall ad hoc – korrigieren wollen, ohne an den Grundstrukturen der Misere zu röhren.

Das Schattendasein des CTAP

Dies zeigt sich an dem Schattendasein, den der perspektivisch deutlich über die COVID-19-Pandemie hinausreichende Vorschlag des CTAP führt. Auch die WHO scheint ihm kaum die Aufmerksamkeit zu geben, die er nötig hätte, der Generaldirektor Tedros erwähnte ihn bei

⁹ <https://www.who.int/news/item/22-01-2021-covax-announces-new-agreement-plans-for-first-deliveries>.

¹⁰ https://www.who.int/docs/default-source/coronavirus/act-accelerator/covax/covax-interim-distribution-forecast.pdf?sfvrsn=7889475d_5.

seiner Eröffnungsrede zum World Health Summit im Oktober 2020 beispielsweise gar nicht und fokussierte allein auf die COVAX-Initiative. Auch bei der Exekutivratsitzung der WHO im Januar 2021 kritisierte Tedros den Impfstoff-Nationalismus der reichen Länder zwar heftig, nannte aber den CTAP wieder nicht, der sich somit zu einem „elephant in the room“ entwickelt, wie die Mitgründerin des Medicines Patent Pool, Ellen ’t Hoen anmerkte.¹¹

Nur 40 Länder, fast ausnahmslos aus dem globalen Süden (dazu wenige kleinere europäische Länder), unterstützen die CTAP-Initiative. Die Länder indessen, in denen die wichtigen Pharmaunternehmen ansässig sind, sind alleamt nicht dabei, auch nicht Indien, Russland oder China. Und auch die Reaktion der Pharmaindustrie ließ nicht lange auf sich warten: Das Unternehmen Pfizer hält den Vorschlag für „gefährlich“, ja für „Unsinn“, AstraZeneca empfiehlt, die Pharmaindustrie sollte auf „freiwilliger Basis einige ihrer Produkte ohne Profitinteresse abgeben“. Faktisch alle Industrienahtionen und, nicht überraschend, auch Brasilien unter Bolsonaro haben sich dieser Haltung der Pharmaindustrie angeschlossen.

Mit dem CTAP könnte perspektivisch genau die strukturelle Ungleichheit verringert werden, die in Krisen immer wieder zu diesem klassischen Mechanismus der wohltätigen Hilfe führt, die statt echter Gesundheitsrechte nur wieder zupackende Geschäftigkeit der Helfer und Dankbarkeit der Empfänger produziert. Schon Pestalozzi nannte diese Art von Wohltätigkeit das „Mistloch der Gnade, in der das Recht ersäuft wird“. Denn das Wissen und die Technologien seiner Anwendung sind die neuen Ressourcen einer Welt, um deren Verbleib und Verteilung heftig gerungen wird.

Der TRIPS-Aussetzungsantrag-Antrag von Indien und Südafrika

Dieser Konflikt wird seit Oktober 2020 auch vor dem TRIPS Council der Welthandelsorganisation ausgetragen, also dem Gremium, das

die geistigen Eigentumsrechte in der zunehmend globalen Güterproduktion harmonisieren soll¹². Die großen Tech-Konzerne und auch Pharmaunternehmen hatten ein solches Abkommen in den Freihandelsvereinbarungen zur Gründung der WTO 1994/95 massiv eingefordert. Die Barrieren, die dadurch bei der Produktion und beim Zugang zu den AIDS-Medikamenten Anfang der 2000er Jahre geschaffen wurden, waren die Grundlage für den langjährigen und teils erfolgreichen Kampf um die praktische Anwendung der Ausnahmeregelungen, die dieses Abkommen vorsieht.

In der aktuellen Lage argumentieren Indien und Südafrika, unterstützt von einer Reihe weiterer Länder, dass die existierenden Ausnahmeregelungen unzureichend sind und ein zeitweises komplettes Aussetzen der Schutzrechte für die notwendigen Produkte notwendig sei, um die rasche Produktion von wirksamen Instrumenten in der Pandemie (nicht nur Impfstoffe, sondern auch Medikamente, Beatmungsgeräte, Schutzmasken) zu dezentralisieren und allen Ländern verfügbar zu machen.¹³

Die folgenden Debatten brachten, wie zu erwarten war, keine Einigung; die Rückzugslinie der globalen Powerhäuser: In der aktuellen Situation spielten die Patente gar keine Rolle, es gebe ja COVAX, und Technologietransfer sei nur freiwillig zu bekommen, zudem ein jahrelanger Prozess und in der aktuellen Phase irrelevant.¹⁴

Tatsächlich verweist aber gerade die aktuelle Situation auf die Fehler der Konstruktion eines vermeintlich auf Patenten basierenden Forschungs- und Entwicklungsmodells: Die wesentlichen finanziellen Impulse für die Impfstoffentwicklung sind öffentlich generiert, und deshalb gehören auch die Ergebnisse dieser Forschung nicht den Firmen allein, die die Produkte herstellen. Die Notwendigkeit alternativer Modelle zur Förderung von Forschung und Entwicklung von essentiellem Gesund-

11 <https://medicineslawandpolicy.org/2021/01/the-elephant-in-the-room-at-the-who-executive-board/>.

12 <https://www.twn.my/title2/health.info/2020/hi201011.htm>.

13 <https://phmovement.org/the-india-south-africa-waiver-proposal/>.

14 <https://www.keionline.org/34235>.

heitswissen jenseits des herrschenden Patent Paradigmas sind seit vielen Jahren anerkannt und solche Konzepte sind jahrelang in WHO-Kommissionen verhandelt worden, allerdings mit geringem Erfolg.¹⁵

Mit der COVID-19-Pandemie entsteht nun aber ein neues Momentum, dies wieder einzufordern. Hier könnte der CTAP eine Brückenfunktion einnehmen, die zwar nicht das Patentsystem komplett aus den Angeln hebt, aber doch wie beim Medicines Patent Pool den Nachweis erbringt, dass geteiltes Wissen und solidarische Lösungen tatsächlich funktionieren können.

Die Stimmen werden lauter, dass nach der Krise nicht vor der Krise sein darf. Und CTAP könnte dabei eine wichtige Rolle spielen.¹⁶

Der Egoismus schadet auch den reichen Ländern

Aber die Hoffnungen, auf die „Deutschland first“- oder „America First“-Agenden setzen, könnten sich auch grundsätzlicher als falsch herausstellen. Denn es ist damit zu rechnen, dass das egoistische Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie längerfristige Lösungen auch für die technologisch fortgeschrittenen Staaten behindert. Die Produktions- und Lieferketten sind auch in der Impfstoffherstellung längst globalisiert – auch Staaten wie die USA sind auf sichere Handels- und Lieferverträge angewiesen. Und selbst wenn ein Land sich selbst schützen könnte, bleibt es doch auf die Welt mit ihren Absatzmärkten und Lieferanten angewiesen. Gäbe es eine „Insel der Seligen“ – unter der langdauernden globalen Rezession einer fortgesetzten Pandemie würde auch sie leiden.

Schon Anfang August 2020 hatte WHO-Generaldirektor Dr. Tedros betont, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach keine „silver bullet“ geben wird¹⁷, also einen Impfstoff, der bei al-

len Menschen zu hundert Prozent wirksam ist. Auch deshalb läge es im „aufgeklärten Selbstinteresse“ aller Akteure, konsequent auf Kooperation zu setzen. Dies erweist sich nun Anfang 2021 angesichts der mutierenden Viren als allzu wahre Prophezeiung.

Dass die Bundesregierung sowohl beim *Covid19 Technology Access Pool* zum globalen Nutzen des Gesundheitswissens als auch bei dem temporären Aussetzen der WTO TRIPS regeln weiterhin als Blockiererin auftritt, zeigt, wie fragwürdig die Rolle als selbsternannter *Global Health Champion* ist.

Dagegen gilt es weiterhin zu mobilisieren. Zum Beispiel mit der „Patente Töten“ Kampagne, die von Medico International und der Buko Pharmakampagne mit internationalen Partnern im letzten Sommer lanciert wurde: <https://www.patents-kill.org/deutsch/>. ■

¹⁵ Consultative Expert Working Group on Research and Development: Financing and Coordination (CEWG), www.who.int/phi/implementation/research/cewg-consultation/en/.

¹⁶ Kaitlin Mara: Human Rights Watch: All governments should endorse the WHO C-TAP Solidarity Call to Action. Medicines Law & Policy, 30.10.2020 (online).

¹⁷ <https://www.who.int/director-general/speeches/detail/who-director-general-s-opening-remarks-at-the-media-briefing-on-covid-19---3-august-2020>.

Sozialpolitik in der Krise: Eine Bestandsaufnahme

von Joachim Rock



⇒ Dr. Joachim Rock ist Abteilungsleiter für Arbeit, Soziales und Europa im Paritätischen Gesamtverband e.V. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

Foto: © Die Hoffotografen GmbH Berlin

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen. Wie die Covid-19-Pandemie selbst, waren auch die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung ihrer Folgen präzedenzlos. Alle beteiligten Akteure waren gezwungen, weitreichende Maßnahmen umzusetzen, unter hohem Druck und gleichzeitig unter Bedingungen maximaler Unsicherheit über die Folgen des eigenen Tuns. Annähernd ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie lassen sich weder ihre wirtschaftlichen noch ihre sozialen Kosten auch nur näherungsweise abschätzen. Der nachfolgende Versuch beschränkt sich deshalb, anknüpfend an den Beitrag „Das Soziale in der Krise“ aus dem spw-Heft 237 (Ausgabe 2/2020) darauf, ausgewählte sozialpolitische Aspekte aus einem Jahr der Sozialpolitik in der Pandemie aus heutiger Perspektive zu diskutieren.

Alle gleich in der Krise?

Die Krise betrifft die Beschäftigten unterschiedlich. In verschiedenen aktuellen Befragungen etwa des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, des DIW oder des ifo-Instituts wird davon ausgegangen, dass insgesamt zwischen 39 und knapp über 50 Prozent der beruflichen Tätigkeiten aus dem Homeoffice heraus erledigt werden können. Die Möglichkeit, Ansteckungsgefahr durch den Wechsel ins Homeoffice zu verringern, ist sozial jedoch sehr unterschiedlich verteilt. Im Frühjahr 2021 konnten nach Erhebungen

des DIW¹ 60 Prozent der höher gebildeten Erwerbstätigen im Homeoffice arbeiten, aber nur 12 Prozent der niedrig gebildeten. Dies spiegelt sich auch in den verschiedenen Einkommensklassen wider: 59 Prozent des einkommensstärksten Drittels konnten im Homeoffice arbeiten, im einkommensschwächsten Drittel galt das nur für 17 Prozent.

Der Erwerbstätigenbefragung des WSI zufolge waren Ende Januar 2021 24 Prozent der Erwerbstätigen ganz oder teilweise im Homeoffice tätig, drei Prozent weniger als im April 2020, aber deutlich mehr, als mit 14 bzw. 17 Prozent im November und Dezember 2020². Mit den unterschiedlichen Möglichkeiten, unabhängig von der Öffnung von Betrieben arbeiten zu können, verschieben sich auch die Risiken für Einkommensverluste. Nach einer Erhebung des DIW haben etwa 20 Prozent derjenigen, die 2019 erwerbstätig waren, im Jahr 2020 Einkommensverluste zu verzeichnen. Die Einkommensverluste trafen dabei häufig Menschen mit geringen Einkommen, häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Kleinselbstständige. Zusätzliche Belastungen erwachsen Erwerbstätigen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen.

Während die einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung unter steigenden Preisen und steigenden Bedarfen litten und zusätzliche Ausgaben hatten, überwogen gerade bei den einkommensstärkeren Haushalten pandemiebedingte Einsparungen. Die Ersparnisse nahmen 2020 um 330 Milliarden Euro zu, etwa 100 Milliarden mehr als im Vorjahr. Die Sparquote stieg von elf auf 16 Prozent³. Die ohnehin auf

¹ Schröder, Carsten/Entringer, Theresa/Göbel, Jan/Grabka, Markus/Graeber, Daniel/Kröger, Hannes/Kroh, Martin/Kühne, Simon/Liebig/Stefan/Schupp, Jürgen/Seebauer, Johannes/Zinn, Sabine (2020): Vor dem Covid-19-Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich. DIW aktuell Nr. 41 vom 12. Mai 2020.

² WSI (2021): Deutlicher Anstieg: 24 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten aktuell vorwiegend oder ausschließlich im Homeoffice. WSI-Pressedienst vom 16.02.2021.

³ Quelle: DZ-Bank, zitiert nach Hageliiken, Alexander/Kläsgen, Michael/Öchsner, Thomas (2021): Sauna oder Sparbuch. In: Süddeutsche Zeitung vom 6./7. Februar 2021, S. 1.

hohem Niveau stagnierende Ungleichheit wird dadurch voraussichtlich weiter zunehmen.

In der Krise stabil: Arbeitsmarkt, Kurzarbeitergeld und Grundsicherung

Das Kurzarbeitergeld hat entscheidend dazu beigetragen, die Folgen der Krise für die Beschäftigten zu mildern. Vor Beginn der Krise, im Februar 2020, lag die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit bei 134.000 Menschen, um nur zwei Monate später bei 6 Millionen zu liegen. Erleichterte Bezugsbedingungen hatte der Bundestag bereits am 13. März 2020 einstimmig beschlossen. Mit dem zum Jahresbeginn 2021 in Kraft getretenen Beschäftigungssicherungsgesetz wurden die bereits im Vorjahr verbesserten Bezugsbedingungen verlängert. So erhöht sich das Kurzarbeitergeld von regulär 60 Prozent des Nettoentgelts bzw. 67 Prozent mit Kindern auf 70 bzw. 77 Prozent ab dem vierten und 80 bzw. 87 Prozent ab dem 7. Monat. Die Regelungen wurden bis zum Jahresende 2021 verlängert, ebenso die Anrechnungsfreiheit von Bezügen aus Minijobs, die während der Kurzarbeit aufgenommen wurden. Sozialversicherungsbeiträge werden den Betrieben bis zum 30. Juni 2021 grundsätzlich vollständig erstattet, anschließend zumindest zur Hälfte. Die verbesserten Regelungen für das Kurzarbeitergeld sind einer der Hauptgründe dafür, dass die Auswirkungen der Pandemie auf die Beschäftigung wesentlich abgedeckt werden konnten. Im Januar 2021 hatten 31 Prozent aller Unternehmen in Deutschland die Zuschüsse beantragt. Am stärksten betroffen waren mit 86 Prozent Unternehmen der Gastronomie und mit 90 Prozent solche der Reisevermittlungsbranche. 2,6 Millionen Beschäftigte waren in Kurzarbeit, 400.000 mehr als im Dezember. Stand Februar 2021 haben die Arbeitsämter 23 Milliarden Euro an die Betriebe ausgezahlt, ohne dass es zu größeren Klagen über die Umsetzung gekommen wäre. Die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes folgt der Einsicht, dass 60 bzw. 67 Prozent nicht reichen, erst recht nicht auf längere Sicht. Diese Einsicht muss aber auch Folgen für die Höhe des regulären Arbeitslosengeldes haben, dass sich eben am niedrigsten Niveau orientiert. Auch die Bezugsbedingungen des Arbeitslosengelds müssen deutlich verbessert werden, zumal nur

etwa jeder dritte Arbeitslose noch dessen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt.

Zu den Beschäftigten, die die Krise besonders hart getroffen hat, zählen vor allem Minijobber, die keine Ansprüche auf Kurzarbeitergeld haben. Zum Jahresbeginn 2021 waren nur noch 4,1 Millionen Menschen ausschließlich geringfügig Beschäftigt, etwa 8 Prozent weniger als im Vorjahr. Deutlich gestiegen ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, auf knapp eine Million Menschen im Vergleich zu gut 700.000 Menschen im Jahr zuvor.

Erstaunlich ist, dass die Zahl der Menschen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende trotz der Krise stabil gehalten werden konnte. Mit 2,9 Millionen Menschen waren im Januar 2021 fast eine halbe Million Menschen mehr arbeitslos, als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Das bildet sich aber nur zum Teil in den gegenüber dem Vorjahr um knapp 300.000 auf 1,2 Millionen gestiegenen Beziehenden des regulären Arbeitslosengeldes ab. Auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende hatte es nahezu keine Effekte: Im Januar 2021 waren 5,6 Millionen Menschen in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung, nur 45.000 mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass im Januar 2021 nur gut 25.000 Selbstständige oder Beziehende von Kurzarbeitergeld neu in die Grundsicherung gekommen sind, ähnlich wie in Vormonaten. Das zeigt, dass auch der durch den weitgehenden Verzicht auf die Anrechnung von selbstgenutztem Wohneigentum und Vermögen unter 60.000 Euro, die auf zwei Jahre befristete Anerkennung der Wohnkosten ohne Angemessenheitsprüfung sowie einem weitgehenden Sanktionsverzicht erleichterte, inzwischen bis zum Jahresende 2021 befristete Zugang zur Grundsicherung keineswegs zu einem Ansturm auf die Grundsicherung geführt haben. Die Mehrausgaben dafür scheinen sich in engen Grenzen zu halten. Modellrechnungen gehen davon aus, dass selbst in einem Worst-Case-Szenario die Kosten der Unterkunft dadurch nur um etwa 0,6 Prozent⁴ steigen werden. Auch die eingeschränkte Vermögensan-

⁴ Beckmann, Fabian/Heinze, Rolf G./Schad, Domonik/Schupp, Jürgen (2021): Hartz-IV-Reformvorschlag: Weder sozialpolitischer Meilenstein noch schleichende Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. DIW aktuell Nr. 58 vom 12. Februar 2021.

rechnung dürfte nur geringe Effekte haben. Dass DIW⁵ geht für das Jahr 2017 davon aus, dass 22,1 Prozent der Erwachsenen in Privathaushalten über kein Vermögen und dazu 6,9 Prozent sogar über Schulden verfügen. Der Referentenentwurf für die geplante, aber längst nicht sichere Reform des SGB II geht hier von etwa 10.000 zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften und Mehrausgaben von 120 Millionen Euro aus. Es spricht deshalb alles dafür, die in der Pandemie erleichterten Bezugsbedingungen über die Pandemie hinaus zu entfristen.

Mehrbedarfe – auch für die Ärmsten?

Die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Hilfen haben in der Krise ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Die Bundesregierung geht von 1,446 Billionen Euro aus, die 2020 und 2021 an Investitionen in das Gesundheitssystem, an Stützungs- und Konjunkturprogrammen, an Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben, an Bürgschaften und der Beteiligung an internationalen Hilfen zusammenkommen. Unmittelbar zu Buche schlagen davon 619,9 Milliarden auf Bundesebene und 69,8 Milliarden Euro bei den Ländern, weitere 756,5 Milliarden Euro entfallen auf Bürgschaften des Bundes. Die Schätzungen aus dem Herbst 2020 enthielten eines nicht: gezielte Unterstützungsmaßnahmen für die Menschen, die bereits vor der Krise in der Grundsicherung waren. Gerade die einkommensärmsten Gruppen in der Bevölkerung blieben in der Pandemie viel zu lange ohne zusätzliche Unterstützung. Noch in den Bundespressekonferenzen vom 13. und 20. Januar 2021 verwies der Vertreter des BMAS darauf, dass die Grundsicherung eben für das Notwendige eingeteilt werden müsse, obwohl die Maskenpflicht zwischenzeitlich verschärft wurde. Offener zeigte sich die Bundeskanzlerin selbst, die am 21. Januar in einer Pressekonferenz erklärte, dass man bei einer fort dauernden pandemischen Lage über zusätzliche Hilfen nachdenken müsse. Dass angesichts der offenkundigen Mehrbedarfe der Betroffenen und dem Gesamtvolume der insgesamt zur Ver-

fügung gestellten Hilfen auch Monate nach Beginn der Pandemie keine zusätzlichen Hilfen für Menschen mit geringen Einkommen vorgesehen waren, war längst nicht mehr zu vermitteln. Selbst die bei Verbesserungen traditionell zurückhaltende FDP-Bundestagsfraktion forderte für die Dauer der Pandemie einen Zuschlag von bis zu 20 Prozent auf die Grundsicherung. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hatten noch weitergehende Forderungen, die im Bundestag mit den Stimmen von Regierungsfraktionen und AfD abgelehnt wurden.

Zwischenzeitlich gelang es Grundsicherungsberechtigten, fehlende Unterstützung erfolgreich einzuklagen. Das Thüringer Landessozialgericht etwa hatte mit Beschluss vom 8. Januar 2021 (Az.: L 9 AS 862/20 B ER) festgestellt, dass die Ausgaben für die zur Teilnahme am Online-Unterricht notwendige Hardware einen „unabweisbaren Mehrbedarf“ darstellten. Angemessene Ausgaben von bis zu 500 Euro seien deshalb durch das Jobcenter zu übernehmen. Mehrbedarfe wurden von Sozialgerichten auch für FFP2-Masken anerkannt. Das Sozialgericht Karlsruhe entschied Mitte Februar 2020, dass Grundsicherungsberechtigte im Einzelfall einen Anspruch auf wöchentlich 20 FFP2-Masken als Sachleistung oder alternativ auf einen monatlichen Mehrbedarf von 129 Euro haben. Das Sozialgericht begründete dies nicht „nur“ mit dem Recht der Betroffenen auf soziale Teilhabe, sondern auch mit dem öffentlichen Interesse an der Eindämmung der Pandemie. Eine am 8. Februar 2021 veröffentlichte Studie der Berliner Gesundheitsverwaltung bestätigt eindrücklich, dass das Infektionsrisiko von Menschen mit geringen Einkommen und in begrenzten Wohnsituationen signifikant steigt: „Je höher der Anteil der Arbeitslosen bzw. Transferbeziehenden in den Bezirken, desto höher ist die COVID-19-Inzidenz“⁶.

Auch der politische Druck wuchs. Ein am 25. Januar veröffentlichter gemeinsamer Aufruf von 36 Verbandsspitzen formulierte weitreichende

⁵ Grabka, Markus M./Halbmeier, Christoph (2019): Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch. In: DIW Wochenbericht, Heft 40/2019, S. 738.

⁶ Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (2021): Das SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen in Berlin – Zusammenhang mit Soziodemografie und Wohnumfeld. Berlin, S. 8.

Forderungen zur Unterstützung einkommensarmer Menschen.

Gefordert wurden eine grundsätzliche Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung von derzeit 446 auf 600 Euro, dazu ein pauschaler Mehrbedarf von monatlich 100 Euro, die Übernahme von Ausgaben für digitale Endgeräte als einmalige Leistungen der Grundsicherung und ein erneuertes Kredit- und Kündigungsschutzmoratorium.

Unterzeichnet wurde der durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband initiierte Aufruf beispielsweise von den Verbandsspitzen von GEW und ver.di, von AWO und Diakonie, den Sozialverbänden VdK, SoVD und Volkssolidarität, dem Kulturrat, dem BUND, dem Mieterbund und dem Kinderschutzbund. Die bereichsübergreifende Verbändeinitiative und die Rechtsprechung der Sozialgerichte zeigen, dass die über Monate hinweg immer wieder bekräftigte Zurückweisung von Mehrbedarfen keine Akzeptanz mehr fand.

Nur drei Tage später kündigte die Bundesregierung an, dass rund fünf Millionen Grundsicherungsberechtigte, die nicht bereits als Angehörige von Risikogruppen Gutscheine für FFP2-Masken bekommen hatten, über ihre Krankenkassen Berechtigungen zum kostenlosen Bezug von FFP2-Masken in Apotheken bekommen sollten. Mit dem verwaltungsaufwendigen Weg über die Krankenkassen sollte vermieden werden, dass etwa chronisch Kranke und grundsicherungsberechtigte Menschen doppelt mit Masken versorgt werden. Offenbar aus Misstrauen gegenüber den Betroffenen wurde damit nicht nur ein besonders langwieriger, sondern auch teurer Weg gewählt. Lieber zahlt der Bund buchstäblich Apothekenpreise für die Bereitstellung einer bestimmten Maskenart als Sachleistung, als den Berechtigten unbürokratisch über die Jobcenter Geld auszahlen zu lassen, damit diese sich Schutzmasken nach Wahl preisgünstiger selbst einkaufen könnten. Die zehn Masken, die Grundsicherungsberechtigte bei Vorlage ihres Ausweises und ihrer Berechtigung erhalten, werden den Apotheken mit 39 Euro vergütet. Wäre diese Summe als Mehrbedarf mit der Grundsicherung überwiesen

worden, wäre die Unterstützung nicht nur ohne Umwege über die ohnehin schon administrativ belasteten Krankenkassen deutlich schneller bei den Menschen angekommen, sie hätten für das gleiche Geld auch eine mehrfache Zahl von Masken im Discounter erwerben können.

Zum 1. Februar 2021 wies das Bundesarbeitsministerium die Grundsicherungsträger zudem dazu an, notwendige Ausgaben zur digitalen Teilhabe am Unterricht, darunter auch Tablets und Notebooks, mit bis zu 350 Euro als Mehrbedarf anzuerkennen. Zwar hatte der Bund bereits im Mai 2020 500 Millionen Euro zusätzlich für den bereits seit dem 17. Mai 2019 in Kraft getretenen Digitalpakt Schule zur Verfügung gestellt, um Schulen die Anschaffung digitaler Endgeräte zu ermöglichen. Voraussetzung für die Mittel war jedoch u.a. die Vorlage von Medienkonzepten durch die Schulen. Hinzu kam, dass zwar Hardware gekauft werden konnte, Einrichtung und Wartung aber nicht finanziert wurden. Das führte dazu, dass auch nach über einem Jahr Digitalpakt von den über 5 Milliarden Euro zur Verfügung stehender Fördermittel erst 15,7 Millionen (!) Euro abgeflossen waren. Da der Bedarf auf diesem Wege auch nach fast einem Jahr Pandemie vielfach nicht gedeckt war, wurde es höchste Zeit, die Familien in die Lage zu versetzen, sich mit der zugesagten Erstattung eine preiswerte Grundausstattung selbst anschaffen zu können.

Bereits am 3. Februar einigte sich der Koalitionsausschuss auf eine Sonderzahlung in Höhe von 150 Euro für erwachsene Grundsicherungsberechtigte und eine Neuauflage des Kinderbonus in Höhe von weiteren 150 Euro. Der Kinderbonus kann dabei als krisenerprobt gelten. Er wurde bereits 2009 als Konjunkturmaßnahme erprobt, war schon 2020 als Sonderzahlung in Höhe von insgesamt 300 Euro pro Kind neu aufgelegt und in zwei Tranchen mit dem Kindergeld ausgezahlt oder, bei einkommensstärkeren Menschen, durch einen erhöhten Steuerfreibetrag berücksichtigt worden. Da der Kinderbonus nicht auf Fürsorgeleistungen angerechnet wurde, kam der Zuschlag insbesondere Familien mit geringen Einkommen zugute. Vom Kinderbonus profitierten deshalb gerade Menschen in der Grundsicherung, zu-

dem hatte dieser vergleichsweise hohe Konjunktureffekte. Von der ebenfalls als Krisenhilfe im vergangenen Jahr befristet gesenkten Mehrwertsteuer profitierten zwar alle Konsumenten, allerdings wird davon ausgegangen, dass nur etwa die Hälfte der Steuersenkung auch tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben wurde⁷.

Restriktive Bewilligungspraxis

Regierung und Verwaltung stehen bei allen Unterstützungsmaßnahmen im Zwiespalt zwischen unbürokratischer, schneller Hilfe einerseits und zielgerichteter, zweckentsprechender Mittelverwendung andererseits. Es ist deshalb naheliegend, den Kontrollumfang in Relation zur Höhe der einzelnen Leistungen in Beziehung zu setzen. Der britische Soziologe Cyril Northcote Parkinson formulierte in seinem Aufsatz „Hochfinanz oder der Punkt, an dem das Interesse erlischt“ das „Gesetz der Trivialität: Es besagt, dass die auf einen Punkt der Tagesordnung verwendete Zeit umgekehrt proportional ist der Größe der Summe, die auf der Tagesordnung steht“⁸. Nur in einer solchen Logik scheint es folgerichtig, dass mit großem Aufwand sichergestellt wird, dass Menschen, die wegen eines besonderen Gesundheitsrisikos Gutscheine für FFP2-Masken bekommen, in den Fällen, in denen die Grundsicherungsbe rechtigte dazu auch kaum Geld haben, deshalb auch keine zusätzlichen Masken bekommen⁹. Klingt komisch, ist aber so.

Eine restriktive Bewilligung individueller Hilfen ist auch in anderen Bereichen festzustellen. Studierende, gerade aus Familien mit geringen Einkommen, sind häufig auf Nebenjobs angewiesen. Diese sind häufig in den Bereichen angesiedelt, die von der Pandemie besonders betroffen sind. Bedingung für die staatlichen

Überbrückungshilfen war, dass die Studierenden nicht mehr als 500 Euro auf dem Konto haben durften. Die Reserve für die nächste Miete stand damit der Inanspruchnahme der Hilfe entgegen. Viele Studierende flüchteten deshalb in die Studienkredite der KfW, die zwischen Mai und September 2020 fast 31.000 Anträge mit einem Volumen von annähernd einer Milliarde Euro erhielt. Die fälligen Zinsen werden noch bis zum Jahresende 2021 durch den Bund übernommen, danach müssen die Studierenden regulär Zinsen zahlen. Der effektive Jahreszins dabei lag zuletzt, im Januar 2020, bei 3,95 Prozent. Auch die im März 2020 beschlossene Kompensation nach dem Infektionsschutzgesetz für einen Verdienstausfall von Eltern, die wegen der Schließung von Kitas und Schulen nicht arbeiten können, wurde wegen restriktiver Bedingungen kaum wahrgenommen. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung¹⁰ lag die Antragsquote zwischen weniger als einem bis fünf Prozent, von denen wiederum nur ein Teil bewilligt wird. Deutlich günstiger sind dabei die im Januar 2021 verbesserten Bezugsbedingungen für das Kinderkrankengeld, von dem allerdings nur Eltern gesetzlich versicherter Kinder profitieren können.

Schrecken ohne Ende oder mit ZeroCovid die Wende?

Den auch in den vorangegangenen Ausführungen im Zentrum stehenden Aspekte der Arbeits- und Einkommenssicherung in der Pandemie stehen andere, ebenfalls schwerwiegende Einschränkungen der sozialen Teilhabemöglichkeiten gegenüber. Gerade die sogenannten „Risikogruppen“ sind vielfach eingeschränkt. Kinder und Jugendliche, aber auch die ohnehin schon große Gruppe der einsamen Menschen leiden unter den Einschränkungen. Zwei unterschiedliche Aufrufe plädieren aus unterschiedlicher Perspektive für einen gesamteuropäischen Strategiewechsel hin zu härteren Einschränkungen für mittelfristig schnellere Lockerungen. Die Bewegung No-Covid hat für Deutschland Handlungsempfehlungen¹¹ vorgelegt, um an Stelle einer

7 Blömer, Maximilian/Branda, Przemyslaw/Mosler, Martin/Peichl, Andreas 2021: Verteilungswirkungen des Kinderbonus und der temporären Mehrwertsteuerung im Jahr 2020. Ifo Schnelldienst, 2/2021 vom 10. Februar 2021.

8 Parkinson, Cyril Northcote (1957): Parkinsons Gesetze und andere Untersuchungen über die Verwaltung. Deutsche Fassung 2005. Berlin, S. 72.

9 Bundesministerium für Gesundheit 2021: Erste Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung. Referentenentwurf., „Die Bundesregierung hat beschlossen, dass Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher der Grundsicherung für Arbeitsuchende zehn Schutzmasken pro Person erhalten sollen, sofern sie nicht bereits über die Coronavirus-Schutzmasken-Verordnung vom 14. Dezember 2020 (BAnz AT 15.12.2020 V1) Be rechtigungsscheine erhalten.“

10 Roßbach, Henrike (2021): Ladenhüter Elternschädigung. In: Süddeutsche Zeitung vom 16. Februar 2021.

11 „Eine neue proaktive Zielsetzung für Deutschland zur Bekämpfung von

weiteren Eindämmungsstrategie eine Eliminationsstrategie mit dem Ziel einer Inzidenz von zumindest unter zehn täglichen Neuinfektionen pro 100.000 Menschen in sieben Tagen zu erreichen. No-Covid hebt dabei das Ziel hervor, Einschränkungen der Wirtschaft weitestmöglich zu minimieren. Das produzierende Gewerbe soll unter bestimmten Bedingungen auch in Regionen mit höherer Inzidenz geöffnet bleiben. Die Initiative #ZeroCovid¹² strebt ebenso niedrige Inzidenzen an. Dies soll jedoch durch eine strikte Kontaktvermeidung einschließlich eines weitgehenden Shutdowns erreicht werden. Fabriken, Büros, Betriebe und Baustellen sollen konsequent und über Wochen geschlossen werden. Die Arbeitspflicht soll ausgesetzt, die Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur ausgebaut und die Kosten des Shutdowns durch eine europaweite Covid-Solidaritätsabgabe finanziert werden. Auch für den Gesundheitswissen-

schaftler und Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Rolf Rosenbrock, gehen die Forderungen von #ZeroCovid in „die richtige Richtung: Ein befristeter, konsequenter Shutdown, der die Wirtschaft stärker in die Pflicht nimmt und eine deutlich bessere soziale Absicherung“. Auch wenn die komplette Ausrottung des Virus auch auf diesem Wege wohl nicht zu erreichen sei, sei eines klar: ohne eine stärkere Umverteilung von Reichtum sei die Pandemie nicht zu überwinden.

Viele der genannten Beispiele belegen, dass die Reduzierung der wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen nur durch weitreichende sozialpolitische Maßnahmen erreicht werden kann. Dringender Handlungsbedarf besteht trotzdem fort: eine stärkere Unterstützung von Menschen in Einkommensarmut und beengten Wohnverhältnissen lindert nicht nur konkrete Not, sondern hilft auch, einer weiteren Ausbreitung der Pandemie vorzubeugen. Für den Einzelnen wie für die Gesellschaft gilt, was wir seit Virchow wissen: Armut macht krank, und Krankheit macht arm. ■

SARS-CoV2". Aufruf vom 18. Januar 2021, o.O. Erstunterzeichnende sind u.a. Melanie Brinkmann, Heinz Bude, Clemens Fuest, Andreas Peichl und andere.

12. „#ZeroCovid. Für einen solidarischen europäischen Shutdown“. Aufruf vom 12. Januar 2021. Erstunterzeichnende sind u.a. Raul Krauthausen, Margarete Stokowski, Luisa Neubauer, Andrej Holm u.a.m.



Das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der extremen Ungleichheit zu werden. Nicht nur zwischen Nord und Süd, West und Ost. Die Klassen gesellschaft kehrt zurück – auch in Deutschland. Die soziale Spaltung gefährdet unsere Demokratie. Der Raubbau an der Natur zerstört die Zukunft unserer Kinder. Klimawandel, Armut und Kriege zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Verantwortlich dafür ist ein entfesselter, sozial und ökologisch blinder Kapitalismus.

Wie können wir unsere Gesellschaft davor schützen? Dierk Hirschel entwirft in seinem Buch die Grundlinien einer fortschrittlichen Politik für das 21. Jahrhundert.

256 Seiten
Broschur
22,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0570-6

www.dietz-verlag.de



Mit uns zieht die neue Zeit!

von Dierk Hirschel¹



⇒ Dr. Dierk Hirschel ist ver.di-Chefökonom.

Foto: © Kay Herschelmann

In der Pandemie lebt der Staat auf Pump. Rettungsschirme, Überbrückungshilfen, Konjunkturpakete, steigende Sozialausgaben und hohe Steuerausfälle belasten die Kreditkarte der Kasenwarte mit mindestens 340 Milliarden Euro. Der heimische Schuldenberg wächst auf über 2,2 Billionen Euro.

Ein Grund zur Panik ist das nicht. Berlin kann problemlos mit höheren Schulden leben. Die Schuldenquote – der Anteil der Staatsschulden am Sozialprodukt – liegt bei international niedrigen 71 Prozent. Davon können Washington (130 Prozent) oder Tokio (266 Prozent) nur träumen.

Die Zinsen sind auf Rekordtief. Fast alle deutschen Staatsschulden sind negativ verzinst. In unsicheren Zeiten stehen die Investoren für sichere Wertpapiere Schlange. Wenn der deutsche Finanzminister sich von Anlegern 1000 Euro leiht, muss er nach zehn Jahren – abzüglich Inflation – nur 900 Euro zurückzahlen. Letztes Jahr verdiente Olaf Scholz mit neuen Staatspapieren sieben Milliarden Euro. Zudem können Staaten ihre Kredite nach Ablauf der Leihfrist umschulden. In den nächsten Jahren könnten wir also bequem aus den Corona-Schulden herauswachsen.

Schulden sind kein Teufelszeug. Kreditfinanzierte öffentliche Investitionen stärken die wirtschaftliche Entwicklung. Für jeden investierten Euro steigt das Sozialprodukt um bis zu 1,80

Euro. Solange die Wachstumsraten höher sind als der Zins, sinkt sogar die Schuldenquote. Folglich spricht nichts dagegen, auch zukünftige Investitionen mit der Kreditkarte zu bezahlen. Schließlich haben wir einen gigantischen Investitionsbedarf.

Große Investitionsbedarfe

Über zwei Jahrzehnte floss zu wenig Geld in die physische und soziale Infrastruktur. Die deutsche Volkswirtschaft fährt auf Verschleiß. In den Städten und Gemeinden sind die Abschreibungen höher als die Investitionen und der öffentliche Kapitalstock verfällt. Allein der Investitionsstau der Städte und Gemeinden beläuft sich auf 147 Milliarden Euro. In Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. In den Krankenhäusern wurden in den letzten zehn Jahren 30 Milliarden zu wenig investiert. Vor vergleichbaren Herausforderungen steht der Wohnungsbau. Jedes Jahr müssten 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – gebaut werden, um eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Das kostet mindestens 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Verkehrsinfrastruktur ist marode. Ein Fünftel der Autobahnstrecken und zwei Fünftel der Bundesfernstraßen müssen saniert werden. Und jede dritte Eisenbahnbrücke hat bereits über 100 Jahre auf dem Buckel. Jedes Jahr müssten zusätzlich zehn Milliarden Euro für den Verkehr mobilisiert werden. In den nächsten zehn Jahren müssten in Breitband und Energieversorgung jeweils 40 Milliarden Euro investiert werden. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Doch damit nicht genug. Moderne Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime sind ohne ausreichend Personal nicht arbeitsfähig. In den letzten Jahrzehnten wurden aber die öffentlichen und sozialen Dienstleistungen sträflich vernachlässigt. Allein in den Krankenhäusern fehlen für eine bedarfsgerechte Versorgung aktuell 100.000 Krankenpflegekräfte. In der Altenpflege beläuft sich der Personalmangel auf 115.000 Pflegekräfte. In der frühkindlichen Erziehung und Betreuung

¹ Der Text enthält Auszüge aus dem aktuellen Buch des Autors: „Das Gift der Ungleichheit“, wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können. Das Buch ist im Dietz Verlag erschienen.

fehlen bis 2025 etwa 190.000 Fachkräfte. In den Grundschulen können im gleichen Zeitraum voraussichtlich 35.000 Stellen nicht besetzt werden. Im öffentlichen Nahverkehr müssten in den kommenden sechs Jahren etwa 30.000 neue Beschäftigte eingestellt werden.

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der unterlassenen Investitionen und Staatsausgaben kommen uns teuer zu stehen. Der Investitionsstau schadet der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Die Firmen kämpfen mit gesperrten Straßen und Brücken, Funklöchern, einem lahmen Internet und unterbesetzten Bauämtern. Zudem kommt die Energiewende nur schleppend voran und die Verkehrswende bleibt im Stau stecken. Die Pariser Klimaziele werden so nicht erreicht. Darüber hinaus blockiert die chronische Unterfinanzierung des Sozialstaats die Entwicklung des Dienstleistungssektors. Personengebundene öffentliche Dienstleistungen wurden aus Kostengründen nicht weiter ausgebaut. In vielen Dienstleistungsbranchen entstand ein Teufelskreis aus niedrigen Löhnen, geringer Nachfrage, geringer Produktivität und schlechter Dienstleistungsqualität. Das Ergebnis ist eine tief gespaltene Wirtschaftsstruktur des Rheinischen Kapitalismus, welche die Investitionen, die Produktivität und die wirtschaftliche Entwicklung bremst.

Natürlich kann der über zwei Jahrzehnte entstandene Investitionsstau und Personalmangel nicht in wenigen Monaten überwunden werden. Vielen Kommunen fehlen heute Architekten und Bauingenieure, um die notwendigen Investitionen überhaupt planen und durchführen zu können. Die Bau- und Planungsämter haben in den letzten 25 Jahren mehr als ein Drittel ihres Personals weggespart. Deswegen werden vorhandene Investitionsmittel nicht abgerufen. Zudem sind die Kapazitäten der Bauwirtschaft begrenzt. Kitas, Krankenhäuser und Pflegeheime können nur dann mehr Fachkräfte einstellen, wenn sie vorher ausreichend Personal ausgebildet und weiterqualifiziert haben. Klar ist aber auch: Ein dauerhaft höherer öffentlicher Investitions- und Ausgabenpfad würde dazu führen, dass Unternehmen und Verwaltungen ihre Produktions- und Planungskapazitäten ausbauen und der Fachkräftemangel überwunden werden kann.

Schuldenbremse bremst die Zukunft

Berlin sollte jetzt die günstigen Finanzierungsbedingungen nutzen, um in Klimaschutz, Gesundheit, Bildung, Digitalisierung, ÖPNV und Wohnen zu investieren. Wir brauchen ein Jahrzehnt der Investitionen. Jedes Jahr sollte ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag zusätzlich investiert werden. Gleichzeitig sollten die Personal- und Sozialausgaben erhöht werden. Dafür ist eine breitere staatliche Einnahmebasis, also höhere Steuereinnahmen, nötig.

Ein ökonomisch vernünftiger Umgang mit Staatsschulden scheitert aktuell an nationalen und europäischen Schuldenregeln. Die Schuldenbremse zwingt Bund und Länder dazu, die Corona-Kredite zeitnah zu tilgen. Diese Rückzahlungspflicht frisst den künftigen Verschuldungsspielraum auf. Für zusätzliche Investitionen in Klimaschutz und Sozialstaat ist die Kreditkarte dann gesperrt. Die Schuldenbremse entpuppt sich in der Praxis als Investitions- und Zukunftsbremse. Ihre neoliberalen Erfinder verfolgten das Ziel, den Sozialstaat auf Zwangsdiät zu setzen. Die Regelbindung sollte verhindern, dass der Sozialstaat ausgebaut wird, wenn dafür gesellschaftliche und politische Mehrheiten vorhanden sind.

Deswegen sollte die ökonomisch unsinnige und antidemokratische Schuldenbremse endlich abgeschafft werden. Zur Not reicht aber auch ein minimalinvasiver Eingriff, der kreditfinanzierte Investitionen vom Schuldenregelwerk befreit (Goldene Regel).

Diese Reformvorschläge stoßen aber auf Widerstand. Als Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) kürzlich für eine Lockerung der Schuldenbremse warb, erntete er aus den eigenen Reihen einen Shitstorm. Im Arbeitgeberlager hat hingegen schon längst eine ideologische Knochenerweichung stattgefunden. Der Investitionsstau bei Digitalisierung, Energienetzen und Verkehrsinfrastruktur schadet den Unternehmen. Deswegen fordern inzwischen zahlreiche Manager und Verbandsvertreter mehr kreditfinanzierte Infrastrukturinvestitionen. So schlagen das arbeitgeberfinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das gewerkschaftsnahe IMK die Einrichtung eines föderalen Investitionsfonds

vor, der bis 2030 rund 450 Milliarden Euro in die kommunale Infrastruktur, Bildung, Schiene, Breitband und CO₂-Reduzierung investieren soll. Ein solcher Extrahaushalt wäre ein pragmatischer Weg, um die Schuldenbremse zu umgehen.

Die Verteilungsfrage stellen

Der Streit um die Schuldenbremse ist Teil eines großen gesellschaftlichen Verteilungskonflikts. Ein ökonomisch vernünftiger Umgang mit der Schuldenfrage könnte eine harte Verteilungspolitische Auseinandersetzung vermeiden. Wenn es aber nicht gelingt, die Schuldenregeln zu lockern oder sie kreativ – Investitionsfonds, Extrahaushalte – zu umgehen, dann kann nur eine umverteilende Steuer- und Abgabenpolitik garantieren, dass noch ausreichend in die Zukunft investiert werden kann.

Geld dafür ist genug da. Das private Nettovermögen beläuft sich auf 13 Billionen Euro. Das ist mehr als das Fünffache der Staatsverschuldung. Der private Reichtum konzentriert sich in wenigen Händen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt fast zwei Drittel, die Superreichen – das reichste 0,1 Prozent – ganze 16 Prozent dieses Nettovermögens.

Eine einmalige Vermögensabgabe könnte die außergewöhnliche Finanzlast der Pandemie sozial gerecht verteilen. Hohe Freibeträge und ein progressiver Tarif würden dafür sorgen, dass die Superreichen den Großteil der Abgabenlast – 90 Prozent – tragen. Insgesamt könnte eine solche Abgabe bis zu 470 Milliarden Euro einbringen. Verteilt auf 20 Jahre entspricht dies jährlichen Mehreinnahmen von 23 Milliarden Euro. Da diese Abgabe rückwirkend erhoben würde, gäbe es auch keine Möglichkeit zur Kapitalflucht.

Nach der Krise brauchen wir ohnehin eine Steuerpolitik, die den privaten Reichtum stärker in die Pflicht nimmt. Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne tragen zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Zwischen 1998 und 2015 wurden die reichsten 30 Prozent der Bevölkerung steuerlich entlastet, während die unteren 70 Prozent mehr Steuern zahlen müssen. Unternehmen zahlen heute auf ihre Ge-

winne weniger als 20 Prozent Steuern. Bei Vermögen und Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase. Aktuell betragen die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern nur ein Prozent der Wirtschaftsleistung. Deswegen müssen Topverdiener, Großberen, Multimillionäre und Milliardäre sowie finanzstarke Unternehmen zukünftig stärker besteuert werden.

Eine Allianz des Fortschritts

Ein Aufbruch in eine gerechte und umweltfreundliche Gesellschaft ist möglich. Gewerkschaften, Umweltbewegung, Sozialverbände, linke Parteien und soziale Bewegungen können gesellschaftliche Mehrheiten für eine sozial-ökologische Reformpolitik gewinnen.

Unsere Gesellschaft bewegt sich. Immer mehr Menschen wehren sich gegen Lohndumping, unsichere Jobs, hohe Mieten und die Zerstörung der Natur. Sie wollen eine sozial und ökologisch gerechtere Gesellschaft, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, bezahlbares Wohnen, gute öffentliche Kitas und Schulen, armutsfeste Renten und den Schutz des Klimas.

Geht nicht, gibt's nicht. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Eliten nach zwei billionschweren Notoperationen Wasser predigen, hört ihnen niemand mehr zu. Sozial-ökologischer Fortschritt ist eine Frage des politischen Willens und nicht des Kassenstandes.

Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, soziale Bewegungen sowie linke Parteien stehen vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Proteste und Auseinandersetzungen miteinander zu verbinden. Die gemeinsamen Interessen und Anliegen unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen und bürgerlicher Milieus können gebündelt werden.

Eine fortschrittliche Reformagenda sollte die Stärkung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht, ein grünes Investitionsprogramm und den Ausbau des Sozialstaats umfassen. Die progressiven gesellschaftlichen Kräfte haben jetzt die Chance die sozial-ökologische Transformation des Rheinischen Kapitalismus gemeinsam zu gestalten.

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist in Kraft – aber leider ohne Deutschland

von Ute Finckh-Krämer



➡ Dr. Ute Finckh-Krämer war von 2013 bis 2017 MdB und unter anderem Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

Foto: © SPD/Susie Knoll

Am 22. Januar ist der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft getreten, drei Monate, nachdem ihn 50 Staaten ratifiziert hatten. Er soll aus Sicht der aktuell 86 Unterzeichnerstaaten (von denen inzwischen 51 den Vertrag auch ratifiziert haben) das vollständige Verbot von Atomwaffen analog zum Verbot von biologischen und chemischen Waffen als völkerrechtliche Norm etablieren. In der Vergangenheit hat sich nämlich gezeigt, dass völkerrechtliche Verträge, die von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnet bzw. ratifiziert worden sind, auch eine Wirkung auf das Verhalten der Staaten haben, die das nicht getan haben. Das gilt z.B. für den Vertrag über das vollständige Verbot von Atomwaffentests, der in den Neunziger Jahren verhandelt wurde und der dazu führte, dass seit 1999 außer Nordkorea kein Staat mehr Atomwaffentests durchführte: Der letzte französische Atomwaffentest fand 1996 statt, die letzten Tests von Indien und Pakistan 1998. Frankreich hat den Vertrag unterzeichnet und ratifiziert, Indien und Pakistan nicht.

Die fünf „offiziellen Atommächte“ USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich und die NATO-Staaten, die den Testverbotsvertrag unterstützen und größtenteils unterzeichnet und ratifiziert haben, bekämpften allerdings die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag von Anfang an. Die Atommächte erklärten, dass ein sol-

cher Vertrag völlig sinnlos sei, weil sie nicht bereit seien, ihn zu unterzeichnen. Die USA, Großbritannien und Frankreich schworen alle anderen NATO-Staaten auf eine Ablehnung der Verhandlungen ein¹. Als der Vertrag dann vorlag, behaupteten sie, er stände im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag bzw. Nichtverbreitungsvertrag, sei dazu angetan, ihn zu schwächen und würde Staaten dazu animieren, den Nichtverbreitungsvertrag zu verlassen und stattdessen „nur“ dem Verbotsvertrag beizutreten.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich zur Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zusammenschlossen, unterstützen hingegen die Verhandlungen zum Verbotsvertrag. ICAN erhielt 2017 dafür den Friedensnobelpreis – der von einem fünfköpfigen Komitee vergeben wird, das durch das Parlament des NATO-Staates Norwegen bestimmt wird.

Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV), der 1970 in Kraft trat, verbietet allen Vertragspartnern außer den fünf Staaten, die damals bereits Atomwaffen besaßen (die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen) den Besitz von Atomwaffen. Seit er in Kraft ist, haben drei Staaten, die ihn nie unterzeichnet haben (Indien, Pakistan und Israel) sowie ein Staat, der 2003 seinen Austritt erklärte (Nordkorea) ebenfalls Atomwaffen entwickelt („inoffizielle Atommächte“). Bestandteil des ursprünglich auf 25 Jahre angelegten Vertrags ist eine Verpflichtung der fünf Atommächte in Artikel VI, über einen Vertrag zur vollständigen Abrüstung ihrer Atomwaffen zu verhandeln. Das ist aber seit 1970 nicht geschehen. Das Ende des Kalten Krieges 1990

¹ Nur die Niederlande nahmen teil, weil das niederländische Parlament einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, stimmten dann aber explizit gegen den Vertragstext.

führte zwar zu einer drastischen Reduzierung der Zahl der Atomwaffen, aber nicht zu den von den meisten Nicht-Atomwaffenstaaten (und den Atomwaffengegner*innen auf der ganzen Welt) erhofften Verhandlungen über eine vollständige nukleare Abrüstung.

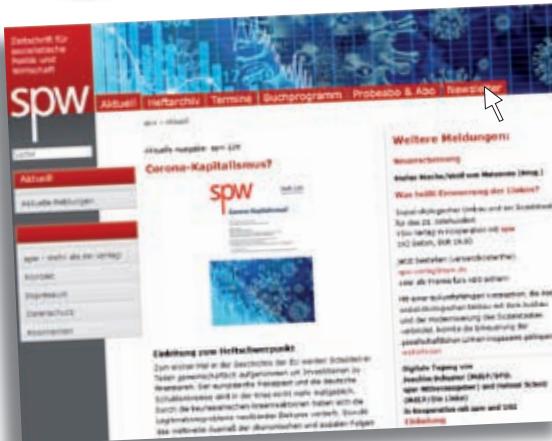
Als sich abzeichnete, dass die offiziellen Atommächte ihrer Verpflichtung nach Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags auf unabsehbare Zeit nicht nachkommen würden, weil sie, statt zu verhandeln, anfingen, ihre Atomwaffenarsenale und Trägersysteme zu modernisieren, wurden zahlreiche Staaten ungeduldig und beschlossen, einen Atomwaffenverbotsvertrag zu verhandeln. Zunächst fanden in den Jahren 2013 und 2014 drei Konferenzen zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen statt, auf denen auch über die mögliche Bedeutung eines Verbotsvertrags diskutiert wurde (die erste davon in Oslo, also einem NATO-Mitgliedsstaat). 2017 folgten im Rahmen der Vereinten Nationen die eigentlichen Vertragsverhandlungen. Von Anfang an maßgeblich beteiligt waren Neuseeland, Österreich, Mexiko (wo vor über 50 Jahren

der Vertrag von Tlatelolco über die atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika und der Karibik verhandelt wurde) und Kasachstan. In Kasachstan haben viele Bewohner*innen in der Region um das ehemalige sowjetische Atomtestgebiet Semipalatinsk Strahlenschäden erlitten, die bis heute nachwirken. Es ist Russland über den „Vertrag über kollektive Sicherheit“ verbunden, Russland hat also anscheinend anders als die NATO keinen Druck auf seine Verbündeten ausgeübt, den Verbotsvertrag nicht zu unterstützen.

Die Bundesregierung, die bei vielen multilateralen Abrüstungsverhandlungen eine wichtige Rolle gespielt hat und spielt (z.B. beim schon erwähnten Testverbotsvertrag), hat sich schon bei den drei Konferenzen 2013 und 2014 (als Obama US-Präsident war) auf die Behauptung festgelegt, ein Atomwaffenverbotsvertrag hätte unweigerlich zur Folge, dass der Nichtverbreitungsvertrag geschwächt würde. Dabei wurde unter anderem behauptet, es wäre möglich, die Kontrollen durch die IAEA, die in allen Unterzeichnerstaaten des NVV stattfinden, zu

spw-Newsletter

aktuell und kompakt informiert über



**Artikel/Dossiers
linke Debatten
Bildungsangebote**

Für eine schnelle
Online Information
Jetzt eintragen unter
www.spw.de
für den spw Newsletter

umgehen bzw. von einem hohen Kontrollniveau durch bestimmte Zusatzprotokolle auf ein niedrigeres Kontrollniveau zu kommen. Das führte zu heftigen Diskussionen im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, an denen ich mich intensiv beteiligt habe. Nicht einmal mein Vorschlag, dass der deutsche Botschafter bei der Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen, ein ausgewiesener Experte für nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle, doch wenigstens als Beobachter an der Konferenz teilnehmen könne, wurde vom Auswärtigen Amt aufgegriffen. Warum, ist mir bis heute ein Rätsel, weil das Auswärtige Amt damals bei einem anderen heiklen Thema, nämlich der Frage, ob Russland den INF-Vertrag verletzt habe oder nicht, dem massiven Druck der USA, ihre Beschuldigungen zu übernehmen, standgehalten hat, weil von den USA keine Belege dafür vorgelegt wurden.

Es gab damals nur ein einziges Argument gegen eine Unterstützung des Verbotsvertrags durch Deutschland, das ich nicht entkräften konnte: dass nämlich durch die „nukleare Teilhabe“ als NATO-Mitglied (die als politische Teilhabe ja von der Stationierung der verbliebenen 20 B61-Atombomben in Büchel unabhängig ist) auf unabsehbare Zeit ein Beitritt zum Verbotsvertrag ausgeschlossen sei und es daher unglaublich sei, wenn Deutschland sich in irgendeiner Weise an diesen Verhandlungen beteilige. Ich war persönlich zwar der Ansicht, dass nach dem Wortlaut des Vertrags nur die Stationierung der B61-Bomben in Büchel mit dem Verbotsvertrag nicht vereinbar sei, aber unter den abrüstungspolitischen Fachleuten war diese Frage umstritten.

Rechtzeitig zum Inkrafttreten des Verbotsvertrags hat nun der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages ein Gutachten mit dem Titel „Zum rechtlichen Verhältnis zwischen Atomwaffenverbotsvertrag und Nichtverbreitungsvertrag“ vorgelegt². In diesem Gutachten werden alle Argumente gegen

den Verbotsvertrag, die das Auswärtige Amt bis heute vertritt, widerlegt. Einschließlich des Arguments, dass die „Nukleare Teilhabe“ einen Beitritt unmöglich macht. Dass die Mitgliedsstaaten des Verbotsvertrages darin kein Hindernis sehen, haben in einer Online-Veranstaltung zum Inkrafttreten sowohl eine neuseeländische Diplomatin als auch der Leiter der Abrüstungsabteilung des österreichischen Auswärtigen Amtes bestätigt.

Insofern können wir guten Gewissens dafür eintreten, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag fordert. Und wir können in unseren Städten und Landesparlamenten, soweit noch nicht geschehen, anregen, den ICAN-Städteappell³ zu unterzeichnen sowie unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten, soweit sie es noch nicht getan haben, dazu auffordern, die ICAN-Abgeordnetenerklärung⁴ zu unterschreiben. ■

² <https://www.bundestag.de/resource/blob/814856/28b27e2d04faabd4a4bc0bfd0579658c/WD-2-111-20-pdf-data.pdf>.

³ <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>.

⁴ <https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/>.

Wissenschaft für alle

Sozialdemokratische Impulse zur Wissenschaftskommunikation

von Ernst Dieter Rossmann



⇒ **Ernst Dieter Rossmann**, SPD MdB, ist Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Foto: © Susie Knoll

Francis Bacon, Wilhelm Liebknecht und die Genetik der SPD

„Denn Wissen selbst ist Macht.“ Mit diesem Satz legte der englische Philosoph und erste Empirist der Wissenschaft Francis Bacon (1561 bis 1626) einen Grundstein für das Zeitalter der Aufklärung, das dann 250 Jahre später bis in die Moderne und auch in die Arbeiterbewegung mit ihren gewerkschaftlichen und politischen Kräften hinein fortwirken sollte. So bezog sich 1872 mit Wilhelm Liebknecht auch einer der Gründerväter der Sozialdemokratie in einem Vortrag vor dem Arbeiterbildungsverein in Dresden auf Francis Bacon und deklarierte „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“. Die sozialdemokratische Identität von Freiheit, Gleichheit und Solidarität führte in der Folge zu einer bemerkenswerten Allianz von klassenlosem Geist und klassenbegründetem Interesse. Mit der Durchsetzung demokratischer Verhältnisse sollte sich diese Allianz trotz aller historischen Rückschläge letztlich in einer profilierten sozialdemokratischen Politik für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland und Europa konkret verwirklichen.

Weil die Sozialdemokratie von ihrem Grundverständnis her Wissenschaft und Forschung nicht elitär, sondern egalitär, nicht exklusiv, sondern inklusiv versteht, interessiert und engagiert sie sich immer auch für Aufklärung und Erklärung für alle, wenn es um die Methodik und die Erkenntnisse von Wis-

senschaft und Forschung geht. Es liegt in der sozialdemokratischen Genetik, hier offene Zugänglichkeit und breite Teilhabe herzustellen und zu fördern, mit allen Formen der Wissenschaftskommunikation, um diesen aktuellen Schlüsselbegriff aufzunehmen.

Wissenschaftskommunikation als Bring-schuld in der Demokratie

Diese Aussagen sind so banal wie richtig: In Zeiten von Umweltzerstörung, Klimawandel, Artenschwund und Pandemien nehmen wissenschaftliche Informationen eine Schlüsselrolle in der politischen Entscheidungsfindung ein. Zielführende und verantwortungsbewusste Lösungen der immensen Probleme, denen sich die globalisierte Menschheit bis in jeden Staat und jede Gesellschaft hinein gegenübersieht, sind auf Erkenntnisse aus den Wissenschaften angewiesen. Das gilt für Regierungen. Und das gilt in einer Demokratie erst recht für die Parlamente und genauso für alle Bürger/innen.

Dabei sind neun Kernpunkte zu nennen für einen solchen kleinen „sozialdemokratischen Katechismus“ von Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation in einer „offenen Gesellschaft“ (Karl Popper) einer Demokratie:

- Wissenschaft braucht Interesse, Vertrauen, Verstehen, Kritik in der Gesellschaft.
- Wissenschaft hat eine methodisch begründete besondere Form der Autorität und muss darin gestärkt und geschützt werden.
- Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation sind systemrelevant und zugleich systemerweiternd.
- Wissenschaftskommunikation muss eine Grundkompetenz jedes Wissenschaftlers sein.

- Wissenschaftskommunikation übersetzt Kompetenz aus der Wissenschaft heraus und Kritik und Kontrolle in die Wissenschaft hinein.
- Wissenschaftskommunikation braucht wissenschaftlich qualifizierte und methoden- und medienkompetente Vermittler – Journalisten, Pädagogen, Mediatoren.
- Wissenschaftskommunikation ist auf Breitenwirksamkeit anzulegen. Sie wirkt in die ganze Gesellschaft hinein bis hin zur Bürgerwissenschaft.
- Das System der Wissenschaft und das System der Politik müssen eine respektvolle Partnerschaft pflegen.
- Wissenschaftskommunikation dient der Demokratie. Prinzipiell müssen alle einen Zugang zu dem verfügbaren Wissen unserer Zeit finden und haben können.

Dieser kleine Katechismus setzt gewiss hohe Maßstäbe. Vom Normativen muss es allerdings auch zur Handlung kommen.

Die Relativität von Wissenschaft verstehen: Sicherheit und Resilienz

Dabei darf nie vergessen werden, dass die große Mehrheit der Bürger/innen und Politiker/innen über keine ausreichende Kompetenz zur Rezeption und eigenständigen Verarbeitung von relevanten wissenschaftlichen Forschungsergebnissen verfügen kann. Aufgrund dieses Mangels an persönlichen Grundkenntnissen muss es deshalb vielen Menschen schwerfallen, die Vertrauenswürdigkeit und Qualität von wissenschaftlichen Informationen einzuschätzen. Abstand und Zurückhaltung gegenüber Wissenschaft aus Unsicherheit und Überforderung sind eine verständliche Reaktion.

In der Öffentlichkeit, egal ob im Kontext von klassischen Massenmedien oder den modernen Welten der Sozialen Medien, sehen sich Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation von durchaus relevanten Teilen in der Be-

völkerung der kritischen Frage ausgesetzt, wie man denn den wissenschaftlichen Ergebnissen vertrauen könne, wenn sie so wechselhaft und gegensätzlich ausfielen oder ganz gewiss von Geldgebern und nicht von der Wissenschaft geleitet seien. Das Wissenschaftsbarometer von Wissenschaft im Dialog, das seit 2014 die Sonde an das Vertrauen zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland anlegt, diagnostiziert hier einen Bevölkerungsanteil von 20 bis immerhin 30 Prozent.

Die zentrale Aufgabe von Wissenschaftskommunikation ist es, solche Fragen und Haltungen offen anzugehen und die Auseinandersetzung hiermit – bei voller Akzeptanz und mit aller Klarheit – immer wieder auf den Wesenskern von Wissenschaft hinzuführen, nämlich die prinzipielle Relativität von Sicherheit einerseits und den Unterschied gegenüber Glauben, Überzeugungen und Meinungen andererseits. Das verlangt Aufklärung über Methoden von Wissenschaft und basale „Lektionen“ über den Aufbau von Erkenntnisfortschritten. Die Begegnung mit Wissenschaft bis hin zum forschenden Lernen und zur Bürgerforschung kann hier Ambiguitätstoleranz und Resilienz wachsen lassen. Das Leben mit Unsicherheit als Wesensmerkmal von Wissenschaft muss eben genauso wie die Unvollkommenheit von Demokratie immer wieder neu gelernt werden. Und das von früh an.

Wissenschaftsverleugnung ist nichts Neues und die krude und aggressive Form der Widerständigkeit hat vielfache historische Vorbilder. Sie ist gewiss zu großen Teilen individualpsychologisch entlang von Abwehrmechanismen aller Art in Verbindung mit sozialpsychologischen Mustern der Einstellungsbildung und Gruppenfindung zu erklären. Die Resonanzböden und Wirkungsmacht von Wissenschaftsleugnung wachsen aber in Zeiten globaler Öffentlichkeit und sekunden schneller ungefilterter Verbreitung von medialer Selbstermächtigung und Fake-News-Fabriken. Umso mehr sind schnelle klarstellende Interventionen und gezielte Wissenschaftskommunikation gefragt genauso wie nachhaltige Wissenschaftsbildung.

Hinzu kommen die Gefahren des strategischen Wissenschaftskeptizismus bzw. der gezielten Destruktion, die der Wahrung von politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Interessen dienen soll. Unabhängig davon, ob dieses subtil – propagandistisch, durch wissenschaftlich ummantelte „Gegenexpertise“ oder durch bewusste Provokation geschieht, wird es auf die Dekonstruktion solcher vermeintlichen Gegenautoritäten zunehmend ankommen. Denn die Kämpfe um die Gültigkeit wissenschaftlicher Autorität und die Deutungshoheit zu den Ergebnissen von Wissenschaft und Forschung sind absehbar. Diese werden bei einer langfristig angelegten Politik der Prävention und Zukunftsverantwortung und hart dagegenstehenden Interessen aus Kurzsichtigkeit und Eigennutz entlang von Nationalismus und Raubtierkapitalismus immer heftiger werden. Da hilft es nur, die Aufklärung über die wahren wissenschaftsfremden Interessen im Hintergrund gezielt zu fördern die hidden agenda und ihre Geldgeber gehören ans Licht. Ganz im Sinne der kritischen Theorie werden Relevanz und Interesse zu hinterfragen sein.

Leidenschaft und Arbeitsteilung: Für eine neue Allianz von Wissenschaft und Kommunikatoren

Der Wissenschaft sind die Prinzipien von Vermittlung und Kommunikation inhärent. Eine berechtigte Erwartung muss deshalb dahin gehen, dass alle Wissenschaftler eine Mindestbereitschaft und Mindestkompetenz zur Wissenschaftskommunikation haben. Grundlagen und Basisfähigkeiten von Wissenschaftskommunikation müssen verstärkt in den Pflichtbereich von Masterstudiengängen eingehen wie in die akademische Weiterbildung. Leistungen in der Wissenschaftskommunikation müssen Karriererelevanz bekommen und Forschungsgrants. Diese Debatte ist jetzt politisch angestossen. Sie muss vor allen Dingen in der Wissenschaft selbst geführt werden.

Denn Widerstände sind absehbar. Viele Wissenschaftler möchten gar nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen und Wissenschaft außerhalb ihrer Fachgemeinschaft und der science community erklären. Sie sind Wissenschaftler

Papyrossa Verlag



**Christoph
Butterwegge**

Ungleichheit in der Klassen- gesellschaft

978-3-89438-744-0
183 Seiten | € 14,90

Ungleichheit beschränkt sich nicht nur auf Einkommen und Vermögen, sondern erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche: Bildung, Wohnen und auch Gesundheit. »Vor dem Corona-Virus sind alle gleich«, glaubten viele. Das Gegenteil trifft zu: Kurzarbeit und Entlassungen hier, hohe Profite für Konzerne krisenresistenter Branchen dort.



**Heinz-J. Bontrup
Jürgen Daub (Hg.)**

Digitalisierung und Technik – Fortschritt oder Fluch?

978-3-89438-742-6
321 Seiten | € 22,-

Um Perspektiven der Produktivkraftentwicklung im modernen Kapitalismus zu klären, fragen die Autoren: Was ist bei der Digitalisierung von Produktions- und Konsumprozessen neuartig? Und bringt sie den Kapitalismus an seine Grenze oder ist sie eine weitere Etappe zur Stärkung dieser widersprüchlichen Ordnung?

**Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de**

aus Leidenschaft zum Fach und aus der Lust am Forschen und Lehren. Sie wollen sich hierauf konzentrieren. Die Ansprüche an Wissenschaftskommunikation verbinden sich auch absehbar mit gravierenden Problemen im Zeitmanagement von Wissenschaft. Hier bedarf es einer neuen Allianz zwischen Wissenschaftlern, und Wissenschafts-journalisten und anderen Kommunikatoren. Bausteine hierfür können die vermehrte Ausbildung und Weiterbildung von Wissenschaftsjournalisten bzw. -kommunikatoren sein. Auch sollte die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftsjournalismus und Wissenschaft gezielt finanziell unterstützt werden. Forschungsprojekte müssen eine Kommunikationsquote enthalten. Kooperation entlastet und ermöglicht Innovation.

Im Zeichen des Grundgesetzes: Die öffentliche Verantwortung für Wissenschaft und Medien

Die Corona-Krise hat es allen nachdrücklich deutlich gemacht. Der Wissenschaftsjournalismus ist ein zentraler Teil jeder umfassenden Strategie der Wissenschaftskommunikation. Er zeigt aktuell seine hohe Leistungsfähigkeit in der Vermittlung von notwendigen Informationen, Zusammenhängen und Hintergründen auf allen Medien. Er gibt Orientierung in der Darstellung und kritischen Aufarbeitung von verschiedenen wissenschaftlichen Positionen. Und er nimmt zunehmend auch sein Wächteramt wahr, sowohl gegenüber der Wissenschaft in der kritischen Auseinandersetzung mit den dort notwendigerweise auftretenden verschiedenen Denkschulen und daraus folgenden Konsequenzen in Forschungspraxis und wissenschaftlich geleiteten Handlungsempfehlungen wie gegenüber der Politik und der Wirtschaft in den dort getroffenen praktischen Entscheidungen. Dem steht allerdings eine gefährliche Paradoxie gegenüber. Die Systemrelevanz eines qualitativ hochwertigen Wissenschaftsjournalismus, der gleichzeitig in die Breite der Gesellschaft wirken kann, geht einher mit einem dramatischen Rückgang an wichtigen Basisstrukturen, gefestigten Beschäftigungsverhältnissen und letztlich auch Qualität, Komplexität und Reichweite von Wissenschaftsjournalismus.

Unsere Verfassung führt aus guten Gründen die Prinzipien der Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die Prinzipien der Pressefreiheit im gleichen Artikel 5 auf und schweißt diese beiden Freiheiten damit zugleich zusammen. Beide Freiheiten gründen auf einem hohen Maß an Unabhängigkeit und Transparenz gegenüber Interessen und politischer Macht. Nur beide Freiheiten brauchen doch zugleich den Schutz und letztlich auch die Unterstützung von Staat und Politik. Umso unverständlich ist es, wie selbstverständlich die milliardenschwere Förderung von Wissenschaft und Forschung durch staatliche Instanzen akzeptiert ist und wie groß das Tabu um die Frage gelegt ist, ob staatliche Mittel auch hier von Nutzen sein dürfen. Wenn in diesem Zusammenhang die direkte Finanzierung von Wissenschaftsjournalismus aus öffentlichen Mitteln mit Recht als übergriffiger Staatsjournalismus kritisiert werden kann, so stehen doch mit Stiftungsmodellen Rechtskonstruktionen bereit, die ganz praktisch ausreichende Unabhängigkeit und Freiheit in der Förderung garantieren können. Der Staat würde darüber seiner auch grundgesetzlich aufgegebenen Schutzfunktion gerecht werden, ohne die gleichzeitig grundgesetzlich aufgegebenen Grenzen der Beeinflussung übertreten zu müssen. Die Sozialdemokratie sollte sich deshalb, bald 150 Jahre nach Wilhelm Liebknecht, sehr bewusst dazu bekennen und dafür kämpfen, dass Wissenschaft wie gleichermaßen Journalismus als Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge für Erkenntnis und Aufklärung verstanden und nicht nur geschützt, sondern auch gezielt und nachhaltig öffentlich gefördert werden. ■

ChinAmerika – und die EU?

Konturen und Gestaltung einer neuen Weltordnung

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Joachim Schuster und Stefan Stache¹



Foto: © Mango - stock.adobe.com

Alte Gewissheiten gelten nicht mehr. Die ökonomische und politische Weltordnung verändert sich in dramatischer Geschwindigkeit. Das nach dem Ende des „Realen Sozialismus“ zu Beginn der 90er Jahre ausgerufene „Ende der Geschichte“ dauerte nur kurze Zeit. Die propagierte unilaterale Weltordnung unter Führung der in der Systemkonkurrenz überlegenen USA hat an Strahlkraft verloren. Die westliche Lebensweise, die bürgerliche Demokratie wie auch die liberalen Freiheitsrechte werden auch in der EU durch die neue Rechte und autoritäre Regierungen herausgefordert. Die Erstürmung des Capitols durch aufgestachelte Trump-Anhänger hat zudem verdeutlicht, wie demokratische Institutionen in den USA unter Druck geraten sind. Dies hat international auch die Glaubwürdigkeit und Attraktivität der amerikanischen

Demokratie erheblich beschädigt. Zugleich haben sich die Mobilisierungen progressiver Bewegungen verstärkt und zur Abwahl Trumps beigetragen.

Neue Formen wie etwa der „chinesische Staatskapitalismus“, „illiberale Demokratien“ (wie in Ungarn oder Polen) sowie autokratische Regime, wie etwa in Russland, der Türkei oder Brasilien, stellen den Führungsanspruch „des Westens“ offensiv in Frage.

Gleichzeitig ist die ökonomische Dominanz der USA im Verbund mit der EU deutlich relativiert. Die dynamischsten Märkte der Welt befinden sich inzwischen in Süd-Ost-Asien. Damit hat auch die von den USA und Westeuropa dominierte weltwirtschaftliche Ordnung mit ihren Institutionen merklich an regulierender Kraft verloren. So ist etwa die Welthandelsorganisation (WTO), in denen die Logiken des Freihandels und der Liberalisierung nachhaltigere Entwicklungspfade blockieren kaum mehr in

1 Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekreter.

Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitherausgeber der spw.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

der Lage, einen institutionellen Rahmen für den Welthandel abzugeben. Stattdessen wurden und werden trotz aller Beschwörungen des Multilateralismus zunehmend bilaterale oder plurilaterale Handelsabkommen geschlossen. Ebenso wird die regulierende Rolle des IWF für die internationalen Finanzbeziehungen in Frage gestellt. In Asien wird in den letzten Jahren unter Führung Chinas mit der Gründung der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) eine Alternative zu dem westlich dominierten Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aufgebaut. China macht sich damit vom Dollar als internationaler Leitwährung und vom Einfluss der USA in den internationalen Finanzbeziehungen unabhängiger und baut eigene ökonomische Einflussphären auf.

All diese Phänomene sind Ausdruck einer tiefen Krise der Pax Americana. Der bisher dominante Akkumulations- und Regulationstyp der langjährigen Hegemonialmacht USA – eine neoliberalen Globalisierung in Verbindung mit einer liberalen Demokratie – ist nicht mehr in der Lage, eine hinreichende politische Dynamik zu gewährleisten. Es gelingt immer weniger, die offen zu Tage tretenden inneren Widersprüche und Krisen erfolgreich zu bearbeiten. Globale Hegemoniekrisen sind länger andauernde Entwicklungsphasen des Kapitalismus, die geprägt sind von vielfältigen ökonomischen Krisen und politischen Auseinandersetzungen. All das ist im Grundsatz kein neues Phänomen in der Geschichte des Kapitalismus. In der historisch letzten globalen Hegemoniekrise erfolgte über einen Zeitraum von rund 30 Jahren der Übergang von der Pax Britannia zur Pax Americana. Dabei wurde das vorherrschende Akkumulations- und Regulationsmodell grundlegend umstrukturiert. Diese Phase war aber auch geprägt von umfangreichen politischen und militärischen Auseinandersetzungen.

Die Ausgestaltung der neuen Weltordnung wird nicht nur entlang alter Kriterien ökonomischer, politischer und militärischer Überlegenheiten entschieden werden. Überlagert werden diese Auseinandersetzungen über die weltwirtschaftliche Hegemonialordnung vom zugesetzten Klimawandel und dem Verlust von Biodiversität und natürlichen Ressour-

cen. Die Grenzen der planetaren Belastbarkeit werden immer deutlicher. Die drängende Notwendigkeit eines konsequenten Klimaschutzes und eines klimaneutralen und ressourcenschonenden Umbaus der Wirtschaft ist unübersehbar. Mit dem Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 ist dies inzwischen auch global anerkannt. Aber die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktische Politik zur Reduzierung der Bedrohung durch den Klimawandel müsste eine grundlegende Veränderung von Pfadologiken mit sich bringen, die zumindest fraglich scheint. Besonders die Staaten des globalen Nordens sind gefordert, die Umstrukturierung der Wirtschaft auf eine klimaneutrale Produktion in historisch beispieloser Geschwindigkeit zu bewerkstelligen. Eine neue globale Hegemonialordnung wird nur dann eine hinreichende Stabilität entwickeln können, wenn es gelingt, eine Dekarbonisierung der Wirtschafts- und Lebensweise zu erreichen. Bisher bestand die energetische Basis des Kapitalismus aus einem atomar-fossilen Energiemix. Die neue Weltordnung muss auf regenerativen Energien basieren. Zudem müssen die tonangebenden Wachstumsmodelle, Lieferketten und Lebensweisen auf globalen Ungleichverteilungen, der Durchsetzung eigener Privilegien im Handel sowie teils auch darauf, Arbeitnehmer*innen oder den von ökonomischen Entscheidungen existenziell betroffenen Menschen grundlegende Rechte vorzuenthalten. Die Forderung des sozialdemokratisch geführten Arbeitsministeriums, diesen Missständen mit einem verbindlichen Lieferkettengesetz Einhalt zu gebieten, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Welthandelsordnung. Unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden und des Wirtschaftsministeriums droht das Gesetz jedoch in seiner Wirkung massiv eingeschränkt zu werden. So sollen nach dem Gesetzesentwurf z.B. ausschließlich deutsche Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten (ab dem Jahr 2024) einzogen werden, welche nur für die unmittelbaren Zulieferfirmen sicherstellen müssen, dass deren Produktion keine Menschenrechte verletzt oder die Umwelt schädigt. Eine konsistente und umfassende Politik, welche die dahinter stehenden Machtmechanismen umfassend zu ändern versucht, ist derzeit noch nicht in Sicht.

Der aktuelle Heftschwerpunkt beschäftigt sich mit Basisprozessen dieser globalen Hegemoniekrise, namentlich der Analyse der polit-ökonomischen Entwicklung der globalen Hauptakteure USA, China und Europäische Union sowie einer Kritik der Welthandelsordnung. Die Beiträge basieren auf den Diskussionen in mehreren Webinaren, die im letzten Herbst unter dem Titel „ChinAmerika und die EU – Konturen und Gestaltung einer neuen Weltordnung“ durchgeführt wurden.

Die USA als niedergehende Hegemonialmacht

Die globalen Veränderungen haben zu wachsenden Interessendifferenzen zwischen den westlichen Führungsmächten geführt. Dies ist besonders drastisch in den zurückliegenden vier Regierungsjahren von US-Präsident Trump deutlich geworden. Für Trump ging es um „America First“. Dieses „America First“ wurde offensiv als Konfrontation mit allen Ländern definiert, die nach Trumps Auffassung die Interessen der USA schädigten. China und Deutschland wurden in dieser Lesart zu den bedeutendsten Feinden der USA. Das Aufatmen in vielen europäischen Ländern war unüberhörbar, als das Ergebnis der US-Präsidentenwahl im November feststand. Trump wurde abgewählt. Viele wollen nun ein neues Kapitel in den transnationalen Beziehungen aufschlagen. Dies korrespondiert mit dem Angebot Bidens auf der Münchener Sicherheitskonferenz, das transatlantische Bündnis umfassend zu modernisieren – was auch ein Festhalten an der Erhöhung der Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten auf zwei Prozent des BIP und damit an der Dynamik der Aufrüstung bedeutet. Aktuell noch offen bleibt aber, wie dann mit ökonomischen Konkurrenzen und unterschiedlichen politischen Strategien und Interessen – siehe etwa die Debatte um North Stream II – umgegangen werden wird.

Ingo Schmidt zeichnet in seinem Beitrag „Too big to fail, too weak to lead“ den Niedergang des amerikanischen Hegemonialmodells seit Beginn der 80er Jahre bis heute nach. Das neoliberalen Projekt, welches sich unter dem ehemaligen Präsident Reagan als Reaktion auf

die tiefe politische und ökonomische Krise in den 70er Jahren durchgesetzt hat, ist heute wieder in der Lage, eine ausreichende Akkumulationsdynamik zu gewährleisten, noch angesichts der neuen Konkurrenz Chinas die Regeln der Weltwirtschaft entlang amerikanischer Interessen zu gestalten. Er begründet seine These mit der Entwicklung der monetaristischen Konterrevolution der Geld- und Fiskalpolitik, dem gescheiterten Versuch, innovatives Unternehmertum durch eine Politik von Steuersenkungen und Verschuldung herauszubilden sowie der Entwicklungen des Welthandelssystems. Die Regierung Trump stand in der Kontinuität dieses neoliberalen Projektes ohne Perspektiven für die Auflösung der Entwicklungsprobleme aufzuzeigen. Auch für die neue Regierung unter Joe Biden wird es angesichts der tiefen gesellschaftlichen Spaltungen nicht einfach sein, den Schalter umzulegen und neue soziale und ökonomische Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Entscheidend wird es nach Auffassung von Schmidt sein, ob es der neuen Regierung gelingt, eine starke soziale Bewegung für einen sozial-ökologischen Umbau zu formieren.

China als globaler Aufsteiger

Als Konsequenz und im Windschatten der nachlassenden Führungskraft der USA ist in Süd-Ost-Asien eine Auseinandersetzung um die regionale Vorherrschaft entbrannt, die zugleich eine globale Dimension aufweist. China avancierte zum Exportweltmeister. Zudem wurde jüngst unter maßgeblichem Einfluss von China das „Regional Comprehensive Economic Partnership Agreement“ (RCEP) abgeschlossen, an dem 15 Staaten inklusive Japan, Südkorea und Australien beteiligt sind. Die USA sind außen vor. RCEP ist quasi die chinesische Antwort auf die letztlich gescheiterte transpazifische Partnerschaft, in der US-Präsident Obama die Pazifikanrainer unter Ausschluss von China vereinen wollte. Mit RCEP untermauert China ein weiteres Mal seinen weltwirtschaftlichen Gestaltungsanspruch.

Jenny Simon zeigt in ihrem Beitrag die enge Verbindung der sich wandelnden Globalisierungsstrategie Chinas mit dem Wandel des chinesischen Akkumulationstyps auf. Wäh-

rend zunächst eine exportorientierte Industrialisierungs- und Wachstumsstrategie prägend gewesen sei, erfolgte spätestens seit der Finanzkrise 2008/2009 der Übergang zu einer binnengesetzlichen und technologieorientierten Entwicklungsvariante. Charakteristisch sei bei beiden Varianten eine starke steuernde Intervention durch die chinesische Politik. Beide Entwicklungsvarianten gingen zudem einher mit einer spezifischen Einbindung in die globale Ökonomie. Die frühere starke Exportorientierung korrespondierte mit einer asymmetrischen Integration in den Weltmarkt. Die heutige ebenfalls global ausgerichtete Akkumulationsstrategie wird von der Neuen-Seidenstraßen-Initiative begleitet, die darauf abziele, globale Wertschöpfungsketten zu restrukturieren, Investitionsbeziehungen umfassend auszuweiten und neue Handelsrouten aufzubauen. Das wirtschaftliche Erstarken Chinas und das Engagement chinesischer Unternehmen auf Feldern, die früher traditionell von den USA und Europa dominiert worden seien, habe zu einer deutlichen Veränderung der globalen Konkurrenzbeziehungen geführt. Die wachsenden Ambitionen des chinesischen Staates, dabei auch die eigenen Regulierungslogiken etwa durch bilaterale Verträge und ausgewählte institutionalisierte Kooperationsformen zu internationalisieren, eröffne in der Konsequenz eine neue Phase geopolitischer und geoökonomischer Konkurrenz mit den USA und Europa.

Die EU in der aktuellen Welthandelsordnung

Welche politische Antwort bildet sich nun aber in Europa auf die Krise der globalen Hegemonialordnung heraus? Alessa Hartmann beleuchtet wichtige Aspekte der aktuellen Entwicklungen im Welthandel unter besonderer Berücksichtigung der Politik der EU. Sie skizziert deren handelspolitische Orientierung mit ihrer Fokussierung auf die eigenen Exportinteressen und die Sicherung ausreichender Rohstoffe als eine Politik, die Wirtschaftsinteressen eine klare Priorität vor Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Menschenrechten einräumt. Sozial- und Umweltstandards seien in den Handelsverträgen unverbindlich geregelt. Die

Pandemie habe an dieser handelspolitischen Grundrichtung nichts geändert. Anschließend diskutiert sie, welche Perspektiven die transatlantischen Handelsbeziehungen angesichts der neuen US-Regierung haben und ordnet das neue Investitionsabkommen mit der Volksrepublik China ein. Abschließend geht sie der Frage nach, wie Nachhaltigkeitsaspekte in der EU-Handelspolitik stärker zur Geltung gebracht werden können und misst dabei der Verabschiedung eines europäischen Lieferketten gesetzes eine hohe Bedeutung zu.

Europa im Übergang vom Juniorpartner zum eigenständigen globalen Akteur?

Die globalen Umbrüche stellen die europäischen Staaten auch im Innenverhältnis vor neue Herausforderungen. Die überaus vorteilhafte Entwicklung Europas in den letzten Jahrzehnten erfolgte in den vergangenen Jahrzehnten im Windschatten der USA. Europa und die EU haben erheblich von der alten Hegemonialordnung der vergangenen Jahrzehnte profitiert. Dabei war der Zusammenschluss der global gesehen kleinen europäischen Länder in der Europäischen Union von maßgeblicher Bedeutung. Der einheitliche Binnenmarkt stellt die wesentliche Basis für die wirtschaftliche Stärke der EU und ihrer Mitgliedstaaten dar. Die wirtschaftliche Integration wurde allerdings nur bedingt von einer politischen Integration begleitet. Das war angesichts der Dominanz der Ordnungsmacht USA auch nicht umfassend nötig. Selbst die Staaten, die sich zusätzlich zu einer Währungsunion zusammengeschlossen haben, haben stets darauf geachtet, eigene politische Handlungsspielräume zu erhalten und die Regulierungsmacht der EU zu begrenzen. Bestimmend war ein neoliberales Integrationsmodell, welches nach innen wie nach außen eine ausgeprägte Exportorientierung aufweist.

Wirtschaftlich war dieses Entwicklungsmo dell trotz der wachsenden Ungleichheit zwischen den verschiedenen europäischen Regionen und Staaten lange Zeit ein Erfolgsmodell. Viele Regionen und gesellschaftliche Gruppen wurden allerdings vom wirtschaftlichen Fortschritt abgehängt. Die Folge ist eine zuneh-

mende innergesellschaftliche Spaltung aber auch ein Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten. Hier liegt eine wesentliche wirtschaftliche Ursache der in allen Mitgliedstaaten wachsenden rechtspopulistischen und nationalistischen Tendenzen.

Sebastian Dullien beleuchtet in seinem Beitrag die Akkumulationslogik der EU in den letzten Jahren. Dabei stellt er fest, dass die EU mit ihrem exportorientierten Wachstumsmodell inzwischen einen größeren Leistungsbilanzüberschuss als China aufweist und damit in hohem Maße für die weltweiten Ungleichgewichte verantwortlich sei. Die darin zum Ausdruck kommenden Wettbewerbsvorteile führt er maßgeblich auf die Spezifika des EU-Binnenmarktes zurück. Allerdings sei dieses Modell vor drei Herausforderungen gestellt, die im Rahmen des alten Modells nicht zu bewältigen seien. Die Exportorientierung der EU funktioniere nur, wenn andere Staaten bereit seien, sich in entsprechendem Umfang zu verschulden, um die erforderliche globale Nachfrage zu erzeugen. Die EU sei zudem bei der Digitalisierung in hohem Maße abhängig von US-amerikanischen oder chinesischen Konkurrenten. Und schließlich begrenzen die erheblichen internen Ungleichgewichte in der EU die Entwicklungsperspektiven des alten Modells. Abschließend diskutiert Dullien, ob die Veränderungen der EU-Politik im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise das Potential haben, die Herausforderungen zu bewältigen.

Perspektiven fortschrittlicher Politik in Europa in der zukünftigen Hegemonialordnung

In den Beiträgen dieses Schwerpunktes werden Entwicklungstrends diskutiert, die für die Herausbildung einer neuen Hegemonialordnung entscheidend sein werden. Daraus erwachsen vielfältige Fragestellungen für die Zukunft. Etwa: Sind die USA reformfähig genug, um ihre Vorherrschaft mit einem reformierten Akkumulations- und Regulierungstyp zu verteidigen? Tritt China als neue Macht in die Fußstapfen der alten Hegemonialmacht? Oder wird sich eine tri- oder gar multipolare Ordnung herausbilden mit drei oder mehr global-

len Führungsmächten inklusive dazugehöriger privilegierter Einflusszonen? Was werden die Charakteristika eines neuen, global dominanten Akkumulations- und Regulationstyps sein?

Von besonderem Interesse ist natürlich, wie sich Deutschland und die europäischen Staaten in der sich neu herausbildenden globalen Hegemonialordnung verorten werden. Wird es gelingen, die wachsende soziale Spaltung zu vermindern und die notwendige digitale und klimaneutrale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent umzusetzen? Dabei gibt es viele Politikoptionen. Großbritannien ist aus der EU ausgetreten. Der am Heiligabend abgeschlossene Austrittsvertrag mit der EU sichert den Briten auch zukünftig eine gewisse Beteiligung am europäischen Binnenmarkt, eröffnet Großbritannien aber zugleich sowohl neue politische Handlungsspielräume zur Gestaltung seiner inneren Verhältnisse als auch seiner globalen Beziehungen. Ob daraus ein für Großbritannien ein erfolgreiches Entwicklungsmodell entstehen kann, sei an dieser Stelle dahingestellt.

Deutschland und die anderen 26 Mitgliedstaaten lehnen bisher die Option eines Austritts aus der EU strikt ab. Hier ist die Auffassung dominant, dass man nur im Verbund der EU die Möglichkeit habe, den eigenen Wohlstand zu sichern und die neue internationale Ordnung mitzugestalten. Und es sind auch schon die Schlagworte gefunden, wie dies zu realisieren sei. Die EU brauche eine größere strategische Autonomie. Eine neue europäische Souveränität gilt als der Schlüssel zur Mitgestaltung der Welt und zur Wahrung der je nationalen Interessen. Allerdings bestehen bisher zwischen den Mitgliedstaaten aber auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften erhebliche Differenzen darüber, was unter dem Konzept „Strategische Autonomie“ konkret zu verstehen ist. Hier gibt es eine große Spannbreite. In der Diskussion befinden sich imperiale Deutungsmuster, die auf eine Festigung der eigenen ökonomischen Machtposition ausgerichtet sind und hierfür auch eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten in Kauf nehmen. Ebenso finden sich kooperative Interpretationen, die intern wie global einen sozialen Ausgleich suchen und

Nachhaltigkeit als integralen Bestandteil betrachten.

Allgemein formuliert, erfordert strategische Autonomie nach innen eine aktive Politik zur Bearbeitung der aufgetretenen Widersprüche. So muss etwa der in den letzten Jahren erheblich gewachsenen wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Spaltung entgegengewirkt werden. Zudem erfordert die digitale und klimaneutrale Transformation, eine deutlich stärkere industriepolitische Steuerung der Bedarfen in den gesellschaftlichen Infrastrukturen, eine Gemeinwohlorientierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter sowie eine deutliche Steigerung öffentlicher Investitionen. All dies ist in wesentlichen Bereichen nicht mit der neoliberalen Deregulierungs- und Austeritäts- politik der vergangenen Jahrzehnte vereinbar.

Nach außen gerichtet müssten die europäischen Staaten einen Konsens oder zumindest tragfähigen Kompromiss entwickeln, wie sie sich in dem Hegemonialkampf zwischen den USA und China positionieren wollen. Kann die strikte Exportorientierung der europäischen Wirtschaft fortgesetzt werden oder sollte stärker auf eine binnennationale Entwicklung gesetzt werden? Verfolgt die EU weiterhin eine Handelspolitik, die ihre Interessen gegen Länder des globalen Südens durchzusetzen sucht oder öffnet sie sich für eine nachhaltigere Handels- und Industriepolitik? Schlägt man sich als privilegierter Partner auf die Seite der USA oder auf die Seite Chinas oder versucht man sich in einer Mittlerrolle? Der überraschende politische Abschluss des Investitionsabkommens mit China Ende 2020 dürfte keine geeignete Antwort gewesen sein. Es ist der Versuch, Interessen der europäischen Wirtschaft unter Vernachlässigung von Verabredungen über ein Mindestniveau an Arbeitnehmer- und Menschenrechten zu bedienen. Es markiert nicht nur die Fortsetzung eines Wachstumsmodells, das Ungleichheit und ökonomische Macht reproduziert, sondern dürfte auch auf den Widerstand der neuen US-Regierung unter Joe Biden stoßen und damit den vielfach geäußerten Ambitionen auf eine deutliche Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses nach dem Präsidentenwechsel in den USA entgegenstehen.

Ob sich in dieser Umbruchphase fortschrittliche Perspektiven ergeben oder sich destruktive Tendenzen durchsetzen, wird maßgeblich davon abhängen, mit welchen Konzepten sich die linken Parteien und fortschrittlichen Kräfte der Zivilgesellschaft hier einbringen werden. Von zentraler Bedeutung wird es sein, ob es gelingt, die Auseinandersetzungen um einen neuen europäischen Akkumulations- und Regulationstyp konsequent mit einem Kampf um globale Nachhaltigkeit und Solidarität, gesellschaftliche Partizipation in allen Lebensbereichen, die Stärkung und Weiterentwicklung der politischen Demokratie aber auch den Ausbau von Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Wirtschaft zu verbinden.

Das sind klassische Auseinandersetzungsfelder, in denen die Sozialdemokratie in der alten Hegemonialordnung in Europa lange Zeit sehr erfolgreich war. Aber die Sozialdemokratie wird ihren aktuellen schlechrenden Bedeutungsverlust nur stoppen und umkehren können, wenn sie zugleich ihre Verquickung mit dem Niedergang des Neoliberalismus konsequent aufarbeitet und ihre vergessenen Traditionslinien internationaler Solidarität und Zusammenarbeit wieder entdeckt, wie sie z.B. in der Nord-Süd Kommission in den 80er Jahren zum Ausdruck kamen.

Anders ausgedrückt muss die Erneuerung eines innereuropäischen Sozialmodells gedanklich mit der Rolle Europas in der Welt zusammengedacht werden und der sozialdemokratischen Linken kommt jetzt die Aufgabe zu, diesen Debattenprozess über Einzelforderungen hinaus anzustoßen. Neben der Kritik an den bestehenden Verhältnissen gehört dazu auch zu benennen, wofür die sozialdemokratische Linke konzeptionell eintreten will. Dazu soll dieser Schwerpunkt beitragen und eine Fortsetzung folgt in den zukünftigen Ausgaben der spw. ■

Too Big To Fail, Too Weak To Lead – US-Kapitalismus von Reagan bis Trump

von Ingo Schmidt¹

Let's Make America Great Again. Nach einem Jahrzehnt der Krisen und Demütigungen – dem Ende der Nachkriegsprosperität, billigen Öls, Dollar gebundener Wechselkurse und dem Verlust amerikanischer Vorposten in Vietnam, Nicaragua und Iran – setzte Reagan auf Optimismus. Und zog zweimal mit überzeugenden Mehrheiten ins Weiße Haus ein.

Unter Clinton wurden die USA mit ihrer New Economy und dem Versprechen, ihre Großmachtpolitik zugunsten multilateraler Kooperation aufzugeben, auch international wieder zu einem Vorbild. Doch der New-Economy-Aufschwung war kurz, weniger stark als die dot.com-Euphorie an den Börsen vermuten ließ und von weiter steigender Ungleichheit begleitet. Computer und Freihandelsverträge Designed in America und Börsen Centred in America führten nicht in eine der Nationalstaaten entwachsene Weltwirtschaft.

Nach Platzen der dot.com-Blase verkündete ein frisch-gewählter Präsident Bush Junior offen imperiale Ansprüche. Die US-Army sollte die Welt in ein New American Century führen. Die vollmundigen Ankündigungen erwiesen sich als ebenso voreilig wie der New-Economy-Globalisierungs-Hype unter Clinton. Taliban und Hussein wurden in kürzester Zeit aus ihren Ämtern gebombt, verlässliche Regimes konnten nicht installiert werden. Der Sturz Gaddafis ein Jahrzehnt später schuf einen weiteren Failed State. Die Rüstungsindustrie verdiente prächtig, wurde aber noch weniger zum Impulsgeber gesamtwirtschaftlicher Prosperität als Computer und Börsen zu New-Economy-Zeiten.

Endlose Kriege, schwache, von Spekulationszyklen eher behinderte als angetriebene Konjunkturaufschwünge und stetig, im Zuge der Großen Rezession auch schon mal sprunghaft steigende Schulden, öffentliche und private – Trump trat

ein schweres Erbe an als er Reagans alten Wahlkampslogan zurück ins Weiße Haus brachte. Ein paradoxes Erbe dazu.

Reagans Einzug ins Weiße Haus war von Klagen über hohe Löhne, Ölpreise und Steuern begleitet. Private Unternehmen, so erklärten unternehmerfreundliche Ökonomen und Journalisten, seien von Gewerkschaften, Sozialstaat und der OPEC in eine Profitklemme getrieben worden. Ein Anstieg der allgemeinen Inflation führe zur weiteren Verunsicherung unter Investoren und Enteignung der Sparer. Zudem entziehe die staatliche Kreditaufnahme dem Kapitalmarkt Investitionsmittel. Rückläufige private Investitionen und gesamtwirtschaftliche Stagnation seien die Folge. Kostensenkungen und Verringerung der Staatsverschuldung könnten aber zu einem Anstieg von Ersparnissen und Investitionen und dadurch zu einer Rückkehr wirtschaftlicher Prosperität führen.

Zu Zeiten der Trump-Präsidentschaft sah die Welt anders aus: Arbeitskraft und Rohstoffe waren billig, die Unternehmenssteuern niedrig, die Profitraten hoch. Hoch war aber auch die Staatsverschuldung, Steuersenkungen, steigende Rüstungsausgaben unter Reagan und Bush Junior und massive staatliche Rettungsprogramme während der Großen Rezession hatten die Staatsschulden in immer größere Höhen getrieben. Die Hoffnungen auf Wohlstand für alle hatte sich nicht erfüllt.

Reagans Make-America-Great Again-Rhetorik war von einem Marktpopulismus begleitet, der auch viele Angehörige der Mittel- und Arbeiterklassen begeisterte. In den wirtschaftlichen Eliten gelten die neoliberalen Rezepte, aus denen der Marktpopulismus seine eingängigen Slogans abgeleitet hat, immer noch als richtig. Nur in Ausnahmefällen, wie der Großen Rezession oder der Corona-Krise dürfe von ihnen abgewichen werden. Und auch dann nur zum Nutzen von Anlegern und Unternehmern. Wahlen ließen sich mit solchen Ideen nicht mehr gewinnen. Die amerikanische Wirtschaft tauchte in Trumps

¹ Dr. Ingo Schmidt ist Ökonom und leitet das Labour Studies Program der Athabasca University in Kanada.

Rhetorik denn auch nicht mehr als Hoffnungsträger auf, sondern als von chinesischer Konkurrenz und Einwanderern bedrohte Spezies. Praktisch setzte er die Politik der Kostensenkungen fort, präsidierte über weiter steigende öffentliche und private Schulden und verprellte internationale Handelspartner, die von seinen Vorgängern zu meist umworben wurden.

Trumps Präsidentschaft war ganz vom Scheitern des neoliberalen Projektes bestimmt, dessen marktpopulistische Rhetorik er durch Hass auf Einwanderer, chinesische Konkurrenten aber auch auf Umweltschützer, Feministinnen, Bürgerrechtler, Schwule und Lesben ersetzte, ohne wesentlich von der Politik abzuweichen, deren Grundlinien sein Vorbild Reagan mit stets freundlichem Lächeln einst mehrheitsfähig gemacht hat. Das Scheitern des neoliberalen Projektes lässt sich entlang dreier Linien erklären: Der von der monetaristischen Konterrevolution angestoßenen Geld- und Fiskalpolitik, der durch Senkung von Steuern und Mindeststandards erwarteten Wiedererweckung eines innovativen Unternehmertums sowie der Schaffung eines globalen Freihandelsregimes.

Monetaristische Konterrevolution

Die monetaristische Wende zielte auf die Erhöhung von Profitraten und Wiederherstellung der Herrschaft im Betrieb, die Unternehmen durch Gewerkschaften, Staatseinmischung und neue soziale Bewegungen bedroht sahen. Konzeptionell beruhte sie auf den Ideen Milton Friedmans und anderer libertärer Ökonomen. Vermarktet wurde sie als Unternehmen zur Wiederherstellung von Moral und Leistungsgerechtigkeit. Diese Herausforderungen ließen sich durch von wohlmeinenden Finanzpolitikern und Zentralbankern zur Verfügung gestellte Mittel bewältigen. Aber der Überschuss der umlaufenden Geldmenge über die tatsächliche Wirtschaftsleistung führt zu Inflation, die Kaufkraft, Vermögen und Arbeitsmoral hart arbeitender Amerikaner aushöhle. Um deren Ausbeutung durch Gewerkschaftsbonzen, Sozialstaatsklientel und Ölscheichs zu unterbinden, müsse der Geldhahn zugedreht werden. Dies sei kurzfristig auch für die hart arbeitende, moralische Mehrheit schmerzlich, verhindere aber

dauerhaft, dass eine verkommene Minderheit sich von anderen durchfüttern lässt.

Diese Botschaft war in den Medien schon Jahre vor der Wahl Reagans präsent. Als die Ölpreise 1979 ein zweites Mal nach 1973 sprunghaft anstiegen und die dadurch ausgelöste Inflation auch noch zu steigenden Nominallöhnen führte, begrenzte Paul Volcker, der von Jimmy Carter ernannte Zentralbankpräsident, das Geldmengenwachstum im Oktober 1979 massiv und trieb die bereits zuvor steigenden Zinsen in ungekannte Höhen. Im Sommer 1981 stieg die Federal Funds Rate über 20 Prozent, ein gutes Jahr später lockerte die Federal Reserve die Zügel etwas. Die Inflation hatte bereits 1980 mit 13,5 Prozent ihren Höhepunkt erreicht, 1986 betrug sie 1,9 Prozent. Dagegen stieg die Arbeitslosigkeit von sechs Prozent 1979 auf einen Höchstwert von 10,8 Prozent, sank bis 1986 aber wieder auf sechs Prozent.

Der Volcker-Schock saß tief. Die Inflationsbekämpfung war so erfolgreich, dass die langfristigen Realzinsen fast drei Jahrzehnte über den Werten des Nachkriegsaufschwungs lagen. Erst nach der Großen Rezession 2008/9 sanken sie wieder auf das Niveau der 1950er und 1960er Jahre. 2012 gab es erstmals seit den 1970er Jahren wieder negative Realzinsen, allerdings bei Inflationsraten, die selten die von der Zentralbank anvisierten zwei Prozent erreichten.

Hohe Zinsen stellen einen Sparanreiz dar. Theoretisch. Tatsächlich sank die Sparquote von rund zehn Prozent 1980 auf zwei Prozent vor Ausbruch der Großen Rezession. Nach dem Volcker-Schock, der damit verbundenen Arbeitslosigkeit und zunehmend aggressiver agierenden Unternehmen, verlangsamte sich das Einkommenswachstum der meisten Amerikaner erheblich. Am unteren Ende der Pyramide konnten die Monatseinkommen nur durch eine massive Ausweitung der Arbeitszeit halbwegs aufrechterhalten werden. Um den gewohnten Lebensstandard zu halten, wurde, soweit vorhanden, auf Ersparnisse zurückgegriffen. Zudem wurde immer mehr auf Pump gekauft. Dies gilt insbesondere für Immobilien, deren Finanzierungskosten nach dem Volcker-Schock schneller sanken als andere Zinsen. Die Folge waren eine Reihe von Immobilienblasen seit Mitte der 1980er Jahre und, von

den frühen 1990er Jahren bis zum Platzen der Immobilienblase 2006, ein Anstieg der Haushalte, die über eigenes Wohneinkommen verfügten. Hohe Immobilienpreise und die steigende Zahl von Eigentümern schufen die Basis für Kredite, denen Immobilien als Sicherheit unterlegt waren, und zum Kauf von Konsumgütern und Finanzanlagen verwendet wurden.

Als die von der Zentralbank verordnete Zeit akuter Geldknappheit Mitte der 1980er vorüber war, begann die Zeit überschließender Börsenkurse. Anhaltend hohe Realzinsen führten zu steigenden Zinseinkünften, begrenzten aber gleichzeitig die Aufnahme neuer Kredite. Mehr und mehr Geld wurde daher an der Börse angelegt. Steigende Börsenkurse ermunterten schließlich dazu, trotz des hohen Realzinsniveaus Kredite zur Finanzierung weiterer Börsengeschäfte aufzunehmen. Die Zeit zumindest teilweise kreditfinanzierter Finanzblasen hatte begonnen. Unterbrochen von Börsenkrisen im Oktober 1987 und Mai 2001, also vor den Anschlägen im September. Das Platzen der Immobilienblase im Sommer 2006 und der Börsenkrach im September 2007, wurden zu Auslösern der Großen Rezession. Im Dezem-

ber 2019 gab es ein Börsenkrächlein, Ökonomen erwarteten eine neuerliche Rezession schon vor dem Corona-Lockdown im Frühjahr 2020.

Kleinanleger, die häufig erst in den Markt einstiegen, wenn die Börsennotierungen sich bereits im Blasenbereich befanden, verloren bei diesen wiederkehrenden Finanzkrisen zumeist ihren kompletten Einsatz. Wer, ob als Privatperson oder Finanzunternehmen, größere Summen investierte, durfte im Krisenfall auf staatliche Unterstützung hoffen. Während der Großen Rezession wurden einige Geldinstitute als systemrelevant und daher unterstützungswürdig durch den Staat bezeichnet. Einen Präzedenzfall dafür gab es bereits in den 1980er Jahren. Nachdem Reagan die Vorschriften zur Kreditvergabe gelockert hatte, stürzten sich viele Sparkassen, von hohen Realzinsen und der zunehmenden Konkurrenz durch die Börsen geplagt, in riskante Geschäfte und mussten schließlich Konkurs anmelden. Der Staat war zur Stelle und setzte damit ein Zeichen: Die Marktrhetorik von Chance und Risiko, Gewinn und Verlust muss man als Finanzanleger nicht so ernst nehmen. Wenn's schief geht, wird einen der zuständige Finanzminister schon raus-



Die europäisch-amerikanischen Beziehungen unter US-Präsident Trump

Eine Bilanz mit Politikempfehlungen

Herausgegeben von Dr. Sascha Arnautović

(Studienerei der Forschungsgruppen des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS), Bd. 1)

2021, 246 S., brosch.

Print • E-Book 48,- €

ISBN 978-3-8288-4233-5

ePDF 978-3-8288-7266-0

Diese Studie macht eine Bestandsaufnahme zur Entwicklung der europäisch-amerikanischen Beziehungen. Insbesondere mögliche „EUropäische“ Antworten auf die vielfältigen transatlantischen Herausforderungen, welche durch die Ära Trump entstanden sind, stehen im Mittelpunkt dieses Bandes.

hauen. Meistens – werden die ehemaligen Eigentümer und Chefs von Lehman Brothers sagen. Wenn's mit der Staatsknete nicht ganz reicht, wissen die Kollegen von Merrill Lynch und einigen anderen, kann man immer noch bei einem anderen Konzern unterschlüpfen. Der Marktpopulismus sprach viel von den geschäftsbelebenden Wirkungen der Konkurrenz. Diejenigen, die ihr als Folge der Senkung sozialer Mindeststandards zunehmend ausgesetzt waren, empfanden die Konkurrenz zunehmend als existenzbedrohend. Diejenigen, die sich im großen Stil verzockten, wurden vom Staat gerettet oder konnten sich durch Übernahmen und Zusammenschlüsse dem rauen Wind der Konkurrenz entziehen. Das galt nicht nur für Finanzunternehmen.

Unternehmer als Avantgarde

Die Befreiung individueller Entfaltungsmöglichkeiten von staatlicher Bevormundung stand auf der Liste marktpopulistischer Slogans ganz oben. Gefolgt vom Unternehmer als Avantgarde, der den Weg zu Freiheit und Wohlstand weist. Joseph Schumpeter wurde häufig als Kronzeuge für dieses Argument aufgerufen. Nicht ganz zu Recht übrigens. Tatsächlich sprach Schumpeter von Unternehmern als einer kleinen Gruppe, die kein Interesse an der Verwaltung bestehender Betriebe habe, sondern neue Produktionsverfahren und Produkte entwickle. Das Ausüben dieser Unternehmerfunktion galt Schumpeter als soziologisches Abgrenzungskriterium gegenüber Betriebsleitern und Kuponschneidern, die unter sich den aus Anwendung bereits existierender Verfahren und Verkauf bekannter Produkte erwirtschafteten Durchschnittsprofit aufteilen müssen. Unternehmern winken dagegen als Belohnung für ihre Innovationsleistungen Extraprofite oder Pioniergevinne.

Angesichts der Ausbreitung großer Konzerne mit eigenen Bürokratien, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und eingespielten Beziehungen zu universitären Forschungsinstituten sprach Schumpeter allerdings auch von einem Veralten der Unternehmerfunktion. Sobald die Erfahrung neuer Verfahren und Produkte routinemäßig erfolge, würde die kreative Minderheit ihrem Innovationsdrang in anderen Bereichen als der Wirtschaft nachgehen. Schumpeter schloss

aus der Zunahme von Bürokratie und Routine in den Betrieben auf den unausweichlichen Übergang zum Sozialismus – den er sich nur als Verwaltungsmoloch vorstellen konnte.

Ob Innovationen in der Vergangenheit tatsächlich von Unternehmerpersönlichkeiten wie John Rockefeller, Andrew Carnegie und Cornelius Vanderbuilt im Alleingang vorangetrieben wurden, wie Schumpeter unterstellt und zahllose Biographien ausdrücklich behaupten, sei dahingestellt. Tatsächlich warben die Marktpopulisten seit den 1970er Jahren für eine Wiederbelebung der Unternehmerfunktion. Dazu müsse die Macht der Manager gebrochen werden, da diese mehr an der Kungelei mit Gewerkschaftsbonzen und Ministerialbürokratie als an Produkt- und Prozessinnovationen interessiert seien. Im Namen des Shareholder Value kam es, auch wenn dieser eher eine moderne Form der Kuponschneiderei als des innovativen Unternehmertums darstellt, zu einer massiven Umstrukturierung bestehender Industrien. Vertikal-integrierte Konzerne wurden durch Ausgründungen, Standortverlagerungen und Anwendung von Just-in-Time-Verfahren in Produktionsnetzwerke verwandelt.

Dadurch konnte in den alten Konzernstrukturen verankerte Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und auf staatlicher Ebene festgeschriebene Sozialstandards, insbesondere in den alten Industrieregionen des Nordostens und um die Großen Seen, umgangen werden. Die Produktivitätsfortschritte blieben aber zumeist hinter den Erwartungen zurück. Nur Ende der 1990er Jahre, auf dem Höhepunkt des New Economy-Booms wurden die Durchschnittswerte der Nachkriegsprosperität vorübergehend wieder erreicht. Seither gab es einen, nach den 1980er Jahren, zweiten Productivity Slowdown. Die Umstrukturierung konnte auch den langfristigen, allerdings nur leichten Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen nicht aufhalten oder gar umkehren. Von ausgeprägten zyklischen Schwankungen abgesehen ging ihr Anteil am Bruttoninlandsprodukt von 24,5 Prozent 1979 auf 20 Prozent 2019 zurück, beides Jahre vor Ausbruch einer Rezession.

Dafür ging die Umstrukturierung mit mehreren Wellen von Zusammenschlüssen und Übernahmen einher, viele davon feindlich. Lockerun-

gen des Kartellrechts machten es möglich. Auch hierbei stand Schumpeter Pate. Auf die Kritik von Marxisten und Altliberalen, die kapitalistische Entwicklung führe von der Konkurrenz zum Monopol, hatte Schumpeter geantwortet, nicht die Zahl der tatsächlichen, sondern der potentiellen Anbieter bestimme den Konkurrenzdruck. Firmen, die ihre Monopolstellung durch das Setzen überzogener Preise ausnutzten, würden schnell Konkurrenten anlocken.

Dass die neuen Konkurrenten in den Club der Preissetzer aufgenommen werden könnten, lag jenseits Schumpeters Vorstellungskraft und störte auch seine marktpopulistischen Anhänger nur wenig. Das Beispiel der japanischen Autoindustrie zeigt es. Zunächst als unfaire Konkurrenz verdammt, übernahm das amerikanische Automobil-Oligopol bald japanische Managementmethoden zwecks profitsteigernder Umstrukturierung ihrer eigenen Werke. Als die japanischen Firmen Werke in den USA aufbauten, statt ausschließlich Made-in-Japan-Wagen zu exportieren, wurden sie Teil eines vergrößerten Oligopols. Nicht zuletzt, weil die gewerkschaftsfreien Honda- und Toyota-Werke die gewerkschaftlich organisierten Kollegen bei GM, Ford & Chrysler unter Konkurrenzdruck setzten.

Deutlich wird die marktpopulistische Toleranz gegenüber Monopolen auch in der Informations- und Kommunikationsindustrie. Steve Jobs und Bill Gates wurden als Garagenunternehmer hochgejubelt, Marc Zuckerberg und Jeff Bezos als Kommunikations- und Marketing-Genies. In Wirtschafts- und Massenmedien wird suggeriert, sie seien die legeren Nachfahren von Rockefeller, Carnegie und Vanderbuilt, die aus dem Nichts etwas ganz Neues geschaffen hätten. Tatsächlich dockten ihre Unternehmen an Entwicklungen des militärisch-industriellen Komplexes an. Und eroberten Monopolstellungen, von denen selbst die Industriemagnaten des späten 19. Jahrhunderts nur träumen konnten.

Deren mit dem Namen Gilded Age verbundene Herrschaft führte mit Gründung der Populist Party, im Kern ein Bündnis von Farmern- und Arbeiterorganisationen, zum Versuch neben Demokraten und Republikanern eine dritte Partei zu gründen. Dieser Versuch scheiterte. Nicht zuletzt,

weil die vom republikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt vorangetriebenen Anti-Trust-Gesetze die Willkürherrschaft einer Handvoll Großindustrieller in etwas geordnetere Bahnen lenkte.

Versuche, in den USA eine dritte Partei zu etablieren, hat es seither mehrfach gegeben, zuletzt von links im Umfeld Bernie Sanders Präsidentschaftskampagne. Trump werden entsprechende Absichten von rechts nachgesagt. Auch sonst gibt es Parallelen zum Gilded Age. Etwas bei der Ungleichheit zwischen dem 1 Prozent und den 99 Prozent. Und bei Forderungen, die Monopolstellung von Facebook und Google gesetzlich zu begrenzen. Zu Beginn seiner ersten Amtszeit betrieb Reagan die endgültige Zerschlagung des Telefonriesen AT&T. Ein entsprechendes Verfahren lief seit 1974. Damit wurde der Weg frei für neue Firmen auf dem Weg von der analogen zur digitalen Kommunikation. Danach haben weder Reagan noch einer seiner Nachfolger Schritte zur Zerschlagung marktbeherrschender Firmen unternommen. Ob dies bei Facebook und Google anders wird, ist ungewiss, aber unwahrscheinlich. Schließlich gibt es mit Alibaba, Ant, Tiktok und anderen eine Reihe chinesischer IT-Giganten, die ob ihres Firmensitzes nicht nur als ökonomische Konkurrenz, sondern auch als Teil einer größeren chinesischen Herausforderung gelten, einer seltsamen Mischung aus imperialistischer Konkurrenz wie zu Zeiten Theodore Roosevelts und Kaltem Krieg wie zu Zeiten Ronald Reagans.

Der Freihandel muss bewaffnet sein

Die herrschenden Eliten in den USA sahen sich spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg als Vorkämpfer der freien Welt gegen den Kommunismus. Zu diesem Zweck akzeptierten sie die Sozialstaatskompromisse im eigenen Land und bei ihren Verbündeten als kleineres Übel. Seit sie den Sozialstaat aber verdächtigten, Profitklemme und Stagflation zu verursachen und Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Westeuropa den Kalten Krieg zugunsten einer Entspannungspolitik aufgegeben hatten, änderten sie ihren Kurs. Sie rüsteten zu einem Zweiten Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und zogen im Namen von Inflationsbekämpfung, freiem Unternehmertum und ausgeglichinem Staatshaushalt gegen den Sozialstaat ins Feld.

Unter Rückgriff auf Argumente Arthur Laffers versuchte Reagan einer erstaunten Öffentlichkeit zu erklären, dass Steuersenkungen und Defizitabbau miteinander vereinbar seien. Geringere Steuersätze, so Laffer, würden Investitionen anreizen und damit die Steuerbasis soweit vergrößern, dass trotz geringerem Steuersatz die Steuereinnahmen steigen und damit eine Verringerung des Staatsdefizits möglich würde. Wie bereits geschildert, ist die Investitionsquote langfristig zurückgegangen, obwohl auch die meisten Nachfolger Reagans die Unternehmenssteuern immer wieder gesenkt haben. Der Defizitabbau scheiterte unter Reagan aber auch an der Erhöhung der Rüstungsausgaben im Zuge des Zweiten Kalten Krieges. 1982 erreichten sie mit 6,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt den Höchstwert der Reagan-Ära. Ähnlich hoch waren die Rüstungsausgaben in der Endphase des Vietnam-Krieges ein Jahrzehnt vorher, waren dann aber bis auf einen Tiefstwert von 4,8 Prozent 1979 gesunken. Im Rahmen allgemeiner Ausgabenkürzungen, die ausnahmsweise nicht von Steuersenkungen begleitet waren, sanken die Rüstungsausgaben unter Clinton 2000 auf einen neuen Tiefstwert von 2,9 Prozent. In der Zeit, genauer von 1998 bis 2001, kam es auch zu Haushaltsüberschüssen. Trotz dieses Intermezzos, das allerdings von einer weiter ansteigenden Verschuldung der privaten Haushalte begleitet war, stieg die Staatsschuld von 31 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt 1980 auf über 100 Prozent vor Ausbruch der Corona-Krise. Dazu trugen immer weitere Steuersenkungen ebenso bei wie staatliche Rettungspakete während der Großen Rezession und ein neuerlicher Anstieg der Rüstungsausgaben im Zuge der Kriege in Afghanistan und Irak.

Schon das Ende des Bretton-Woods-Systems 1973, in dem der Dollar mit seiner Golddeckung als Ankerwährung für das Weltfinanzsystem fungiert hatte, führte zu Spekulationen über die Zukunft des Dollar sowie der zumindest teilweise darauf beruhenden Führungsrolle der USA auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Seit den frühen 1980er Jahren fast durchgängig steigende öffentliche und private Schulden haben solche Spekulationen immer wieder befeuert. Bislang konnte der Dollar seine Rolle als Leitwährung jedoch immer wieder behaupten. Leistungsbilanzdefizite, die oft als Zeichen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit

angesehen werden, sind eben auch Ausdruck des Vertrauens ausländischer Investoren. Oder vorsichtiger ausgedrückt: Die Ausfallwahrscheinlichkeit von US-Investitionen wird immer noch geringer eingeschätzt als die von Anlagen in vielen anderen Ländern. Gilt hohe Volatilität gemeinhin als Ausdruck der Unsicherheit, so konnten die USA ihre mit der Inlandsverschuldung verbundenen Leistungsbilanzdefizite immer noch problemlos durch Kapitalimporte finanzieren.

Für Schuldner war die monetaristische Konterrevolution ein Schock, für Gläubiger eine günstige Gelegenheit. Nach dem ersten Ölshock 1973 hatten amerikanische Banken große Summen Petrodollars gesammelt und als Niedrigzinskredite an viele Länder der damaligen Dritten Welt weitergeleitet. Nach dem Volcker-Schock saßen diese Länder in der Schuldenfalle, während die Kombination von hohen Zinsen und Behauptung amerikanischer Macht unter Reagan Kapital in die USA strömen ließ. Zunehmende Leistungsbilanzdefizite waren weniger Ursache als Folge dieses Kapitalzustroms, der den Dollar von einem Indexwert von 89 im Oktober 1979 auf einen Höchstwert von 128 im März 1985 steigen ließ.

Dann zogen die USA die Bremse. Unter massivem Importdruck war der Abbau der Arbeitslosigkeit, der mit dem Ende der Volcker-Rezession 1980-2 eingesetzt hatte, ins Stocken geraten. Arbeitslosigkeit und Importdruck hatten die Militanz der Gewerkschaften gebrochen. Die Zahl der Arbeitskämpfe war von 235 1979 auf 54 1985 gefallen. Eine weitere Zunahme der Beschäftigung ohne Druck auf Profite oder Inflation schien möglich und war angesichts der Kürzungen bei Lohnersatzleistungen auch dringend erforderlich, um die Legitimität des neoliberalen Projektes nicht zu gefährden.

Beim Plaza-Treffen 1985 konnten US-Regierung und Zentralbank ihre Kollegen aus Deutschland und Japan zu Devisenmarktenterventionen überreden, die den Höhenflug des Dollar beendeten. Die entsprechenden Vereinbarungen standen zwar im Widerspruch zu den Prinzipien der Unabhängigkeit der Zentralbanken, bezeugten aber die fortdauernde oder wiedergewonnene Führungsrolle der USA gegenüber ihren damals schärfsten Wirtschaftskonkurrenten.

Mit dem Höhenflug des Dollar endete auch der Rückgang des Ölpreises, der, in Preisen von 2020, 1979 einen Höchstwert von 128 Dollar erreicht hatte, 1985 bei 60 Dollar lag und ein Jahr später bis auf 25 Dollar fiel. Der Preisverfall beim Öl war, neben dem Einbruch der Nominallohnsteigerungen, ein weiterer Grund für das Verschwinden zuvor bestehenden Inflationsdrucks. Billiges Öl wurde zudem immer wichtiger, je mehr die USA von Importen abhängig wurden. Die heimische Produktion ging seit 1970 zurück und sollte erst während des Fracking-Booms nach Überwindung der Großen Rezession 2008/9 wieder ansteigen. Daran, und an die mit diesem Boom verbundenen Preise von fast 150 Dollar am Vorabend der Rezession, war in den 1980er Jahren noch nicht zu denken. Im Gegensatz zum Rückgang der Erlöse, die die Sowjetunion aus ihren Ölexporten, einer ihrer wenigen Devisenbringer, erzielen konnte. Weniger präsent in Medien und Massenbewusstsein als das Wettrüsten spielten auch die Verbilligung amerikanischer Ölimporte und der sowjetische Verlust an Exporterlösen eine gewichtige Rolle beim Ausgang des Zweiten Kalten Krieges.

Nachdem dieser Krieg gewonnen war, schien die Zeit globalen Freihandels jenseits von Großmachtpolitik und Staatsinterventionismus gekommen. Monetaristische Konterrevolution und Wiedererweckung der Unternehmerinitiative waren aus dieser Sicht nur Schritte auf dem Weg zu einer globalen Freihandelsordnung. Die 1994 gegründete Welthandelsorganisation sollte dafür einen multilateralen Rahmen schaffen, in dem die Mitgliedsländer für alle gültige Geschäftsbedingungen aushandeln, sich diesen Bedingungen aber auch dann unterwerfen, wenn nationale Regierungen oder Industrien hierdurch ihre speziellen Interessen verletzt sahen.

Garantie privater Verfügungsrechte jenseits der Nationalstaaten, die stets von der Inbesitznahme durch spezielle Interessengruppen bedroht sind – so hatte sich Friedrich Hayek eine Alternative zum Weg zur Knechtschaft vorgestellt. Wer diese Rechte durchsetzen sollte, blieb dabei jedoch offen. Die WTO verfügt über ein Schiedsgericht, aber keine Exekutive, die dessen Urteile vollstrecken könnte. Praktisch war deshalb von Anfang an klar, dass die Position eines

Landes in der globalen Machthierarchie zugleich seine Möglichkeiten bestimmt, die WTO-Regeln mitzugestalten. Und gegebenenfalls zu ignorieren. Kein Zweifel, dass die USA mit ihrer Bereitstellung der Weltwährung, damit verbundenen Finanzmarktstandards, maßgebendem Einfluss auf IWF und Weltbank, der mit riesigem Abstand größten Armee und Technologieführerschaft in vielen Bereichen an der Spitze dieser Hierarchie standen. Dass Clintons Außenministerin Albright die USA als Indispensable Nation bezeichnete, war arrogant, aber nicht ganz verkehrt. Ausfüllen konnten sie die Rolle als Garant globalen Freihandels und hierauf beruhender Prosperität jedoch nicht. Es war nicht, wie immer wieder argumentiert wurde, die Konkurrenz aus Japan, Europa, den Asiatischen Tigerstaaten oder den BRICS, die sie daran hinderte, sondern die Herausforderung durch eine globale Bewegung gegen den Neoliberalismus und die, eher an Marx als Friedman, Schumpeter oder Hayek gemahnenden Krisentendenzen innerhalb des US-Kapitalismus.

Weltsozialforum und andere Formen des Protests gegen die neoliberalen, aber deutlich von Stars & Stripes gefärbte Globalisierung stellten in den späten 1990er Jahren noch keine Gegenmacht dar, waren aber eine echte Herausforderung. Zudem formierte sich in verschiedenen Ländern des Südens eine Opposition, die nicht gegen den Freihandel an sich, sondern dessen real existierenden Formen protestierte. Liberaler Freihandelstheorie zufolge sollten sich Länder auf die Produktion jener Waren spezialisieren, bei denen sie aufgrund ihrer Ausstattung mit Produktionsfaktoren einen komparativen Kostenvorteil besitzen. Über den eigenen Bedarf hinaus produzierte Waren sollten exportiert werden. Trotz Ansätzen zur Industrialisierung während der Nachkriegsprosperität und dem Aufbau von Weltmarktfabriken im Zuge der neoliberalen Globalisierung verfügten viele Länder des Südens über vergleichsweise viel Land und Arbeitskräfte. Dies war zumindest die Position der Agrarkapitalisten jener Länder, die sich von der Gründung der WTO Zugang zu den Märkten des Nordens erhofften. Dieser wurde ihnen verweigert. Die 2001 begonnene Doha-Runde der WTO-Verhandlungen zur Liberalisierung des Agrarhandels verlief nach Jahren ergebnisloser Verhandlungen im Sande.

2001 war auch das Jahr, in dem mit der dot.com-Spekulationsblase die Hoffnungen auf eine von Börsen und Computern getriebene Prosperität platzten. Unter Bush Junior wurden imperiale Vormachtansprüche offen angemeldet. Die Versprechungen des New American Century erfüllten sich allerdings ebenso wenig wie die einer New Economy. Nach den leichten Siegen über Taliban, Hussein und Gaddafi wurden die USA in jahrelange Bürgerkriege verstrickt, waren aber unfähig, ihnen gleichermaßen genehme wie stabile Regimes zu installieren. Die mit dem Krieg gegen den Terror verbundenen Rüstungsausgaben ließen zwar die Rüstungsindustrie gut verdienen, stießen aber im Gegensatz zu früheren Kriegen keinen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess an.

Dafür gingen die neuen Kriege mit einer langjährigen Hause der Rohstoffpreise einher. In deren Verlauf kam es in den USA zu einem Fracking-Boom. Auch dieser löste keine gesamtwirtschaftlichen Multiplikatoreffekte aus. Ölindustrie und Beschäftigte in den Boom-Regionen, die zumeist wenig andere Beschäftigungsmöglichkeiten boten, machten sich bereits Hoffnungen auf eine fossile Prosperität. Doch der Fracking-Boom endete ebenso wie New Economy und Immobilien-Aufschwünge zuvor. Zudem hatte die Phase hoher Ölpreise die Ausbreitung von Wind- und Sonnenenergie begünstigt, Energieformen, bei denen US-Firmen nicht gerade an vorderster Technologiefront marschieren. Und selbst in Informations- und Kommunikationstechnologien, bei denen die USA zu Zeiten der New Economy führend waren, gibt es mittlerweile eine harte Konkurrenz um die Technologieführerschaft. Insbesondere aus China, das sich vom Lieferanten billiger Massenware zu einem Global Player auf vielen Märkten einschließlich Hochtechnologie gemauert hat und seit der Großen Rezession zur Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft geworden ist. Dass die USA bereits unter Obama auf eine Politik der Eindämmung Chinas einschwankten, ist kein Zeichen der Stärke. Anders als zu Zeiten der Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion stellt China, trotz nominell kommunistischer Herrschaft, keinen geschlossenen gegnerischen Block dar, gegenüber dem durch Abgrenzung Stärke demonstriert werden könnte. Die transpazifischen Wirtschaftsverflechtungen sind viel zu tief, als dass sich die USA ohne Schaden für die

eigene Wirtschaft daraus zurückziehen könnten. Unter diesen Bedingungen keinen Weg zur Kooperation zu finden, zeigt, dass von ihrer einstigen Führungskraft nicht mehr viel übriggeblieben ist. Die USA sind too big to fail. Aber too weak to lead. Was kann man unter diesen Bedingungen vom neuen US-Präsidenten Biden erwarten?

Geld für eine grüne Welt?

Biden wurde aus vielen Gründen gewählt. Viele hätten lieber Bernie Sanders auf dem Wahlzettel gesehen, wollten aber nicht das Risiko einer Wiederwahl Trumps eingehen. Auf der anderen Seite des Spektrums hätten viele lieber einen republikanischen Kandidaten ohne faschistische Tendenzen gehabt. Auch sie haben Biden als kleineres Übel gewählt. Dazwischen gab es auch Überzeugungswähler, die sich ein Anknüpfen an die Politik Clintons und Obamas wünschten. Quer durchs politische Spektrum, rechts allerdings mehr als links, gab es Wähler, die Amerika gerne wieder groß sehen würden, aber enttäuscht waren, dass Trump seine großmäuligen Versprechungen nicht hatte einhalten können. Andere in dieser Gruppe stießen sich an Trumps Methoden, teilen aber seine Ziele.

Die Sehnsucht nach Amerikas Größe besteht fort. Symbolpolitisch wird sie umso wichtiger, je weiter sich das Land von seiner einst materiell begründeten Vormachtstellung entfernt. Das Scheitern der New Economy bzw. New-American-Century-Pläne seiner Vorgänge hatte Obama gezeigt, dass es mit dieser Größe nichts mehr wird. Er fand aber keinen Ausweg aus der Sackgasse, in die der Traum von deren Wiederherstellung das ganze Land geführt hatte. So ließ er sich selbst in militärische Interventionen verwickeln, bei denen es nichts zu gewinnen gab, und ernannte schließlich China zum größten Sicherheitsrisiko der USA. Auch von Biden erwarten viele, dass er Stärke gegenüber dem Ausland demonstriert. Ganz gleich, ob er oder sein Kabinett an die Möglichkeit der Wiederherstellung imperialer Herrlichkeit glauben oder nicht.

Eine Erwartung, die nicht so sehr aus der Wählerschaft kommt, sondern von vielen Medien an Biden herangetragen wird, zielt auf die Versöhnung eines von Trump gespaltenen Landes. Auch

hier lohnt der Vergleich mit Obama: Dieser hat seine erste Wahl im Namen des Change gewonnen, schaltete angesichts des Widerstandes des organisierten Kapitals gegen einige seiner Pläne, insbesondere der Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung, auf Versöhnung um. Viele Wähler, die auf Change gehofft hatten, blieben bei den ersten Midterm-Elections nach Obamas Amtsantritt zu Hause. Die Republikaner gewannen Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus und konnten ihre Obstruktionspolitik gegenüber allem, was aus dem Weißen Haus kam, noch wirkungsvoller verfolgen als zuvor. Von einer republikanischen Partei, die den Kandidaten Trump zunächst ablehnte, als Präsidenten aber nahezu bedingungslos unterstützte, ist auch gegenüber Biden nichts anderes zu erwarten.

Die medial eingeforderte Versöhnung wird auch diesmal nicht stattfinden. Nicht nur das Taktieren innerhalb der politischen Klasse wird dies verhindern, sondern auch die ökonomische Ungleichheit, die seit Reagans erstem Anlauf zur Wiederherstellung amerikanischer Größe mehr oder minder beständig zugenommen hat. Die damit verbundene soziale Unsicherheit ist weit in die Mittelklasse vorgedrungen. Teilweise an Veränderungen der Beschäftigungsstruktur, insbesondere der Zunahme weiblicher und nicht-weißer Beschäftigung, und regionalen Verschiebungen vom Rust Belt zum Sun Belt anknüpfend, wurde diese Unsicherheit vielfach rassistisch und sexistisch aufgeladen. Diese ideologische Verarbeitung nahm aber auch ein Eigenleben und floss immer mehr mit der Sehnsucht nach der imperialen Vergangenheit zusammen.

Sozioökonomische Veränderungen haben aber immer wieder zu Protesten von links geführt. Zwischen Black Lives Matter und #metoo auf der einen und Proud Boys auf der anderen Seite gibt es nichts zu versöhnen. Ebenso wenig zwischen Greta Thunberg und den Koch Brothers. Gewerkschaftliche Organisierungsbemühungen der Gig Economy und der Kampf für einen Mindestlohn von 15 Dollar im ganzen Land stehen der Tea Party, deren Ideen in weiten Kreisen der neuen Rechten noch quickebendig sind, diametral gegenüber. Zwischen beiden Seiten ist ein Gleichgewicht des Stillstands entstanden, der die ökonomische Entwicklung in Richtung mehr

Ungleichheit, unsicherer Beschäftigung und Schulden weiterlaufen lässt. Die Politik managt diese Entwicklung, bietet aber keinen Ausweg an.

Genau dies versuchte Bernie Sanders als er einen Green New Deal als Klammer verschiedener sozialer Bewegungen anbot. Nicht in erster Linie zwecks Stimmenbündelung und Gewinnung von Mehrheiten, sondern um einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Angriff zu nehmen, der die Ursachen von Angst, Enttäuschung und Wut wenn schon nicht überwindet so wenigstens abschwächt. Die Hoffnung auf einen Green New Deal hätte auch der neuen Rechten mindestens teilweise das Wasser abgraben können. Statt Sanders als Alternative zu der Traditionslinie Clinton-Obama ging Biden als kleineres Übel-Kandidat gegen Trump ins Rennen. Nicht zuletzt, weil das demokratische Parteiestablishment den Außenseiter Sanders, der gerade aus dieser Außenseiterrolle einen Teil seiner Kraft zog, nach Kräften torpediert hat.

Nun könnte Biden den Green New Deal ko-optieren. Als gestandener Zentrist könnte er dafür sogar Zustimmung von Leuten bekommen, die eine entsprechende Politik nicht unterstützen würden, solange sie mit dem bekennenden Sozialisten Sanders in Verbindung steht. Auch Roosevelts New Deal bezog seine Kraft teilweise daraus, dass ein zuvor nicht durch politische Visionen aufgefallener Politiker Forderungen der Linken übernahm, insbesondere die rechtliche Anerkennung von Gewerkschaften, Einführung einer Sozialversicherung und staatliche Beschäftigungsprogramme. Ökonomisch fundiert wurden diese Maßnahmen allerdings erst mit der Wende zur Aufrüstung nach Beginn des Zweiten Weltkrieges in Europa. Erst damit wurde die Austeritätspolitik beendet, die erst zum Übergang von Börsenkrach und Rezession in die Große Depression beigetragen und den New Deal in seinen ersten Jahren in eine fiskalische Zwangsjacke gesteckt hatte.

Die Corona-Krise ist vielfach als eine mit Kriegen vergleichbare Ausnahmesituation bezeichnet worden. Tatsächlich hat die von Ökonomen schon seit Sommer 2019 erwartete, aber erst durch den Lockdown im März 2020 so richtig ausgelöste Rezession alle Bekenntnisse zu ausgeglichenen Haushalten über den Haufen geworfen.

Auch wenn Rüstung und Steuersenkungen in den USA immer wieder Gründe waren, das Erreichen schwarzer Nullen noch etwas aufzuschieben. Während des Lockdowns brachte auch Trump erhebliche Konjunkturpakete auf den Weg, die Biden massiv aufzustocken gedenkt. Inwieweit dies gelingt, wird sich zeigen. Ein paar demokratische Abweichler und eine republikanische Partei, die ihre Liebe zur Austerität im Kongress immer dann herausstellt, wenn im Weißen Haus ein Demokrat regiert, und Bidens ambitioniertes Ausgabenprogramm wird in Kleinteile zerlegt.

Die großen Herausforderungen eines ökologischen und sozialen Umbaus geraten über parteipolitisches Taktieren leicht in Vergessenheit. Dessen Finanzierung erfordert entweder ein Ende der Steuersenkungspolitik, die in der Vergangenheit immer wieder zu Defiziten und daran geknüpften Forderungen nach Ausgabenkürzungen geführt hat. Die Alternative eines Defizit-finanzierten Umbaus steht vor einem Dilemma: Ein ökologischer Umbau, der diesen Namen verdient, kann die bislang fossil angetriebene, auf Massenkonsum, Eigenheim und Individualverkehr beruhende Produktions- und Lebensweise nicht einfach auf Sonne und Wind umstellen. Dazu ist auch deren Ressourcenverbrauch zu hoch. Eine Produktions- und Lebensweise, die ökologische Grenzen in Rechnung stellt, ist aber nicht mit einem Wirtschaftswachstum vereinbar, dass die Zahlung einer ordentlichen Rendite auf die ausgegebenen Staatspapiere erlaubt. Obwohl reichlich mit staatlichen Bail-Out-Geldern verschenkt, klagen Geldvermögensbesitzer seit der Großen Rezession über niedrige Renditen. Sie werden sich nicht dauerhaft mit Staatspapieren abspeisen lassen, an denen nichts zu verdienen ist, sondern weitere Steuersenkungen und dann auch Ausgabenkürzungen fordern. Es scheint wenig wahrscheinlich, dass Biden eine soziale Bewegung mobilisieren kann, die einen sozial-ökologischen Umbau gegen den Widerstand des großen Geldes durchsetzen könnte. Aber manchmal passiert ja auch das Unwahrscheinliche. ■

Datenquellen:

Arbeitslosigkeit

- US Bureau of Labour Statistics: <https://www.bls.gov/data/>.

Inflation

- US Bureau of Labour Statistics: <https://www.bls.gov/data/>.

Zinsen

- CEIC: <https://www.ceicdata.com/en/indicator/united-states/short-term-interest-rate#:~:text=United%20States's%20Short%20Term%20Interest%20Rate%20data%20is%20updated%20monthly,reported%20by%20Federal%20Reserve%20Board>.
- Macrotrends: <https://www.macrotrends.net/2604/30-year-fixed-mortgage-rate-chart>.

Sparquote

- Federal Reserve Bank of St. Louis: <https://fred.stlouisfed.org/series/PSAVERT>.

Investitionsquote

- Worldbank: <https://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.FTOT.ZS?locations=US>.

Staatsverschuldung

- Federal Reserve Bank of St. Louis: <https://fred.stlouisfed.org/series/GFDEGDQ1885>.

Verschuldung privater Haushalte

- Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/united-states/households-debt-to-gdp#:~:text=Households%20Debt%20To%20GDP%20in,the%20first%20quarter%20of%201915>.

Rüstungsausgaben

- Macrotrends: <https://www.macrotrends.net/countries/USA/united-states/military-spending-defense-budget>.

Wechselkurs

- Macrotrends: <https://www.macrotrends.net/1329/us-dollar-index-historical-chart>.

Ölpreis

- Inflation Data: <https://inflationdata.com/articles/wp-content/uploads/2020/02/Inflation-Adjusted-Crude-Oil-Price-Feb-2020b.png>.

Zur weiteren Lektüre:

- Matthieu Auzanneau: Oil, Power and War – A Dark History. Chelsea Green Publishing 2018.
- Gérard Duménil & Dominique Lévy : The Crisis of Neoliberalism. Harvard University Press 2011.
- Barry Eichengreen: Exorbitant Privilege – The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System. Oxford University Press 2012.
- Frank, Thomas: One Market Under God – Extreme Capitalism, Market Populism and the End of Economic Democracy. Anchor Books 2000.
- Frank, Thomas: The People, No – A Brief History of Anti-Populism. Metropolitan Books 2020.
- Ismael Hossein-Zadeh: The Political Economy of US Militarism. Palgrave MacMillan 2006.
- David Kotz: The Rise and Fall of Neoliberal Capitalism. Harvard University Press 2017.
- Robert Pollin: Contours of Descent: US Economic Fractures and the Landscape of Global Austerity. Verso 2003.
- Joseph Stiglitz & Linda Bilmes: The Three Trillion Dollar War – The True Cost of the Iraq Conflict. W. W. Norton & Company 2008.

Chinas Neue Seidenstraßen: Ausdruck einer veränderten Globalisierungsstrategie

von Jenny Simon¹

Das chinesische Projekt der „Belt and Road“ Initiative (BRI) – besser bekannt als Neue Seidenstraße – ist das derzeit größte transnationale Infrastrukturprojekt der Welt. Es bündelt den Aufbau von Infrastruktur-, Handels- und Produktionsnetzwerken in Asien, Afrika und Europa. Während die BRI in China als Prestigeprojekt gilt und einen wichtigen Rahmen für dessen weitere Integration in die Weltwirtschaft darstellt, provoziert eben dies in den USA und der EU Befürchtungen und Kritiken an einem wachsenden Einfluss Chinas und dem mangelnden Berücksichtigen der marktliberalen Spielregeln der Weltwirtschaft. Dies kommt auch in der 2019 von der EU vorgenommenen Etikettierung Chinas zum „systemischen Rivalen“ zum Ausdruck. Das hierin verankerte Narrativ von ‚liberalen‘ Ökonomien gegen das ‚autoritäre China‘ verdeckt jedoch, dass es vor allem um eines geht: Konkurrenz in Folge einer veränderten Globalisierungsstrategie Chinas. Der Beitrag versteht das Projekt der Neuen Seidenstraßen als Ausdruck solch einer veränderten Globalisierungsstrategie Chinas. In einem ersten Schritt wird daher der Transformation der chinesischen Entwicklungsweise und ihrer Integration in die Weltwirtschaft als Grundlage der BRI nachgegangen und im zweiten Schritt das Projekt der Neuen Seidenstraßen sowie damit verbundene Motive in den Blick genommen.

Die ökonomische Grundlage der Neuen Seidenstraßen: Chinas Entwicklungsweise und seine Transformation

Auf dem Weg zum Herausforderer: Chinas Entwicklungsweise vor der Krise

Aus Sicht der globalen politischen Ökonomie sind die heute konkurrierenden Modi der

marktliberalen und chinesischen Entwicklungsweise nicht in Rivalität, sondern in einer asymmetrischen wechselseitigen Abhängigkeit entstanden. Der krisenbedingte Übergang der Ökonomien der kapitalistischen Zentren vom eingebetteten Liberalismus zum Markoliberalismus in den 1980er Jahren ging mit einer Vertiefung des Freihandelsregimes, der Liberalisierung der Kapitalströme und der Deregulierung der Finanzmärkte sowie der Restrukturierung der globalen Produktion einher. Während letztere im globalen Norden Deindustrialisierungstendenzen und den Import billiger Konsumgüter aus den neuen Produktionsstandorten förderte, trugen der Zufluss von Kapital, die Ansiedlung von Produktionskapazitäten und Know-how im Rahmen der marktwirtschaftlichen Reformprozesse Chinas maßgeblich zur Herausbildung einer exportorientierten Industrialisierungs- und Wachstumsstrategie bei (Brink 2013: 187ff.). Die Liberalisierung der Kapitalströme und die Deregulierung der Finanzmärkte ermöglichten wiederum, dass nach profitablen Verwertungsmöglichkeiten suchende Kapital aus den USA und Europa in die neuen Produktionsstandorte zu investieren und erlaubte später die Anlage der Devisenreserven Chinas und anderer semiperipherer Ökonomien in US-Staatsanleihen. Dieser Kapitalexport wiederum trug zur Expansion der US-Finanzwirtschaft und der Entstehung des Finanzkapitalismus bei und erleichterte indirekt die Finanzierung des Imports chinesischer Produkte (Ivanova 2013: 65; Hung 2008). Die Entstehung der marktliberalen und chinesischen Entwicklungsmodi ermöglichen sich damit in gewissem Maße gegenseitig.

Chinas wirtschaftliche Strategie entwickelte sich in diesem Kontext schrittweise zum international beachteten Erfolgsfall. Zentrale Merkmale der chinesischen Entwicklungsweise stellten eine koordinierende Rolle staatlicher Apparate mit weitreichender Gestaltungs- und Kontrollmacht, eine Ausrichtung der dominanten Akkumulationsstrategie auf Exportprodukt-

¹ Jenny Simon ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Kassel, PRO-LA-Redaktionsmitglied und forscht zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie mit besonderem Interesse für globale Finanzbeziehungen und der weltwirtschaftlichen Rolle Chinas.
Der Text basiert auf einem Beitrag zur Online-Konferenz: ChinAmerika – und die EU? Konturen und Gestaltung einer neuen Weltordnung, 8. Oktober 2020.

tion sowie staatlich geförderte Investitionen in Industrie- und Infrastrukturprojekte dar. Wertschöpfung erfolgte auf Basis eines Niedriglohnregimes im Rahmen von heterogenen Unternehmensformen, die überwiegend durch nationales Kapital dominiert werden, um eine Kontrolle ökonomischer Schlüsselsektoren durch ausländisches Kapital zu vermeiden (Nölke et al. 2015: 564ff.; Brink 2014: 38). Auch das stark regulierte und von den globalen Finanzmärkten weitgehend abgeschirmte Finanzsystem war ebenso wie die Währungspolitik auf eine Unterstützung der entwicklungs- und industrielpolitischen Ziele ausgerichtet (He 2015: 13ff.; Herr 2008; Naughton 2007: 380ff.).

Die chinesischen Regierungen kombinierten dabei eine Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung mit einer Politik der asymmetrischen Integration in die Weltwirtschaft: Der heimische Markt und Schlüsselsektoren blieben zunächst geschützt und wurden erst nach und nach in einem staatlich regulierten Prozess in den Weltmarkt integriert (Naughton 2007: 181ff.). Die Exporte wuchsen seit Mitte der 1980er Jahre im zweistelligen Bereich, wobei ein erheblicher Anteil von den im chinesischen Exportsektor nach wie vor dominanten ausländischen Unternehmen getätigt wurde. Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation verstärkte die Exportausrichtung und zog weitere Direktinvestitionen an (Schmalz 2011: 109). Der Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg bis 2006 auf 36 Prozent.² In den 1990er Jahren erlebte China zudem einen regelrechten Investitionsboom ausländischer Unternehmen und Wachstumsraten von jährlich ca. 10 Prozent des BIP. Es bildete sich schrittweise eine aufgefächerte Industriestruktur heraus, die von arbeitsintensiver Industrie über Kapitalgüter, Autos und Elektronik bis hin zu einem chinesischen Silicon Valley reicht (Arrighi 2008: 356ff.). 1999 wurde zudem mit der „Go-out-Strategie“, dem gezielt geförderten Engagement chinesischer Unternehmen im Ausland, und einer wachsenden Kreditvergabe an (semi)peripheren Staaten eine zunehmende Internationalisierung der chinesischen Entwicklungsweise forciert. China akkumulierte dar-

über hinaus den weltweit größten Bestand an Devisenreserven, etwa ein Drittel der Reserven wurden in U.S.-Treasuries investiert (US Department of the Treasury 2018). Bereits ab 2003 entwickelte sich China zudem in einen Netto-Kapitalexporteur, wobei sich die Investitionen insbesondere auf den Infrastruktursektor und die Absicherung von Ressourcenzuflüssen richtete (Schmalz 2011: 111).

Während einerseits die marktliberale Weltwirtschaftsordnung, die zunehmende Globalisierung und Chinas partielle Anpassung an diese Voraussetzungen eine wichtige Grundlage für Chinas dominante Akkumulationsstrategie und ökonomischen Aufstieg darstellten, lenkte und sicherte die koordinierende Rolle und Macht der chinesischen Staatsapparate Chinas spezifischen Weg der Wirtschaftsentwicklung. Ökonomischer Erfolg und Stabilität sowie die Kontrolle zentraler Wirtschaftssektoren und Ressourcen stellen dabei ein zentrales Moment der Machterhaltung der politischen Eliten Chinas dar – auch wenn der chinesische Staat nicht als homogener Akteur gesehen werden sollte. Die Kräfteverhältnisse innerhalb des chinesischen Staats-Gesellschaftskomplexes, die spezifische Form des chinesischen Entwicklungsmodeells und die Form seiner internationalen Integration sind eng miteinander verknüpft.

Der chinesische Staats-Zivilgesellschaftskomplex entwickelte sich mit dem eingeschlagenen Kurs von einer von der Weltwirtschaft weitgehend isolierten Ökonomie zu einem der wichtigsten Standorte des globalen Kapitalismus. Allerdings ist zu unterstreichen, dass die chinesische Entwicklungsweise keineswegs widerspruchs- und krisenfrei verlief. Neben sozialen Konflikten entstanden als Resultat der Wachstumsstrategie etwa Tendenzen von Überinvestitionen und Überproduktion. Auch wachsende Verschuldung des Staates, (halb)staatlicher und privatwirtschaftlicher Unternehmen, die Entstehung spekulativer Blasen und kleinerer Finanzkrisen stellten ein Problem dar. Zudem war die starke Exportorientierung verbunden mit einer hohen Abhängigkeit von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und Außenwirtschaftspolitiken anderer Ökonomien, die sich – wie sich in der globalen Finanz- und

² <https://www.theglobaleconomy.com/China/exports/>

Wirtschaftskrise zeigte – in drastischen Exportbußen niederschlagen kann (Simon 2018).

Veränderte Globalisierungsstrategie nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise

Im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise setzte eine Verschiebung in der chinesischen Entwicklungswise und der Form ihrer Integration in die Weltwirtschaft ein. Diese ist neben den Krisendynamiken der chinesischen Entwicklungswise auch als Reaktion des chinesischen Staates auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die aus chinesischer Sicht mangelnde Bereitschaft der USA und Europas zu einer Reform der Weltwirtschaftsbeziehungen zurückzuführen (Simon 2018). Die Verschiebungen in der Form der Integration Chinas schlägt sich in Strategien wie der BRI und der 17+1 Initiative ebenso nieder, wie in einem verschärften Wettbewerb – etwa zwischen der EU und China.

Zentral ist zum einen das Bestreben der chinesischen Regierung, das Verhältnis zwischen Binnenwirtschaft und Exportsektor zu re-justieren, vor allem ein stärkerer Fokus auf Kaufkraftentwicklung und Ausbau des Binnenmarkts sowie des Dienstleistungssektors wird deutlich (Deutsche Bundesbank 2018: 52ff.). Parallel dazu nimmt seit etwa einer Dekade die relative Bedeutung von Exporten ab, ihr Anteil am BIP reduzierte sich 2019 auf unter 20 Prozent.³ China entwickelte sich vor diesem Hintergrund weiter zu einem der global wichtigsten Binnenmärkte, nicht nur für Ressourcen und Vorprodukte aus Ländern des globalen Südens, sondern zunehmend auch als Absatzmarkt für Konsumgüter der transnationalen Konzerne des globalen Nordens. Dies reduziert potentiell den bislang vor allem den USA und der EU vorbehaltenden politischen Hebel, der mit der Kontrolle über den Zugang zu großen Binnenmärkten verbunden ist (Schmalz 2015: 550f.).

Zum anderen ist eine Verschiebung in der Form der weltwirtschaftlichen Integration Chinas erkennbar. Zentrales Merkmal ist dabei erstens eine Intensivierung der chinesischen

Kooperationsbemühungen auf internationaler Ebene. Diese umfasst nicht nur eine Ausweitung des Engagements in bestehenden Internationalen Organisationen. Vor allem ist eine zunehmende Kooperationsbestrebung mit Staats-Zivilgesellschaftskomplexen der (Semi-)Peripherie zu beobachten. Diese wurden seit der Krise gezielt institutionalisiert, wie etwa in Form der BRICS Summits, der New Development Bank oder der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) (Simon 2018). Zweitens ist die chinesische Regierung seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise bestrebt, die Abhängigkeit vom U.S. Dollar zu reduzieren und eine multipolare Finanzordnung zu fördern (Zhou 2009; Yu 2014). Zentrale Momente dieser Strategie sind das Vorantreiben der Internationalisierung der chinesischen Währung Renminbi – die allerdings seit 2017 ins Stocken geraten ist – die Förderung des Handels in Eigenwährung oder die Schaffung einer Alternative zum Swift-System (Simon 2018; McNally 2015). Drittens ist eine Verschiebung in der Ausrichtung chinesischer Direktinvestitionen sowie Fusionen und Übernahmen zu beobachten: Vor dem Hintergrund neuer Investitionsmöglichkeiten im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise fokussierten sich chinesische Unternehmen nun stärker auf die USA und Europa. Dabei stand zunehmend der Zugang zu Technologie und Märkten im Vordergrund der Direktinvestitionen. Mit der „Made in China 2025“ Strategie begannen chinesische Staatsapparate zudem, das Auslandsinvestment im Technologiesektor zu koordinieren. Insgesamt wurde mit der Initiative viertens das Ziel eines industriellen und technologischen Upgradings, insbesondere der Aufbau eines international konkurrenzfähigen privatwirtschaftlich orientierten Hochtechnologiesektors, verfolgt. Dies bezieht sich auf Bereiche wie etwa 5G-Netzwerktechnologie, E-Mobilität oder smarte Produktionskapazitäten. Heute wird Chinas digitaler Binnenmarkt durch große chinesische Tech-Konzerne wie dem Online-Händler Alibaba dominiert und Huawei dringt zunehmend in die Marktdomäne der Global Player vor (Schmalz 2019: 25ff.). Chinesische Unternehmen machen damit zunehmend dem globalen Norden auf ihm traditionell vorbehalteten Sektoren Konkur-

³ <https://www.theglobaleconomy.com/China/exports/>

renz – auch wenn die Führungsposition der US-Amerikanischen Internetkonzerne bislang nicht angefochten wird.

Die veränderte Globalisierungsstrategie Chinas zielt damit insgesamt auf eine aktive Intensivierung der Integration in die Weltwirtschaft, allerdings unter Beibehaltung spezifischer Charakteristika der chinesischen Entwicklungsweise. China gewann dabei nicht nur weiter an ökonomischem Gewicht – 2020 entfielen knapp 20 Prozent des globalen BIP auf die chinesische Ökonomie.⁴ Vielmehr richtet sich die chinesische Globalisierungsstrategie auch zunehmend auf Bereiche aus, die traditionell durch die USA oder Europa dominiert werden, und trägt damit zu einer Veränderung der transnationalen Konkurrenzbeziehungen bei. Zudem werden sowohl im Kontext neu geschaffener Internationaler Organisationen als auch durch eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation bestimmte ökonomische Regulierungslogiken der chinesischen Entwicklungsweise auf internationaler Ebene verankert, wodurch politisch eine Art Konkurrenzkampf ökonomischer Regulierungs-Modi verschärft wurde.

Die neuen Seidenstraßen zwischen geoökonomischen und geopolitischen Motiven

Chinas neue Globalisierungsstrategie kommt deutlich im Projekt der Belt and Road Initiative zum Ausdruck. Das 2013 von der chinesischen Regierung initiierte und in Peking koordinierte Projekt bündelt den Aufbau von Infrastruktur-, Handels- und Produktionsnetzwerken in Asien, Afrika und Europa (Hoering 2017). Dabei handelt es sich um ein langfristig angelegtes flexibles Rahmenwerk, das im Herbst 2017 sogar in die Verfassung der Kommunistischen Partei Chinas aufgenommen wurde. Während erste Projekte bereits fertiggestellt sind oder sich im Bau befinden, ist der Teil des Vorhabens noch im Planungsstadium.

Beteiligt sind an dem Ausbau der Neuen Seidenstraßen derzeit über 168 Länder und Internationale Organisationen. Die Projekte

umfassen überwiegend von chinesischen Unternehmen umgesetzte Infrastrukturprojekte sowie den Aufbau von Produktionsnetzwerken und Handelskorridoren. Diese erstrecken sich auf dem Landweg von China über Süd-, West- und Zentralasien bis hin nach Mittel- und Westeuropa. An der maritimen Seidenstraße liegen die bedeutendsten Containerhäfen weltweit. Sie verläuft von China über Südindien nach Ostafrika, den Sueskanal und über das Mittelmeer bis nach Istanbul, Athen, Triest oder Düsseldorf. Entlang dieser Routen entstehen derzeit eine Vielzahl von Zugstrecken, Straßen, Häfen, Kraftwerken und Pipelines, aber auch Infrastruktur der Telekommunikation und des Internets der Dinge.⁵ Die Projekte haben ein derzeit geschätztes Finanzvolumen von über 900 Milliarden US-Dollar, die vorwiegend von chinesischen (halb-)staatlichen Banken sowie der Asian Infrastructure Investmentbank, aber auch privaten Investoren aus den USA und Europa finanziert werden. Zunehmend werden auch Internationale Organisationen wie die Weltbank oder regionale Entwicklungsbanken in die Finanzierung involviert (Schmalz 2018: 360; Hoering 2017: 97). Weltweit besteht kein transnational ausgerichtetes Investitionsprojekt in vergleichbarer Größenordnung.

Aus europäischer Perspektive interessant ist insbesondere die so genannte 17+1 Initiative. Das durch jährliche Gipfel und Länderbüros lose institutionalisierte Projekt bezeichnet eine 2012 gegründete Kooperationsstruktur zwischen China und den Ländern Mittel- und Osteuropas (China-CEEC), die in die Architektur der Neuen Seidenstraßen eingebunden wurde. Zu den Mitgliedsstaaten der damals noch als 16+1 bezeichneten Initiative zählen neben China Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei und Slowenien. Griechenland trat 2019 bei.⁶ Die beteiligten Staaten umfassen damit zwölf EU-Mitgliedsstaaten, fünf Balkanstaaten und vor allem Teile der ökonomischen Peripherie Euro-

⁴ <https://www.statista.com/statistics/270439/chinas-share-of-global-gross-domestic-product-gdp/>

⁵ Für eine Karte vgl. <https://mericis.org/de/analyse/die-vermessung-der-belt-and-road-initiative-eine-bestandsaufnahme>.

⁶ http://www.china-ceec.org/eng/lj_5/zdo16gzhs/t1410686.htm.

pas. Der Fokus der Kooperation liegt auch hier auf der Vergabe von Investment und Krediten an die beteiligten Staaten, den Ausbau von Infrastruktur insbesondere im Bereich Transport, Energieversorgung und Telekommunikation. Im Vergleich zu anderen BRI-Projekten wird zudem die (grüne) Hochtechnologie stärker forciert. Insgesamt dominieren chinesische Firmenübernahmen oder der Neubau von Infrastrukturprojekten. Allerdings fallen die konkreten Projekte und Beziehungen zwischen China und den beteiligten Staaten recht unterschiedlich aus. Auffällig ist beispielsweise, dass ein lediglich geringer Anteil der chinesischen Investitionen in Europa an Mitgliedsländer der 17+1 geht und sich Greenfield-Investitionen auf die EU11 Staaten⁷ und Serbien als einziges 17+1 Mitglied konzentrieren (Europäischer Rechnungshof 2020). Wie auch in anderen Regionen der BRI sind aber auch handelspolitische Interessen zentral. Das Handelsvolumen zwischen China und den Mittel- und Osteuropäischen Ländern stieg deutlich an und belief sich 2020 auf über 100 Milliarden US-Dollar.⁸ Schließlich handelt es sich bei der 17+1 Initiative aus chinesischer Perspektive auch um ein gezielt auf die Konnektivität mit Europa ausgerichtetes Teilprojekt.

Die Schaffung einer solchen netzwerkartigen Konnektivität, die den Rahmen für eine künftige Ausweitung von chinesischem Handel und Investment bietet und eine Einbindung der beteiligten Regionen und Ökonomien in den wirtschaftlichen Orbit Chinas impliziert, kann als eines der zentralen Orientierungspunkte der Neuen Seidenstraßen gesehen werden. Hierfür finden sich verschiedene Motive innerhalb des chinesischen Staatszivilgesellschaftskomplex': Zum einen ist das Interesse am Aufbau eines transnationalen Infrastrukturnetzwerkes, unter anderem, um bestehenden Infrastrukturdefiziten in den involvierten Regionen entgegenzuarbeiten, deutlich erkennbar. Dies senkt nicht nur die Kosten des Außenhandels für chinesische Unternehmen, sondern ist auch auf die Absi-

cherung von Ressourcen- und Energiezufuhr sowie Nahrungsmittelsicherheit ausgerichtet (OECD 2018: 10,14; Hoering 2017: 93). Zum anderen ist die Ausweitung des Handels und der Zugang zu neuen Märkten – sowohl für chinesische Exporte als auch für das Engagement chinesischer Unternehmen – erklärt Ziel der chinesischen Regierung, aber auch im Interesse chinesischer Unternehmen. Der chinesische Staat fördert dieses Außenengagement vor allem in Bereichen mit hohen industriellen Überkapazitäten, wie der Stahl- und Zementindustrie. Unterstützt werden sollen diese handelspolitischen Zielsetzungen zudem durch die Schaffung verschiedener Freihandelszonen (OECD 2018: 18, 30f; Schmalz 2018: 360). Darüber hinaus können mit der BRI neue Anlagesphären für chinesisches Kapital erschlossen und die chinesischen Direktinvestitionen ins Ausland diversifiziert werden. Dies dient, wie auch die Vergabe eines überwiegenden Teils der Infrastrukturprojekte an chinesische Unternehmen oder die Förderung ihres Außenengagements, als Ventil für Überkapazitäten innerhalb der chinesischen Ökonomie und einer Reduktion der Abhängigkeit vom US-Dollar. Durch die Vergabe chinesischer Kredite an Ökonomien entlang der neuen Seidenstraßen, das Schaffen neuer Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital und der Intensivierung der Handelsbeziehungen soll zudem die Internationalisierung des Renminbi unterstützt werden (Hoering 2017: 92ff.). Schließlich wird auch versucht, die ökonomische Entwicklung Westchinas durch die BRI zu vitalisieren und regionale Disparitäten abzubauen (Schmalz 2018: 360f.).

Die BRI hat neben geoökonomischen Motiven auch eine wichtige geopolitische Dimension. Sie kann als Antwort auf die von der Obama-Regierung eingeschlagene Umzingelungstaktik der Pivot to Asia Strategie verstanden werden. Durch den Aufbau neuer Handelsrouten wird die Abhängigkeit von den durch die USA und Europa kontrollierten Handelswegen reduziert und diese aus strategisch sensiblen Bereichen verlegt (Schmalz 2018: 361). Die an der BRI beteiligten Regionen sind zudem strategisch wichtige Gebiete, in denen die chinesische Regierung auch an politischem Einfluss gewinnen

⁷ Die EU11 Gruppe umfasst die (ursprünglichen) Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

⁸ <http://www.china.org.cn/opinion/GeorgeNTzogopoulos.htm>.

könnte. So sollen etwa nahezu alle Anrainerstaaten des Südchinesischen Meers eingebunden werden. Auch Militärkooperationen wurden bereits aufgebaut. Allerdings zielt die BRI auch auf soft power: Mit dem Projekt der neuen Seidenstraßen wurde ein Narrativ entwickelt, dass die Nachbarstaaten Chinas aktiv und als Profiteure in dessen ökonomischen Aufstieg einbindet (Schmalz 2018: 361). Dies wird nicht nur von einer Rhetorik einer Win-Win-Situation hergestellt, sondern auch durch den Zugang zu materiellen Kapazitäten, wie Krediten oder Infrastrukturaufbau.

Dies ist umso wichtiger, als der chinesische Staat auf die Kooperation der beteiligten Staaten angewiesen ist, um seine ökonomischen und geopolitischen Motive zu verfolgen. Neben materiellen und rhetorischen Strategien wird diese Kooperation mit betroffenen Ökonomien durch die Förderung einer institutionellen Struktur wie BRI-Gipfel und regionale Kooperationszusammenhänge wie die Shanghai Cooperation Organisation, unterstützt. Mit den jeweiligen Ökonomien werden neben den Vereinbarungen über finanzielle Mittel und den Bau konkreter Projekte zudem eine ganze Reihe recht weitgehender Vereinbarungen, wie Investitionsabkommen, Handelsvereinbarungen oder Investitionssicherheit, abgeschlossen (Schmalz 2018: 365)

Allerdings verweisen Eigeninteressen nationaler Regierungen und lokaler Eliten, Proteste wie in Myanmar oder Kasachstan und ein beständiges Nachverhandeln von BRI-bezogenen Verträgen, ebenso wie die sehr unterschiedlichen Erfolgsbilanzen der unterschiedlichen BRI-Projekte, auch auf neu entstehende Abhängigkeitsverhältnisse und erhebliche Schwierigkeiten in der Umsetzung und die Bedeutung der konkreten Umstände in den jeweiligen Gesellschaften (Hoering 2017). Auf internationalem Parkett wird der BRI nichts desto weniger eine hohe geoökonomische und geopolitische Bedeutung beigemessen. Sie spiegelt einerseits eine wachsende Einbindung Chinas in die Weltwirtschaftsbeziehungen wider und erschließt auch für Unternehmen aus den USA, Europa und Japan neue Märkte. Andererseits sind sowohl die BRI als auch Kritiken aus den Zentren

der Weltwirtschaft an einem steigenden Einfluss Chinas in der Region und Befürchtungen einer Verschiebung der Spielregeln der Weltwirtschaftsbeziehungen zugunsten chinesischer Interessen als der Ausdruck sich verschärfender geoökonomischer Konkurrenz und verschiedenster globaler Kräfteverhältnisse zu bewerten. Dies zeigt sich vor allem dort, wo China sich aktiv auf den traditionell den USA oder Europa vorbehalteten Domänen engagiert.

Eine neue Phase globaler Konkurrenz

Chinas veränderte Globalisierungsstrategie mündet in einer neuen Phase globaler Konkurrenzbeziehungen. Chinas Globalisierungsstrategie verschob sich von einer Einbindung in Weltwirtschaft, die zunächst vorwiegend auf ausländische Direktinvestitionen transnationaler Konzerne nach China, Produktionskapazitäten am Ende der Wertschöpfungskette und Exporten von arbeitsintensiven Konsumgütern basierte, schrittweise und im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich. In ihrer heute global ausgerichteten Akkumulationsstrategie tritt die chinesische Ökonomie zunehmend als Investor oder Kreditgeber auf – auch innerhalb der Ökonomien Europas und der USA, lagert selbst arbeitsintensive Produktion aus und exportiert zunehmend High-Tech Produkte oder Maschinen, baut eigene geostrategisch wichtige Infrastruktur und Handelsrouten auf oder initiiert die Gründung Internationaler Organisationen unter chinesischer Führung. Im Zuge dieser aktiveren Globalisierungsstrategie werden zentrale Charakteristika der chinesischen Entwicklungsweise und mit ihr verbundener Regulierungslogiken beibehalten. Dies wird durch eine staatliche Kontrolle der Globalisierungsprozesse ebenso unterstützt, wie durch eine selektive Integration in die Weltmärkte. Der chinesische Staatszivilgesellschaftskomplex entzog sich so bislang den Mechanismen des „neuen Konstitutionalismus“ (Gill 2003: 132) – einer Verallgemeinerung und Reproduktion (neo-)liberaler Praxen durch vertragliche Verankerung auf internationaler Ebene – zumindest partiell. Der chinesische Staat unterstützte dabei den Globalisierungsprozess nicht durch die Durchsetzung einer

Verallgemeinerung marktliberaler Spielregeln – wie dies etwa in den 1990er Jahren in Bezug auf die Globalisierungsstrategien des globalen Nordens zu beobachten war. Vielmehr wird die chinesische Globalisierungsstrategie durch eine in bilateralen Verträgen, locker institutionalisierte Kooperationsformen und wirtschaftliche Konnektivität gefassten netzwerkartigen ökonomischen Governance koordiniert und stabilisiert.

Chinas neue Seidenstraßen sind dabei als Ausdruck dieser neuen Globalisierungsstrategie zu verstehen, in die sich zentrale Charakteristika der chinesischen Entwicklungsweise und ihrer Regulierungslogiken einschreiben. Deutlich erkennbar ist dies etwa an der staatlich geförderten Strategie eines investitions- und kreditgestützten Wachstums oder dem Fokus auf Infrastrukturprojekte. Die BRI vertieft damit die Internationalisierung der chinesischen Entwicklungsweise und ihre geographische Expansion. Die global ausgerichtete Akkumulationsstrategie wird institutionalisiert und durch ein Netzwerk von Infrastruktur materiell unterfüttert. Die Folge dieser Strategie ist eine räumliche Restrukturierung von globalen Wertschöpfungsketten, Investitionsbeziehungen und Handelsrouten. Eben diese Restrukturierung schafft nicht nur neue Abhängigkeitsbeziehungen zwischen China und den an der BRI beteiligten Gesellschaften. Sie verschärft auch die geoökonomische und geopolitische Konkurrenz zwischen chinesischem Staatszivilgesellschaftskomplex und marktliberalem „Heartland“ (van der Pijl 2006).

Chinas Entwicklung zu einem der Zentren der globalen Kapitalakkumulation und seine zunehmende geopolitische Bedeutung führt dabei zu einer zunehmenden Konfrontation unterschiedlicher Typen von Kapitalismen und der damit verbundenen Organisationsprinzipien und Regulierungsmodi. China entzieht sich dabei nicht nur in für die eigene Entwicklungsweise wichtigen Bereichen der Forderung einer Anpassung an die marktliberalen Spielregeln des globalen Nordens. Der chinesische Staat internationalisiert auch zunehmend eigene Regulierungslogiken – etwa im Rahmen bilateraler Kooperationsverträge

oder Institutionen wie der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank.

Dieser neuen Phase geoökonomischer und geopolitischer Konkurrenzbeziehungen mit politischem Säbelrasseln in Kalter-Kriegs-Manner und der Forderung nach mehr Wettbewerb und Markt zu begegnen mag den transnationalen Konzernen in den USA und Europa entgegenkommen. Um den gravierenden Auswirkungen zu begegnen, die die sich verschärfende Konkurrenz auf Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen rund um den Globus haben wird, werden andere Strategien notwendig sein. ■

Literaturverzeichnis

- Arrighi, Giovanni (2008): Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts. Hamburg: VSA-Verlag.
- Brink, Tobias ten (2013): Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung, 78). Online verfügbar unter <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=831379>.
- Brink, Tobias ten (2014): The Challenge of China's Non-Liberal Capitalism for the Liberal Global Economic Order. In: *Harvard Asia Quarterly* 16 (2), S. 36–44.
- Deutsche Bundesbank (2018): Die Neuausrichtung der chinesischen Wirtschaft und ihre internationalen Folgen. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Juli 2018, S. 41–59. Online verfügbar unter <https://www.bundesbank.de/resource/blob/752104/3e34001597d1694ea7999fb2307a8756/m1/2018-07-china-data.pdf>, zuletzt geprüft am 09.10.2020.
- Europäischer Rechnungshof (2020): Die Reaktion der EU auf Chinas staatlich gelenkte Investitionsstrategie. Online verfügbar unter https://www.ecb.europa.eu/lists/ecadocuments/rw20_03/rw_eu_response_to_china_de.pdf, zuletzt geprüft am 04.01.2021.
- Gill, Stephen (2003): Power and Resistance in the New World Order. 1. publ. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- He, Alex (2015): Domestic Sources and RMB Internationalization. A Unique Journey to a Major Global Currency. CIGI Papers 67. Online verfügbar unter <https://www.cigionline.org/publications/domestic-sources-and-rmb-internationalization-unique-journey-major-global-currency>, zuletzt geprüft am 18.05.2015.
- Herr, Hansjörg (2008): Das chinesische Wechselkurssystem. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (7), S. 27–32.
- Hoering, Uwe (2017): Auf dem Weg zum Wirtschaftsimperium: Chinas neue Seidenstraße. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62 (10), S. 91–100.

- Hung, Ho-Fung (2008): Rise of China and the global overaccumulation crisis. In: *Review of International Political Economy* 15 (2), S. 149–179. DOI: 10.1080/09692290701869654.
- Ivanova, Maria (2013): The Dollar as World Money. In: *Science & Society* 77 (1), S. 44–71. DOI: 10.1521/isis.2013.77.1.44.
- McNally, Christopher (2015): The political economic logic of RMB internationalization. A study in Sino-capitalism. In: *International Politics* 52 (6), S. 704–723. DOI: 10.1057/ip.2015.15.
- Naughton, Barry (2007): The Chinese Economy. Transitions and Growth. Cambridge, MA [u.a.]: MIT Press.
- Nölke, Andreas; Brink, Tobias ten; Claar, Simone; May, Christian (2015): Domestic structures, foreign economic policies and global economic order: Implications from the rise of large emerging economies. In: *European Journal of International Relations* 21 (3), S. 538–567. DOI: 10.1177/1354066114553682.
- OECD (2018): China's Belt and Road Initiative in the Global Trade, Investment and Finance Landscape. OECD Business and Finance Outlook 2018. Paris. Online verfügbar unter: <https://www.oecd.org/finance/Chinas-Belt-and-Road-Initiative-in-the-global-trade-investment-and-finance-landscape.pdf>, zuletzt aktualisiert am 09.10.2020.
- Schmalz, Stefan (2011): Eine kurze Geschichte des chinesischen Aufstiegs im kapitalistischen Weltsystem. In: *Kurswechsel* (1), S. 106–116. Online verfügbar unter <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Eine-kurze-Geschichte-des-chinesischen-Aufstiegs.pdf>, zuletzt geprüft am 12.10.2020.
- Schmalz, Stefan (2015): Machtverschiebungen im Welt- system Der Aufstieg Chinas im Kontext der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008. Habilitationsschrift - vorgelegt dem Rat der Fakultät für Sozial- und Verhal- tenswissenschaften. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Schmalz, Stefan (2018): Machtverschiebungen im Welt- system. Der Aufstieg Chinas und die große Krise. Frankfurt am Main: Campus.
- Schmalz, Stefan (2019): The Three Stages of Chinese Capital Export. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 35 (3), S. 17–38. DOI: 10.20446/JEP-2414-3197-35-3-17.
- Simon, Jenny (2018): Die Rolle Chinas in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Operationsmodus der Globalisierung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25 (2), S. 144–163. Online verfügbar unter: https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0946-7165-2018-2-144.pdf?download_full_pdf=1&page=1, zuletzt geprüft am 19.12.2018.
- US Department of the Treasury (2018): Major Foreign Holders of Treasury Securities. Online verfügbar unter <http://ticdata.treasury.gov/Publish/mfhhis01.txt>, zuletzt geprüft am 05.01.2018.
- van der Pijl, Kees (2006): Global Rivalries from the Cold War to Iraq. London, Ann Arbor: Pluto Press.
- Yu, Yongding (2014): How Far Can Renminbi Interna- tionalization Go? ADBI Working Paper Series No. 461. Online verfügbar unter <https://www.adb.org/sites/default/files/publication/156316/adbi-wp461.pdf>, zuletzt geprüft am 20.01.2019.
- Zhou, Xiaochua (2009): Reform the International Monetary System. Essay by Dr Zhou Xiaochuan, Governor of the People's Bank of China, 23 March 2009. Online ver- fügbar unter <https://www.bis.org/review/r090402c.pdf>, zuletzt geprüft am 10.03.2015.



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

Vierteljahreszeitschrift 32. Jahrgang
Nr. 125, März 2021, 248 Seiten

Gesundheitssystem und Corona-Krise

Statements – Kampffeld Gesundheitswesen / Burkhardt – Gesundheitssystem in der Pandemiekrise / Gerlinger – Gesundheitspolitik zwischen Markt und Staat / Latza/Weinberg – Klassenkämpfe in der Krankenpflege / Michelsen/Holst – Global Health, COVID-19 und die Folgen

Corona-Krise und Kapitalismus IV:

Goldberg/Leisewitz/Wiegel/Zander – Lockdown-light?

Marx-Engels-Forschung: Krätker – Besondere Partnerschaft / Kuczynski – War Engels Marxist? / Lietz/Schwarz – Wert, Austausch und Neue Marx-Lektüre (I) / Krüger – Produktive und unproduktive Arbeit

Und: Friedmann – Märzkämpfe 1921 / Kosing – Lenin und die Theorie des Sozialismus (II) / Polit – „Rosa L. lässt ebenfalls grüßen“ / Schadt – Grundwiderspruch der Digitalisierung / Bernhold/Stache – Anatomie der deutschen Fleischindustrie

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr inkl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

Ziele europäischer Handelspolitik – zwischen Geopolitik und Nachhaltigkeitsversprechen

von Alessa Hartmann¹

„Die Coronakrise war ein Schock für die Welt und hat innerhalb der EU sowohl Schwachstellen aufgedeckt als auch Kapazitäten deutlicher werden lassen.“ Das schrieb die EU-Kommission im September 2020, gerichtet an das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten.²

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie waren auch für die politischen Entscheidungsträger*innen in Brüssel ein Schock. Die Pandemie und der globale Lock-Down haben die Schwächen der neoliberalen Globalisierung weithin deutlich gemacht. Auch in den Industriestaaten bekam man zu spüren, wie sehr Grundbedürfnisse, wie eben Gesundheitsversorgung, vom Funktionieren fragiler internationaler Lieferketten abhängig sind, als beispielsweise Engpässe bei Maskenlieferungen aus Asien auftraten. Welche Weichen aber stellt die EU vor diesem Hintergrund für ihren handelspolitischen Kurs in den kommenden Jahren?

Die Prioritäten der europäischen Handelspolitik werden vor dem Verhältnis mit den USA, beziehungsweise China, beleuchtet.

Außerdem stellt sich die Frage, wie sich der ökonomische Pfad der EU auf Länder des globalen Südens auswirkt, und welchen Beitrag die EU hier leisten könnte, um den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt zu gewährleisten.

Prioritäten europäischer Handelspolitik

Die Rolle von EU und Bundesregierung ist zwiespältig: Einerseits betonen sie das Ziel, den Neustart der Wirtschaft nach der Corona-Krise mit dem im European Green Deal angelegten Ziel der Klimaneutralität zu verknüpfen; andererseits treiben sie Handelsabkommen mit Me-

xiko und Mercosur, die zentralen Nachhaltigkeitszielen von Klimaschutz und Biodiversität fundamental widersprechen, weiter voran.

Die Stärken der EU-Wirtschaft (und besonders Deutschlands) und daher auch ihre Prioritäten, sind die Produktion und der Export von Autos, Maschinenteilen, aber auch einigen agrarischen Produkten, wie beispielsweise Milch.

Des Weiteren ist die Sicherung (kritischer) Rohstoffe ein Schlüsselinteresse der EU.

Abgehängt dagegen sind Deutschland und die EU derzeit, wenn es um das Thema Digitalisierung geht. Die Industriestrategie Altmaiers nennt hier China und die USA als große Konkurrenten, vor allem im Bereich der künstlichen Intelligenz.³ Die EU stellt in ihrem Bericht vom September 2020 fest, dass die rasch eskalierende technologische Konfrontation zwischen den USA und China die globalen digitalen Lieferketten stört. Sie wird direkte Auswirkungen auf den Binnenmarkt haben und die Notwendigkeit verstärken, dass die EU ihre Agenda der technologischen Souveränität weiterverfolgt und ihre wichtigsten digitalen Kapazitäten stärkt.

Außerdem sieht die EU die Chance, dass der Globalisierungsprozess nach der Krise wieder in Gang kommt, und die EU ihre Rolle in der Weltordnung stärken kann.⁴ Eine Priorität ist somit auch die Gestaltung internationaler Standards und Normen nach europäischen Werten und Interessen.

Mit dieser Agenda gibt die EU allerdings ihren wirtschaftlichen Interessen Priorität vor

¹ Alessa Hartmann verantwortet den Bereich Handels- und Investitionspolitik bei der NRO PowerShift e.V. Sie ist außerdem im Koordinierungskreis des Netzwerks Gerechter Welthandel. <https://power-shift.de>.

² Vgl. European Commission: 2020 Strategic Foresight Report – Charting the course towards a more resilient Europe. September 2020. Seite 2.

³ Vgl. BMWi: Industriestrategie 2030: Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik 29.11.2019. Download unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/industriestrategie-2030.html>. Abgerufen am 14.01.21.

⁴ Vgl. European Commission: 2020 Strategic Foresight Report – Charting the course towards a more resilient Europe. September 2020.

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Menschenrechten.

Die Strategie der EU ist es, durch ein Netz von Handels- und Investitionsverträgen ihre Machtstellung auf dem Weltmarkt zu behaupten – gegenüber China und den USA. Gleichzeitig bekommen Handelsabkommen eine immer größere geostrategische Bedeutung.

Verhandlungen mit den USA – Was ist mit Biden zu erwarten?

Die EU steht in den Startlöchern, um nach der Amtszeit des TTIP-Bremzers Trump umfassendere Verhandlungen mit seinem Nachfolger Joe Biden zu beginnen. Auch wenn viele Wirtschaftsverbände danach rufen, scheint der große TTIP-Wurf aber unwahrscheinlich. Zu groß sind auch bei der Biden-Regierung die Differenzen: Die USA wollen unbedingt den Agrarsektor in Verhandlungen einbeziehen, während die EU dies ablehnt. Gleichzeitig drängt die EU auf eine stärkere Öffnung der Beschaffungsmärkte, die die USA um jeden Preis schützen will. Biden hat deutlich gemacht die „Buy America“-Politik seines Vorgängers Trump fortführen und sogar ausweiten zu wollen. So sollen mehr Komponenten eines Produktes aus US-Fabriken stammen. Außerdem will die US-Regierung kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen erleichtern.⁵

In einem Interview mit der New York Times im Dezember bekräftigte Biden zudem sein Wahlkampfversprechen eines Moratoriums für neue Handelsabkommen und sagte: „Ich werde kein neues Handelsabkommen mit irgendjemandem abschließen, bevor wir nicht große Investitionen hier zu Hause und in unsere Arbeiter getätigt haben.“⁶

Wahrscheinlicher ist also, dass die beiden Handelspartner eine Reihe von unterschiedlichen Verhandlungsprozessen voranbringen werden, die jedoch nicht in einem großen Abkommen festgehalten werden, ähnlich wie in den vergangenen Jahren.

So verhandelt die EU seit 2018 mit den USA ein Industriezollabkommen und ein Abkommen zu Konformitätsbewertungen. Daneben laufen einige sogenannte „Nebenabsprachen“, zum Beispiel zu Flüssiggas- und Sojaimporten. Problematisch an diesen „kleinen“ Verhandlungen ist, dass diese noch intransparenter ablaufen als offizielle Verhandlungsrunden, von denen die EU in der Vergangenheit zumindest Überblicksberichte veröffentlichte.

Priorität wird außerdem die Klärung des Boeing/Airbus-Disputs haben, sowie eine Beendigung der Strazfölle, die das transatlantische Verhältnis in den vergangenen Jahren belastet haben.

Abgesehen von bilateralen Verhandlungen, wird sich die USA unter Biden wieder stärker auf multilateraler Ebene einbringen, und voraussichtlich auf WTO-Ebene den Schulterschluss mit der EU gegenüber China suchen. Hier ist auch zu erwarten, dass gemeinsam eine Reform des WTO-Streitschlichtungsmechanismus vorangetrieben wird.

Nachhaltigkeit wird wohl kaum eine Priorität von Bidens Handelspolitik sein, ebenso wenig wie der EU. Aber Biden könnte eventuell Handelsverträge als starken Hebel nutzen, um Klimaziele zu erreichen. So forderte er in der Vergangenheit ein weltweites Verbot von Subventionen für fossile Brennstoffe, Zölle auf Importe, die viel Kohlenstoff produzieren, und fordert Handelsabkommen, die Verpflichtungen zur Reduzierung von Emissionen beinhalten.

Nach diesem Plan würden Kohle, Öl und Gas bereits bei der Förderung besteuert, was den Preis der fossilen Brennstoffe erhöhen und die Verbraucher davon abhalten würde, sie zu kaufen. Importe aus Ländern ohne Kohlenstoffpreis würden mit einem Zoll belastet, während Exporte einen Rabatt auf die Steuer erhalten würden.

⁵ Vgl. Koch, Meiritz in Handelsblatt: Dämpfer für möglichen neuen Handelsdeal. 25.01.2021. Download unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/daempfer-fuer-moeglichen-neuen-handelsdeal-der-made-in-america-präsident-biden-will-us-unternehmen-bei-staats-auftraegen-bevorzugen/26850300.html?ticket=ST-10668070-3d1WMt-LNg3MtYYf4TxBa-ap2> Abgerufen am 27.01.2021.

⁶ Vgl. Thomas Friedman in: The New York Times: Biden Made Sure ‘Trump Is Not Going to Be President for Four More Years’ 02.12.2020. Download unter: <https://www.nytimes.com/2020/12/02/opinion/biden-interview-mcconnell-china-iran.html#click=https://t.co/9jAGh4xOKI> Abgerufen am 27.01.2021.

Biden wird aber nicht auf ein vollständiges Verbot dieser Öl- und Gasexporte drängen. Stattdessen könnte Biden an multilateralen Abkommen arbeiten, um die globale Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zu reduzieren, anstatt fossile Förderung direkt anzugreifen.

Außerdem gibt es für diese Pläne sehr viel Gegenwind im Senat, und es ist unklar, ob Biden sich hier durchsetzen können wird.

Ein mögliches gemeinsames Projekt der EU und der USA könnte der Kohlenstoffgrenzausgleichsmechanismus sein. Die EU arbeitet seit vergangenem Jahr im Rahmen des Europäischen Green Deal an diesem Projekt. Nun könnte sie versuchen, einen gemeinsamen Klimazoll der EU und der USA nach außen zu etablieren. Das würde bedeuten, dass europäische und amerikanische Produkte jeweils ausgenommen wären, weil sie intern einen ähnlich hohen CO₂-Preis erheben. Allerdings sind die Hürden hoch, schließlich gibt es bisher selbst innerhalb den USA gar keinen einheitlichen CO₂-Preis, da dies Sache der Bundesstaaten ist. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass hiermit Drittländer diskriminiert würden.

Verhandlungen mit China – Vorwärts mit CAI?

In Bezug auf das Verhältnis der EU zu China ist das Bild etwas differenzierter als bezüglich der USA: In der China-Strategie der EU wird China als Konkurrent in einem Systemwettbewerb mit der EU beschrieben („systemic rival“), weil China dem marktwirtschaftlichen Modell von Europäischer Union und Vereinigten Staaten nicht nur sein staatskapitalistisches Modell entgegenstellt, sondern versucht, es in alle Welt zu exportieren.⁷ Damit macht China der US-amerikanischen und europäischen Vormachtstellung Konkurrenz, was entsprechende Einbußen von Marktzugängen und Macht mit sich bringt.

Unter dem Eindruck der sich anbahnenden Annäherung zwischen der EU und den USA hat China sich Ende 2020 zu einigen Zugeständnissen bei dem geplanten Investitionsabkommen zwischen der EU und China bereit erklärt. Ein besonders strittiges Thema, der Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismus, wurde auf zwei Jahre nach Unterzeichnung des Abkommens vertagt. Daraufhin konnten die Verhandlungsführer*innen und die deutsche Ratspräsidentschaft zu Weihnachten eine politische Einigung verkünden.

Seit 2013 verhandelt die EU mit China also über ein Investitionsabkommen. Die EU sieht die Verhandlungen über dieses Abkommen als einen Test, um zu sehen, ob China bereit ist, über ein großes Handelsabkommen zu verhandeln. So geht es in seinen Bestimmungen weit über ein gängiges Investitionsabkommen hinaus und enthält unter anderem auch Kapitel zur Liberalisierung von Dienstleistungen, Marktzugangslisten, Bestimmungen über Technologietransfer und Subventionen staatlicher Unternehmen sowie ein Kapitel über Nachhaltigkeit.⁸

Während der Verhandlungen gab es viele Baustellen: Zum einen über die Regelung öffentlicher Beschaffung, so wollte die EU gerne die Märkte für öffentliche Beschaffung in China geöffnet sehen. Dies ist eine harte Nuss für China. Im Endeffekt hat China sich offenbar zu umfassenden Verpflichtungen in Bezug auf das verarbeitende Gewerbe eingelassen. Dieses ist der wichtigste Sektor für EU-Investitionen in China. Mehr als die Hälfte der EU-Investitionen entfallen auf das verarbeitende Gewerbe. Davon 28 Prozent auf die Automobilindustrie und 22 Prozent auf Grundstoffe. Dies betrifft also unter anderem die Herstellung von Elektroautos, Chemikalien, Telekommunikationsgeräten und medizinischen Geräten.⁹

7 Vgl. European Commission and HR/VP contribution to the European Council: EU-China: A strategic outlook. 12. März 2019; <https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf> Abgerufen am 12.01.21, S. 1.

8 Vgl. Jakob Hanke Vela in Politico: EU China investment deal allows chinese staff to work in the EU for 3 years. 13.01.2020. Download unter: <https://www.politico.eu/article/eu-china-investment-deal-allows-chinese-staff-work-3-years/> Abgerufen am 14.01.2021.

9 Vgl. EU-Kommission: Umfassendes Investitionsabkommen zwischen der EU und China. Factsheet vom 30.12.2020. Download unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_2544 Abgerufen am 14.01.2021.

Ein weiterer Knackpunkt war der Streitbeilegungsmechanismus für Investoren, auch als „Konzernklagerechte“ (Investor-State-Dispute Settlement – ISDS) bekannt. Die EU wollte ihr reformiertes Modell, das Investment Court System durchsetzen, China bestand auf dem nach wie vor gängigen Standardmodell von ISDS. Diese Entscheidung wurde vertagt und soll in den nächsten beiden Jahren nachverhandelt werden.

Da sich die EU auch bei der Verhandlung dieses Abkommens hinsichtlich der Transparenz wieder mal nicht mit Ruhm bekleckert hat, wusste leider auch einen Monat nach der politischen Einigung niemand außer den Verhandler*innen, was tatsächlich im aktuellen Abkommenstext steht. Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament und dem Bundestag beklagten, dass sie die Texte nicht einsehen könnten. Über den Gegenstand der Verhandlungen wurde stets nur unzureichend informiert. Zu einem partizipativen demokratischen Prozess gehört es aber, Texte zu veröffentlichen und zu diskutieren. Hier hat die EU-Kommission seit TTIP nichts dazu gelernt.

Was vergangene Verhandlungspapiere allerdings vermuten lassen, ist, dass es vor allem im Bereich der Nachhaltigkeit wenig zu feiern gibt. Während China durchaus zu klima- und umweltpolitischen Zugeständnissen bereit ist, fährt das Land eine harte Linie bei Menschenrechtsfragen und blockt alle Vorstöße ab.

Wenn man offiziellen Äußerungen trauen darf, hat die EU hier aber auch wenig gefordert. Wie bei den anderen EU-Abkommen wird das Nachhaltigkeitskapitel im Abkommen mit China unverbindlich sein, sprich keine Sanktionsmöglichkeiten enthalten. Während die EU in den Verhandlungen mit anderen Staaten immerhin vorausgesetzt hatte, dass das Partnerland entweder die ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert hatte oder kurz davor stand dies zu tun (zum Beispiel bei EU-Vietnam oder EU-Japan), verzichtete sie bei dem China-Abkommen offenbar darauf und setzt damit selber Doppelstandards. Mehr als den Verweis, dass von der Leyen, Merkel und Macron bei einem Telefonat mit Chinas Präsident Xi Jinping telefonisch auf

Menschenrechtsprobleme, namentlich in Hong Kong hinwiesen, findet man bisher nicht.¹⁰

In Bezug auf ILO-Kernarbeitsnormen, unter anderem zu Zwangsarbeit, schreibt die EU-Kommission in ihrer Presseinformation: „China also commits to working towards the ratification of the outstanding ILO (International Labour Organisation) fundamental Conventions and takes specific commitments in relation to the two ILO fundamental Conventions on forced labour that it has not ratified yet.“¹¹ Von den acht ILO-Kernarbeitsnormen hat China bisher nur vier ratifiziert. Dass die EU sich hiermit zufriedengibt, ist vor dem Hintergrund der Situation der Uiguren und der Zivilgesellschaft in Hong Kong ein demokratiepolitischer Skandal und zeigt, dass die EU handelspolitische Interessen über Menschenrechte stellt.

Auch viele europäische Abgeordnete, denen das Abkommen zur Abstimmung vorgelegt werden wird, haben sich bereits kritisch geäußert, unter anderem der Vorsitzende des Handelsausschusses und S&D-Mitglied Bernd Lange.¹² Sie knüpfen ihre Zustimmung zu dem Abkommen an eine Verbesserung der bisher schwammigen Absichtserklärungen hin zu verbindlichen Regelungen.

Neben dem oben genannten Investitionsabkommen versucht China auch über die „Neue Seidenstraße“, Investitionen und Einfluss weltweit auszuweiten. Konkret soll das Projekt Investitionen von mindestens 900 Milliarden Dollar in Infrastruktur fördern. China baut im Rahmen der Initiative Straßen, Bahngleise, Pipelines, Kraftwerke, Telekommunikationsnetze, Häfen und Flughäfen von Asien bis nach Europa und Afrika.¹³ Langfristig will China wirtschaftliche Abhängigkeit anderer Staaten

¹⁰ Pressemitteilung der EU-Kommission vom 30.12.2020. Download unter: <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2233> Abgerufen am 14.01.21.

¹¹ Vgl. EU-Kommission Presseinfo vom 30.12.20: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2542 Abgerufen am 14.01.21.

¹² Vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland: Europapolitiker Lange über EU-Deal mit China: „Die Messe ist noch nicht gelesen“ 10.01.21. Download unter: <https://www.rnd.de/politik/europapolitiker-lange-uber-eu-deal-mit-china-die-messe-ist-noch-nicht-gelesen-2TEOZIVGCZG7NPF62XRSFPTOIY.html> Abgerufen am 20.01.21.

¹³ Vgl. Uwe Höring: Der lange Marsch 2.0 – Chinas Neue Seidenstraßen als Entwicklungsmodell, 2018.

schaffen und damit politische Abhängigkeit erreichen, denn China behält auch nach der Fertigstellung die Macht über die gebauten Häfen. So hat Griechenland 2017 ein Veto gegen eine gemeinsame Erklärung der EU zur Menschenrechtslage in China vor dem UN-Menschenrechtsrat eingelegt. Einhellige Meinung war, dass dies eine direkte Folge der umfangreichen chinesischen Investitionen in den griechischen Hafen von Piräus sei.¹⁴

Nachhaltigkeit und EU-Handelspolitik

In europäischen Handelsabkommen finden sich vor allem Rechte für Unternehmen, aber gleichzeitig gibt es praktisch keine Pflichten für Investoren in den Partnerländern, Menschenrechte oder den Schutz der Umwelt sicherzustellen, wenn sie vor Ort investieren oder Handel treiben.

So werden Klauseln, die auf die Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes im Ausland abzielen, gezielt in das zahnlose Nachhaltigkeitskapitel verlagert. Dieses ist aber nicht bindend, das heißt, wenn sich ein Unternehmen oder ein Staat nicht daran hält, dann folgen keine Sanktionen.

In den letzten Jahren gab es eine verstärkte Debatte darum, Nachhaltigkeitskapitel sanktionsbewehrt zu gestalten, aber die Zivilgesellschaft und viele Parlamentarier*innen beissen sich an der EU-Kommission, die an einem freiwilligen, konsultationsbasierten System festhält, die Zähne aus. Wohin das führt, zeigt das Beispiel Südkorea: Das Abkommen der EU mit Südkorea setzt auf Konsultationen bei der Verletzung von Bestimmungen aus dem Nachhaltigkeitskapitel. Interessant ist, dass die EU tatsächlich ihre erste Klage im Rahmen eines bilateralen Freihandelsabkommens eingereicht hat. Die EU behauptet, dass Südkoreas Versäumnis, mehrere Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ratifizieren, insbesondere die Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit von Arbeitnehmer*innen,

einen Verstoß gegen die Bedingungen ihres Handelspakts von 2010 darstellt. Die EU ist besonders besorgt über die innerstaatlichen Vorschriften in Südkorea, die es „Plattformarbeiter*innen“ und Freiberufler*innen – wie Überfahrer*innen oder Hortlehrer*innen – offenbar verwehren, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, da ihr unabhängiger Status bedeutet, dass sie nicht als „Arbeitnehmer*innen“ anerkannt werden. Dass die EU überhaupt tätig wurde, ist auf jahrelangen zivilgesellschaftlichen Druck der europäischen und südkoreanischen Zivilgesellschaft, vor allem von Gewerkschafter*innen zurückzuführen. Teilweise wurden dieselben Gewerkschafter*innen, die die Einhaltung des Nachhaltigkeitskapitels des EU-Südkorea-Abkommens im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Beratergruppe (Domestic Advisory Group – DAG) begleiten sollten, in Südkorea Verfolgungen und Gefängnisstrafen durch die südkoreanische Regierung ausgesetzt. Dies konnte die EU schließlich nicht mehr ignorieren und beantragte die Einsetzung eines Schiedspanels nach den Sonderregeln für Streitigkeiten im Bereich Arbeit und Umwelt im Handelspakt zwischen der EU und Südkorea. Diese Regeln bedeuten, dass die Panelisten einen Bericht und eine Bewertung abgeben müssen – aber sie sehen keine Konsequenzen für die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien vor. Mit anderen Worten: Wenn Südkorea den Fall verliert, würde es nicht unter einer Aufhebung der Handelsvereinbarungen leiden.

Ende Januar 2021 wurde der Fall von dem Panel zurückgewiesen: Die in dem Handelsabkommen zu Arbeitsrechten und Ratifizierung der ILO-Konventionen gemachten Vereinbarungen waren zu unverbindlich. So konnte kein Vertragsbruch nachgewiesen werden, da Südkorea durch das Abkommen nur verpflichtet worden sei „fortgesetzte und nachhaltige Anstrengungen“ zu unternehmen, aber nicht, die ILO-Abkommen tatsächlich zu ratifizieren. So könnte Seoul behaupten, dass es versucht hat, die ILO-Konventionen durch seine Legislative zu bringen – dass es aber nie eine Mehrheit gab.¹⁵

¹⁴ Vgl. Zacharias Zacharakis, in: Zeit online, 08.05.2018, Download unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-04/neue-seidenstrasse-china-griechenland-europa-containerhafen-piraeus/komplettansicht> Abgerufen am 12.01.21.

¹⁵ Vgl. Iana Dreyer in: Borderlex: Korea to EU: labour commitments in FTA not a legal obligation am 18.11.2020.

Der Fall zeigt – auch mit Blick auf andere Abkommen, wie mit China oder dem Mercosur – dass die bisherigen Bestimmungen in Nachhaltigkeitskapiteln überhaupt nicht dazu geeignet sind, menschenrechtliche oder umweltpolitische Sorgfaltspflichten umzusetzen. Denn so lange Handelspartner keine Aussetzung der vereinbarten Handelsbestimmungen befürchten müssen, weil die Vereinbarungen im Nachhaltigkeitskapitel so schwammig gehalten sind, ist der Handlungsdruck gering.

Eigentlich gibt es aber bereits eine Möglichkeit der Handhabe, die die EU aber ignoriert: Der EuGH hat im sogenannten Singapur-Fall geurteilt, dass ein Handelsabkommen ausgesetzt werden kann, wenn es zu Verstößen von Umwelt- und Arbeitsstandards aus FTAs kommt. Die EU müsste also theoretisch nichts verändern, sondern nur umsetzen!¹⁶

Lieferkettengesetz als Meilenstein

Am 24. April 2013 stürzte in einem Vortort von Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs, ein Fabrikkomplex ein. Es starben über 1.000 Arbeiter*innen und Anwohner*innen, über 2.000 wurden verletzt. In dem Gebäude wurde unter schlechten Arbeitsbedingungen Kleidung für Primark, Benetton, kik, Mango und C&A hergestellt.¹⁷

Das ist exemplarisch für die oft schlechten Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie: Die Arbeiter*innen verdienen sehr wenig Geld und nehmen dennoch lange Arbeitswege und schlechte Arbeitsbedingungen in Kauf. Die Wertschöpfung begünstigt die großen Unternehmen, die die Waren in den Industrieländern teuer verkaufen, während in den Erzeu-

gerländern und bei den Arbeiter*innen kaum Gewinne ankommen. Bisher gibt es auch keine Verpflichtung der Unternehmen, Menschenrechte entlang ihrer Lieferkette sicherzustellen, sondern höchstens freiwillige Initiativen.

Dies ändert sich gerade sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene. In den vergangenen Jahren gab es in mehreren europäischen Ländern, wie Frankreich und der Schweiz, Initiativen für gesetzliche Verpflichtungen für Unternehmen, entlang der Lieferkette Menschenrechtsverletzungen auszuschließen. Nach diesem Vorbild und nach viel Druck von zivilgesellschaftlicher Seite¹⁸ haben Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsmünister Gerd Müller einen Gesetzesvorschlag für Deutschland vorgelegt. Dieser würde Unternehmen ab 500 Beschäftigten dazu verpflichten, in ihrer gesamten Lieferkette sicherzustellen, dass nicht gegen die Menschenrechte und nicht gegen grundlegende Umweltstandards verstossen wird. Dies würde in Deutschland rund 7.300 Unternehmen betreffen, die zukünftig verpflichtend Bericht erstatten müssten, wie sie ihre Lieferketten nachverfolgen.¹⁹ Ein weiterer wichtiger Baustein des geplanten Gesetzes ist es, die Rechte von Arbeitern und Arbeitern vor Gericht zu stärken und einen Weg zu eröffnen, Schadensersatzansprüche in Deutschland geltend zu machen.²⁰

Das würde bedeuten, dass wenn es Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferkette von Textilien gäbe, die betroffenen Näher*innen in Deutschland deutsche Unternehmen wie zum Beispiel Adidas verklagen könnten. Dadurch würde der Druck erhöht, dass Unternehmen wirklich sicherstellen, dass ihre Produkte ohne Menschenrechtsverletzungen hergestellt werden. Und auch die Konsument*innen hätten dann mehr Sicherheit, dass ihre Kleidung

¹⁶ Vgl. 26 Opinion 2/15, ECLI:EU:C:2017:376, para. 161. Für weitere Diskussionen siehe Nesbit, Ankermitt, Friel und Colsa, „Ensuring compliance with environmental obligations through a future UK-EU relationship“, (London: Institute for European Environmental Policy, Oktober 2017) S. 27-8. Die Autor*innen räumen darin ein, dass eine Suspension der Vorzüge zwar theoretisch möglich ist, jedoch „it is hard to imagine the EU doing so. First of all, it would require a Commission proposal and a Council decision by qualified majority to resort to such a suspension, an endeavour the EU has only resorted to once in relation to non-economic aspects of a trade agreement [citing the suspension of the operation of the EU trade agreement with Syria]. Second, the Commission itself has never even commenced consultations under sustainable development chapters in free trade agreements even in situations where breaches of these chapters were evident.“

¹⁷ <https://www.pbp.de/politik/hintergrund-aktuell/268127/textilienindustrie-bangladesh> (Stand: 29.10.2020).

¹⁸ Vgl. Forderungen der Initiative Lieferkettengesetz unter: Initiative_Lieferkettengesetz_Forderungen_Übersicht Stand vom 11.01.2021.

¹⁹ Vgl. Pressemitteilung ECOVIS vom 11.01.21: Lieferkettengesetz: Neue Haftungsregeln entlang der Supply Chain: <https://www.pressebox.de/pressemitteilung/ecovis-ag-steuerberatungsgesellschaft/Lieferkettengesetz-Neue-Haftungsregeln-entlang-der-Supply-Chain/boxid/1030689>. Abgerufen am 11.01.21.

²⁰ Mehr Informationen zu dem geplanten Lieferkettengesetz auf der Website des BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - Themen - Lieferketten (bmz.de) Abgerufen am 12.01.21.

nicht aus Fabriken stammt, in denen schlechte Arbeitsbedingungen herrschen.

Im Februar 2021 einigten sich Arbeits-, Entwicklungs- und Wirtschaftsministerium auf einen Gesetzesentwurf. Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, aber auch viele politische Akteure kritisieren diesen als zu wenig ambitioniert. Die Kritik macht sich an folgenden Punkten fest:

1. Das Gesetz wird nicht für alle Unternehmen gelten, sondern für solche ab 3.000 Mitarbeiter*innen (ab 2024 ab 1.000 Mitarbeiter*innen).
2. Es wird eine „abgestufte Verantwortung“ geben. Das heißt für direkte Lieferanten tragen die Unternehmen eine Verantwortung, danach gibt es nur noch eine mittelbare Verantwortung. Gerade für den Rohstoffbereich höhlt dies das Gesetz empfindlich aus.
3. Die zivilrechtliche Haftung fehlt, das heißt Betroffene von Menschenrechtsverletzungen bekommen keinen Zugang zu deutschem Recht
4. Ökologische Sorgfaltspflichten fehlen fast komplett. Ein katastrophales Zeichen im Kampf gegen den Klimawandel.
5. Ein Ausschluss für Außenwirtschaftsförderung für straffällig gewordene Unternehmen fehlt. Dies wäre aber ein starker Hebel gewesen, Unternehmen zur Einhaltung zu motivieren.

Offen ist auch, was das deutsche Gesetz für den europäischen Prozess um ein Lieferketten gesetz bedeutet. Schließlich sind die europäischen Vorschläge weit progressiver als das, was Deutschland nun vorlegt.

Allerdings ist ein Lieferketten gesetz zwar wünschenswert, aber nicht ausreichend, um (klima-)gerechten Handel herzustellen, der Menschenrechte und die Umwelt schützt, sowie die Klimakrise bekämpft. Eine ernsthafte Transformation der EU-Handelspolitik, die di-

ese Herausforderungen angeht, muss kohärent sein mit Plänen um ein Lieferketten gesetz und anderen EU-Initiativen wie dem Green Deal oder der Farm-to-Fork-Strategie.

Fazit

Die Corona-Krise hat real an dem handelspolitischen Weg der EU nichts verändert. Weiter stehen die alten Prioritäten einer Profitmaximierung im Sinne großer Unternehmen im Vordergrund.

Europa wird sich auch in den kommenden Jahren bemühen, gegenüber den Weltmächten China und den USA aufzuholen und ein ebenbürtiger Player auf der handelspolitischen Weltbühne zu sein. Europa ist deshalb dazu bereit, mit beiden Staaten umfangreiche Verhandlungen zu führen. Im Zweifel spielen Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Umwelt- oder auch Gesundheitsschutz eine untergeordnete Rolle.

Der Diskurs der menschenrechtlichen und ökologischen Gestaltung der Lieferketten wird dagegen vor allem von Nichtregierungsorganisationen, aber auch von einzelnen Regierungen vorangetrieben und findet derzeit seinen Niederschlag sowohl in den Bestrebungen für nationale Lieferketten gesetze und seit kurzem auch in einer europäischen Initiative für verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten. ■

Herausforderungen für das Wachstumsmodell der EU in einer tripolaren Welt

von Sebastian Dullien¹

Wenn Ökonomen über die Weltwirtschaft sprechen, ist zunehmend von einer „tripolaren Weltordnung“ die Rede. Damit ist gemeint, dass die drei größten Volkswirtschaften, die USA, die EU und China zunehmend die weltwirtschaftliche Entwicklung bestimmen. Häufig wird unter diesem Titel diskutiert, inwieweit die EU tatsächlich mittelfristig mit den anderen beiden führenden ökonomischen Supermächten mithalten und ihre Position in der Weltwirtschaft behaupten kann.

Um etwas Licht in diese Debatte zu bringen, soll dieser Beitrag die Akkumulationslogik und die ökonomischen Herausforderungen der EU diskutieren. Dazu werden zunächst ein paar Fakten zur wirtschaftlichen Performance der EU sowie zu den makroökonomischen Konstellationen ihres Wachstumsmodells präsentiert. Im zweiten Schritt möchte ich einen Blick darauf werfen, worauf die Wettbewerbsvorteile der EU in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten zurückzuführen sind. Im dritten Schritt geht es um die Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen – insbesondere aufgrund von Machtverschiebungen sowie einer Veränderung der Narrative oder Politikansätze in den USA und in China. Beide Großmächte haben sich in den vergangenen zehn Jahren gewandelt, wenn es darum geht, was sie weltweit anstreben – und das hat Implikationen auch für die EU. Viertens möchte ich kurz darauf eingehen, inwieweit in der EU derzeit umgedacht wird – nicht unbedingt aufgrund der globalen Machtverschiebungen, sondern als Reaktion auf die Corona-Krise.

Fangen wir mit der EU an. Vielen ist nicht bewusst, dass die EU, was das Pro-Kopf-Einkommen angeht, in den vergangenen 20 Jahren eine ziemlich gute Wachstumsperformance

vorzuweisen hatte. Trotz der Euro- und Finanzkrise hat die EU hier etwas besser abgeschnitten als die USA. Das passt nicht zu dem häufig vorgetragenen Narrativ, wonach die US-Wirtschaft so viel leistungsfähiger sei als die der EU. Die EU hat in dieser Hinsicht tatsächlich einiges geleistet. Dass das Wirtschaftswachstum nicht so kräftig war wie weltweit liegt auch daran, dass wir es weltweit mit sehr vielen aufholenden Staaten zu tun haben. Vor diesem Hintergrund ist es beeindruckend, dass die EU sowohl in der Phase von etwa 2000 bis zur Finanzkrise 2008/9 parallel zur Weltwirtschaft gewachsen ist als auch seit 2014 wieder. Es sind im Grunde genommen nur diese beiden Krisenschläge – Finanzkrise und Eurokrise –, welche die EU daran gehindert haben, so stark zu wachsen wie die Weltwirtschaft.

Ebenso ist vielen nicht bewusst, dass das Wachstum der EU zumindest seit der Finanzkrise stark exportgetrieben war, in dem Sinne, dass die EU ihre Exporte stärker als die Inlandsnachfrage ausgeweitet hat und damit Wachstum vor allem Dank der starken Weltnachfrage erzielt hat. Seit 2012 / 2013 hatte die EU persistent einen Leistungsbilanzüberschuss von mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes – und da die EU ein relativ großer Akteur ist, war dieser Leistungsbilanzüberschuss in absoluten Zahlen größer als der von China, und zwar über mehrere Jahre hinweg. Somit trägt die EU inzwischen mehr zu den globalen Ungleichgewichten bei als China. Diese Tatsache wird häufig nicht anerkannt, aber sie schafft Konflikte, wie zuletzt auch mit den USA unter dem nun abgewählten Präsidenten Donald Trump. Nach dem EU-Austritt Großbritanniens dürfte der Überschuss der EU noch größer ausfallen, da Großbritannien über längere Zeit Leistungsbilanzdefizite aufzuweisen hatte. Auch der Anteil der EU an den globalen Exporten ist hoch. Schaut man sich nur die Exporte in den Rest der Welt an – also ohne die Handelsbeziehungen innerhalb der EU –, so lag ihr Anteil zuletzt bei

¹ Dr. Sebastian Dullien ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

14,4 Prozent, der der USA hingegen bei nur 8,8 Prozent. Die EU hat also ein Wachstumsmodell, das darauf basiert, dass andere Nachfrage generieren und sich verschulden.

Wie aber kommt das zustande, was sind die Wettbewerbsstärken der EU und warum kann sie das leisten? Hier sind drei Elemente hervorzuheben. Erstens war die EU, je nach Rechnung (und vor allem dem zu Grunde gelegten Wechselkurs), der größte Binnenmarkt der Welt. Zwar ist dieser Binnenmarkt mit dem Austritt Großbritanniens etwas geschrumpft. Er gehört aber weiter zu den entscheidendsten Märkten der Welt. Das ist ein bedeutender Vorteil für die Unternehmen, die aus der EU heraus agieren. Die Unternehmen verfügen Dank der EU über einen großen Heimatmarkt, auf dem sie ihre Produkte relativ reibungslos verkaufen können. Gerade bei Produktionen, die Skaleneffekte aufweisen – wo also höhere Stückzahlen dazu führen, dass ein Unternehmen größere Mengen absetzen kann – ist das von großem Vorteil. Das gilt umso mehr, da es sich um einen Markt handelt, der sehr homogen ist, was die Regulierungen angeht. Die Produktregulierungen sind in Portugal dieselben wie in Estland. Das gilt in der Form noch nicht einmal für alle Bundesstaaten der USA, wo es einen viel größeren Flickenteppich an verschiedenen Regulierungen gibt. Das ist für europäische Unternehmen ein massiver Wettbewerbsvorteil. Gleichzeitig war der Binnenmarkt ein Liberalisierungsmotor. In der Art, wie er konstruiert worden ist, hat das dazu geführt, dass sich die einzelnen Mitgliedsstaaten industriepolitisch zurücknehmen mussten. Zumindest bei den Gütermärkten hat man so die freien Marktkräfte spielen lassen und auch das hat zu einem großen Heimatmarkt beigetragen, von dem aus die Unternehmen weltweit expandieren konnten.

Ein zweiter Wettbewerbsvorteil, der sich aus dem EU-Binnenmarkt ergibt, sind die großen Lohnunterschiede, die es zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten gibt. Sozial und politisch sind die großen Lohnunterschiede ein Problem. Sie führen zu Dumping-Modellen – wie wir es zum Beispiel in der deutschen Fleischindustrie gesehen haben. Sie sind auch ein Problem,

weil in den Ländern mit niedrigen Löhnen die Konvergenz der Lebensstandards nicht in der Form stattfindet, wie man sich das wünschen würde. Und sie schaffen einen Migrationsdruck, der in den Herkunftsländern soziale Netzwerke und Familien auseinanderreißt und in den Zielländern zur Beanspruchung oft unterfinanzierter sozialer Infrastruktur beiträgt. Aber die Lohnunterschiede sind ein enormer Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen, die in der EU tätig sind. Denn das, was es normalerweise an internationaler Arbeitsteilung gibt – dass Unternehmen bestimmte Arbeitsschritte in Niedriglohnländer verlegen –, das können sie hier innerhalb eines Binnenmarktes tun. Aus diesem Grund werden zum Beispiel bei Porsche bestimmte Produktionsschritte in Ungarn durchgeführt. In Ungarn liegen die Arbeitskosten pro Stunde bei etwa zehn Euro, in Deutschland liegen sie bei mehr als 35 Euro. Auf diese Art und Weise können einfache Tätigkeiten in Länder mit niedrigen Löhnen verlegt werden und gleichzeitig die komplexeren Tätigkeiten in Ländern mit höheren Löhnen durchgeführt werden – und das alles in Form einer Just-in-time-Produktion. Zwischen den USA und Mexiko funktioniert das nicht, weil es dort ganz andere Grenzkontrollen gibt. Es funktioniert auch nicht zwischen den USA und China. Europäische Unternehmen jedoch können das machen. Wenn man sich die Handelsströme anschaut, mit allen Vorleistungen, dann sieht man, dass es in der EU sehr enge Produktionsnetzwerke gibt, im Fall von Deutschland insbesondere mit Mitteleuropa und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern. Dieser Mechanismus existierte auch schon vor der EU-Osterweiterung – Portugal hat Löhne und Arbeitskosten, die nicht sehr weit von denen in Tschechien entfernt sind. Aber die Möglichkeit für solche Arbeitsteilung ist mit der EU-Osterweiterung noch einmal verstärkt worden. Auch das ist natürlich ein enormer Vorteil, wenn es darum geht, in die Welt zu expandieren und Waren zu exportieren.

Der dritte Wettbewerbsvorteil der EU besteht in ihrer Rolle als Regulierungs-Supermacht. Dieser Begriff mag zunächst überraschen, aber in einigen Sektoren, in denen die Regulierung durch andere Jurisdiktionen nicht

besonders stark oder koordiniert ist, wurden vielfach einfach die Regelungen der EU übernommen. Die CE-Kennzeichnung besagt, dass ein Produkt mit den europäischen Standards übereinstimmt, sie wird vor allem für Konsumentenelektronik benutzt und findet sich weltweit. Der Grund dafür ist, dass zum Beispiel die USA keine derartig standardisierten Regulierungen haben, die über alle Bundesstaaten hinweg gelten. Dort funktioniert es so, dass jemand, der nach der Benutzung eines Produktes einen Schaden erleidet, dagegen klagen kann – Regulierung funktioniert also stark über das Zivilrecht. In Europa hingegen gibt es für viele Bereiche EU-Richtlinien, die in der Regel unter Einbeziehung der Stakeholder, also auch der europäischen Unternehmen, erarbeitet werden. Das ist auch der Grund, warum es in Brüssel so viele Lobbyisten gibt. Sie wirken daran mit, diese Richtlinien so zu schreiben, dass auf der einen Seite die Konsumenten geschützt werden, aber gleichzeitig die Standards für die europäischen Unternehmen einigermaßen leicht zu erfüllen sind. Unternehmen von außerhalb der EU, die bei der Entstehung der Regulierungen nicht mitreden dürfen, geraten dabei ins Hintertreffen. Ein Beispiel ist die REACH-Richtlinie, die sich auf Chemikalien bezieht. Auch dort ist es der EU gelungen, Standards zu setzen und den eigenen Markt gegen ausländische Konkurrenten zu schützen. Gleichzeitig ist es gelungen, diese Regulierung zu exportieren, da sie von Drittländern übernommen wurde.

Welche Probleme schafft dieses EU-Wachstumsmodell? Es sind aktuell drei Herausforderungen, die ich hervorheben möchte. Erstens schaffen die Leistungsbilanzüberschüsse ein riesiges Konfliktpotenzial. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung hat immer wieder darauf hingewiesen, dass andere Länder es nicht auf Dauer hinnehmen werden, sich immer weiter verschulden zu müssen, um die Weltnachfrage hochzuhalten. Während seiner Amtszeit als US-Präsident hat Donald Trump die EU wiederholt für die Leistungsbilanzüberschüsse kritisiert. In der Debatte um mögliche Automobil-Zölle argumentierte er immer damit, dass es diese enormen Ungleichgewichte im Handel gibt. Wie oben beschrieben, ist die

EU von dieser Seite tatsächlich inzwischen angreifbarer als China. Es ist zwischen der EU und den USA bereits zu kleineren Handelskonflikten gekommen und es besteht die Gefahr einer Zuspitzung, auch wenn sich die Lage durch die Abwahl Donald Trumps etwas entspannt hat. Ein echter Handelskrieg wäre für die EU mit einem sehr deutlichen Wachstumseinbruch verbunden, wie eine IMK-Studie aus dem Herbst 2019 zeigt (Dullien et al. 2019). Das ist insbesondere deshalb problematisch, weil die Wirtschaft – vor allem die Industrie – ohnehin durch die Corona-Krise geschwächt ist.

Die zweite Herausforderung besteht darin, dass es zunehmend einen Wettbewerb um sogenannte Schlüsselindustrien gibt. China versucht mit massiven industriepolitischen Eingriffen, Schlüsselbranchen anzuziehen. Die „Made in China 2025“-Strategie der chinesischen Regierung besagt explizit, dass das Land in bestimmten Zukunftsbranchen bis 2025 Weltmarktführer sein möchte – und dieses Ziel wird mit allen Mitteln, einschließlich der Übernahme von Technologieträger-Unternehmen in anderen Ländern, verfolgt. Gleichzeitig dominieren US-Internetmonopolisten die Digitalökonomie. Sie haben inzwischen eine solche Marktmacht und vor allem so hohe Gewinne und so viele Cash-Reserven, dass sie technologische Newcomer in Europa recht einfach aufkaufen können, sobald sich zeigt, dass diese über eine interessante neue Technologie verfügen. Die neue Technologie wird ganz einfach in die großen Monopolisten einverleibt – übrig bleiben nur die US-Unternehmen, die europäischen Unternehmen verschwinden. Das ist beispielsweise mit Skype passiert. Skype war ursprünglich ein estnisches Unternehmen, das von Microsoft übernommen wurde – es gab in Europa auch schlicht niemanden, der das hätte tun können, weil kein europäisches IT-Unternehmen dieser Art über die nötigen Cash-Reserven verfügt.

Die üblichen Lehrbuch-Modelle sehen darin kein Problem. Ihnen zufolge ist es – wenn im Welthandel alle die Handelsbarrieren senken – für den Wohlstand egal, wo die einzelnen Güter produziert werden. Diese Modelle beinhalten aber eine ganze Reihe von Annahmen, die in der Realität nicht zutreffen. Gomory und

Baumol haben ein aus meiner Sicht wesentlich realistischeres Modell entwickelt. Sie schauen sich an, was passiert, wenn es bei den Industrien zu steigenden Skalen- und Cluster-Effekten kommt. Cluster-Effekte heißtt: Wenn sich eine Branche einmal an einem bestimmten Ort angesiedelt hat, dann macht es das einfacher für weitere Unternehmen dieser Branche, sich ebenfalls dort anzusiedeln. Das sehen wir beispielsweise bei der Automobilindustrie, im Silicon Valley oder bei der IT-Industrie. Das Modell von Gomory und Baumol kommt erstens zu dem Schluss, dass letztendlich wahrscheinlich nicht in jedem Land Schlüsselbranchen angesiedelt sein werden, sondern dass sich die wichtigsten Branchen auf eine Handvoll Standorte weltweit konzentrieren werden. Zweitens sind die Standorte wichtig für den Wohlstand eines Landes, denn die Unternehmen der Schlüsselbranchen haben eine gewisse Marktmacht und können Preise durchsetzen, die höher sind als die Grenzkosten. Das macht Google, das macht Microsoft, das haben lange auch Volkswagen, Porsche oder BMW gemacht. Die zusätzlichen Profite, die sich aus der Monopolmacht ergeben, erlauben es den Unternehmen, höhere Löhne zu zahlen und ein Teil davon fließt als Steuern an die Staaten zurück, in denen diese Unternehmen angesiedelt sind. Und drittens fließt ein Teil dieses Geldes vor Ort in die Forschung und Entwicklung, die das Land selbst wieder voranbringt. Es ist also nicht egal, wo die Schlüsselbranchen angesiedelt sind. Und somit ist es wichtig, einen Teil dieser Schlüsselbranchen in der EU zu halten.

Wenn es eine zufällige Verteilung der Schlüsselbranchen gäbe – wenn wir freie und faire Märkte hätten, könnte es vielleicht eine solche Verteilung geben –, dann hätte die EU ein paar Schlüsselbranchen, China ein paar und die USA ebenso. Das Problem ist, dass die EU von diesen drei Akteuren der einzige ist, der sich industriepolitisch zurückhält. Sowohl die USA als auch China versuchen offensiv, Schlüsselbranchen anzuziehen oder zu halten. Wenn die EU in diesem Umfeld nur passiv ist, steht sie am Ende als Verlierer da und die Schlüsselbranchen sind abgewandert. Das ist eine Herausforderung für die EU und insbesondere für das bestehende Modell des Binnenmarktes, das

auf industrie politischer Zurückhaltung beruht (Dullien 2021).

Die dritte Herausforderung sind die internen Ungleichgewichte. Das IMK weist seit Langem darauf hin, dass die Währungsunion und der Binnenmarkt in ihrer jetzigen Form – ohne fiskalpolitischen Ausgleich – Divergenzen auch innerhalb des Binnenmarktes schaffen. Das ist nicht zuletzt in der Euro-Krise und in der Zeit danach sehr deutlich geworden: In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit immer weiter gefallen, die Industriebeschäftigung gestiegen – und in den anderen Krisenländern war es genau umgekehrt. Dort ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, und zwar deutlich. Spanien hatte zeitweise Arbeitslosenquoten von mehr als 25 Prozent. Diese Divergenzen haben zu massivem Unmut geführt, insbesondere im Süden der Währungsunion. In Italien hat das dazu geführt, dass die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord sehr stark geworden sind und zeitweise ein populistisches Rechts-Links-Bündnis geformt haben. Diese Entwicklungen haben am Ende das Potenzial, den Euro zu sprengen.

Was hat sich seit dem Corona-Ausbruch geändert? Ein paar Punkte machen Hoffnung, dass es für die EU besser aussieht als in der Vergangenheit und einige Herausforderungen angegangen worden sind. Erstens führt der European Recovery Fund – der 750 Milliarden Euro schwere Wiederaufbauplan der EU – zu einer sehr deutlichen Umverteilung. Unsere Simulationen (Watzka/Watt 2020) zeigen, dass dieser, wenn er wie geplant umgesetzt wird, tatsächlich massiv zur Stabilisierung in den Krisenländern beitragen kann. Gleichzeitig erlaubt der Wiederaufbauplan zum ersten Mal eine Schuldenaufnahme der EU, schafft damit eigene Wertpapiere und stärkt somit die internationale Rolle des Euros. Gleichzeitig wurde eine neue Debatte um die Fiskalregeln entfacht, weil absehbar ist, dass die alten Regeln so nicht mehr funktionieren. Das heißtt, es besteht das Potenzial, dass die EU nicht mehr dauerhaft auf das beschriebene Exportmodell – das Modell des Ausnutzens externer Nachfrage – setzen wird. Und zu guter Letzt schwindet die industriepolitische Zurückhaltung. Zum einen, weil wir bei Corona gesehen haben, dass nicht nur Effizienz

wichtig ist, sondern auch Versorgungssicherheit – wenn man plötzlich feststellt, dass die Masken nur noch in China hergestellt werden und man da nicht mehr dran kommt, dann ist das ein sehr starkes Symbol. Nun gibt es Ideen – und diese wurden zum Teil schon in die Tat umgesetzt –, die Produktion in Europa wieder-aufzubauen. Und zum anderen wird – da die Krise inzwischen auch die Automobilindustrie stark getroffen hat – inzwischen anders über Beschäftigungssicherung bei Transformation nachgedacht, als das noch Anfang des Jahres der Fall war. Auch das trägt dazu bei, den Policy-Space oder den Debatten-Space im Feld der Industriepolitik etwas zu erweitern.

Um das zusammenzufassen: Die EU hat wirtschaftlich stark von dem großen Binnenmarkt, von der Art, wie er konstruiert worden ist, profitiert – auch wenn damit zum Teil soziale Probleme verbunden waren. Aber das Modell hat Konflikte mit den USA und interne Konflikte provoziert und ist nicht resilient, also nicht stabil gegenüber einem mächtigeren Chi-

na und strategisch agierenden anderen Wirtschaftsblöcken wie den USA. Die Pandemie hat ein vorsichtiges Umdenken eingeleitet, aber ob dieser Sinneswandel nachhaltig und ausreichend ist, das muss sich erst noch zeigen. ■

Referenzen

- Dullien, Sebastian; Stephan, Sabine; Theobald, Thomas; Tober, Silke (2019): Vom Zollscharmützel zum Handelskrieg. Wieviel transatlantische Eskalation verträgt die deutsche Wirtschaft? Hg. v. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (IMK Report, 151).
- Dullien, Sebastian (2021): Nach der Corona-Krise. Die nächste Phase der (De-)Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik. Hg. v. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (IMK Policy Brief, 100).
- Gomory, Ralph E; Baumol, William J. (2001), Global Trade and Conflicting National Interests, MIT Press.
- Watzka, Sebastian; Watt, Andrew (2020): The macroeconomic effects of the EU Recovery and Resilience Facility. A preliminary assessment. Hg. v. Macroeconomic Policy Institute (IMK) in the Hans Boeckler Foundation (IMK Policy Brief, 98).

VSA: (Welt-)Mächte & globale Ressourcen



Wolfgang Müller
Die Rätsel Chinas – Wiederaufstieg einer Weltmacht
Digitale Diktatur, Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft?
160 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-96488-053-6
Was ist zu halten von Chinas enormem Aufstieg?



Werner Goldschmidt
Kapital – Macht – Staat
Stichworte zur marxistischen politischen Theorie
Herausgegeben von Wulf D. Hund und Lars Lambrecht
376 Seiten | Hardcover | EUR 29.80
ISBN 978-3-96488-057-4



Stephan Krüger
Grundeigentum, Bodenrente und die Ressourcen der Erde
Die Relativierung der Knappheit und Umrisse eines linken Green New Deal
408 Seiten | mit farbigen Infografiken | EUR 29.80
ISBN 978-3-96488-076-5

Der Sozialismus kommt



kritisch links
Analysen Positionen Berichte
monatlich gedruckt
Jahresabo € 70,- (€ 50,- ermäßigt)
täglich im Netz
www.sozialismus.de

Erhältlich im Buchhandel oder unter: www.vsa-verlag.de

Was heißt sozialistische Politik und Wirtschaft?

Was verbindet ihr mit sozialistischer Politik und Wirtschaft?

Auf diese Frage antworten die neuen Herausgeber*innen der spw an dieser Stelle in der vorliegenden und den folgenden Ausgaben.

von Franziska Drohsel



⇒ Franziska Drohsel ist seit Mitte der 90er in der Sozialdemokratie aktiv. Sie war lange bei den Jusos aktiv, u.a. als Landesvorsitzende der Berliner Jusos und als Juso-Bundesvorsitzende. Gegenwärtig ist sie in der Berliner SPD im Kreisverband Steglitz-Zehlendorf im Vorstand. Zudem ist sie Vorstandssprecherin des Instituts Solidarische Moderne. Sie ist Anwältin und arbeitet im Bereich der Beratung Betroffener von sexualisierter Gewalt.

Foto: © Hans-Christian Plambeck HCP-Foto

Sozialistische Politik und Wirtschaft setzt für mich an den Strukturen an, die gegenwärtig einem Leben in Freiheit, Gleichheit und Solidarität entgegenstehen.

Zu diesen Strukturen gehört der Kapitalismus, dessen Verwertungslogik sämtliche Bereiche des Lebens durchzieht. Kapitalismus ist ein dynamisches System. Sozialistische Politik und Wirtschaft muss deshalb stets die aktuelle Verfasstheit der Gesellschaft analysieren. In meinen Augen heißt eine sozialistische Politik dann zum einen, im Hier und Jetzt und im Wissen der Beschränktheit des Handlungsrahmens im Kapitalismus um progressive Reformen zu kämpfen. Das kann zum Beispiel heißen, sich gegen die wachsende soziale Ungleichheit einzusetzen und für eine Vermögenssteuer und die Abschaffung der Sanktionen des Existenzminimums zu kämpfen. Es kann ebenso bedeuten, für eine stärkere Regulierung des Kapitalismus und eine Finanztransaktionssteuer zu kämpfen, praktische Solidarität zu üben und beispielsweise die Fahrradkuriere in ihren Arbeitskämpfen zu unterstützen. Zum anderen muss es aber darum gehen, die grundsätzliche Perspektive einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, die des demokratischen Sozialismus, nicht aufzugeben, sondern deutlich zu machen, dass diese Gesellschaft von Menschen gemacht und von Menschen veränderbar ist.

Zu den Strukturen, die eine sozialistische Politik im Blick haben muss, gehört auch das Patriarchat. Sozialistische Politik muss deshalb immer mitdenken, dass patriarchale Strukturen die Gesellschaft durchziehen und auch vor der eigenen Organisation nicht halt machen. Dies bedeutet, bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten wie den gender pay gap oder die ungleiche Verteilung von Reproduktionsarbeit anzugehen, aber auch das eigene Verhalten, die eigene Praxis, die eigenen Gewohnheiten und Rituale der jeweiligen Organisation auf den Prüfstand zu stellen. Mit #metoo hat eine große globale Bewegung dies zum Thema gemacht und sollte auch im Kontext der Sozialdemokratie Orientierung und Anspruch sein.

Auch Rassismus und Antisemitismus sind Strukturmerkmale dieser Gesellschaft. Die Bewegung #blacklivesmatter hat dies in den letzten Monaten eindrücklich deutlich gemacht und sollte auch hier als Impuls aufgegriffen werden. Rassismus und Antisemitismus sind sichtbar, wenn militante Neonazis Angriffe verüben. Sie sind sichtbar, wenn bis heute das Sterben im Mittelmeer, an den Grenzen Europas nicht beendet wurde. Sie sind sichtbar, wenn in öffentlichen Debatten antisemitische Klischees bedient werden. Auch hier gilt: Gesellschaftliche Veränderungen müssen erkämpft werden wie z.B. eine Quote oder eine Studie über polizeiliches Verhalten, aber auch

in den eigenen Organisationen muss Selbstreflexion praktiziert und Veränderung erkämpft werden. Eine antifaschistische Praxis ist dabei ein wesentlicher Pfeiler.

Sozialistische Politik ist auch dem Internationalismus verpflichtet. Aktuell würde dies zum Beispiel beinhalten, internationale Solidarität einzufordern und sich dafür einzusetzen, dass das Patentrecht weltweit ausgesetzt wird. Die künstliche Verknappung an Impfstoffen durch die Rechte am geistigen Eigentum sollte aufgehoben werden. Vielmehr sollten Medikamente und Impfstoffe gegen Covid-19 an allen Stellen und überall so schnell wie möglich verfügbar gemacht werden. Ein wesentliches Hindernis sind dabei die Preise und das Patentrecht.

Dank der Bewegung von Fridays for Future ist das Thema der Klimagerechtigkeit stärker in der öffentlichen Debatte präsent. Sozialistische Politik und Wirtschaft sollte darauf

gerichtet sein, dem Klimawandel mutig etwas entgegenzusetzen und dafür zu kämpfen, dass das Pariser Abkommen und das 1,5-Grad-Ziel als Orientierung nicht aufgegeben werden und sollte sich konsequent an die Seite der Schüler*innen stellen.

Sozialistische Politik kämpft in der Sozialdemokratie um eine progressive Ausrichtung im Hier und Jetzt und darf dabei aber nicht die grundsätzliche Perspektive einer anderen Gesellschaftsordnung außer Acht lassen. Sie hat dabei aber auch im Blick, dass gesellschaftliche Veränderungen auch außerparlamentarisch über die sozialen Bewegungen erkämpft werden können und ist deshalb sowohl auf der parlamentarischen als auch der außerparlamentarischen Ebene aktiv. Auch aus diesem Grund ist der Austausch, die Zusammenarbeit, das Bilden von Bündnissen mit anderen progressiven Akteur*innen in dieser Gesellschaft zentral. ■

Was heißt sozialistische Politik und Wirtschaft?

von Sarah Ryglewski



⇒ Sarah Ryglewski, geboren und aufgewachsen in Köln, ist Diplom-Politologin und lebt seit 2002 in Bremen. 2015 zog sie für die Bremer SPD in den Deutschen Bundestag ein. Seit 2019 ist sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen (BMF). Von 2011 bis 2015 war sie Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Sie ist Beisitzerin im SPD-Parteivorstand und seit 2010 stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen. Zwischen 2008 und 2012 war sie zudem Landesvorsitzende der Jusos Bremen. Seit 2012 ist sie Sprecherin des Themenforums Verbraucherpolitik der Bundes-SPD. Dabei geht es ihr um transparente Regeln als zentrale Voraussetzung für mündige, informierte Verbraucherscheidungen – dieser rote Faden zieht sich auch durch ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete. Zentrale politische Positionen betreffen außerdem die Entlastung überschuldeter Kommunen und die notwendige Investitionsoffensive eines modernen Sozialstaats.

Foto: © Susie Knoll

Der Kapitalismus ist kein Modell, das den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten hebt. Es ist ein Modell, das zu wenige Gewinner und zu viele Verlierer schafft. Deshalb müssen wir die Wirtschafts- und Finanzpolitik vom Kopf auf die Füße stellen.

Dem Kapitalismus ist immanent, dass er immer größere Wohlfahrtszuwächse an immer weniger Menschen verteilt. Die Corona-Krise verstärkt diese Effekte wie unter einem Brenn-

glas. Denn während ganze Gesellschaften im Stillstand erhebliche Einbußen hinnehmen müssen, wächst das Vermögen der besonders Reichen ungebremst weiter. Aber der Kapitalismus und die bestehenden Verhältnisse sind keine Naturgesetze. Das heißt sie sind gestaltbar und veränderbar. Um zu zeigen, dass weniger wirtschaftliche Freiheit zu mehr gesellschaftlichem Wohlstand führen kann, muss die politische Linke an entscheidenden Stellen Korrekturen vornehmen:

Der aktive Sozialstaat schafft Zuversicht im Angesicht der Transformation

Ein aktiver und befähigender Sozialstaat, der nicht nur die großen Lebensrisiken absichert, sondern der proaktiv wirkt und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Handlungsfähigkeit stärkt, wird zum Partner der Menschen. Wer krank, arbeitslos oder Opfer eines Unfalls wird, wer ein Kind bekommt oder einfach nur älter wird, soll nicht befürchten müssen, in Armut zu rutschen. Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel sind nicht nur Herausforderungen, sie bieten auch Chancen. Ein moderner Sozialstaat ermutigt die Menschen, sich in Zeiten des Wandels selbst neu zu erfinden und befähigt sie dazu, Veränderungen mitzugestalten, statt von ihnen überrollt zu werden. Die Arbeitsversicherung, das Recht auf lebenslanges Lernen und auf eine zweite Berufsbildung, wenn der einmal erlernte Beruf auf dem Arbeitsmarkt an Bedeutung verloren hat, sind Elemente eines solchen Sozialstaats, ebenso wie die proaktive Gestaltung neuer Arbeitsmodelle, etwa aus der Plattformökonomie. Um die Potentiale neuer Formen von Arbeit zu erschließen, braucht es das Signal, dass die hier Beschäftigten sozial abgesichert sind und dass sie über Formen der Arbeitsorganisation, Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit mitentscheiden können. Es muss klar sein, dass neue Märkte für den aktiven Staat keine Terra incognita sind, bei denen wir Entwicklungen hinterherlaufen, sondern dass von Beginn an der richtige ordnungspolitische Rahmen gesetzt wird. So schaffen wir Vertrauen und Zuversicht für Menschen, die den aktuellen Transformationen mit Angst entgegenblicken.

Mit höheren Investitionen lassen sich Transformationsprozesse steuern

Ein auf diese Weise aktiver und befähigender Sozialstaat muss Teil der Transformation sein und darf Veränderungen nicht nur regulieren, sondern er muss sie selbst einleiten. Um gesellschaftliche Entwicklungen im Sinne des Allgemeinwohls voranzutreiben, muss der Staat Forschung finanzieren, Entwicklungen unterstützen und in Zukunftstechniken investieren. Dazu braucht es deutlich höhere öffentliche Investitionen. Sie sind ein Dienst an der Zukunft

und können explizit auch über Schulden finanziert werden – insbesondere in Zeiten niedriger Zinsen. Wenn der Staat mehr investiert und an Entwicklungen beteiligt ist, dann darf er nach der Erschließung von Märkten auch deren Weiterentwicklung steuern und mitbestimmen, wie der hier generierte Wohlstand verteilt wird.

Marktmechanismen beschränken, um Teilhabe zu ermöglichen

Während für viele Bereiche der Wirtschaft das Schaffen passender Rahmenbedingungen entscheidend ist, um alle an Wohlfahrtszuwächsen teilhaben zu lassen, müssen andere Bereiche ganz und gar der einseitigen Gewinnlogik des kapitalistischen Marktes entzogen werden. Die Daseinsvorsorge gehört in öffentlicher Hand, damit allen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Dabei geht es nicht nur um die Versorgung mit Straßen und Schienen oder Wasser und Strom durch Unternehmen in öffentlicher Hand, sondern auch um die Frage, welche privatwirtschaftlichen Angebote jedem zur Verfügung stehen müssen. Dazu gehört, dass eine Krankenschwester, die im Stadtzentrum arbeitet, arbeitsnah wohnen können muss. Oder dass Unternehmen, die in Großstädten mit dem Breitbandausbau viel Geld verdienen, diesen auch in ländlichen und weniger rentablen Regionen vorantreiben müssen.

Die Vision besteht in der Verknüpfung unternehmerischer Freiheit mit sozialer Verantwortung und einer daraus folgenden Wiederbelebung gesellschaftlicher Gerechtigkeitsvorstellungen. Das funktioniert aber nur, wenn nicht allen selbst überlassen bleibt, wie viel soziale Verantwortung sie übernehmen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht darin, auf die genannten Veränderungen hinzuwirken und diesen Rahmen der kollektiv ausgeübten gegenseitigen Verantwortung staatlich zu organisieren. So begegnen wir den großen Gerechtigkeitsproblemen unserer Zeit und schaffen Freiheit und Wohlstand für einen großen Teil der Menschen. ■

Braucht Deutschland einen Transformationsfonds?

von Arne Heise¹

Die deutsche Wirtschaftspolitik steht vor großen Herausforderungen: Zum einen muss die deutsche Volkswirtschaft nach dem hoffentlich baldigen Ende der Corona-Pandemie wiederbelebt und eine Insolvenzwelle vermieden werden. Die Krisen-Kosten, die nicht nur in den staatlichen Hilfsprogrammen, sondern auch den von vielen Haushalten und Unternehmen getragenen, politisch indizierten („Shutdowns“) finanziellen Ausfällen bestehen, müssen gerecht(er) verteilt werden. Zum anderen darf es nicht nur um ein Anknüpfen an den Vor-Krisen-Wachstumspfad gehen, sondern die deutsche Volkswirtschaft muss klimafreundlich umgestaltet werden.

Mit Hilfsprogrammen auf nationaler und EU-Ebene in historisch einmaligem Ausmaß sind die liquiditäts- und konjunkturpolitischen Weichenstellungen vorgenommen worden, die gerechte Verteilung der Kosten ist noch wenig diskutiert. Die Transformation der Wirtschaft wird zwar angemahnt, droht aber hinter dem kurzfristiger angelegten „Konjunkturklick mit Wumms“ vernachlässigt zu werden.

Es ist längst bekannt, dass die deutsche Wirtschaft und Politik große Anstrengungen unternehmen muss, um die internationalen, EU- und nationalen Klimaziele bis 2050 erreichen zu können, die notwendig sind, um eine gerade noch erträgliche weltweite Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Studien verweisen darauf, dass dazu jährlich etwa 1,5 - 2 Prozent des deutschen BIP (also ca. 45 - 60 Milliarden Euro zu heutigen Preisen) in klimafreundliche Technologien und Umweltschutzmaßnahmen investiert werden müssten. Klar ist, dass der größte Teil dieser Investitionen von den privaten Unternehmen zu tätigen wäre, aber auch der Staat hat noch große Bedarfe im Bereich der Energie- und Verkehrswirtschaft zu schließen.



Es wäre falsch zu behaupten, dass diese Bedarfe und Notwendigkeiten nicht erkannt würden wären. Der EU-Green New Deal intendiert, bis 2030 jährlich 100 Milliarden Euro (etwa die Hälfte davon aus staatlichen Mitteln) für die EU zu mobilisieren und auch in den konjunkturpolitischen Programmen der Bundesregierung finden sich finanzielle Hilfen z.B. für die Elektromobilität, die dem Ziel der Klimaneutralität Rechnung tragen. Und dennoch kann nicht ernsthaft bestritten werden, dass weitere finanzielle Anstrengungen – der Unternehmen und des Staates – erforderlich sind, um die notwendigen Klimaziele erreichen zu können.

Hier nun zeigen sich Probleme, für deren Lösung das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung einen ‚Transformationsfonds‘ vorschlägt²: Durch nationale und EU-weite Regulierungen sind den Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Haushalte enge Grenzen gesetzt und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in „grüne“ Technologien wird durch die unsicheren politischen Rahmenbedingungen, aber auch kapitalseitige Beschränkungen (geringe Eigenkapitalbasis) bei hohem Kapitalbedarf begrenzt. Als Abhilfe schlägt das IMK die Einrichtung eines Transformationsfonds in Höhe von 120 Milliarden Euro vor, der durch öffentliche und private Kredite finanziert werden und mittels Kapitalbeteiligungen Unternehmen in die Lage versetzen soll, klimaneutrale Investitionen tätigen zu können. Konkret sollen nur Beteiligungen an Unternehmen erfolgen, die nach EU-Verordnung als ökologisch nachhaltig gelten und weitere Nachhaltigkeitskriterien erfüllen.

Mithilfe des halb staatlichen, halb privaten Beteiligungsfonds soll also einerseits die Kapitalbasis jener Unternehmen erhöht werden,

¹ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

² Sebastian Dullien, Katja Rietzler, Silke Tober: Ein Transformationsfonds für Deutschland (pdf). IMK-Study Nr. 71, Januar 2021.

die ihre Produktion nachhaltig gestalten wollen – dies soll nicht nur mittels der schieren Bereitstellung von Eigenkapital erfolgen, sondern auch dadurch, dass der staatliche Kapitalgeber das Signal aussendet, Investitionen in klimafreundliche Technologien seien zukunftsträchtig. Außerdem soll auch der zunehmenden Anzahl privater Anleger, die gerne die ökologische Transformation unterstützen wollen, ermöglicht werden, in sichere grüne Anleihen zu investieren – und damit dieses Anleihesegment insgesamt gestärkt werden soll. Schließlich geht es aber auch darum, die Beschränkungen der deutschen Schuldenbremse und des EU-Stabilitätspaktes auszuhebeln, indem die Schuldenufnahme des Transformationsfonds der Defizitberechnung von Schuldenbremse und Stabilitätspakt entzogen wird.

Es dürfte keine Frage sein, dass der vorgeschlagene Transformationsfonds die ökologische Wende allenfalls um wenige Grade voranbringen kann – für einen wirklich bedeutenden Beitrag ist allein die Größenordnung des Transformationsfonds nicht ausreichend. Ordnungspolitisch stellt sich immer die Frage, weshalb sich der Staat an Unternehmen beteiligen soll, die keine öffentlichen Güter bereitstellen oder Hoheitsaufgaben übernehmen. Sicher sind gerade technologische Weichenstellungen häufig mit so hohen Risiken verbunden, dass allein Entscheidungen aufgrund erwarteter Rentabilität – insbesondere vor dem Hintergrund nicht-internalisierter sozialer Kosten (Umweltbelastungen oder Klimaerwärmung) – nicht wohlfahrtsoptimal sind. Ob aber eine reine Kapitalbeteiligung – die wohl nur in extrem seltenen Fällen eine Mehrheitsbeteiligung wäre und auch ausdrücklich nach Ansicht des IMK nicht die Abkehr vom Profitmotiv beinhalten soll – tatsächlich zu transformativen Entscheidungsänderungen führen wird, muss fraglich bleiben³.

Die Idee, die Beschränkungen der Finanzpolitik, die durch nationale Schuldenbremse und

EU-Fiskalpakt entstehen, durch eine staatliche Fonds-Lösung zu umgehen, erscheint pfiffig – so pfiffig, dass das IMK (zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft!) sie auch für die allgemeine Finanzierung staatlicher Investitionen vorschlägt. Aber natürlich sträuben sich dem Finanzwissenschaftler die Haare, wenn ein Vorschlag zur Umgehung der Haushaltsgesetze (der Einheit, Vollständigkeit, Wahrheit und Klarheit) gemacht wird – diese Grundsätze zielen doch genau darauf ab, derartige Schatten- und Nebenhaushalte zu verhindern. Auch bleibt rechtlich zumindest umstritten, ob die Verschuldung derartiger Fonds tatsächlich nicht auf die Defizitberechnung der Schuldenbremse und des Fiskalpaktes angerechnet wird. Und schließlich bleibt zu fragen, ob es nicht besser und redlicher wäre, die Schuldenbremse und den EU-Fiskalpakt ob ihrer ökonomischen Unsinnigkeit gänzlich in Frage zu stellen, statt sie durch pfiffige, rechtlich aber wackelige Konstruktionen zu unterlaufen. Als zweitbeste Lösung erscheint sie immerhin praktikabler, vor allem angesichts der Notwendigkeit einer Zweidrittel-Mehrheit für eine Revision der Schuldenbremse im Bundestag. ■

³ Marianna Mazzucato hat zwar gezeigt, dass fast alle technischen Inventionen und marktlichen Innovationen immer auf öffentlicher Förderung beruhen – aber dies wurde nicht einfach durch öffentliche Kapitalbeteiligung erreicht, sondern umfasste öffentliche Nachfrage, öffentlich finanzierte Forschung und öffentliche Subvention in der embryonalen Phase.

Die aktuelle Zahl

von Michael Reschke¹

52 Prozent der „systemrelevant Beschäftigten“ sind im Sektor der personenbezogenen Dienstleistungen tätig und mit den niedrigsten Durchschnittsgehältern konfrontiert („Social Pay Gap“). Rund 60 Prozent der „systemrelevanten Berufe“ werden von Frauen ausgeübt („Gender Pay Gap“). Ein Blick auf die Anforderungsniveaus der Helfer*in, Fachkraft, Spezialist*in und Expert*in zeigt: die Löhne in den nicht-systemrelevanten Berufen sind durchweg höher, insbesondere bei den un- und angelernten Tätigkeiten („Skill Pay Gap“).

Diese Einblicke eröffnet Philipp Tolios in seiner aktuellen Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung („Systemrelevante Berufe. Sozialstrukturelle Lage und Maßnahmen zur Aufwertung“) auf Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und der Berufsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Studie geht dem schillernden Begriff der „systemrelevanten Berufe“ nach, der sicher einer der prägendsten der Corona-Pandemie und der Strategien ihrer Bewältigung ist.

Der schillernde Charakter des Begriffs wird in seiner Unbestimmtheit bei gleichzeitiger historischer Anspielung im nahezu heroischen Gewand deutlich. Er umfasst u.a. Gesundheits- und Pflegepersonal, Ärzt*innen, Reinigungskräfte, IT, Energie, Erzieher*innen, Lehrer*innen, Verwaltungsangestellte. Angelehnt an die Finanzkrise 2008/2009 und der umfangreichen Bankenrettung versucht diese Anspielung die unverzichtbaren Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung der grundlegenden gesellschaftlichen Funktionen zu bezeichnen. Hinter dem Begriff verbergen sich entsprechend auch nicht immer ganze Berufsgruppen wie Erzieher*innen, sondern i.d.R. vielmehr Sektoren und somit Teile dieser Berufsgruppen. Während die Reinigungskraft im Krankenhaus unerlässlich ist für dessen Betrieb, ist sie es in Büroräumen nicht. Während die Verkäufer*in im Lebensmittel-

52

handel für die Grundversorgung unerlässlich ist, ist sie es im Bekleidungsgeschäft (aktuell sogar mitsamt des Geschäfts) nicht.

Trotz allem zeigen sich doch Konturen wie oben anhand der Pay Gaps beschrieben. Eine weitere Lücke identifiziert die Studie: das „Respect Gap“. Das meritokratische Versprechen werde auf den Kopf gestellt. Die Legitimation von Ungleichheit in Bezahlung und sozialer Anerkennung wird i.d.R. mit Unterschieden im formalen Bildungsstand legitimiert. Die Corona-Pandemie zeige aber, dass die Bedeutung einer Tätigkeit für das Gemeinwesen nicht am Bildungsstand hänge.

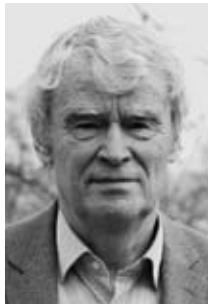
Daraus kann politische Kraft erwachsen: eine entsprechende Zugehörigkeit kann das individuelle wie kollektive Selbstbewusstsein konstituieren und stärken und Grundlage dafür sein, Ansprüche auf bessere Arbeitsbedingungen und soziale Anerkennung legitim zu erheben. Beides zentrale Voraussetzungen für kollektive (Arbeits-)Kämpfe.

Einen Automatismus gibt es aber nicht, das zeigen auch die bisherigen Erfahrungen. Das hat damit zu tun, dass die „Systemrelevanten“ eine hohe Heterogenität aufweisen und weniger der Beruf als die Zugehörigkeit zur jeweiligen gesellschaftlichen Institution und ggfs. sogar noch das spezifische Aufgabenfeld über die *Unverzichtbarkeit* entscheidend sind (s.o.). Und somit auch die Regime andere sind. Auch die Studie tastet sich mit den üblichen Rezepten heran (Sonderzahlungen, Erhöhung des Mindestlohns und Tarifbindung). Da viele dieser Beschäftigten „staatsnah“ arbeiten, kann über die Tarifrunden und Vergütungssysteme eine monetäre Konsequenz erfolgen. Gerade im Wahljahr sollte der gesellschaftliche Diskurs um unverzichtbare Tätigkeiten weiter betrieben werden, um Respekt, Anerkennung und Umverteilung gesellschaftlich zu legitimieren. ■

1 Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Pfadabhängigkeit digitalisierter Industriearbeit: In vielen Betrieben ereignen sich keine disruptiven Veränderungen

Interview mit Hartmut Hirsch-Kreinsen¹



⇒ Prof. Dr. Hartmut Hirsch-Kreinsen lehrte Wirtschafts- und Industriesoziologie an der TU Dortmund, seine Arbeitsschwerpunkte sind: Innovationsforschung, Digitalisierung und Zukunft von Arbeit.

Foto: privat

spw: Wir sprechen schon seit einigen Jahren vom digitalen Kapitalismus und von der Industrie 4.0 und gleichzeitig haben wir es mit sinkenden Produktivitätszuwächsen zu tun, ein Phänomen, das auch als Produktivitätsparadoxon bezeichnet wird. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Hartmut Hirsch-Kreinsen: Ein Erklärungsansatz ist die Frage der Messbarkeit von Produktivität. Wird also die Produktivität unter den Bedingungen der Digitalisierung noch richtig erfasst? Das ist aber nicht der springende Punkt, wenn es um die Erklärung des Produktivitätsparadoxons geht. Der Sachverständigenrat spricht in diesem Zusammenhang von einer Adoptionsverzögerung. Auch aus dem deutschen Industrie-4.0-Diskurs hört man, dass es für viele Betriebe noch ein weiter Schritt bis zur Digitalisierung ihrer Produktion ist. Ebenso verweisen Innovationsforscher darauf, dass historisch gesehen die Elektronik ewig gebraucht hat, bis sie sich durchsetzen konnte. Das Argument der Adoptionsverzögerung stellt explizit darauf ab, dass die Betriebe bei Einführung digitaler Technologien noch sehr zögerlich sind und dass das Management z.T. sehr ineffizient agiert. Ergänzend kommt hinzu, dass die so genannten „complementary innovations“ vernachlässigt werden, dass also die

Einführungsprozesse zu technikorientiert sind und man die dabei auch notwendigen sozialen und organisatorischen Innovationen nicht mit gleichem Nachdruck betreibt. Dadurch werden die Produktivitäts- und Innovationspotenziale der neuen Technologien nicht ausgeschöpft.

spw: Das ist ja ein ganzes Spektrum an unterschiedlichen Erklärungsansätzen. Welchen Ansatz würden Sie präferieren?

H. H.-K.: Den Messproblemansatz würde ich einmal an die Seite stellen, ich denke nicht, dass er zur Erklärung ausreicht. Der Adoptionsverzögerungsansatz ist meines Erachtens mit zu weitreichenden Erwartungen verbunden, weil er davon ausgeht, dass früher oder später alle Betriebe hinsichtlich der Digitalisierung ein höheres Niveau erreichen werden. Das unterstellt, dass es so etwas wie eine eindeutige Entwicklungsrichtung gibt. Daran habe ich ganz erhebliche Zweifel. Man muss die betriebliche Konstellation meines Erachtens immer situationsspezifisch analysieren. Dabei zeigt sich, dass es Betriebe gibt, die hoch rational agieren, aber gerade mit digitalen Techniken sehr zurückhaltend umgehen und eine ganz andere Strategie fahren als jene High-End-Betriebe, wie Siemens, Daimler, ABB oder Bosch, die weiterreichende Digitalisierungsstrategien verfolgen. Wenn man die Situation angemessen einschätzen will, dann muss man von zunehmenden Segmentationstrends innerhalb des Wirtschaftssystems ausgehen. Die Betriebe, die eher defensive Strategien verfolgen, tun das aus sehr rationalen Gründen. Sie gehen mit den technologischen Entwicklungen vorsichtig um, sie wissen nicht genau was auf sie zukommt oder sie verfolgen zurzeit noch andere Zielsetzungen. Der Extremfall, den ich immer wieder gerne zitiere, ist die Äußerung einer Geschäftsführerin eines Automobilzuliefe-

1 Das Gespräch führte Arno Brandt.

fers, die nach einer Industrie-4.0-Diskussion sagte: „Naja, das ist alles ganz interessant, aber wir haben dafür keine Zeit, wir müssen Blech biegen und Geld verdienen“. Die kritische Frage ist natürlich, wie ein Betrieb mit einer solchen sehr zurückhaltenden Strategie auf Dauer überleben kann. Er ist ja Teil einer Wertschöpfungskette und es gibt Anforderungen z.B. an den Datentransfer, worauf er Antworten finden muss. Aber das heißt nicht, dass er in absehbarer Zukunft auf den Digitalisierungsprozess aufspringt.

spw: Das Argument der Adoptionsverzögerung im Sinne des Sachverständigenrates ist ja im Grunde genommen auch technikdeterministisch. Was wäre denn an komplementären beziehungsweise sozialen Innovationen notwendig, um möglicherweise ein produktiveres Regime zu etablieren?

H. H.-K.: Auf der betrieblichen Ebene halte ich nochmal fest, dass viele Einführungstrategien zum einen zu technikzentriert, zum anderen auch zu kurzfristig orientiert und zu wenig strategisch angelegt sind. Das ist eigentlich eine alte Geschichte, die wir schon früher einmal hatten und die wir als „muddling through“ bezeichnet haben. Es geht also um dieses Prinzip des Durchwurschtelns, man setzt eine Maschine ein und schaut, ob es klappt. Das ist durchaus ein weitverbreitetes Vorgehen, vor allen Dingen unter den derzeitigen ökonomischen Restriktionen. Das ist zwar nicht sonderlich strategisch angelegt, aber auch nicht ganz unvernünftig. Eine andere mehr institutionelle Perspektive ist die Frage der Kompetenzentwicklung und der Qualifizierung sowie der Ausbildung. Es geht in diesem Zusammenhang darum, dass für unterschiedliche Beschäftigungsgruppen gezielter als bisher kontinuierliche Weiterbildung angeboten wird. Hier muss wesentlich mehr gemacht werden. In der Weiterbildung belegt Deutschland im internationalen Vergleich bestenfalls einen mittleren Platz.

spw: Der Platz im Mittelfeld hat aber auch etwas damit zu tun, dass wir in Deutschland die duale Ausbildung haben.

H. H.-K.: Richtig, das ist sicherlich ein Argument, dass es in Deutschland im Unterschied zu vielen anderen Ländern diese berufsorientierte duale Ausbildung gibt. Aber die Frage ist, wie lange die noch vorhält, welche Konsequenzen hat der in der Vergangenheit immer wieder diskutierte Prozess der Akademisierung von Ausbildung und wie muss man sich vor diesem Hintergrund noch einmal neu positionieren? Ich halte es institutionell für außerordentlich fragwürdig, dass man so sang- und klanglos die Fachhochschulen hat untergehen lassen. Das war eigentlich ein Pfund des deutschen Bildungssystems, nämlich die Mischung von Praxis und Wissenschaft, die woanders kaum anzutreffen war.

spw: Aber die Fachhochschulen sind doch nur umfirmiert worden.

H. H.-K.: Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob nicht in den ehemaligen Fachhochschulen ein verstärkter Prozess der Verwissenschaftlichung stattgefunden hat, der die früheren Stärken ein wenig an die Wand gespielt hat. Es ist ein positives Zeichen, dass die OECD und auch das BMBF den Fokus wieder auf Dualität und auf Praxis richten.

spw: Das Produktivitätsrätsel könnte ja auch etwas mit der Qualität der industriellen Beziehungen zu tun haben. Man muss ja auch die Arbeitnehmer in diesen Veränderungsprozessen mitnehmen.

H. H.-K.: Das ist sicherlich ein zentraler Punkt. Es gibt einige Studien, die den positiven Einfluss von Mitbestimmung auf die Produktivität der Betriebe belegen. Die Fragen der Gewährleistung von Flexibilität sowie der partnerschaftlichen Einführung von neuen Technologien und Innovationstrategien sind hier angesprochen. Die industriellen Beziehungen können auf der Basis von betrieblicher Mitbestimmung sehr elastisch, sehr zielorientiert und sehr effektiv in Hinblick auf die Einführung von Digitalisierungsprozessen sein. Es gibt aber auch nicht wenige Fälle, wo es in dieser Hinsicht Probleme gibt.

spw: Wo es zu Verkeilungen kommen kann?

H. H.-K.: Ja, wo es Verkeilungen gibt. Dies ist ja auch eine Frage der Weiterbildung bzw. der Kompetenzentwicklung von Betriebsräten. Über welche Ressourcen verfügen sie? Wie ist die Handlungsorientierung und wie sind die Handlungsmöglichkeiten?

spw: Sie sprechen in ihren Veröffentlichungen von der Pfadabhängigkeit digitalisierter Industriearbeit und von einem strukturkonservativen Wandel der Industriearbeit. Können Sie dies einmal genauer beschreiben?

H. H.-K.: In vielen Fällen haben wir es zunächst einmal mit einer schrittweisen Einführung digitaler Technologien zu tun. Es ereignen sich also keine disruptiven technischen Veränderungen. Das ist etwas, was wir seit langen Jahren kennen: es werden irgendwelche Engpässe beseitigt, dann wird durchaus in kritischer Auseinandersetzung mit den neuen Technologien gefragt, was den Betrieben ganz aktuell hilft, aber auch nicht zu teuer ist und was man auch in der Lage ist, technisch zu beherrschen. Damit hängt dann der zweite Punkt zusammen: die Arbeitsprozesse, die Arbeitsorganisation, der Personaleinsatz, das Qualifikationsniveau usw. haben sich in keinem der Betriebe, die ich im Auge habe, disruptiv verändert. Die Verfahren werden mit den gegebenen Arbeitsstrukturen eingeführt und optimiert. Diese Arbeitsstrukturen verändern sich möglicherweise schlechend. Man kann das auf die Formel vom Updating von Personalstrukturen bringen. Diese werden ein bisschen geändert, ein wenig aktualisiert, aber das heißt nicht, dass man alles upgraded. Die Qualifikationen verschieben sich nicht automatisch nach oben und die Beschäftigten bekommen keine größeren Handlungsspielräume. Diese inkrementelle Technikeinführung innerhalb gegebener Arbeitsstrukturen heißt eben, dass die Prozesse optimiert und verbessert werden, dass bottlenecks beseitigt werden, dass die Informationssituation verbessert wird, dass die viel diskutierten Medienbrüche wegfallen, die Fehlerhäufigkeit geringer wird und damit

der Prozessfluss störungsfreier wird. Aus der Sicht der Beschäftigten reduziert das Stress. Aus der Sicht des Managements bedeutet das eine gewisse Effizienzsteigerung. Theoretisch formuliert ergeben sich dadurch „increasing return and small events“, es sind kleine Ereignisse, die rein rechnerisch eben doch Effekte zeigen. Sie lösen Selbstverstärkungsprozesse aus und damit stellt sich für den Betrieb die Frage, warum er noch weitere Risiken eingehen soll, wenn er doch die Möglichkeit hat, kleine Schritte erfolgreich zu gehen.

spw: Warum haben denn so viele Betriebe Probleme mit der Einführung von Leichtbaurobotern, obwohl diese sehr preisgünstig und relativ leicht programmierbar sind?

H. H.-K.: Die Frage ist hier, wie es mit der gegenläufigen Flexibilität ist, mit der Zahl der Teile und wie es im Extremfall mit dem Griff in die Kiste ist, in der die Teile unsortiert liegen. Die Einsetzbarkeit der Roboter hat Grenzen, die Prozesse bedürfen eines bestimmten Standardisierungsgrades damit diese Roboter in gegebenen Bahnen arbeiten können. Soweit dies gegeben ist, klappt es hervorragend.

spw: Gelten die Pfadabhängigkeiten für alle Betriebe bzw. Betriebe aller Größenordnungen?

H. H.-K.: Man kann in diesem Zusammenhang eine Dreier-Kategorisierung aufmachen: Zunächst gibt es die Vorreiterbetriebe. Das sind die High-End-Betriebe bzw. die technologieintensiven Betriebe, die auch selbst diese neuen Systeme und Techniken verkaufen wollen, also die großen Elektrotechnik- und Software-Unternehmen. Zweitens sind es die Betriebe der mittleren Kategorie, die sich etwas zurückhalten, aber step-by-step die Entwicklung vorantreiben. Das ist vielleicht die Hälfte aller Industriebetriebe, die sehr pfadabhängig vorgehen. Sie lassen auch mal die Finger von einer neuen Entwicklung und orientieren sich lieber an den Vorreiterbetrieben. In die dritte Kategorie fallen die Betriebe, die sehr skeptisch sind und sich ganz zurückhalten. Das ist sicherlich die kleinere Zahl von Betrieben, die über

einen Mangel an Ressourcen und Managementkapazitäten klagen und durchaus mit Problemen der Qualifikationsstruktur ihrer Belegschaften konfrontiert sind.

spw: Aber diese inkrementelle Vorgehensweise diskutieren wir ja schon seit einigen Jahrzehnten als das Innovationsmodell von KMU. Hier ist doch schon langfristig die Pfadabhängigkeit, über die wir im Kontext von Industrie 4.0 reden, angelegt.

H. H.-K.: Da würde ich völlig zustimmen, wenn man dieses Modell einmal mit dem Begriff des deutschen industriellen Innovationssystems belegt, dann passt die von mir gezeichnete Landschaft zu den Strukturen dieses traditionellen Systems. Wenn ich mich richtig erinnere, dann haben wir ein ähnliches Muster wie seinerzeit bei der Einführung der NC/CNC-Systeme². Die Betriebe haben sich damals vielleicht drei CNC-Maschinen in die Werkstatt gestellt und dann geschaut, wie es läuft. Und die Betriebe, die ganze Werkstätten mit hochkomplexen Bearbeitungszentren ausgestattet haben, waren extrem selten. Das waren damals die Vorreiterbetriebe, die hatten genug finanzielle Ressourcen und Managementkapazitäten sowie Kompetenzen in ihren Belegschaften. Die inkrementelle Einführung digitaler Technologien entspricht also den tradierten Praktiken im deutschen Wirtschaftssystem, das in anderen Ländern völlig anders strukturiert ist. Man muss sich allerdings fragen, ob dieses kooperativ, sehr auf spezifische Kunden ausgerichtete, ingenieurswissenschaftlich getriebene Modell auf Dauer den gewandelten Anforderungen entspricht, denn wir sind heute in einer Situation, in der wir zum Beispiel mit der Künstlichen Intelligenz Technologieschübe erleben. Die Frage ist also, ob sich die Strukturen des Innovationssystems aufgrund des technologischen Drucks ändern müssen. Ich will hier keinem Technikdeterminismus frönen, aber da gibt es Zusammenhänge. Allein wenn man die Rolle der Ingenieurswissenschaften betrachtet, die ja

in der Tradition des deutschen Innovationssystems sehr praxisorientiert waren, ist hier eine spürbare Veränderung erkennbar. Nun sind es plötzlich die Informatiker, die verstärkt Einfluss nehmen. Die staatliche Innovationspolitik hat sich geändert: die aktuelle Hightech-Strategie der Bundesregierung sieht anders aus als die Innovationspolitik vor 15 Jahren. Hier ergeben sich möglicherweise institutionelle Veränderungen, die auch Konsequenzen auf die industriellen Strukturen haben können.

spw: Aber der heutige Productionstypus der Industrie 4.0 passt doch eher zum Produktionsmodell der diversifizierten Qualitätsproduktion als zum amerikanischen Modell der standardisierten Massenproduktion?

H. H.-K.: Auf jeden Fall. Diese nationalen basierten Strukturen existieren nach wie vor und sind in ihren Grundelementen bestimmt für das Gesamtsystem. Wir haben aber auch gegenwärtig mit der Automobilindustrie eine ganze Kernindustrie in Deutschland, die mit einem Transformationsprozess konfrontiert ist, deren Reichweite wir gegenwärtig nicht abschließend einschätzen können. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die amerikanischen Herausforderer ihre eigenen Probleme mit ganz konventionellen Qualitätsaspekten haben. Ich habe gerade gelesen, dass bei Tesla oft die Türen schief hängen und die Motorhauben klappern.

spw: Wie kann man sich denn einen Pfadwechsel vorstellen?

H. H.-K.: Pfadwechsel heißt nicht, dass Lock-in-Effekte dauerhaft bestehen bleiben. Es ist durchaus möglich, dass sich langfristig bestimmte Pfade verändern können. So können sich zum Beispiel bei Innovationen die bestimmenden Akteure verändern, z.B. kann der Wechsel von einer Praxis der Ingenieure zu einer der angewandten Informatik und KI stattfinden. Das hat dann möglicherweise Konsequenzen darauf, was auf betrieblicher Ebene passiert. Ich würde auch nicht die Orientierung an den High-End-Betrieben geringschätzen. Wenn zurückhaltende

² Abkürzung für Numerical Control bzw. Computerized Numerical Control: Es handelt sich um Geräte zur Steuerung von Maschinen.

Betriebe vorgeführt bekommen, dass die neuen Technologien gut funktionieren und es berechenbare ökonomische Effekte gibt, dann kann es gut sein, dass die Betriebe ihre eigene Situation kritischer reflektieren und sich verändern. Man muss auch sehen, dass z.B. in der Leichtbaurobotik die Technologieentwicklung durch Vereinfachung von Einführungsprozessen Nutzen-Effekte mit sich bringt, die zu veränderten Investitionsentscheidungen führen. Und es kommt noch ein weiterer Punkt hinzu: Das Management vieler Betriebe – nicht nur der Großbetriebe – hatte in den letzten 20 Jahren eine Dominanz von Betriebswirten. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass Führungskräfte aus der Ingenieur- und Informationstechnik in den Führungsstufen der Betriebe an Boden gewinnen und dass vor allem die Informatikanforderungen in den Unternehmen zunehmen und sich damit die Experten- und Managementstrukturen in den Unternehmen verändern. Damit kommen ganz andere Orientierungen in die Betriebe hinein. Es könnte dann sein, dass Pfadabhängigkeiten nicht mehr eine so große Rolle spielen, wobei die traditionellen industriellen Orientierungen und die Absatzwege, also die klassischen Stärken der diversifizierten Qualitätsproduktion in Deutschland, nach wie vor ihre Bedeutung behalten und einen beherrschenden Effekt ausüben.

spw: Wird das Verhältnis von erfahrungsgesättigter Ingenieurskunst und Informatikerwissen in Zukunft eher substitutiv oder eher komplementär sein?

H. H.-K.: Zeitweise hatte ich den Eindruck, dass das Verhältnis fast substitutiv ist. Inzwischen hat sich das wieder etwas verändert, so dass ich langfristig eher von einem komplementären Verhältnis ausgehen würde.

spw: Die Frage ist doch, ob man in Zukunft bei der Implementierung von Industrie-4.0-Lösungen nicht nur mathematische Algorithmen, sondern auch eine Menge Erfahrungswissen braucht.

H. H.-K.: Es geht zum einen um Interdisziplinarität bzw. Transdisziplinarität.

Wie bringe ich die unterschiedlichen Wissensdomänen, einerseits die Informatiker und andererseits die Ingenieure sowie die dahinterstehenden Kunden und deren idiosynkratischen Interessen, zusammen? Das ist zu einem Teil eine institutionelle Frage im Rahmen des Gesamtsystems von Innovationen (Kooperationen, Wissenstransfer, Vertrauensbildung u.a.). Wie bringe ich also die Disziplinen zusammen, damit die Dinge auf Dauer funktionieren und – zugespitzt formuliert – nicht hochdigitalisierte Autos produziert werden, bei denen am Ende die Türen rausfallen? Das ist eine Frage des Bildungssystems, ein Problem der Ingenieursausbildung und der Ausbildung der Informatiker. Zum anderen berührt es die betriebliche Ebene. Da kommt die ganze alte Argumentation ins Spiel, das hier Erfahrungswissen, Improvisationsvermögen etc. relevant wird, also das, was die Facharbeit verkörpert. Die Facharbeiter erbringen die Übersetzungsleistungen, also die Übersetzung von den virtuell abgebildeten Prozessen hin zur realen, stofflichen, ökonomischen und sozialen Situation im Prozess selbst. Und dass das nicht 1:1 übereinstimmt, wissen alle Praktiker nur zu gut.

spw: Was heißt das alles für eine Industriepolitik, die auf der Höhe ihrer Zeit sein will?

H. H.-K.: Es gibt aus alten Zeiten der industrielpolitischen Diskussion den Terminus der „High-Road-Strategie“, d.h. dass die Betriebe in der Lage sein müssen, sowohl auf der betrieblichen als auch auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene die neuen Anforderungen, Perspektiven und Optionen zu nutzen, ohne die bisherigen Kompetenzen und Strukturen gleich zu entwerten. Ein Beispiel ist die Automobilzulieferindustrie, die auf Grund der Transformation in der Autoindustrie massiv unter Druck steht: hier gibt es Prozessstrukturen, die man nicht einfach abschalten kann und die bisher Voraussetzung für Erfolg waren. Es gibt ein bestimmtes Qualifikationsniveau und es gibt Erfahrungen bzw. Wissen, wie man bestimmte Dinge am besten macht. Dies alles muss man mit den neuen Herausforderungen zusammenbringen. Genau eine

solche Strategie verfolgt z.B. eine Initiative der IG Metall in Baden-Württemberg, die sich „Best Owner Group“ (BOG) nennt. Also einerseits gilt es, Innovationen und Strukturwandel nicht auszuweichen und andererseits durchaus strukturkonservativ weiterzufahren und die bisherigen Kompetenzen zu nutzen. An der Hightech-Strategie der Bundesregierung ist ja nicht falsch, dass man Missionen technologischer Entwicklung definiert, aber man muss gleichzeitig sehen, wie gewachsene Fähigkeiten und Kompetenzen genutzt, eingebaut und weiterentwickelt werden können.

spw: Mit dem Missions-Ansatz ist ja nicht nur eine Entscheidung zugunsten von High-tech getroffen.

H. H.-K.: Richtig, aber häufig schaut man in der Politik – zugespitzt – nur auf Wissensarbeit und Start-ups mit einer vermeintlich schönen neuen Arbeitswelt. Die traditionelle Industriearbeit kommt, z. B. in den Diskussionen beim Bundesarbeitsministerium (BMAS) so gut wie nicht mehr vor.

spw: Können wir noch einmal den Blick nach Europa richten? Wenn man sich das deutsche Produktionsmodell und die der Nachbarländer anschaut, sieht man, dass es sich um sehr unterschiedliche Modelle handelt. Sehen Sie irgendein Strukturmuster für ein europäisches Wirtschaftsmodell, das in der Lage wäre, den Amerikanern und Chinesen etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen?

H. H.-K.: Auf europäischer Ebene müsste man versuchen, eigenständig bestimmte Basistechnologien gemeinsam zu entwickeln, was die EU ja auch in Ansätzen macht. GAIA-X ist z.B. ein solches Projekt. Da geht es nicht nur um die Entwicklung eines eigenen Plattform-Systems, sondern auch um die Entwicklung eines Netzes, das nach bestimmten Regularien funktioniert, bei denen europäische Kriterien und Werte eine Rolle spielen, die anders sind als im Kontext der großen amerikanischen Tech-Konzerne. Das ist ein vernünftiger Ansatz der Förderung von Technologietreibern und Unternehmen. Das Airbus-Modell ist

in diesem Zusammenhang nach wie vor sehr zukunftsweisend. Dass man aber weitergehende institutionelle Angleichungsprozesse vorantreiben sollte, sehe ich skeptisch. Es gab z.B. immer wieder die unterschiedlichsten Versuche der Angleichung der verschiedenen Berufsausbildungssysteme, soweit diese überhaupt existieren. So wollte die Premierministerin Cresson Anfang der 1990er das deutsche Berufsbildungssystem in Frankreich einführen, was krachend gescheitert ist. Die Strukturen sind einfach zu unterschiedlich, daher kann man nur punktuell ansetzen und Gemeinsamkeiten entwickeln. Die EU kann zum Beispiel in der Forschungspolitik Gemeinsamkeiten definieren. Ob das dann in ein europäisches Innovationssystem mündet, das dann wirklich neue institutionelle Regulationen und Strukturen repräsentiert, möchte ich eher bezweifeln. Es sind derzeit sogar als Ausfluss der Covid19-Pandemie in der Forschungs- und Industriepolitik Renationalisierungstendenzen erkennbar. ■

Selbstbestimmung und Solidarität im Mobilen Arbeiten

Gespräch mit Björn Böhning, Klaus Dörre und Sarah Nies¹



⇒ **Björn Böhning** ist seit 2018 Beamter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), und verantwortlich für die Politikbereiche Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Digitalisierung und Arbeitswelt sowie für die Denkfabrik des BMAS. Zuvor war er Chef der Senatskanzlei des Landes Berlin, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Juso-Bundesvorsitzender und Mitglied des D64-Zentrum für digitalen Fortschritt.

Foto: © J. Konrad Schmidt / BMAS

spw: Wir haben in der Pandemie erlebt, dass mobiles Arbeiten eine gewisse Dynamik erfahren hat, wobei sie in Ländern wie Dänemark, Schweden oder Irland auch schon vorher deutlich ausgeprägter war. Wird das mobile Arbeiten auch nach der Pandemie einen dauerhaften Schub erfahren?

Björn Böhning: Wir haben im Rahmen der Corona-Krise diverse Szenarien für die Arbeitsgesellschaft erstellt, denen zufolge sich der Trend zum mobilen Arbeiten eher noch verstärken wird. Wir gehen davon aus, dass sich mobiles Arbeiten in weiten Teilen der Erwerbsgesellschaft durchsetzen wird – vielleicht nicht auf dem Niveau, das wir im harten Lockdown erreicht haben, aber doch auf einem deutlich höheren Niveau als vor der Krise. Wenngleich man sagen muss, dass ohnehin nur 40 Prozent der Arbeitsplätze mobil arbeitsfähig sind und ein Großteil der Beschäftigten, insbesondere im



⇒ **Dr. Klaus Dörre** ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitherausgeber der spw.

Foto: © Angelika Osthues / Pressestelle FSU



⇒ **Sarah Nies** ist Soziologin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung – ISF München und forscht zu Restrukturierung und Wandel von Arbeit.

Foto: © Hajü Staudt

Blue-Collar-Bereich, aber auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen, nicht mobil arbeiten kann. Insofern wird sich die Arbeitsgesellschaft ein Stück weit teilen – in Remote Worker und andere. Zweitens sehen wir in der Pandemie, welche Formen mobiler Arbeit sich verstärken werden – und wir sehen die positiven und negativen Facetten, die damit verbunden sind. Letztere bedürfen einer politischen Antwort oder Regulierung.

Sarah Nies: Was wir in unseren Untersuchungen während der Corona-Pandemie erfahren konnten, war, dass in vielen Bereichen unternehmensseitig Vorbehalte gegen das Homeoffice abgebaut wurden. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Ängste, die damit verbunden sind, dort die Arbeit nicht kontrollieren zu können. Untersuchungen zeigen schon lange, dass Beschäftigte im Homeoffice eher zu viel als zu wenig arbeiten. Trotzdem gab es in dieser Hinsicht große Vorbehalte. Die sind glaube ich nun in weiten Teilen abgebaut. Deshalb denke ich schon, dass es einen Trend geben wird, das Homeoffice auf weitere Bereiche auszuweiten. Gleichzeitig könnten wir sehen, dass es bislang nur einen geringen Teil regulierter Telearbeit gibt und ganz viele Bereiche von informellem

¹ Das Gespräch führte Stefan Stache.

Homeoffice geprägt oder nur lokal geregelt sind, zum Beispiel über informelle Absprachen mit Führungskräften. Die Dynamik, die sich während der Pandemie entfaltet hat, ist ein Gelegenheitsraum, um das Homeoffice systematischer zu regulieren.

Klaus Dörre: Die eine Frage ist, ob sich mobiles Arbeiten durchsetzt, eine andere ist, ob es sich als ausschließliche Form des Arbeitens durchsetzt. Wenn wir uns anschauen, was die Entwicklung blockieren könnte, dann haben wir auf der einen Seite massive Vorbehalte auf der Unternehmerseite, bei Geschäftsführern und Eigentümern. Das ist branchenspezifisch sehr unterschiedlich, aber um eine Zahl zu nennen: Von 600 von uns befragten Thüringer Unternehmen lehnen 74 Prozent ein Recht auf Homeoffice ab. Was steckt dahinter? Ich glaube, da muss man trennen. Einerseits gibt es eine konservierend-beharrende Mentalität bei Geschäftsführern und Eigentümern, die die Kontrolle nicht verlieren wollen. Diese assoziieren mit dem Homeofice: „Da können die machen, was sie wollen“ oder „Da machen die verlängerten Urlaub“. Um das zu verhindern, wollen sie die Zügel nicht aus der Hand geben.

Davon zu trennen sind – ebenfalls auf der Seite der Unternehmen – berechtigte Bedenken. Erstens denken viele, dass die Steuerung des Unternehmens über das Homeoffice nur auf zweierlei Weise funktionieren kann: Entweder man hat einen Arbeitsprozess, bei dem man mit klaren Vorgaben agieren kann. Man sagt also den Beschäftigten recht detailliert, was zu tun ist und kann sie auch entsprechend kontrollieren. Oder aber man hat ohnehin einen Betrieb, der nach dem Freelancer-Prinzip funktioniert, also mit relativ autonom agierenden Beschäftigten. Dann stellen das Homeoffice und andere Formen des mobilen Arbeitens keine großen Schwierigkeiten dar. Dazwischen gibt es allerdings etwas, das aus der Unternehmensperspektive häufig betont wird: Das ist die Kreativität, die in der Kaffeeküche entsteht – dort, wo es keine Kontrolle gibt, wo vermeintlich nicht gearbeitet wird. Das Ideenentwickeln, das Kreative und Schöpferische, ist ein kollektiver Prozess, der über die Koordination von Homeoffices nicht zu erreichen ist.

Schon vor der Pandemie gab es – etwa in Werbeagenturen oder Finanzinstituten – die Tendenz, nicht mehr für jeden Beschäftigten einen festen Arbeitsplatz vorzuhalten. Es wurde wegrationalisiert, die Beschäftigten sollten gar nicht fest verwurzelt sein. Das hat zu irren Geschichten geführt: Die Leute gingen trotzdem immer zum selben Arbeitsplatz, brachten ihre Buttons an, stellten Stofftierchen auf. Aus zwei Gründen: Sie wollten ihren eigenen Arbeitsplatz haben und sie wollten ihre Nachbarn um sich haben. Die Bedeutung von Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz sehen auch einige der von uns befragten Unternehmer. Sie befürchten auch Verschlechterungen für die Beschäftigten, wenn sie nur im Homeoffice sind.

S.N.: Es gibt viele Punkte, denen ich mich anschließen würde. Erstens steckt aus Unternehmenssicht hinter dem Label „Recht auf Homeoffice“ die „Gefahr“ der Regulierung. Mit den derzeit bestehenden informellen Regelungen zum Homeoffice für diejenigen Beschäftigtengruppen, die vielleicht ohnehin privilegierter sind, fahren die Unternehmen im Zweifel besser. Zweitens ist das „Recht auf Homeoffice“ eine Verkürzung – denn eigentlich geht es um ein Recht auf Wahlfreiheit zwischen Büroarbeitsplatz und Homeoffice. Es kann nicht sein, dass „Recht auf Homeoffice“ bedeutet, dass es keinen adäquat ausgestatteten Arbeitsplatz mehr gibt und diejenigen, die konzentriert arbeiten wollen, nach Hause flüchten müssen. Das muss man immer mitdenken, wenn man über die Forderung nach dem „Recht auf Homeoffice“ spricht.

B.B.: Ich teile die Auffassung, dass wir uns in einer Entwicklung hin zu einer hybrider werdenden Arbeitsgesellschaft befinden. Der langfristige Trend führt weg von einer starren Präsenzkultur, einer starken hierarchischen Steuerung innerhalb der Unternehmen, hin zu autonomen Teams, die miteinander kooperieren und über eine Zielsteuerung an Produkten arbeiten. Das ist nicht nur im Bereich von Verwaltung oder Dienstleistungen der Fall, sondern auch im Kernbereich der Industrie. Wir sehen das zum Beispiel beim BMW-Entwicklungszentrum in München. Das ist keine Revitalisierung von Teamarbeit im

klassischen Sinne, sondern eher eine aus der Computer-, Chip- und Softwareentwicklung entliehene Organisationsstruktur von Wert schöpfungsprozessen. In solchen Prozessen ist der Arbeitsort, wie wir ihn klassisch kennen, als Arbeitsort im Betrieb, nicht mehr entscheidend – jedenfalls nicht mehr hauptsächlich entscheidend.

Zweitens gehe auch ich davon aus, dass für kreative Prozesse die persönliche Präsenz unverzichtbar bleibt, jedenfalls partiell. Sowohl aus Sicht der Arbeitnehmer als auch aus Sicht der Arbeitgeber ist vermutlich auch hier eine hybride Form des Arbeitens wünschenswert – und nicht eine hundertprozentige Präsenzkultur oder hundertprozentiges Remote Working.

Drittens heißt das für uns als Arbeitsministerium, dass wir zweierlei Dinge tun müssen. Einerseits müssen wir die Verhandlungsmacht des Arbeitnehmers im Hinblick auf den Ort der Verrichtung der Arbeit stärken. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Erörterung des mobilen Arbeitens einführen – am besten unter Beteiligung der Betriebsräte –, damit Arbeitnehmer gegenüber Arbeitgebern, die sich weigern, mobiles Arbeiten anzubieten, einen Auskunftsanspruch haben. Zum anderen steht im Koalitionsvertrag, dass wir einen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten schaffen wollen. Das ist vielleicht noch wichtiger, denn gerade jetzt in der Pandemie sind positive wie negative Entwicklungen zu beobachten. Nehmen wir das Thema Unfallversicherungsschutz: Kaffee holen in der Betriebsstätte ist versichert – Kaffee holen im Homeoffice, zu Hause in der Küche, ist nicht versichert. Oder nehmen wir das Thema Entgrenzungserfahrungen: Damit es nicht zu einer schlechenden Ausweitung der Arbeitszeit kommt, müssen wir eine obligatorische Zeiterfassung einführen. Studien zeigen, dass die Produktivität im Homeoffice größer ist und darüber hinaus die Arbeitszeiten um ein bis zwei Stunden pro Tag ausgeweitet werden. Das sind zwei Beispiele dafür, an welchen Stellen wir einen Rechtsrahmen gestalten können, der das Homeoffice im Sinne der Beschäftigten besser reguliert.

spw: Nun haben die Befragungen der Hans-Böckler-Stiftung gezeigt, dass zwei Drittel der Beschäftigten das Homeoffice als hilfreich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wahrnehmen. Zugleich – das ist eben schon angeklungen – gibt es Entgrenzungserfahrungen und durchaus ambivalente Erfahrungen von Autonomie, eben auch in Form von Belastungen. Welche grundlegenden Mechanismen – Stichwort Selbststeuerung, Arbeitsdruck – stecken aus eurer Sicht dahinter?

S.N.: Erst einmal sollten wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, dass es einen großen Unterschied macht, ob wir vom Homeoffice einmal die Woche reden oder vom permanenten Homeoffice. Aufgrund der Corona-Krise befinden wir uns gerade in einer besonderen Situation, weil wir in vielen Bereichen ein dauerhaftes Homeoffice haben, unter erhöhten Mehrfachbelastungen, mit Betreuungsanforderungen. Unabhängig davon: Ja, die Vor- und Nachteile oder Ambivalenzen des Homeoffice sind weitgehend bekannt – einerseits die Möglichkeiten selbstbestimmter Arbeitens, die, je nach Tätigkeit, häufig damit einhergehen und andererseits Effekte von überlangem Arbeiten, von Mehrarbeit oder verkürzten Ruhepausen. Ich finde, dass es wichtig ist, sich dabei nicht zu sehr auf individuelle Grenzziehungen zu konzentrieren. Natürlich kann es wichtig sein, individuell zu lernen, besser Grenzen zu setzen – aber was steckt dahinter? Woher kommt dieser Zugzwang zu überlangen Arbeitszeiten, zu Mehrarbeit, zu verkürzten Ruhepausen?

Der zentrale Punkt ist, dass man mobiles Arbeiten – mit dieser Souveränität über das „Wo“ und „Wann“ – immer sofort mit mehr Selbstbestimmung assoziiert. Wenn aber das „Was“ und „Wieviel“ nicht mitgestaltet oder mitbestimmt werden können, führt das dazu, dass man einem erhöhten Leistungsdruck ausgesetzt und zu Mehrarbeit angehalten ist. Das ist ein Phänomen, das möglicherweise auch mit einem Prozess der Vereinzelung einhergeht. In unseren Untersuchungen konnten wir gerade bei jüngeren Beschäftigten feststellen, dass es insbesondere in Beschäftigungsfeldern,

wo die Leistungsparameter nicht so eindeutig messbar sind, sehr schwierig ist, zu definieren, was der Normalitätsmaßstab ist, was gerechtfertigte und legitime Anforderungen sind. Gerade jüngere Beschäftigte neigen dazu, nicht die Arbeitsanforderungen in Frage zu stellen, sondern ihre eigene Leistungsfähigkeit. Sie versuchen dann, die Arbeitsanforderungen über Mehrarbeit zu bewältigen. Diese halten sie jedoch geheim, um nicht nach außen gestehen zu müssen, dass sie der Arbeit nicht gewachsen sein könnten. Das ist im Homeoffice eine noch größere Gefahr, weil dort der Austausch – der kollektive Prozess des Vergleichens und der Definition dessen, was eigentlich normale und zumutbare Leistungsanforderungen sind – noch weiter verlorengeht. Es fehlt die Sichtbarkeit dessen, was alles dazugehört, um die Arbeit zu bewältigen.

K.D.: Ich möchte noch einmal auf möglichen Konfliktstoff oder Ambivalenzen hinweisen. Die Frage ist, wie man das Homeoffice reguliert und ob wir nicht dazu übergehen müssen, eine genaue Leistungserfassung zu machen, auch über den Bildschirm. Die Frage, die sich damit aber sofort verbindet, ist, ob die Vorteile mobilen Arbeitens – autonomer zu sein, sich nicht dauernd reingucken zu lassen, Pausen machen zu können, wann man will, die Arbeitszeiten so zu legen, wie man will – damit nicht verlorengehen.

Auf Seiten der Beschäftigten darf man nicht unterschätzen, dass sie aus unterschiedlichen Motiven in den Betrieb gehen. Meine Frau zum Beispiel leitet ein Sozialunternehmen mit 220 Beschäftigten. Obwohl einige die Möglichkeit hätten, geht von denen so gut wie niemand ins Homeoffice, weil alle zeigen wollen, dass sie unentbehrlich sind. Das ist der erste Punkt.

Zweitens besteht die Gefahr einer Spaltung der Arbeitswelt. In einigen Industriebetrieben kommt es zu Konflikten, weil die Büro-Angestellten ins Homeoffice gehen können, die Beschäftigten in den Werken aber in den Betrieb müssen. Das ist die alte Konfliktlage zwischen Arbeitern und Angestellten: „Die machen sich auf unsere Kosten einen schönen Lenz und wir sind die Angeschmierten.“

Drittens ist mit einer zunehmenden Digitalisierung immer auch die Möglichkeit gegeben, dass sich Unternehmen die Arbeitskraft anderswo einkaufen. Damit könnte ein zusätzlicher Druck entstehen, auch auf die hochqualifizierten Arbeitsplätze, gerade in den Ingenieursbüros. Das alles sind wichtige Punkte, bei denen Regulierung ansetzen müsste.

B.B.: Wir haben mehrere Studien dazu gemacht. Folgende Aspekte sind interessant, auch für die gewerkschaftliche Strategie: Während des ersten und zweiten Lockdowns der Corona-Pandemie haben wir erfasst, wie hoch die Zustimmung zum Homeoffice ist. Unsere Erwartung war – aufgrund der Erfahrung des Homeschoolings –, dass die Leute es leid sind. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall: 87 Prozent der Beschäftigten sagen, sie wollen weiterhin wenigstens teilweise mobil arbeiten. Es gibt ein großes Bedürfnis, die Arbeit ein Stück weit selbstbestimmt definieren zu können, und zwar auch im Hinblick auf den Ort und die Organisation der Arbeit. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Wegfall von Fahrtzeiten. Für 78 Prozent der Beschäftigten ist das der entscheidende Grund, warum das Homeoffice aus ihrer Sicht eine gute Sache ist.

Ich denke, dass die Gewerkschaften nicht gut beraten sind, wenn sie sich – so wie zum Teil in Österreich – gegen das Homeoffice stellen und beispielsweise sagen, wir bräuchten eher ein Recht auf einen Büroarbeitsplatz. Man muss den realen Wünschen der Beschäftigten nach selbstbestimmter Flexibilität auch im Rahmen einer kollektiven Strategie entgegenkommen. Unsere Aufgabe als Politik sehe ich darin, solche kollektiven Agreements zu unterstützen. Deshalb haben wir in unserem Gesetzentwurf zum mobilen Arbeiten vorgesehen, dass man aus dem Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten dann herausoptieren kann, wenn es eine tarifliche Vereinbarung über das Homeoffice für die entsprechende Branche gibt. Das scheint mir ein starker Anreiz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sein, hier zu passgenauen Lösungen zu kommen.

Zu den negativen Entwicklungen gehört, dass die Situation im Betrieb im Hinblick auf Aufstiegschancen, auf Sichtbarkeit, auf die Wahrnehmbarkeit von Arbeitsergebnissen, geschlechterspezifisch sehr unterschiedlich ist. Frauen nehmen sehr stark wahr, dass sie aus der internen unternehmerischen Bewertungskultur ausgeschlossen werden und sich gleichzeitig noch um das Kind kümmern müssen. Die männlichen Remote Worker gehen im Vergleich zu den weiblichen Beschäftigten trotz Homeschooling doppelt so häufig in den Betrieb zurück. Das ist eine sehr prekäre Entwicklung für die Aufstiegschancen von Frauen.

S.N.: Es sind ja immer drei Punkte, die genannt werden: Einsparen von Fahrtwegen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zu Hause besser und konzentrierter arbeiten zu können. Ich finde aber, dass man immer noch einmal nachhaken muss: Warum ist das eigentlich so, warum kann zu Hause besser und konzentrierter gearbeitet werden als im Büro? Die Frage nach den Bedingungen des Arbeitens vor Ort im Betrieb sollte man nicht außer Acht lassen, wenn man über Homeoffice-Regelungen verhandelt.

Ich würde außerdem gerne noch einmal auf die Frage zurückkommen, ob es eine obligatorische Arbeitszeiterfassung geben sollte. Das ist ein Problem, mit dem wir uns schon lange herumschlagen, unabhängig vom Homeoffice: Wie reguliert man Leistungsdruck unter Bedingungen von Ergebnissteuerung? Es gibt ja auch das Phänomen von Arbeitszeitregelungen, die von den Beschäftigten selbst unterlaufen werden. Wir kennen das Bild vom Beschäftigten, der ausstempelt und dann wieder durch das Fenster einsteigt – wo der Betriebsrat auf einmal derjenige ist, der als Belastung wahrgenommen wird, weil er verhindert, dass man seine Arbeit fertigmachen kann. Arbeitszeitregelungen bieten einen Schutz und müssen hochgehalten werden. Aber möglicherweise genügt das nicht – Arbeitszeitregelungen müssen Hand in Hand gehen mit Mitbestimmung im Bereich der Resourcenausstattung, der Personalausstattung, der Definition von Anforderungen.

K.D.: In den Industriebetrieben ist es zum Teil so, wie bereits angedeutet wurde: Dass sich der Arbeitsprozess der Beschäftigten in den Büros nicht stark verändert hat und dass auch diejenigen, die ins Homeoffice wechseln, nicht das Gefühl haben, dass sich hinsichtlich ihrer Tätigkeiten und der Belastungen, die damit verbunden sind, ein großer Unterschied feststellen lässt.

Aber jetzt noch einmal zu dem, was im Homeoffice fehlt, also den anderen in die Augen schauen zu können – Personen-Vertrauen aufzubauen zu können, könnte man mit Luhmann sagen. Ich frage mich, was das für Interessenvertretung bedeutet. Die Gewerkschaften sind mit entstanden im Kampf gegen die Heimarbeit. Es war die Textilindustrie, es war das Verlagswesen – wenn man so will Formen von Plattformunternehmen, also Zwischenhändler –, die die Familien knechteten, ihnen im Grunde die Verantwortung für den Stücklohn, für die Qualität des Produktes und für die Menge aufzuhalten und ihnen dann einen Zeitpunkt setzen, bis zu dem eine bestimmte Menge in bestimmter Qualität geliefert sein musste. Sie bestimmten den Preis und verkauften das Produkt dann zu weit höheren Preisen am Markt. Das war ein Ausbeutungssystem und einer der Hintergründe für die Weberaufstände.

Für die Gewerkschaften galt, dass es *im* Betrieb viel einfacher war, die Beschäftigten zu organisieren. Das wirft die Frage auf: Wie entsteht das nötige Personen-Vertrauen – diese basale Arbeitssolidarität, die oft brüchig geworden ist, die es aber in bestimmten Bereichen nachweislich gibt – in einer hoch digitalisierten Arbeitswelt, mit Nomaden, die vor dem Bildschirm sitzen? Das ist glaube ich eine wichtige Frage – zumal in einer Arbeitswelt, in der die kollektivvertragliche Regelung von Arbeitszeit zurückgeht, in der die Mitbestimmung zurückgeht, der gewerkschaftliche Organisationsgrad. Woher kommt da die Gestaltung? Um noch einmal eine Zahl aus unserer Unternehmensbefragung zu nennen: Die Zahl der Geschäftsführer, die sagen, die Betriebsräte reden mit, die liegt bei 0,17 Prozent. Das unterstreicht noch einmal die Frage: Wie entsteht unter solchen Bedingungen eine

Alltagssolidarität und was bedeutet das für Interessenvertretungen?

B.B.: Für die sozialdemokratische Linke ist das natürlich eine Kernfrage: Wie entsteht das Kollektive und wie kann man das kollektive Moment mobilisieren und aktivieren, um die Arbeitswelt progressiv zu verändern? Ich hätte darauf zwei Antworten. Erstens glaube ich, dass die technologische Entwicklung einen Beitrag zum Kollektiven leisten kann, denn wir werden erleben, dass das, was Klaus beschreibt, diese persönliche Erfahrung und Organisation am Arbeitsplatz, mit Hilfe neuer Technologien mindestens simuliert wird und dass wir nicht auf dem heutigen technischen Stand des Homeoffice verharren.

Zweitens: Es hilft ein Blick in die USA, weil wir in Deutschland relativ wenige Studien dazu haben und die Plattformarbeit sich immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau bewegt – unseren Studien zufolge sind es maximal 450.000 Beschäftigte, die partiell auf Plattformen arbeiten. Was passiert da eigentlich – natürlich auf Basis anderer Tarif- und Kollektivtraditionen? Dort können wir beobachten, dass über die internen Plattformen und über virtuelle Auseinandersetzung ebenfalls kollektive Meinungsbildungsprozesse stattfinden. Es gab zum Beispiel bei Google einen Riesenaufstand gegen den Einsatz von unternehmenseigener Technik in Drohnen, mit der Konsequenz, dass dies gestoppt wurde. Wir sehen also eine Mobilisierung, die man jetzt als gewerkschaftliche Strategie antizipieren muss. Zunächst brauchen wir dafür ein digitales Zutrittsrecht für Gewerkschaften und zweitens brauchen wir eine Online-Befähigung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Letzteres versuchen wir gerade im Rahmen des Betriebsrätestärkungsgesetzes: Wir wollen Betriebsräte in die Lage versetzen, sich auch online mit Sachverstand aufzuladen, um ihrer kollektiven Interessenvertretung besser gerecht werden zu können. Denn ich glaube eben nicht, dass ein Ankämpfen gegen diese neuen Formen der Arbeitswelt erfolgreich sein wird, sondern dass wir die bestehenden Systeme fit machen müssen für eine entsprechende Interessenvertretung.

S.N.: Wir haben drei verschiedene Reaktionen auf Seiten der Betriebsräte beobachtet: Es gab Betriebsräte, die das Digitale, das Homeoffice und das mobile Arbeiten vor allem als eine Einschränkung ihrer Betriebsratsarbeit begriffen haben. Der Großteil sieht aber zumindest auch Chancen – und vor allem in der derzeitigen Situation die Notwendigkeit dessen, was Björn gerade als Online-Befähigung bezeichnet hat. Und dann haben wir einen kleineren Teil der Betriebsräte, der das Ganze auch langfristig als Chance für neue Mobilisierungsstrategien begreift, als eine Form der Modernisierung. Es gibt sicherlich auch Aspekte, die digital sogar besser funktionieren – zum Beispiel Aktionen, die besser organisiert werden können. Wir haben zudem in einigen unserer Unternehmen Betriebsversammlungen erlebt, bei denen die Beteiligung weit höher war als sonst.

Das alles geschieht aber auf einer Basis von kollektiven Prozessen, die schon vorher bestanden haben. Und ich glaube, das ist der Knackpunkt, wenn wir den Interessenbildungsprozess betrachten: Je weniger es um explizit definierbare Streitpunkte oder Interessen geht, sondern um ganz subtile Prozesse der Herausbildung von Interessen, von Bewusstsein – um eine Politisierung, die sich über den informellen Austausch im Alltag, über die Arbeitserfahrung ergibt –, desto skeptischer bin ich, ob das die digitale Welt einfach so abbilden kann. Ähnlich wie im Arbeitsprozess selbst – der vorhin angesprochene Austausch in der Kaffeeküche – wird auch im Interessenbildungsprozess etwas fehlen, auch hinsichtlich der Frage, wie der Betriebsrat involviert ist in das, was die Beschäftigten umtreibt. Ich glaube nicht, dass das jetzt alles verlorengeht, aber es liegt ein gutes Stück Arbeit vor uns und das Digitale wird nicht alles auffangen können.

B.B.: Was aber auch damit zusammenhängt, dass es in den Belegschaften latente Konflikte gibt. Das sehen wir jetzt in der Pandemie ganz deutlich: Die WhiteCollar-Mitarbeiter gehen ins Homeoffice, um sich nicht anzustecken, während die Blue-Collar-Mitarbeiter arbeiten – arbeiten gehen wollen – und gleichzeitig spüren, dass sie auf

eine gewisse Art und Weise unterprivilegiert sind. Deswegen muss man überlegen, wie man auch hier hybride Formen der kollektiven Interessenvertretung organisieren kann. Da sind die Gewerkschaften ja schon dran. Aus Regierungssicht bedeutet das, dass wir alles vermeiden müssen, was die Spaltung der Arbeitsgesellschaft weiter vorantreibt – und natürlich bergen auch die neuen Arbeitsformen diese Gefahr. Menschen mit Abitur haben 40 Prozent häufiger die Möglichkeit, Homeoffice zu machen.

spw: Ich würde gerne noch einmal an die Debatte über die Möglichkeiten und Blockierungen von solidarischer Praxis und gewerkschaftlicher Mobilisierung anknüpfen. Ihr habt angesprochen, dass die vorherigen Erfahrungen mit Solidarität, mit Kämpfen, aber auch die Ressourcen der Mitbestimmung und der Institutionen, die Mitentscheidung ermöglichen, entscheidend sind. Welche Ressourcen – demokratische Ressourcen und andere – benötigen wir, um die Beteiligung zu ermöglichen, die für ein selbstbestimmtes Arbeiten erforderlich ist?

K.D.: Eine schwierige Frage. Ich versuche mal, das etwas positiver zu wenden. Es gab in den 1960er Jahren eine Debatte über die „neue Arbeiterklasse“. Damit waren die akademisch qualifizierten – hochqualifizierten – Cadres gemeint, wie man sie in Frankreich nannte. Die Hoffnung war, dass diese wachsende Gruppe, die nicht zur sozialen Mitte gezählt wurde, ein Bewusstsein entwickelt, das sie in die Lage versetzt, demokratische Kontrolle nicht nur über die Arbeit, sondern über die Produktionsabläufe zu gewinnen. Ich glaube, dass wir überprüfen müssen, ob wir es nicht inzwischen tatsächlich mit einer lohnabhängigen Klasse zu tun haben, die akademisch qualifiziert ist, die nicht über Kontrollmacht, aber über andere Macht verfügt – also nicht die Rolle des Vorgesetzten ausübt, aber tatsächlich qua Profession auf die Produktionsabläufe schaut, die auch wegen der Digitalisierung ein Überblickswissen hat, das sich nicht auf den eigenen Arbeitsplatz beschränkt. Die Frage ist, ob nicht genau diese Klasse – das geht jetzt

weit über das Homeoffice hinaus – am ehesten in der Lage wäre, die Professionen durch die Demokratisierung von Produktionsabläufen zu verbinden.

Ich denke da an Debatten, die ich zum Beispiel mit IT-Leuten der Fraunhofer Institute geführt habe. Bei einer Konferenz, die vom Betriebsrat organisiert war, haben wir uns über Dinge unterhalten wie etwa das Kontrollpotenzial, das in der Digitalisierung steckt – die Tendenz, Datenspuren, die wir im Netz gratis hinterlassen, kommerziell zu nutzen, sie in Verhaltensvorhersage-Produkte umzuwandeln und damit in letzter Konsequenz verhaltenssteuernd zu wirken. Darüber war mit denen eine hochqualifizierte Debatte möglich. Für mich ergibt sich daraus die Frage, ob wir auf diese Gruppen – ich würde von einer Klasse sprechen – nicht genauer schauen müssen. Alle Versuche, sie zu organisieren, sind bisher gescheitert. Wie man Zugang zu ihr findet, ist eine entscheidende gewerkschaftliche Frage. Und die Antwort kann nicht über die klassischen gewerkschaftlichen Themen kommen, sondern zum Beispiel über das Thema Digitalisierung und damit verbundene Arbeitsformen.

Eine Anmerkung zu den konventionellen Produktions-Industriearbeitern, von denen die meisten männlich sind, aber nicht alle. Was soll eigentlich aus denen werden? Mit Blick auf das, was die Digitalisierung möglicherweise bringen wird und mit Blick auf mögliche Gestaltungspotenziale muss die Höherqualifizierung in diesen Arbeitsbereichen ein entscheidendes Ziel sein. Und da stellt sich mir erstens die Frage: Können wir es schaffen, das Bildungssystem noch weit durchlässiger zu gestalten als derzeit? Für Menschen ohne Abitur bedeutet das zum Beispiel, nach einer bestimmten Zeit im Betrieb ausscheiden zu können, um eine möglichst grundfinanzierte Weiterbildung aufzunehmen. Beispiel „Bildungskarenz“ in Österreich: Wer aus dem Beruf aussteigt und ein Studium aufnimmt, erhält für das erste Studienjahr mindestens 60 Prozent des letzten Netto-Verdienstes. Das ist ein gewaltiger Anreiz. Verbunden werden müsste das damit, dass Menschen ohne Abi-

tur auch an der Universität studieren können, mit einem Studienangebot, das auf diese Menschen zugeschnitten ist.

Ein zweites Element ist das Wechseln der Berufe. Wenn man sagt, „ihr verlieren eure Arbeitsplätze in der Autoindustrie, dann geht doch in die Pflege“, dann gibt es einen Aufschrei der Empörung. Auch wegen der schlechten Bezahlung und der geringen Aufstiegsmöglichkeiten. Würde man aber bei den systemrelevanten Berufen im Sozialbereich etwas ändern, auch bezüglich der Arbeitsformen, dann würde das den Wechsel erleichtern. Wenn man über solche Elemente eine Aufwertung der konventionellen Arbeiterklassen erreicht, dann entschärft das auch die Problematik, die mit dem Home-office verbunden ist, weil man nicht mehr das Gefühl haben muss, immer außenvor zu sein.

S.N.: Was ich spannend finde, ist die Frage: Was sind gewerkschaftspolitische Themen und was sind Themen jenseits der eigenen Belastung? Es sind eben nicht nur die höherqualifizierten Beschäftigten, die einen Überblick über mehr als ihren eigenen Arbeitsplatz haben. Gerade unter Bedingungen von ergebnisorientierter Steuerung – von einer systematischen Erweiterung von Autonomie für die Beschäftigten – haben wir den Effekt, dass die Beschäftigten auf allen Qualifikationsebenen ganz genaue Vorstellungen davon entwickeln, wie ihre Arbeit zu machen ist. Das bewegt sich auf der Ebene von „Was ist gute Arbeit?“ – nicht im Sinne von „Was sind meine guten Arbeitsbedingungen?“, sondern „Welchen Zweck verfolgt meine Arbeit?“. Und das stimmt nicht immer mit dem überein, was das Unternehmen als Ziel setzt. Darin stecken wahnsinnig viele Konflikte, die grundsätzliche, systematische Widersprüche aufreißt und als interessenpolitische Konflikte aufgegriffen werden könnten.

B.B.: Ich möchte zwei Dinge dazu sagen. Erstens: Ich glaube auch, dass es einen Trend dahingehend gibt, dass die Zeit der Ego-Taktiker auch unter den Beschäftigten bis auf wenige Ausnahmen vorbei ist. Das ist durchaus auch in den höherqualifizierten Beschäftigtengruppen der Fall. Die Suche nach einem Kollektiv ist also schon da und kann adressiert

werden. Der gegenläufige Trend dazu ist der zur Singularität. Die Vereinzelung anhand von Herkunftsfragen, aber auch anhand von soziokulturellen Merkmalen, ist sehr stark ausgeprägt. Was wir versuchen ist, uns jetzt sehr stark dem Thema der Basisarbeiterinnen und -arbeiter – vor allem in den sozialen Dienstleistungen, aber nicht nur dort – zu widmen, also denjenigen, die eine Gesellschaft notwendigerweise braucht und ohne die eine Wirtschaft gar nicht funktionieren kann. Wie kann man die Wertschätzung für ihre Arbeit erhöhen? Das ist eine Frage von Lohn, aber nicht nur. Fest steht: Das Potenzial der Basisarbeiterinnen und -arbeiter zu heben ist für eine kollektive Strategie entscheidend: Von Gewerkschaften, Betriebsräten, der Sozialdemokratie aber auch vom Staat selbst.

Zweitens: Im Hinblick auf die Frage nach einer Qualifizierungsstrategie spreche ich gerne darüber, dass wir in der Transformation der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre drei sichere Häfen für Beschäftigte brauchen. Der erste sichere Hafen besteht in zeitgemäßen Antworten des Rentensystems, wenn ein Schiff einläuft und nicht mehr kann. Zweitens brauchen wir einen sicheren Hafen, in dem man sich aufladen kann, um dann wieder in See zu stechen. Das ist das, was Klaus Dörre als Transformationsbrücken für die betroffenen Beschäftigtengruppen beschrieben hat. Hier ist entscheidend: Gibt es die entsprechenden Qualifikationsangebote und werden sie finanziert, auch über einen längeren Zeitraum? Und was bedeutet das im Hinblick auf den Zielort, an dem wahrscheinlich das Gehaltsniveau geringer ist? Hier müssen wir über Umverteilung reden – oder auch über einen Beitrag der Arbeitgeber, die einen Fachkräftebedarf haben, den sie sonst gar nicht decken könnten. Ein dritter sicherer Hafen für Beschäftigte kann auch sein, den Transformationsprozess in der Industrie besser zu gewährleisten. Da sind wir beim Recht auf Weiterbildung: Wir brauchen eine höhere Weiterbildungsquote in Deutschland, insbesondere in den unteren und mittleren Qualifikationssegmenten, damit diese schritthalten können, auch mit der beschleunigten digitalen Entwicklung.

spw: Während der Pandemie haben sich Rückschritte gezeigt, was die Aufteilung der Sorgearbeit betrifft. Wird sich diese Entwicklung im Zuge mobilen Arbeitens weiter verstärken? Inwiefern kann dem entgegengewirkt werden?

B.B.: Ich finde es erschütternd, dass in der aktuellen politischen Auseinandersetzung das Homeoffice mit Kinderbetreuung gleichgesetzt wird. Die zivilisatorische Errungenschaft, die wir erkämpft haben in den letzten Jahrzehnten, nämlich, dass Arbeit und Kinderbetreuung nicht zusammengehen können, der Zugang zu Arbeit aber natürlich trotzdem realisiert werden soll, die wird in Frage gestellt. Und sie wird nicht nur schleichend in Frage gestellt: Wichtige politische Akteure auch in der CDU/CSU verlangen, dass Menschen Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit zusammen realisieren. Das ist ein fataler Weg, nicht nur für das Geschlechterverhältnis, sondern auch für den gesellschaftlichen Fortschritt.

K.D.: Ich glaube nicht, dass sich dieser Backlash durchsetzen wird, weil ich sicher bin, dass auf Seiten der Frauen genug Power vorhanden ist, das zurück zu erkämpfen. Es ist ja kein Zufall, dass über die Geschlechterachse die größten Mobilisierungen erreicht werden. Gesellschaftlich wird sich etwas anderes durchsetzen.

S.N.: Ich finde es in der Debatte sehr erstaunlich, dass sich der Streit immer nur darum dreht, wer ins Homeoffice darf – als ob damit die Betreuungsfrage schon gelöst wäre. Darüber hinaus finde ich es schwierig, von einer Retraditionalisierung zu sprechen, weil es unterstellt, man hätte vorher egalitäre Arrangements gehabt. Das ist nicht der Fall. Tatsächlich haben wir es meines Erachtens nicht unbedingt mit einem Backlash zu tun, sondern mit einer Zuspitzung oder Verschärfung dessen, was vorher schon war. Tatsächlich haben Männer während des Lockdowns in absoluten Zahlen fast genauso viele zusätzliche Stunden an Sorgearbeit geleistet wie Frauen – nur haben Frauen schon vorher einen wesentlich größeren Teil der Sorgearbeit übernommen. Ein weiteres Problem sind die langfristigen

ökonomischen Folgen für Frauen, weil sie zum Beispiel – aufgrund der Arbeitsmarktstrukturen und der Bereiche, in denen sie beschäftigt sind – stärker davon betroffen sind, dass das Kurzarbeitergeld nicht aufgestockt wird. Oder weil sie während der Lockdowns ihre Arbeitszeit stärker reduziert haben.

Es gibt durchaus Debatten darüber, ob es nicht doch auch Modernisierungsprozesse gab, weil Männer für ihr Verhältnis tatsächlich die Betreuungszeiten erheblich ausgeweitet haben, neue Erfahrungen gemacht haben. Andererseits sind die Zahlen nach dem ersten Lockdown auch sofort wieder runtergegangen – man kann also nicht behaupten, da habe sich etwas im progressiven Sinne verfestigt.

K.D.: Ich blicke auf einen langen Zeitraum zurück und bezogen auf das Mobilisierungspotenzial entlang der Geschlechterachse würde ich eine ziemlich optimistische Vorstellung entwickeln. Auf der einen Seite gibt es politische Kräfte, die einen Backlash wollen. Aber wenn ich mir das universitäre Spektrum anschau, die Studierendengeneration, dann kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die sich in eine solche Geschlechterspalzung drängen lassen, die sich über das Homeoffice vollzieht, es würde mich stark wundern. Aber es ist eine zukunftsoffene Frage.

S.N.: Ich verstehe, was du sagst. Gleichzeitig sieht man genau diese Entwicklung: Frauen fahren unter den Bedingungen der Pandemie ihre Arbeitszeit stärker zurück als Männer. Wie kommt das? Individuell hat das immer vermeintlich objektive Gründe – sie verdient halt weniger, daher lohnt es sich mehr –, aber das ist eine Struktur, die man damit reproduziert. Und offensichtlich reicht die Tatsache, dass man das zunehmend als Ungerechtigkeit wahrnimmt, nicht, um dagegen anzugehen. ■

Der Faschismus ist in der Tat die Verachtung. Umgekehrt bereitet jede Form von Verachtung, in die Politik eingedrungen, den Faschismus vor oder führt ihn ein.

Albert Camus

Im Angesicht der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne

von Helmut Martens¹

Die Demokratie und der drohende Ausnahmezustand

Die Präsidentschaftswahl 2020 in den USA sollte auch den letzten unter uns klar vor Augen geführt haben, dass die Demokratie selbst der Einsatz ist, um den es mittlerweile geht. Die zögerlichen und halbherzigen Reaktionen des herrschenden Politikbetriebs auf weiter fortschreitende soziale Spaltungsprozesse hat einem anwachsenden Rechtspopulismus die Chance eröffnet, die multiplen Krisenentwicklungen der Zeit zu nutzen, um Grundlagen der repräsentativen Demokratie anzugreifen. Mehr als 74 Millionen Wähler haben auch bei dieser Wahl Donald Trump gewählt. Es gibt Gründe zu tiefster Beunruhigung.

Vor vier Jahren gab es in der Zeitschrift PROKLA eine Debatte über die Lage der westlichen Demokratien. Den Impuls setzte der Artikel *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand*. Die Anspielung auf Carl Schmitts Satz *Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet*, mochte manchem überzogen erscheinen, doch die Analyse der Lage war in hohem Maße überzeugend. Wir hatten es zunehmend, und wir haben es seitdem immer wieder und in unterschiedlichen Formen, mit dem *Maßnahmestaat* zu tun. Wir sehen uns konfrontiert mit den Folgen einer großen ökonomischen Krise des Kapitalismus,

der immer weniger in ‚bewährter‘ neoliberaler Weise begegnet werden kann. Die neoliberalen Konterrevolution ist im Scheitern begriffen. Als selbstverständlich erachtete Renditen können nicht dauerhaft, so wie bisher, auf Kosten der unteren Klassen und Schichten gesichert werden, ohne dass es zu immer schwerer kontrollierbaren Konflikten kommt. Und die Folgen des Raubbaus an der Natur werden in Gestalt einer drohenden Klimakrise zunehmend spürbar.

Wir erleben den Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, die in dieser Lage zu alten, überholten (Un)Ordnungsvorstellungen zurückwollen. Zunächst ist das für Repräsentanten der Konservativen unter den herrschenden Eliten tabu gewesen. Aber vor allem am Beispiel der USA lässt sich beobachten, wie rasch Populisten und Autokraten hoffähig werden können. Andere Staaten wie die Türkei, Brasilien oder auch Indien mit seinem nationalistischen Hinduismus sind auf dem Weg in einen neuen autokratischen Nationalismus gefolgt. Auch auf Europa hat das ausgestrahlt – nicht nur in einigen osteuropäischen Staaten, sondern auch in Großbritannien, immerhin eines der Länder, in denen frühe Anfänge unseres demokratischen Projekts der Moderne liegen. So haben wir es beim Versuch der Aufrechterhaltung bestehender Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse wirklich mit einer Krise der Demokratie zu tun, mit weiter forcierten sozialen Spaltungsprozessen, wachsenden Kriegsgefahren, und, vielleicht am stärksten beunruhigend, mit immer weniger abweisbaren ökologischen Krisendrohungen.

1 Dr. Helmut Martens, geb. am 12.02. 1948, studierte Politikwissenschaften und neuere deutsche Literaturwissenschaften in Hannover, von 1973 bis 2010 war er wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund und 25 Jahre Mitglied von dessen wissenschaftlichem Leitungsgremium. Er ist Mitinitiator des Forums Neue Politik der Arbeit. Forschungsprojekte zu Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften und Arbeitspolitik.

Ein Essay, in dem die folgenden Überlegungen zur Krise der repräsentativen Demokratie ausführlich theoretisch und philosophisch grundlegend fundiert dargelegt werden, ist zeitgleich zu dieser Veröffentlichung auf der Homepage der spw eingestellt worden. Beide Texte habe ich aus Anlass der Ereignisse um die Präsidentschaftswahlen in den USA gut einen Monat nach den Wahlen und knapp einen Monat vor dem Sturm eines vom abgewählten Amtsinhaber aufgewiegelten Mobs auf das Kapitol geschrieben. Diese späteren Ereignisse bestätigen mich in meiner Analyse.

Der erwähnte Artikel in der PROKLA ist auch hinsichtlich der Einschätzung der Ergebnisse neuerer Protestbewegungen recht überzeugend gewesen. Sie sind im Jahr 2011 kulminiert, haben seither mit den Folgen ihrer relativen Niederlagen

zu kämpfen und sind durch neue rechtspopulistische Bewegungen „abgelöst“ worden. Der autoritäre Rechtspopulismus hat seither in erheblichem Maße die Welt verändert, und die politische Linke hat darauf bislang keine überzeugenden Antworten gefunden. Immerhin aber gibt es mittlerweile auch wieder neue soziale Bewegungen von links. Die Analyse in der PROKLA endete seinerzeit damit, in den Kategorien Antonio Gramscis, mit Fragen danach, ob wir es mit einer Hegemonie-Krise zu tun haben, ob die Verhältnisse danach schon präfaschistisch zu werden beginnen und was daraus folgt. Angesichts der Corona-Krise mündete das gegenwärtig in die Frage, ob sich ein neues Gelegenheitsfenster öffnet, oder ob die Lage für die politische Linke eher schwieriger wird.² Nur sind wir heute mit der ebenfalls auf Gramsci zurückgehenden Formulierung von einem neuen *Interregnum* nicht sehr viel weiter – und denkbar ist, dass diese Formel immer noch eine relative Stabilität der Institutionen der alten Ordnung suggeriert, die sich als trügerisch erweisen könnte.

Der große Soziologe und Analytiker des Prozesses unserer Zivilisation Norbert Elias (1985, 107), linksradikaler Positionen sicherlich unverdächtig, hat vor 35 Jahren geschrieben, man könne *die Möglichkeit nicht ausschließen, dass sich die Vereinigten Staaten, wie einst Rom, unter dem Druck einer weltherrschaftlichen Aufgabe aus einer oligarchischen Republik in eine Präsidialdiktatur verwandeln würden*. Und der ‚Technikapostel‘ und große Skeptiker Stanislaw Lem (1984, 256f) hat zur etwa gleichen Zeit erklärt, dass *diese Demokratie, die im Westen sehr demokratisch ist, bei ihm großen Widerwillen hervorrufe*. Es komme allein auf *Geld* und die nötigen Mittel an, um *öffentlich auftreten zu können*. Kandidaten würden dann *als große Politiker angeboten und „verkauft“ – genauso wie man Tomatensuppe in Dosen verkauft*. Er sei deshalb ein *Anhänger der Zivilisation von Fachleuten*.

Die unüberhörbare Demokratiskepsis des bekennenden Schopenhauerianers Lem ist nicht überraschend – und sie ist sicherlich kritikbedürftig. Doch wer heute unser mit der europäischen Aufklärung von Neuem in die Welt gelangtes demokratisches Projekt der Moderne

energisch verteidigen will, der sollte sich mit Blick auf den gegenwärtigen Zustand der Demokratie in den USA, und keineswegs nur dort, nicht mit der Formel vom *Interregnum* beruhigen. Noch in der Wahlnacht hat Donald Trump die Grundlagen der repräsentativen Demokratie verbal direkt angegriffen – und zwei Monate später ist dem dann der von ihm selbst systematisch vorbereitete Sturm auf das Kapitol gefolgt. Ohne jeden Respekt vor den Institutionen der Republik hat er gezeigt, dass er das Zeug zum autokratischen Herrscher hat – und die Spalten der republikanischen Partei haben dazu bereit geschwiegen. Sie haben von Trumps Präsidentschaft vier Jahre lang machtpolitisch profitiert, und sie meinten offenkundig, solchen Populismus unter Kontrolle halten zu können. Was manchem wie ein aberwitziger letzter Akt einer von Egomanie geprägten Präsidentschaft erscheinen mag, ist wohl eher die kalkulierte Inszenierung einer „Dolchstoßlegende“. Der „Trumpismus“ ist keineswegs vorbei – und die ‚Schutzwölfe‘ die unter seiner Präsidentschaft gegen einen neuen, nun vielleicht grünen New Deal errichtet worden sind, sind hoch. Im Übrigen ist ja offen, wie weit Kraft und Wille der neuen Biden-Administration für eine wirkliche linksliberale Reformpolitik reichen werden.³

Grundlagen, Erfolge und Grenzen unserer repräsentativen Demokratie

Die einleitend umrissene Lageeinschätzung führt unter anderem zu der Frage, wie es bei dieser Wahl eigentlich um die *mündigen Bürger* stand, die gegen, aber eben auch für den Demokratieverächter und Autokraten zu mobilisieren versucht worden sind? *Elf Milliarden Dollar wird ihre Kandidatur Joe Biden und Donald Trump insgesamt kosten, so Schätzungen, und ein immer größerer Teil wird in digitale Wahlwerbung investiert*, war am 28.10.2020 in der SZ zu lesen (Moorstedt 2020). Wahlwerbung aber sei in den USA kaum reglementiert. Den Kampagnen stehe *ein großes Arsenal von moralisch fragwürdigen Werbetechniken zur Verfügung*. Das *exklusive Inventar* der Datenbank *Data Trust* der Republikaner bestehe, so war dort weiter zu lesen, aus *einer tiefgreifenden Datensammlung von mehr als 300 Millionen*

2 Siehe zu dieser Debatte meinen Artikel im *Sozialismus* 10/2020.

3 Und nicht wenige Beobachter wie z. B. Ingar Solty (2020) sehen Gründe für erhebliche Zweifel.

Menschen mit bis zu 2.500 Datenpunkten für jeden Einzelnen. Diese Datenbank ist seit sieben Jahren auf- und ausgebaut und schon vor vier Jahren genutzt worden. Die Demokraten sind nun bei der Wahl 2020 nachgezogen. Persönliche Kampagnen-Apps sind der Schlüssel gezielter manipulativer Werbung geworden. Der Unterschied zwischen den Biden- und den Trump-Apps allerdings, so der Entwickler der letzteren, *ähnelt dem zwischen einem gebrauchten Pick-up-Truck und einem Ferrari.*

Nun mag sich der eine oder andere Leser der SZ ja vielleicht damit zu beruhigen versucht haben, dass Ferrari derzeit auch bei der Formel 1 nicht gerade vorne liegt. Die erneut beachtliche Diskrepanz zwischen Wahlergebnis und vorherigen Prognosen belehrt uns aber eines Schlechteren. Doch das ist hier nicht der Punkt, und es hat ja vorläufig knapp gereicht. Ich gehe hier auch nicht darauf ein, dass Manipulationsversuche ihre Grenzen haben, weil die im Grundsatz eben urteilsfähigen Menschen durch ihr Zusammenhandeln immer wieder auch Gegenöffentlichkeiten und soziale Bewegungen konstituieren. Was aber im Licht dieses Zeitungsartikels ins Auge springt, ist der Umstand, dass die Wähler nicht als „mündige Bürger“ sondern als steuer- und manipulierbare Masse angesehen werden – und zwar auf beiden Seiten. Vielleicht kann man ja sagen, bei den Demokraten notgedrungen (auch), denn sie mussten nach Lage der Dinge bei den digitalen Kontroll- und Herrschaftstechniken erst einmal nachziehen, wenn sie eine Chance haben wollten. Doch man wird nur in Teilen Gründe für die Annahme finden, dass breit angelegte Aufklärung der Bürger*innen hier wirklich zum zentralen Punkt im politischen Prozess der Gesellschaft gemacht worden ist. Eher scheint sie nur nachgeordnet wichtig gewesen zu sein. Aber darf es bei politischen Wahlen um eine Werbung gehen, die der für *Tomatenuppe* – und das war ja schon schlimm genug – nur noch entfernt ähnelt, weil stattdessen immer weiter ausgefeilte Herrschafts- und Manipulationstechniken zur Anwendung kommen?

Zunächst einmal hat man also einen überzeugenden Beleg für die fünfunddreißig Jahre alte Diagnose von Norbert Elias: Dies ist ein Wahlkampf zwischen zwei Parteien in einem oligarchischen Herrschaftssystem gewesen. Geld,

Herrschaftswissen und Herrschaftsinstrumente sind mobilisiert worden, um Mehrheiten zu erringen. Es geht nicht um die Herrschaft des Volkes, sondern um die Herrschaft des Geldes und zugleich eine über das Volk. Im Zweifel, wie für die Republikaner gezeigt werden kann, nicht nur mit manipulativen sondern auch mit allen nur eben noch handhabbaren Mitteln, um auch noch Teile der Bevölkerung an der Ausübung ihres Wahlrechts zu hindern. Es kann einem aber auch nicht entgehen, dass Lems Vergleich der Wahlwerbung mit der für Tomatenuppe in Dosen längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Wie bei der Werbung für Waren auch, müssen kritische Beobachter vielmehr erkennen, dass heute von systematisch betriebener Manipulation geredet werden muss. Diejenigen, die Wahlwerbung betreiben, wissen ungleich genauer Bescheid über Neigungen, Motive und Vorurteile der von ihnen Umworbenen, als diese selbst. Und worum es geht, das ist – wie in der Werbung für Konsumwaren längst der Fall –, dass an die Stelle von Vorurteilen keinesfalls eine zunehmend besser begründete Urteilsfähigkeit treten soll. Leidenschaften werden angesprochen, Emotionen angestachelt. Die Vorstellung Hannah Arendts, dass alle Bürger*innen zu handelnden Wesen werden sollten, wobei dem Handeln das Denken und Urteilen vorauszugehen hätte, liegt denen fern, die Wahlkämpfe auf diese Weise führen. Sie ist allenfalls mehr oder weniger nachgeordnet wichtig – und genau genommen erst dann, wenn es das Ziel ist, einen Status Quo wirklich zu verändern. Die Folgen für bestehende Herrschaftsansprüche könnten ja unabsehbar sein. Den Beobachter beschleicht der Gedanke, dass Zynismus unter den herrschenden Angehörigen der Oligarchie verbreitet sein könnte, dass viele unter ihnen davon ausgehen, dass die Entfaltung wirklicher Urteilsfähigkeit bei der großen Mehrzahl der Masse der Beherrschten im Ernst gar nicht aussichtsreich angestrebt werden kann.

Der wesentliche Unterschied läge dann darin, dass die modernen Rechtspopulisten die Verachtung systematisch in den politischen Prozess der Gesellschaft einführen. Von solcher Verachtung hat Albert Camus geschrieben dass sie, *in die Politik eingedrungen, den Faschismus vorbereitet oder einführt.* Aber es geht hier nicht nur um die Verachtung des politischen Gegners, sondern

auch um die der eigenen Wähler.⁴ Die liberalen oder sozialliberalen Demokraten sind dagegen hilflos, solange sie zwar die Regeln der parlamentarischen Demokratie achten; das Wahlvolk aber vor allem mit Skepsis beobachten, seine Urteilskraft für sehr begrenzt halten und im Übrigen auch ihrerseits bemüht sind, ihm ein politisches Angebot zu „verkaufen“, das seinerseits auch in erheblichem Maße dem Status Quo gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse verpflichtet ist.

Norbert Elias hat bei der theoretischen Verdichtung seiner empirischen Analyse betont, unser Zivilisationsprozess sei als *Ganzes ungeplant, aber (...) dennoch nicht ohne eigentümliche Ordnung verlaufen* (Elias 1980, Bd. II, 313) – und er hielt die Soziologie, anders als Karl Mannheim, noch keineswegs für eine weit genug fortgeschrittene Wissenschaft, um dessen weiteren Verlauf mit ihrer Hilfe politisch hinreichend fundiert wissenschaftlich steuern zu können.⁵ Doch bewegt er sich ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung. Von der haben manche in jüngerer Zeit gefordert, sie neu zu denken⁶ – allerdings wohl vor allem im Hinblick auf einen rissig werdenden naiven Fortschrittsglauben und weniger im Hinblick auf die Herausforderung, den Raum der Politik weiter auszubauen. Der ist in der Gestalt der repräsentativen Demokratie und in wohlfahrtstaatlicher Gestalt im Einzugsbereich der atlantischen Zivilisationsgemeinschaft⁷ für einige

Jahrzehnte geschichtsprägend geworden. Und in dieser Hinsicht meinen augenscheinlich viele, dass wir mit dem Fortschritt sozusagen am Ende unserer Möglichkeiten angekommen seien. Wie man heute sehen kann, ist nun aber das Modell der repräsentativen Demokratie, nachdem der Volkswille überhaupt nur repräsentativ geformt zum Ausdruck gebracht werden kann, in Zeiten zunehmend schlechter beherrschter multipler Krisenentwicklungen anfällig, zumal dann wenn zugleich *Korruption und Machtmisbrauch durch private Interessen* Platz greifen. Man sollte in diesem Zusammenhang an einige erhellende Analysen erinnern.

Philip Manow etwa hat in seiner Analyse der historischen Genese demokratischer Repräsentation gezeigt, dass

der moderne politische Führer (immer noch) die kollektive Wunschpersonalisierung⁸, ein verkörperter Mythos ist und dass die Vorstellung, dass (...) politische Herrschaft ‚entpersonalisiert‘ und ‚nachmetaphysisch‘ sei (Habermas) (...) vielleicht ein frommer Wunsch, mit Sicherheit aber ein Irrtum der Demokratietheorie (sei), die sich die ganze Politik in Diskursen verflüssigt wünscht (Manow 2008, 142).

Als ein Ergebnis seiner Analyse der Entstehung des Parlaments als politischer Körper – sozusagen im Schatten des Körpers des Königs, der zuvor, gesalbt geradezu heilig, eine göttlich gegebene staatliche Macht im wahrsten Sinne des Wortes verkörpert hat, kann Manow daher schreiben:

es sind der demokratische Volkskörper und seine parlamentarische Doppelung, das Parlament, die fortan die leere Stelle des doppelten Königskörpers einnehmen. Repräsentieren heißt personalisieren und inkarnieren, mit dem Parlament setzt die Demokratie einen symbolischen Körper anstelle eines Volkes, das unauffindbar ist und nicht dargestellt werden kann (Manow 2008, 115).

Entstanden ist so mit der repräsentativen Demokratie ein neuer Raum des Politischen, der in den Worten von Hannah Arendt das Versprechen auf einen Raum der Freiheit Aller sein sollte. Allerdings hat sie, so nochmals Manow (a. a. O. 114) auch argumentiert, dass mit den großen bürger-

4 Die Gründe des Erfolgs der rechtspopulistischen Mobilisierung breiter Bevölkerungssteile wären an dieser Stelle ein eigenes Thema. Dass Donald Trump bei seinem Umgang mit der Corona-Pandemie erfolgreich mit der Angst vieler gespielt hat, im Falle eines Lockdowns ihre materielle Existenzgrundlage zu verlieren, liegt angesichts erster Wahlanalysen auf der Hand. Auf einer tiefliegenden Analyseebene allerdings wäre der Blick wohl auf die *Pose der Autorität* als ein tragendes Fundament patriarchal geprägter Herrschaftsverhältnisse zu richten (Gruen 2015). Der Psychologe Arno Gruen zielt mit diesem Begriff auf einen inneren Terror, der entsteht, wenn ein Kind keine Anerkennung für sein eigenes Selbst erhält und stattdessen lernt, seine Gefühle um den Aufbau von (väterlicher) Macht herum zu organisieren und sich mit jenen, die Macht haben, zu identifizieren.

5 Siehe dazu die Analyse von Richard Kilminster 1996.

6 Mit Blick auf die ‚bösen Philosophen‘ der radikalen Französischen Aufklärung, deren Kopf der große Enzyklopädist Denis Diderot gewesen ist, spricht Philip Blom (2010) von einer vergessenen Aufklärung. Hubert Cancik u.a. (2016,1) setzen darauf, *das humanistische Erbe aus Antike, Renaissance und Aufklärung (...)* kritisch mit (...) neuen Anforderungen zu vermitteln. In einer eher agnostisch-skeptischen Haltung hat Hans Magnus Enzensberger (2002) in *Die Elixiere der Wissenschaft* auf die Fortschrittshoffnungen der Aufklärung zurückgeblickt (siehe dazu Martens 2015c 2018f).

7 Arendt (1974, 278) verwendet diesen Begriff im Zusammenhang mit der Überlegung, dass sie nach der Nacht des zwanzigsten Jahrhunderts nunmehr die letzte Chance der abendländischen Kultur sei, sich als nachhaltig tragfähig für eine Zukunft zu erweisen, in der es nach ihren, an anderer Stelle (Arendt 1993, 182) formulierten Worten darum gehen müsste, dass *der Mensch ein handelndes Wesen wird*.

lichen Revolutionen *das Ende einer Tradition nicht notwendigerweise bedeutet, dass das traditionelle Begriffsgerüst auch schon seine Macht über die Menschen verloren*. Am Beispiel der frühen amerikanischen Republik hat sie argumentiert, dass allein *die Öffentlichkeit selbst geeignet sei, das Eindringen korrumpernder Privatinteressen in den öffentlichen Raum zu verhindern* (Arendt 1974, 323). Thomas Jefferson, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung habe jedenfalls

eine Ahnung davon (gehabt), wie gefährlich es sein könnte, dem Volk nicht mehr den Platz in der Öffentlichkeit einzuräumen als die Wahlurne und kaum mehr Gelegenheit zu geben, seiner Stimme in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, als den anonymen Stimmzettel. Er erkannte die tödliche Gefahr, die darin lag, dass die Verfassung einerseits alle Macht dem Volke gegeben hatte, ohne doch die Möglichkeit zu bestimmen, in deren Rahmen dieses Volk nun auch sich als Bürger und Bürger einer Republik betätigen und bewahren konnte. Dies konnte nur darauf hinauslaufen, einem Volk von Privatleuten alle Macht auszuliefern, da sie ja als Bürger kaum eine Funktion hatten (Arendt a.a.O. 324).⁸

Arendt bewegt sich mit ihren philosophisch-theoretisch fundierten und empirisch anhand der Anfänge der amerikanischen Republik und der Französischen Revolution exemplifizierten radikaldemokratischen Überlegungen⁹ ganz in der Tradition der europäischen Aufklärung – und sie setzt sich auch mit den späteren radikal- und rätedemokratischen Ansätzen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung auseinander. Aber sie konstatiert in Bezug auf alle diese Ansätze, dass eine Demokratie Gleicher und Freier, die ihr gemäße institutionelle Form (noch) nicht gefunden habe.

8 Die weitergehende Schlussfolgerung Jeffersons ist Arendt zufolge gewesen, einen gestuften demokratischen Aufbau der Gesellschaft zu entwickeln, beginnend in „kleinen Republiken“, aus denen die große ihre hauptsächliche Kraft schöpfen sollte (Arendt 1974, 324). Sie zitiert Jefferson mit den Worten: *Man mache mit „den Elementarrepubliken“ nur erst einen Anfang für gleich welchen Zweck, es wird sich bald herausstellen, für welche anderen Zwecke sie sich am besten eignen* (a. a. O. 359).

9 Arendt (1974, 336) führt das bis hin zu der These, dass man, wenn überhaupt bei einem politischen Denker im Blick auf die aktiv gelebte Freiheit Aller, dann bei Jefferson von einem Rätedenkern sprechen könne. Dies korrespondiert mit ihrer Kritik an Marx, dem sie – im Ergebnis ihrer zuletzt abgebrochenen Auseinandersetzung mit dessen Werk (vgl. Kohn 2011) – das Fehlen eines substantiellen Freiheitsbegriffs vorwirft (Arendt 1993, 73). Siehe aber dagegen zur *Freiheit des Karl Marx* zuletzt Marti-Brander 2018.

Die gründenden Väter der amerikanischen Republik seien aufgeklärt genug gewesen, um sich nur allzu klar darüber zu sein, dass sie mit ihrer Revolution gegen die bis dahin als göttlich gesetzte Ordnung gedachte Monarchie vor einem *Abgrund der Freiheit* gestanden hätten (Arendt 1979, 433). Den neu geschaffenen Raum der Politik nach menschlichen Maßstäben und Möglichkeiten angemessen auszugestalten, hätten sie mithin als immense Herausforderung begriffen, für die sie in einer damals wesentlich noch agrarisch gestalteten Gesellschaft eine Lösung gesucht hätten. Daran anschließend begreift sie selbst (Arendt 1993) den Raum der Politik als einen institutionell stetig weiter auszugestaltenden *Raum der Freiheit*. Zu dieser Auffassung passte es, dass sie zu Zeiten der kulturrevolutionären Protestbewegung von 1968 in einem Brief an Karl Jaspers geschrieben hat: *Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 einmal so lernen, wie wir das Jahr 1848*. Diese zuversichtliche Erwartung ist ja an nichts weniger gebunden als an die Voraussetzung, dass die Kinder des 21. Jahrhunderts aus der Perspektive eines partizipativ erweiterten und so institutionell neu befestigten Raumes der Politik zurückblicken können.¹⁰

In Deutschland sind im auf die 68er Bewegung folgenden „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ der 1970er Jahre Modelle erdacht und jedenfalls ansatzweise erprobt worden, die auf eine stärkere aktive Beteiligung der Bürger *innen am politischen Prozess der Gesellschaft gezielt haben. Peter Dienel hat damals von der Staatskanzlei des sozialdemokratisch regierten NRW aus das Konzept der „Planungszelle“ entwickelt. Mit Robert Jungks „Zukunftswerkstätten“ ist experimentiert worden. Das geschah nicht zuletzt in der Absicht, so auch das Laien-Experten-Wissen der Menschen für offene Entscheidungsprozesse nutzbar zu machen – und zugleich die ausgewiesenen wissenschaftlichen Experten vor das Erfordernis zu stellen, in Anhörungsprozessen ihre jeweiligen Vorschläge überzeugend zu präsentieren. Auch in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft sind Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte

10 Denn nur dann ist ihnen ein Blick möglich, wie wir ihn auf die gescheiterte Revolution von 1848 werfen können. Siehe zu dem Arendt-Zitat die Einleitung zum Begleitbuch zur Berliner Arendt-Ausstellung *Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert* (Blume u.a. 2020).

gestärkt, aber auch weitergehende basisdemokratische Vorstellungen, wie etwa Hans Matthöfers Konzept der Arbeitsgruppensprecher, seitens der Gewerkschaften selbst ausgebremst worden. Es ist bemerkenswert, dass solche Ansätze heute, da Politikwissenschaftler von einer *Verwahrlosung der Demokratie* sprechen (Forst 2020), sogar von konservativen Politkern wie Wolfgang Schäuble (Rossmann 2020), die ganz sicher keine Radikaldemokraten sind, unter dem Begriff der ‚Bürgerräte‘ von neuem aufgegriffen werden. Aus seiner Sicht geht es darum, angesichts einer *abnehmenden Bindekraft (...) unsere(r) westlichen Demokratie* diese von neuem *zukunftsfähig (zu machen.)*, ohne die Repräsentative Demokratie wirklich weiter zu entwickeln.¹¹

Probleme der Fortschrittsgläubigkeit unserer Zeit

Bei Arendt ist mit ihrer Anknüpfung an die europäische Aufklärung und ihr demokratisches Projekt der Moderne ein ausgesprochen kritischer Blick auf einen kapitalistisch geprägten ‚Fortschritt‘ von Industrialisierung, Wissenschaft und Technik verbunden, den sie unter die Formel *losgelassener Prozesse* bringt (Arendt 2003, 487). Dem kann man nicht ausweichen, wenn man die Aufklärung neu zu denken fordert. Insbesondere im Hinblick auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt spricht Arendt im Zuge des Übergangs von der *Natur-* zu einer *Universalwissenschaft* geradezu von einem *losgelassenen Verzehrungsprozess*. Ihre Überlegungen, im Schlusskapitel von *Vita activa* wie auch in ihrem Denktagebuch, lesen sich fast wie eine vorweggenommene Kritik an der Luhmannschen Systemtheorie (vgl. Martens 2014, 129ff). Sie macht darauf aufmerksam, dass *die im Experiment auftauchenden Naturdinge (...) nichts (sind) als Funktionen und Exponenten (eines) Prozesses*, und dass damit *der Prozessbegriff* ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt (Arendt 1967, 289). Dies gelte schließlich auch für eine Sozialwissenschaft, die nur noch von systemisch verselbständigt Prozessstrukturen handelt und die Menschen nicht länger als Gegenstand soziologischer Theoriebildung behandeln will. Da-

gegen betont sie immer wieder die Pluralität der Menschen als denkende und handelnde Wesen und beharrt geradezu emphatisch auf der Möglichkeit des *Wunders der Politik*.¹²

Es geht hier um nichts weniger als um die Infragestellung des einigermaßen naiven, linearen Fortschrittsglaubens unserer Zeit, ökonomisch wie wissenschaftlich und technologisch. Nach Überschreiten des Scheitelpunkts einer weiteren langen Welle der Konjunktur sowie angesichts der ökologischen Krisendrohungen gewinnt dieser Gedanke, der keinesfalls mit Wissenschaftsfeindlichkeit zu verwechseln ist, neue Aktualität. Und im Übrigen mutet es, im Kontrast zum herrschenden naiven Fortschrittsdenken, ausgesprochen merkwürdig an, dass mit der gegenwärtig erreichten Institutionalisierung unserer repräsentativen Demokratie im Hinblick auf demokratische Fortschritte das ‚Ende der Fahnenstange‘ erreicht sein soll.

Das neoliberalen Rollback – verstärkt durch die Implosion des angeblich schon real existiert habenden Sozialismus¹³ und das damit vermeintlich eingetretene ‚Ende der Geschichte‘¹⁴ – hat in genau dieser merkwürdig selektiven Betrachtungsweise auf einen linearen Fortschrittsglauben gesetzt. Heute jedoch sieht man, dass ein so gedachter Fortschritt ins Stocken gerät. Angesichts des Endes der industrielkapitalistischen Wachstumsdynamik türmen sich vor uns zunehmend höhere Problemwolken auf (Zinn 2015). Und wieder einmal sind Teile der Konservativen unter den herrschenden Eliten im Zweifel bereit, sich auch auf populistische Strömungen zu stützen, die strategisch darauf zielen, die institutionellen Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie systematisch auszuöhlen und im geeignet erscheinenden Augenblick womöglich auch umzustürzen. Zugleich versucht man uns aber mit zunehmend leeren Fortschrittsversprechen zu

12 Siehe dazu Arendt 1993, 34f, sowie ausführlicher zu der hier von mir umrissten Argumentation Martens 2014, 129ff sowie zu meiner Luhmannkritik Martens 2013, 160 – 181.

13 Von Rudi Dutschke stammt das Bonmot, dass am real existierenden Sozialismus alles real sein möge, nur nicht der Sozialismus.

14 Francis Fukuyama (1989) hat mit dieser problematischen Formulierung auf das Scheitern der teleologischen Geschichtsphilosophie gezielt, die sicherlich ein wesentliches Moment des *prophetischen Marxismus* (Camus) ausgemacht hat. Zu seiner Zielvorstellung einer *posthistorischen Welt der Anerkennung* in der späteren Buchveröffentlichung (*Fukuyama 1992*) siehe die erstaunlich vorsichtige Auseinandersetzung bei Gerd Peter 2020, 215ff.

11 Und er macht dazu Anleihen bei den Ansätzen, die nicht zuletzt sozialdemokratische Reformer in den 1970er Jahren entwickelt und propagiert haben. Siehe dazu Dienel 1997 sowie Jungk/Müllert 1981.

verträosten, die mittlerweile nicht einmal mehr für die halbe Welt noch wirkliche Substanz haben. Für die Menschen der *westlichen Zivilisationsgemeinschaft* geht es ja längst nicht mehr um die Erwartung, dass es ihre Kinder einmal besser haben sollen, vielmehr nur noch darum, wenigstens das Wohlstandsniveau ihrer Eltern zu halten. Aber die sozialen Spaltungsprozesse setzen sich fort, hierzulande und weltweit. Wir erleben den fortgesetzten Aufstieg einer neuen globalen Geldelite und den Abstieg aller anderen¹⁵, und die Klimakrise bedroht uns alle – allerdings unmittelbar höchst unterschiedlich stark.

3. Präfaschistische Autokratien oder neuer demokratischer Aufbruch

Die gegenwärtige Corona-Krise mag die Krisenhaftigkeit der oben umrissenen Entwicklungen noch einmal schärfer sichtbar machen. Auch sie betrifft uns nach Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sozialem Status, Staatsangehörigkeit usw. höchst unterschiedlich – und sie zwingt zum Innehalten und Nachdenken. Aber dass sie verspricht, wie der Philosoph Slavo Zizek meint, dass *wir (...) unsere gesamte Einstellung gegenüber dem Leben anpassen (werden) – im Sinne unserer Existenz als Lebewesen inmitten anderer Lebensformen* (RN 21.03.2020), ist einstweilen nicht mehr als eine Hoffnung.¹⁶ Unsere Gesellschaften gehen großen sozialen Konflikten entgegen und der Kampf um ein demokratisches Projekt der Moderne, das den multiplen Krisenentwicklungen und Herausforderungen der Zeit gerecht werden kann, bedarf einer neuen Aufklärung unserer Gesellschaft. Im Zeichen der multiplen Krisenentwicklungen und ökologischen Herausforderungen, die sich wie wachsende Problemwolken auftürmen, verblasst der Glanz der westlichen Demokratien. Für die Menschen in den Ländern des Realsozialismus ist er im Ausgang der 1980er Jahre noch in hohem Maße verlockend gewesen. Heute, am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik ist das anders. Wir erleben eine Krise des politischen Liberalismus, der sich zunehmend auf einen Markoliberalismus redu-

ziert hat. Allerdings war der politische Liberalismus auch in für ihn besseren Zeiten in Bezug auf die Sphäre der Ökonomie immer schon höchst einäugig. Im Übrigen würde man so profilierte frühe Marx-Kritiker(innen) wie Arendt sehr zu Unrecht einfach dem liberalen Denken der 50er Jahre zurechnen. In *Über die Revolution* schreibt sie in dieser Hinsicht, durchaus selbstkritisch:¹⁷

Wenn man uns vorwarf, wir verstünden unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft, haben wir wenig getan, diese ungeheuerliche Unwahrheit zu widerlegen, ja sie mitunter auch noch bekräftigt, um wenige Zeilen später fortzufahren, dass Wohlstand, Reichtum und Überfluss (...) keineswegs der losgelassenen, rücksichtslosen ‚Privatinitiative‘ des kapitalistischen Systems, das, wo immer es wirklich geherrscht hat, erst einmal Massenelend von furchtbaren Ausmaßen im Gefolge gehabt hat, zu verdanken gewesen seien (Arendt 1974, 279f).

Zugleich wird heute die globale Welt-Ordnung im Zeichen des *Sinkflugs des Adlers* instabil.¹⁸ Der Trumpismus in den USA ist darauf eine verheerende Antwort gewesen – nachdem in der Ära Obama keine tragfähigen Antworten gefunden worden sind. Aber die Drohungen des Trumpismus sind noch keineswegs vorbei. Die große Frage lautet heute, wie der längst begonnenen Erosion der demokratischen Institutionen unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* begegnet werden kann. Für manche ist das die Frage nach der neuen *großen Erzählung*. Nach der wird bislang vergeblich gesucht. Andere, wie z.B. die SP Schweiz, setzen auf einen neuen *transformatorischen Aufbruch der Sozialdemokratie* im Zeichen einer *wirtschaftsdemokratischen Offensive*.¹⁹ *Arbeit und Demokratie* wird so erneut zu einem Thema. Im Licht unserer jüngsten Erfahrungen

¹⁵ Im Titel der deutschen Übersetzung (Freeland 2013) findet sich der zweite Teil des Originaltitels nicht. Zur sozialen Spaltung unserer westlichen Gesellschaften siehe auch Piketty 2014.

¹⁶ Wobei die Zweifel schon bei dem in diesem Satz postulierten großen Kollektiven ‚Wir‘, das es so ja keineswegs gibt, einsetzen müssen.

¹⁷ Der Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein hat schon früh auf den *Niedergang der amerikanischen Macht* hingewiesen, sei es als *Absturz*, sei es als *Sinkflug des Adlers* (Wallerstein 2004).

¹⁸ Siehe dazu meinen Beitrag in den SPW Heft 1/2019.

allerdings wäre wohl auch über die Rolle der „vierten Gewalt“ neu nachzudenken. Denn wie zu Beginn von Kapitel 2 umrissen ist deren Rolle im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne so wichtig wie kritikbedürftig. Zu dieser Krise gehört ja sehr wesentlich auch die digitale Revolution, und diese hat im Zeichen des Internets und der sogenannten neuen ‚sozialen Medien‘, die ja in mancher Hinsicht eher asoziales Verhalten befördern, das Meinungsbildungsmonopol der ‚vierten Gewalt‘ gebrochen. Damit werden deren Märkte auf neue Weise umkämpft. Und wie man in den USA sehen konnte, wurden damit die Verletzungen journalistischer Sorgfaltspflicht und die nicht anders als hetzerisch zu nennende ungeprüfte Verbreitung von Fake News für die Murdoch's dieser Welt zu einem überaus erfolgreichen neuen Geschäftsmodell. Die Stärkung rechtspopulistischer Bewegungen wurde billigend in Kauf genommen. Die Medienlandschaft hierzulande ist da im Vergleich zu den USA geradezu (noch) wohltuend. Aber man muss doch fragen, ob nicht die fortschreitend monopolisierten Medien heute zu den ‚Schlüsselindustrien‘ gehören, in denen *Arbeit und Demokratie* zur Verteidigung der institutionellen Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie dringend auf die politische Tagesordnung gesetzt werden müssten.

Wenn Arendts Satz zutrifft, dass wir mit unserem demokratischen Projekt der Moderne vor einem *Abgrund der Freiheit* stehen, weil die Menschen nach dem Ende aller Glaubensgewissheiten, mittels derer zuvor – aber auch heute vielfach immer noch oder schon wieder – unsere weltliche Ordnung geordnet zu sein schien, gilt es, eine solche Ordnung selbst zu stiften. Folglich geht damit alles darum, den Raum der Politik als den Raum unserer Freiheit institutionell zunehmend besser zu sichern und weiter auszubauen. Wir stehen damit mit anderen Worten vor der stetigen Herausforderung unsere soziale Wirklichkeit zunehmend demokratischer zu gestalten. Dabei wäre insbesondere auch die heteronome Sphäre von Arbeit und Wirtschaft von neuem, und anders als von Arendt gedacht, in den Blick zu nehmen. Wenn man in diesem Sinne endlich auch *Arbeit und Demokratie* grundlegend neu zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen machen will,

wird man radikaldemokratisch mit Arendt und zugleich gegen sie weiterdenken müssen.²⁰

Anknüpfen lässt sich dazu nicht zuletzt an das mittelmeerische Denken Albert Camus. Der sah sich um die Mitte der 1950er Jahre sozusagen mit *Prometheus in der Hölle* und hat damals höchst nüchtern konstatiert:

Der heutige Mensch hat seine Geschichte gewählt. Und er konnte und sollte sich nicht von ihr abwenden. Aber statt sie sich untertan zu machen, lässt er sich Tag für Tag von ihr mehr in die Knechtschaft drängen. (...), Sie sahen ohne zu sehen, sie hörten ohne zu hören, den Gestalten des Traumes gleich (Camus, 1957, 49).

Aber mit diesem nüchternen Blick auf seine Zeit – und unsere ist sicherlich nicht weniger ernüchternd – verträgt sich problemlos, wie auch mit dem *Mythos des Sisyphos* als Metapher für existenzielle Grenzen unseres Menschseins und menschlicher Werdens Camus Überzeugung, dass wir unsere Lage zunehmend besser erkennen können und dass wir wissen, dass wir *alles daran setzen müssen*, die Widersprüche, in die wir verstrickt sind, *zu verringern* (Camus 1957, 42). ■

Literatur:

- Arendt, H. (1967): *Vita Activa oder vom tätigen Leben*, München (dt. Erstausgabe 1961).
- (1974): *Über die Revolution*, München-Zürich (dt. Erstausgabe 1963).
- (1993): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*, Hgg. Von U. Ludz, München-Zürich.
- (2003): *Denktagebuch* (Hgg. Von U. Ludz u. I. Nordmann), 2 Bände, München-Zürich (dt. Erstauflage 2002).
- Blom, P. (2010): *Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung*, München.
- Blume, D.; Boll, M.; Gross, R. (Hg.): *Hannah Arendt und das 20. Jahrhundert*, München.

²⁰ Arendts scharfe Unterscheidung von Arbeiten-Herstellen-Handeln in *Vita activa* (1967) ist zweifellos anregend. Die Trennung von Arbeit und Kommunikation bei Jürgen Habermas folgt daraus. Aber Arendt selbst schreibt in ihrem Denktagebuch, dass *alle Arbeit (außer der Hausarbeit) entscheidend vom Moment des Herstellens bestimmt sei* (Arendt 2003, 375) und weiter, dass *das sozial Revolutionäre der industriellen Revolution (...) in der „Sozialisierung“ = Emprivatisierung der Arbeit liegt*. Aus ihr entspringt der *Sozialismus (und der Marx'sche Klassenbegriff)* (a. O. 348) Man sieht sich dazu herausgefordert, im Blick auf eine Demokratisierung der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft selbst mit ihr gegen sie weiterzudenken. Siehe dazu ausführlich Martens 2020b.

- Camus, A. ((1957): Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, Zürich.
(2011): Der Mythos des Sisyphos (13. Auflage), Reinbek bei Hamburg.
(2016) Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg.
- Cancic, H.; Groschopp, H.; Wolf, F.O. (Hg.) (2016): Humanismus, Grundbegriffe, Berlin/Boston.
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen.
- Elias, N. (1980): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 7. Auflage, 2 Bände (Erstauflage 1969), Frankfurt am Main.
(1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1985), Frankfurt am Main.
- Enzensberger; H. M. (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main.
- Forst, R. (2020): Die Verwahrlosung der Demokratie. SZ 02.09. 2020.
- Freeland, C., (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite, Frankfurt am Main.
- Fukuyama, F. D. (1989): The End of History? In: The National Interest, No. 16, Baltimore.
- Geißler, H. (2012): Sapere aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen, Berlin.
- Gruen, A. (2015): Wie Frieden? In Käßmann, M.; Wecker, K. (Hg.) (2015): Entrüstet Euch. Warum Pazifismus für uns das Gebot der Stunde bleibt. Texte zum Frieden, Gütersloh, S. 114ff.
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg.
- Kilminster, R. (1996): Norbert Elias und Karl Mannheim – Nähe und Distanz, in: Rehberg, K.-S. (Hg.): Norbert Elias und die Menschenwissenschaften. Studien zur Entstehung und Wirkungsgeschichte seines Werkes, Frankfurt am Main, S. 352-392.
- Kohn, J. (2011): Denkwege einer politischen Theorie, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller.
- Lem, S. (1984): In der Höhle der Zivilisation, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S. 235-289.
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main.
- Martens, H.: (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster.
(2014): Politische Subjektivierung und ein neues zivili-satorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen-. und weiter denken, Münster.
- (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik - Hamburg.
- (2019): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 230, S. 36-71.
- (2020a): Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘, in: Sozialismus, 10/2020, S. 57-62.
- (2020b): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund.
- Marti-Brander, U. (2018): Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg.
- Moorstedt, M. (2020): Sie haben keine Wahl. Bei Werbung für Trump und Biden geht es um gezieltes Ausspähen jedes einzelnen Wählerprofils, in SZ, 28.10. 22020.
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55.
- Peter, G. (2020): Die Metamorphosen der Arbeitswelt im ‚Epochenbruch‘. Eine futurologische Konstruktion, in: Georg; A.; Guhleman; K.; Peter, G. (Hg.): Humanisierung der Arbeit 4.0. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 205 - 238.
- Pinker, S. (2019): Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt, Frankfurt am Main.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- PROKLA-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus um Ausnahmezustand, in: PROKLA, Heft 185: Ausnahmezustand: Barbarei oder Sozialismus, Heft 4/2016, S. 507ff.
- Rossmann, R. (2020): Ein Votum mit ‚mehr Substanz‘. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble beobachtet eine wachsende Distanz zwischen Wählern und Gewählten in westlichen Demokratien. SZ 26./27.09. 2020.
- Solty, I. (2020): Imperialer Neoliberalismus, rechtsauto-ritärer Nationalismus. Zur Analyse der US-Präsidenten-schaftswahl 2020, in Sozialismus 12/2020, S. 9-15.
- Wallerstein, I. (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg.
- Wolf, F. O. (2019): Deliberation und Wissenschaft. Zum Verhältnis von Radikaler Philosophie, Kritik der politischen Ökonomie und Kritik der Politik heute. M. Rahlf-wes, T. Rudnick, N. Tzanakis Papadakis im Gespräch mit F. O.- Wolf, in: Diess. (Hg.): Radikale Philosophie und Kritik der Politik. Festschrift für F. O. Wolf zum 75. Ge-burtstag, Münster, S. 213-249.
- Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg.

Rezension: Chile vor Pinochet – Aufzeichnungen eines Arbeiters

von Wolfgang Arns¹

Mit einem unsentimentalen Blick auf die eigene Geschichte erzählt Orlando Mardones sein Leben in Chile Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts – von früher Kindheit bis zum Aufbruch in ein ungewolltes Exil in Zeiten der Pinochet-Diktatur.

In der bitteren Armut der Kindheit in Chiles Süden erlebt er – 1946 geboren –, wie die Familie durch die Not zerstört und Zuneigung zur seltenen Gabe wird. Nach der Trennung der viel zu jungen Eltern lebt er wie viele Kinder in Chile bei der Großmutter: „ich hatte alles, was ich brauchte“. Nach dem Tod der Großmutter ist er auf die Hilfe anderer Angehöriger angewiesen; seine Erinnerungen räumen auf mit dem romantisierenden Bild „wo vier essen, kann auch ein Fünfter noch satt werden“.

Ein beeindruckender Beleg für Überlebenswillen ist der schwierige Weg von der frühen Arbeit als schwerbeladener, schlecht bezahlter Lieferbursche über den Militärdienst bis hin zum festen Arbeitsplatz bei dem mehrheitlich staatlichen Elektrizitätsversorger ENDESA – ohne eine abgeschlossene Schulbildung.

In der – relativen – Sicherheit dieses Unternehmens, inmitten einer großen Anzahl Kollegen findet Orlando Mardones in seinen Zwanzigern den Weg zu gewerkschaftlicher und dann auch politischer Arbeit, in der er schrittweise erkennt, wie sein Land und dessen Menschen aus dem Kreislauf von Armut und Ausbeutung ausbrechen können. Dabei erlebt er unmittelbar und ganz persönlich, wie auch der nach gesellschaftlicher und politischer Veränderung Strebende in überkommenen Verhaltensweisen – z.B. Geschlechterrollen, Konventionen – feststeckt. Er erlebt auch, wie aus gemeinsamer sozialer Lage – Klassenzugehörigkeit – eben sehr unterschiedliche politische Entscheidungen und auch Verhalten entstehen, die manchmal, aber viel zu selten, auf parallele Wege führen.

Orlando Mardones
„Mensch, du
lebst noch?“

Ein chilenischer Arbeiter
erzählt von der Zeit
Allendes und Pinochets

Verlag Edition AV,
Bodenburg 2020,
101 Seiten, 14 €



Es gehört zu Orlando Mardones‘ großen Stärken, diese Erkenntnisse in der politischen Arbeit und während seiner dreijährigen Haft in Lagern der Diktatur umzusetzen, wo er als Menschenversteher und verbindender Organisator wirken konnte.

Der analytische Teil, der Mardones‘ Erinnerungen angefügt ist, beschreibt den von der Unidad Popular unter Führung von Allende beschrittenen Weg zur Beseitigung der Grundübel der chilenischen – nicht nur der chilenischen! – Gesellschaft.

Chiles Entwicklung seit dem formellen Ende der Militärdiktatur führte zu dem verbreiteten Wahn, das Land sei lediglich geografisch ein Teil Amerikas und als weiterer „Tiger“ auf dem Sprung in die „Erste Welt“ begriffen. Dieser Wahn ist in der Massenrevolte vom Oktober 2019 und der krachenden Absage an die Verfassung aus den Tagen der Diktatur geplatzt: Die Menschen mussten erkennen, dass die Diktatur zwar den „marxistischen Krebs“ – so das am 11.09.1973 verkündete Ziel des Putsches gegen die Volksregierung unter Salvador Allende – förmlich herausgefoltert hat, dass es jetzt Autobahnen und Konsumtempel gibt, dass es mehr Turnschuhe und Smartphones gibt – aber letztlich immer noch die gesellschaftlichen Themen auf der Tagesordnung stehen, die Orlando Mardones‘ Leben in Chile geprägt haben. Es geht noch – und immer wieder – um gerechte Löhne, qualitative Bildung ohne Schulden, menschenwürdige Gesundheitsversorgung, um

¹ Wolfgang Arns ist Politologe und lebt in Brandenburg.

gute Renten, um wirkliche politische Teilhabe und um eine Gesellschaft, die nicht mehr der schier grenzenlosen Bereicherung einer Minderheit zu Lasten der großen Mehrheit und der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur dient.

Chile bietet erneut ein Beispiel für einen politischen Aufbruch, der geprägt ist von der allgegenwärtigen Abwendung von ‚politischen

Eliten‘ und überkommenen ‚Rezepten‘ – den dortigen Akteuren und den externen Beobachtern sei die Lektüre der Erinnerungen von Orlando Mardones empfohlen, die wichtige Erfahrungen aus der Vergangenheit bewusst machen!

Dass das Buch ausgesprochen lebendig geschrieben ist, wird die Leser*innen zusätzlich erfreuen. ■

Rezension: Texte von Luise Kautsky

von Thilo Scholle¹

Luise Kautsky (geb. Ronsperger, 1864 – 1944) ist heute leider weitgehend vergessen. Seit 1890 mit dem führenden Theoretiker der SPD Karl Kautsky verheiratet, pflegte sie selbst eine umfangreiche politische Korrespondenz sowie Kontakte und Freundschaften innerhalb der Arbeiterbewegung, half ihrem Mann als Übersetzerin und Privatsekretärin und engagierte sich auch kurzzeitig als Berliner Stadtverordnete der USPD. Anfang der 1920er Jahre zog das Paar wieder nach Wien. Durch den Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland 1938 ins Exil in die Niederlande getrieben, blieb sie – wohl auch aus Sorge um ihren in Buchenwald internierten Sohn Benedict – selbst nach dem deutschen Einmarsch im Lande. 1944 wurde Luise Kautsky in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Von Mitläuflingen erkannt, gelang es zwar, sie zunächst in die Krankenstation zu bringen, wo sie allerdings wenig später verstarrt. Benedict Kautsky wurde 1945 in Buchenwald befreit.²

Luise Kautsky publizierte regelmäßig in den Zeitungen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, und gab einige Bücher heraus. Die hier vorgestellten drei Bände sind Teil der von Günter Regneri verdienstvollerweise herausgegebenen „Gesammelten Schriften“. Band 1 enthält „Rosa Luxemburg. Ein Gedenkbuch“. Mit diesem kleinen Band legte Luise Kautsky 1929 die erste allgemeine Biographie ihrer engen Freundin Rosa

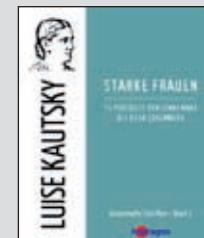
**Luise Kautsky
Rosa Luxemburg.
Ein Gedenkbuch**

Heptagon Verlag,
Berlin 2019
103 Seiten, 10 €



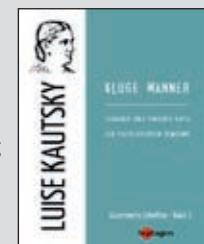
**Luise Kautsky
Starke Frauen.
15 Portraits von
Jenny Marx bis
Rosa Luxemburg**

Heptagon Verlag,
Berlin 2018
114 Seiten, 10 €



**Luise Kautsky
Kluge Männer.
Gedanken über
führende Köpfe der
sozialistischen Bewegung**

Heptagon Verlag,
Berlin 2019
95 Seiten, 10 €



Luxemburg vor. Bereits 1923 war ein Band mit Briefen von Rosa an sie und Karl Kautsky erschienen, das Erscheinen eines zweiten Bandes wurde durch einen Rechtsstreit mit der KPD verhindert. Kautsky zeichnet das Bild einer sensiblen und gleichzeitig sehr willensstarken Persönlichkeit, und würdigt Luxemburg als eine der wichtigsten Vorkämpferinnen der Sozialdemokratie. Zugleich sei der politische und persönliche Bruch nach Ausbruch des Weltkriegs nicht mehr überbrück-

1 Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

2 Zur Biographie Luise Kautskys siehe auch Günter Regneri, Luise Kautsky. Seele des internationalen Marxismus – Freundin von Rosa Luxemburg, Berlin 2013 sowie James Muldoon, Luise Kautsky: The ‚Forgotten Soul‘ of the Socialist Movement, in: Historical Materialism 28.3 (2020), 113 – 137.

bar gewesen – die Vorwürfe gegen Karl Kautsky und Hugo Haase seien nicht weniger höhnisch und ätzend gewesen als gegen die Anhänger der Mehrheitsfraktion. Der Band bietet so eine konzise und sehr lesenswerte Skizze zur privaten und politischen Person Rosa Luxemburgs.

Der Band „Starke Frauen“ enthält eine Zusammenstellung von 15 Porträts unterschiedlicher Aktivistinnen der Arbeiterinnenbewegung. Ein Teil beruht auf persönlichen Eindrücken und Freundschaften Kautskys, andere sind rein literarische Porträts. Enthalten sind u.a. Texte zu Julie Bebel, Helene Demuth, Jenny Marx, Minna Kautsky, Eva Broido, Wera Sassulitsch, Emma Ihrer und Clara Zetkin. Viele der Namen dürften heute kaum noch bekannt sein – und damit zeigen die im Band versammelten Texte nicht nur Luise Kautsky als versierte Autorin des kleinen politischen Feuilletons, sondern tragen auch ein Stück weit zur Erinnerung an diese Pionierinnen der Arbeiterinnenbewegung bei.

Ein weiterer Band der Gesammelten Schriften enthält eine Sammlung von Kautskys Porträts über „Kluge Männer“. Auch diese Texte sind eine Zusammenstellung von Beiträgen für verschiedene Zeitungen der Arbeiterbewegung. Enthalten sind u.a. Texte zu August Bebel, Hugo Haase, Jean Jaurès, Karl Kautsky, Paul Levi, Karl Marx, Hermann Müller, sowie zu russischen Sozialisten wie Pawal Axelrod, Wladimir Iljitsch Lenin, Georgi Plechanow und Julius Martow. Auch hier verbindet sich die Darstellung aus einer Mischung eigener Bekanntschaft und Freundschaft mit allgemeineren Betrachtungen auf sehr pointierte Weise.

Die vorgestellten Bände dienen daher bei weitem nicht nur der – für sich schon verdienstvollen Erinnerung – an die Sozialistin und politische Autorin Luise Kautsky, sondern sind auch mit Blick auf die getroffenen politischen Einordnungen und Akzentuierungen noch heute beachtenswert. ■

DL 21 Aktuell

DL21

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.

Der Weg aus dem Lock-down: Heimtests zulassen, Studien ausbauen, Gesundheitsämter vernetzen

von Hilde Mattheis¹

Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die von Bundes- und Landesregierungen erlassen wurden, werden vorerst bis 7. März verlängert. Für alle Bürger*innen gelten weiterhin eine massive Kontaktbeschränkung sowie das Tragen von medizinischen Mund-Nasen-Bedeckungen. Durch Abstand halten, regelmäßiges Händewaschen und Einhaltung von Hygienemaßnahme sowie das

Impfen von immer mehr Bevölkerungsgruppen sollen die Infektionszahlen massiv gesenkt werden und wieder „normales“ Leben möglich sein.

Doch die bisherigen und unsere bisherige Sicht auf die pandemische Lage haben nicht dazu geführt, die Pandemie einzudämmen. Wir sind, was das Verstehen dieser Pandemie anbelangt, dort, wo wir am Anfang waren. Wir kennen das Virus nicht. Die angelaufenen Impfungen können noch keine Wirkung zur Eindämmung des Virus zeigen. Daher ist das Ziel, die Bevölkerung möglichst bis zu Sommer durchgeimpft zu haben richtig. Bislang wurden in Deutschland knapp 3 Millionen Menschen geimpft (Stand 18. Februar 2021). Nach Aussage des Präsidenten des Robert Koch-Institutes wird sich das Virus verstärkt in jüngere Bevölkerungsgruppen ausbreiten, je mehr die Ältesten in unserer Gesellschaft geimpft sind. Nun gilt es, die ergriffenen Maßnahmen zu ergänzen, damit der von vielen Wissenschaftler*innen attestierte Blindflug im 11. Monat der Pandemie aufhört.

Dafür brauchen wir ein besseres Verständnis über Häufigkeitseentwicklung, Infektionswege und Symptomatik des Covid-19-Virus. Zusätz-

¹ Hilde Mattheis, MdB, ist Bundesvorsitzende des Forum DL21 – Die Linke in der SPD

lich zu laufenden Studien müssen deshalb prospektive Kohortenstudien durchgeführt werden. Bei dieser Form wissenschaftlicher Studien wird eine definierte Patientengruppe (= Kohorte) über einen bestimmten Zeitraum beobachtet, um zu untersuchen, wie viele Personen eine gewisse Erkrankung entwickeln. Für so eine Studie kann entweder die Kohorte in der Gegenwart zusammengestellt und bis in die Zukunft begleitet werden (prospektive Kohortenstudie) oder es wird bei einer retrospektiven Studienanordnung auf Daten aus der Vergangenheit zurückgegriffen, um diese in der Gegenwart auszuwerten. Im Rahmen der größten deutschen Kohortenstudie (NAKO) werden Teilnehmer*innen seit April 2020 regelmäßig u.a. zum Gesundheitszustand, zum Infektionsstatus, zu Verhaltensänderungen aufgrund der Pandemie und zu Sozialkontakteen befragt. Darüber hinaus sind aber Kohortenstudien nötig, die zufällig ausgewählte Bevölkerungsstichproben umfassen, die regelmäßig auf das Neu-Auftreten einer Infektion mit Covid-19 untersuchen. Dabei reichen Querschnittsstudien zum Auftreten von Antikörpern nicht aus. Wir müssen das Pandemiegesehen verstehen.

Und wir gehen die Bekämpfung der Pandemie immer noch ohne einen umfassenden Public Health Ansatz an. Wir sollten uns mit weiteren Möglichkeiten beschäftigen, wie Infektionen effektiv verhindert bzw. Infektionsketten gekappt werden können. Im Gegensatz zur Individualmedizin bezieht sich Public Health auf die Gesundheit der gesamten Bevölkerung und wird als Wissenschaft und Praxis der Verhinderung von Krankheiten, Verlängerung des Lebens und Förderung der Gesundheit durch organisierte Anstrengungen der Gesellschaft definiert. Damit spielen auch Fragen der Angemessenheit von Maßnahmen sowie ihrer Folgen für die Gesellschaft eine wichtige Rolle. Der umfassende Ansatz von Public Health führt dazu, dass viele Einzeldisziplinen beteiligt sind und eine Vielfalt von Methoden genutzt wird. Der Ansatz ist also multidisziplinär und umfasst u.a. Epidemiologie, Medizin, Gesundheitsökonomie, Gesundheitspsychologie, Ethik u.v.m. Ein Dialog unterschiedlicher wissenschaftlicher Meinungen ist erforderlich.

Weiter ist es unverständlich, dass die Gesundheitsämter knapp ein Jahr nach dem ersten Lock-

down zur Bekämpfung des Coronavirus noch nicht flächendeckend über eine entsprechende Software vernetzt sind, um Gesundheitsdaten sicher und schnell austauschen zu können. Auch die Datenübermittlung zum Robert Koch-Institut läuft offenbar weiterhin nicht fehlerfrei. Neben dem Informations- und Meldesysteme DEMIS steht die vom Helmholtz-Institut entwickelte Software SORMAS bereit, die einen solchen Austausch ermöglicht. Gesundheitsämter können die Software SORMAS kostenfrei erhalten. Bund und Länder hatten im November 2020 eine schnelle Einführung von SORMAS und DEMIS angemahnt, bis Januar 2021 sollen 90 Prozent der Ämter beide digitalen Anwendungen nutzen. Doch derzeit nutzen nur 132 (Stand: 19.01.2021) der rund 380 Gesundheitsämter SORMAS. Auch im Beschluss der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 19. Januar 2021 wird wieder auf die Wichtigkeit der Einführung von SORMAS zum besseren Management der Kontaktpersonen und Kontaktketten hingewiesen und wieder sollen die Länder die Einführung „verabreden“. Wir haben es immer also noch immer mit den strukturellen Problemen zu tun wie zu Beginn der Pandemie. Die Vorhaben müssen nun endlich in die Tat umgesetzt werden.

Zu einem umfassenden Ansatz gehört auch der Einsatz von Antigen-Schnelltests bzw. Eigentests, mit denen sich die Bevölkerung ohne professionelle Unterstützung testen kann. Diese müssen allen Bürger*innen nun schnellstmöglich kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Darüber, wie die Schnelltests für den Heimgebrauch helfen können, aus der jetzigen Situation herauszukommen, habe ich am 18. Januar bereits ein Gespräch mit Claudia Denkinger von der Uniklinik Heidelberg geführt (<https://open.spotify.com/show/40zD2HAqXeyqUWYVaQNnYf>). Rund fünf Tests unterschiedlicher Hersteller eignen sich offensichtlich bereits für den Heimgebrauch, einer wurde bereits wissenschaftlich auf seine Praktikabilität untersucht. Die Studie mehrerer Autoren, u.a. der Charité Berlin, die den Test eines Herstellers mit mehreren hundert Probanden auf Eigengebrauch untersuchte, zeigte auf, dass zwar einige Fehler in der Anwendung durch Laien auftraten, die Testergebnisse aber mit professionell durchgeföhrten Schnelltests vergleichbar sind. Verbesserungen bei der Pro-

duktbeschreibung im Design und genaue Anleitungen können fehlerhafte Anwendungen vermeiden. Die aus dieser Studie generierten Daten sollten ausreichend sein für eine Zulassung und Zertifizierung. Tests anderer Hersteller müssten ebenfalls auf Benutzerfreundlichkeit untersucht werden. Eine Zertifizierung und Zulassung durch eine benannte Stelle (TÜV, Dekra etc.) steht noch aus, diese müsste dringend erfolgen.



Facebook-Kachel vom
5. Januar 2021

Die Tests sind derzeit für ca. fünf Euro erhältlich. Dieser Preis dürfte bei höherer Produktion und garantierter Abnahme sinken. Bei einem Maximalpreis von 5 Euro würde die kostenfreie Aus-

gabe von 50 Tests pro Person für 10 Wochen und 5 Tests pro Woche für ca. 80 Millionen Menschen maximal 20 Milliarden Euro kosten. Schnelltests sind in ihrer Aussagekraft nicht so exakt wie ein PCR-Test und daher kein Ersatz für bisherige Schutzmaßnahmen vor dem Corona-Virus, aber eine sinnvolle Ergänzung. Eine Abgabe solcher Heimtests müsste begleitet werden von einer Informationskampagne der Bundes- und Landesregierungen, mit der zu einer regelmäßigen, mindestens wöchentlichen oder wenn möglich täglichen Selbsttestung aufgerufen wird, mit der klargestellt wird, dass Selbsttestungen die AHA-L Regeln ergänzen, nicht ersetzen und die Aufklärungen über das Verhalten bei einer Positiv-Testung, wie die Aufforderung zur sofortigen Selbstisolierung, der zusätzlichen PCR Testung und Meldung beim Gesundheitsamt. ■

Tagungsbericht: Transformation und Demokratie

von Helmut Martens¹

Wie können nachhaltige Transformation und demokratische Arbeit zusammengehen? Was können Gewerkschaften zu einem Prozess in Richtung hin zu *Transformation und Demokratie* im Rahmen neuer Allianzen beitragen? Wie würden Städte aussehen, wenn die Bürger*innen sie selbst gestalten könnten? Das waren einige der Fragen, die auf der Online-Tagung *Transformation und Demokratie* am 15.01. 2021 diskutiert wurden. Veranstalter*innen waren das Forum Neue Politik der Arbeit (FNPA), die Kooperationsstelle der TU-Berlin sowie das Netzwerk Mitte der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit (RENN-Mitte). Bis zu 150 Teilnehmer*innen diskutierten mit Repräsentant*innen aus Wissenschaft (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Universität Jena, TU-Berlin), Gewerkschaften (IG Metall, ver.di, IG BCE) von Fridays for Future und dem Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE).

Alle an der Debatte Beteiligten stimmten darin überein, dass unsere Gesellschaft in einer global immer enger miteinander verflochtenen Welt dramatischen Herausforderungen gegenübersteht. Ob das Zeitfenster angesichts eines drohenden Endes des Anthropozän nur noch acht bis neun oder aber noch nahezu 50 Jahre offen steht, wurde nicht näher erörtert. Es ging vielmehr darum, für die Zeit nach Corona – die als menschengemachte Pandemie selbst Teil der bedrohlichen ökologischen Krisenentwicklungen ist – Klarheit über grundlegende neue Orientierungen und Ansatzpunkte für neue Allianzen zu finden. Da die ökologischen Krisendrohungen auf Kernstrukturen der Wirtschaft durchschlagen, bestand Einigkeit darüber, dass man auf der Suche nach tragfähigen Antworten ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammendenken müsse.

Weitgehende Übereinstimmung bestand auch darin, dass erfolgversprechende Lösungsschritte nur gelingen werden, wenn sie im Zuge einer beteiligungsorientierten Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie gedacht und erprobt werden. Transformation und Demokratie seien

¹ Dr. Helmut Martens, geb. am 12.02. 1948, studierte Politikwissenschaften und neuere deutsche Literaturwissenschaften in Hannover, von 1973 bis 2010 war er wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund und 25 Jahre Mitglied von dessen wissenschaftlichem Leitungsgremium. Er ist Mitinitiator des Forums Neue Politik der Arbeit. Forschungsprojekte zu Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften und Arbeitspolitik.

deshalb im untrennbarer Zusammenhang zu sehen. Im Blick waren mithin das bestehende politische Institutionenengelände einerseits und neue soziale Bewegungen andererseits – allerdings wohl mit unterschiedlicher Gewichtung. In Zeiten gewachsener Unsicherheit sei aber in jedem Fall, so der Tenor der Diskussion, neue Orientierung nur im „Zusammenspiel“ des ‚Oben‘ und ‚Unten‘ unserer Gesellschaft möglich. Es bedürfe des Nachdenkens über andere Orientierungen bei den Eliten und zugleich der Mobilisierung des Laien-Expertenzwerts der Menschen, denen sie neue Orientierungen anbieten müssten. Verbunden damit war die zum Teil nachdrücklich vertretene Auffassung, dass es auch um Weiterentwicklungen unserer repräsentativen Demokratie selbst gehen müsse – sei es durch den Ausbau vorhandener Institutionen, sei es durch die Schaffung neuer.

Die Radikalität, in der in diesem Rahmen Position bezogen wurde, war sicherlich unterschiedlich. Dass und wie neue sozialen Bewegungen wie Fridays for Future einen raschen und grundlegenden Kurswechsel fordern, mag sich von Auffassungen unterscheiden, die stärker im Kontext bestehender Institutionen und der sozialen oder politischen Interessen handeln, die über sie geltend gemacht werden. Auch mögen Wissenschaftler*innen die Beharrungskraft bestehender Institutionen möglicherweise nüchtern ins Kalkül ziehen.

Die einen haben so in den Podiumsdiskussionen vor allem Reformschritte in bestehenden Institutionen gefordert – sei dies nun die Mitbestimmung oder seien es die demokratischen Parteien unserer repräsentativen Demokratie. Folgerichtig lag ihr Akzent auf Impulsen und Innovationen innerhalb des bestehenden Institutionenengeländes – etwa in Bezug auf Qualifizierungsprozesse oder technologische Innovationen. Die anderen haben auf soziale Bewegungen und neue Allianzen durch einen Labour-Turn bei den Ökologen, einen Klima-Turn bei den Gewerkschaften und auf wechselseitige Offenheit und Toleranz gesetzt, um so den gesellschaftspolitischen Druck erzeugen zu können, der die Akteure in den bestehenden Institutionen wirklich zu einem grundlegend neuen Nachdenken veranlasste. Ihr Akzent lag auf alternativen Vorstellungen eines

guten Lebens und dem Erfordernis neuer politischer Handlungs- und Institutionalisierungsprozesse. Stichworte dazu waren: kommunale und betriebliche Öffentlichkeit, regionale Industriepolitik und Nachhaltigkeitsräte. Vor allem sie haben die große Konflikträchtigkeit einer öko-sozialen Transformation betont und die Forderung nach grundlegenden neuen Orientierungen als Frage nach gesellschaftlicher Hegemonie aufgeworfen.

In dem auf dieser Tagung aufgespannten Rahmen ging es so mit unterschiedlicher Gewichtung um die aktive Beteiligung der Wirtschaftsbürger*innen am politischen Prozess einer transformatorischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht nur der ‚klassische Raum politischer Öffentlichkeit, sondern auch die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft wurden dazu als bedeutsam erachtet. Schon ‚diesseits‘ möglicher und unumgänglicher transformatorischer Prozesse ist die Kooperation der Arbeitenden ja unverzichtbar. Über deren Stärkung mittels erweiterter und institutionell befestigter demokratischer Rechte aber könnte das Laien-Expertenzwert der abhängig Beschäftigten viel systematischer erschlossen werden. Die Schulung und Entfaltung politisch bedeutsamer Urteilskraft im Hinblick auf eine sozialere Gestaltung einer Gesellschaft jedoch, die heutzutage so komplex geworden ist, dass durchaus mit guten Gründen von systemisch gewordenen Prozessen gesprochen wird, ist dann noch einmal eine hinzukommende Herausforderung, an der weiter gearbeitet werden muss. Sie ist nur über Veränderungen im politischen Prozess der Gesellschaft vorstellbar, die auch auf das aktive Handeln der Bürger*innen setzen und sich dazu für längere tentative Such- und Lernprozesse öffnen.

Die Diskussionen auf dem Podium – und gleichermaßen die Stellungnahmen und Fragen der Teilnehmer*innen im parallel eingerichteten Chatroom – haben gezeigt, dass das breite Spektrum von Handlungsansätzen, zu dem diese Tagung einen intensiven Erfahrungsaustausch ermöglicht hat, in hohem Maße als anregend empfunden worden ist. Die Organisator*innen der Veranstaltung planen eine Dokumentation von Beiträgen und Debatten der Tagung – sicherlich verknüpft mit weiterführenden Fragen und Überlegungen. ■

Neuerscheinung im spw Verlag

Einladung zur Subskription

Michael R. Krätke/Max Reinhardt/Thilo Scholle/Stefan Stache (Hrsg.)

SPD-Linke zwischen Revolution, linken Bewegungen und radikalem Reformismus. Linker Aufbruch in Geschichte und Biografien



Der Sammelband über SPD-Linke widmet sich ihrer Geschichte und ausgewählten Akteur*innen von Karl Marx und Friedrich Engels über Rosa Luxemburg, Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding, Paul Levi und Viktor Agartz bis zu Willy Brandt, Peter von Oertzen und im Ausblick auch gegenwärtigen Generationen. Unter den Porträts sind auch einige bewusst ausgewählte, eher einem kleinen Kreis von Expert*innen bekannte SPD-Linke wie Anna Siemsen oder Paul Hertz und einige mehr, die neu entdeckt werden können. Die Leser*innen können sich dadurch gezielt verschiedenen „Epochen“ und Strömungen der SPD-Linken widmen und das Handeln und die sozialistische Programmatik in verschiedenen Phasen vergleichend-analytisch und biografisch nachvollziehen. SPD-Linke sind kein monolithischer Block, sondern sind historisch im jeweiligen Kontext Teil und oft auch Motor der Trias Revolutionen, linker Bewegungen und radikalem Reformismus. Mit dem Sammelband gelingt es, Kontinuität und Wandel von SPD-Linken vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und Nationalsozialismus bis zur Bundesrepublik Deutschland zu verstehen.

Das Buch erscheint im März 2021 in einer Gemeinschaftsproduktion von spw und dem Nomos Verlag. Buchhandelspreis € 39,--. Bestellung zum Subskriptionspreis (€ 18,-- zuzüglich 2,-- Versand) nur bis Bestelleingang 15.03.2021 per Mail unter spw-verlag@spw.de. Versand im März 2021.

Bildnachweis Cover: oben ©motortion – stock.adobe.com , unten © AdsD/FES

Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Redaktion:

Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meßmer, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle

Heftschwerpunkt: Kai Burmeister, Joachim Schuster

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache • Tel.: +49 177 - 525 049 8 • redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-). Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2019. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis: S. 70 © ferkelraggae - Fotolia.com

Satz und Druck: Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn, 1.-3. Tausend, Februar 2021

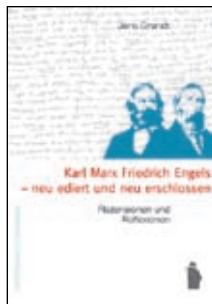
Leser*in werden – Prämie wählen!



Prämie 1

Steffen Lehndorff

New Deal heißt Mut zum Konflikt
Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können
Eine Flugschrift
96 Seiten | mit Abbildungen | 2020 | 10 €
ISBN 978-3-96488-073-4
VSA-Verlag



Prämie 2

Jens Grandt

Karl Marx, Friedrich Engels – neu ediert und neu erschlossen
244 Seiten | 25 € | 2018
ISBN: 978-3-89691-287-9
Dampfboot



Prämie 3

Heinz-J. Bontrup / Jürgen Daub (Hg.)

Digitalisierung und Technik – Fortschritt oder Flucht?
Perspektiven der Produktivkraftentwicklung im modernen Kapitalismus
321 Seiten | 22 € | 2020
ISBN 978-3-89438-742-6
Papyrossa

Neue Abonnent*innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeabo!
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
 - Normal-Abo 39,00 € Inland (inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
 - Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
 Meine Prämie: 1 2 3
- Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf www.spw.de

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon (freiwillige Angabe) _____

E-Mail (freiwillige Angabe) _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von bis zu 104 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.